GESCHICHTE

Die Reichspolitik des Großen Kurfürsten im Rahmen seiner europäischen Politik von 1679—1684.

(Vom Frieden von St. Germain bis zum Regensburger Waffenstillstand).

INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung der Doktorwürde
genehmigt
von der philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn

Von
MARGARETE WERNERS
aus Gelsenkirchen.

19 37

DISSERTATIONS-VERLAG G. H. NOLTE DÜSSELDORF

Berichterstatter:
Professor Dr. Max Braubach.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

MEINEN ELTERN.

INHALT.

Einleitung: Die Reichspolitik des Großen Kurfürsten bis zum Geheimvertrag von St. Germain vom 25. Oktober 1679 . . . 1

I. Abschnitt: Die Auswirkung des brandenburgisch-französischen Bündnisses auf die Reichspolitik des Großen Kurfürsten bis zum Beginn der Frankfurter Konferenz.

1. Kap.: Brandenburg und der Reichstag. — Die innerdeutschen Fragen 4

2. Kap.: Brandenburg und die Außenpolitik des Reiches

a) Brandenburg und die Reunionen 13

b) Brandenburg und die Reichssecurität . . . 30

3. Kap.: Brandenburg und der Kaiser 37

4. Kap.: Brandenburg und die übrigen deutschen Fürsten . 46

II. Abschnitt: Die Reichspolitik vom Beginn der Frankfurter Konferenz bis zum Türkeneinfall 1683.

1. Kap.: Das brandenburgisch-französische Bündnis vom 22. 1. 1682 und die Politik Brandenburgs im Norden . . 52

2. Kap.: Brandenburg und die Frankfurter Konferenz . . 57

3. Kap.: Brandenburg und der Reichstag 67

4. Kap.: Brandenburg und die übrigen deutschen Fürsten (Brandenburgische Werbemissionen für die Annahme der Frankfurter Propositionen) 79

5. Kap.: Brandenburg und der Kaiser 89

III. Abschnitt: Die Reichspolitik des Großen Kurfürsten vom Sommer 1683 bis zum Regensburger Waffenstillstand.

1. Kap.: Schwankende politische Haltung des Großen Kurfürsten im Sommer 1683 99

a) Die brandenburgisch-französische Allianz vom 20./30. 4. 1683 99

b) Der Türkeneinfall und seine Folgen. (Die Mission Anhalts) 104

2. Kap.: Rückkehr zum alten reichspolitischen Programm. Erneutes Eintreten für den Frieden.

a) Verhandlungen mit deutschen Fürsten . . . 118

b) Brandenburg und der Reichstag 127

Ausblick: Die Bedeutung des Regensburger Waffenstillstands und der Umschwung in der Politik Brandenburgs 134

LITERATUR

Aus den Akten des Geheimen Preußischen Staatsarchivs:

Rep. I. Österreich No. 15a—20b
Rep. X. Reichstag No. 42—47b
Rep. XI. Kurköln No. 2b—4b
Frankreich 89, Fasc. 29—45
92c, no. 1—6
Braunschweig-Lüneburg 141a—c
Mainz 164 No. J 2a, 3.
Münster 165a No. 15—18
165c No. 1
Kurtrier 264—267a No. 11—14
Waldeck 290b No. 3.
Rep. XV. Deputationstag zu Frankfurt No. 38a, b, c.
Rep. 40 Kurpfalz No. 6a
Rep. 41 Kursachsen No. 2a, b
Rep. 63 Frankreich no. 2
Satisfaktionssache No. 502.
Rep. 92 Nachlaß des Geheimrats von Henniges
No. 1 Comitiologia Ratisbonnensis, Vol. III, IV.

Veröffentlichtes Aktenmaterial:

Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg Band 3, 14, 18, 19, 20, 21, 22. 1866—1926. (Zit. U. A.)

Tagebuch Dietrich Sigismund's von Buch aus den Jahren 1674—1683. Hrsg. von G. v. Kessel. 2 Bd. Jena, Leipzig 1865.

Samuel Pufendorf: De rebus gestis Friederici Wilhelmini Magni, Electoris Brandenburgici. Commentariorum libri novemdecim. Tomus II. Berlin 1695.

Th. v. Moerner: Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601 bis 1700. Berlin 1867.

Michael Caspar Londorp: Acta Publica. Tom. X—XII. Frankfurt/Main 1697.

Lünig: Die Deutsche Reichs-Cantzley. Teil 3 und 4.

Pachner von Eggenstorf: Vollständige Sammlung aller v. Anfang des noch fürwährenden Deutschen Reichstages de a. 1663 bis anhero abgefaßten Reichsschlüsse. Regensburg 1740—77, Band II.

Theatrum Europaeum. Bd. XII. Frft. 1691 bei Merian.

Recueil des Instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les traités de Westphalie jusqu' à la révolution Française. Bd. XVI. Prusse 1901; Bd. XVIII: Diète Germanique 1912

Japikse, N.: Correspondentie van Willem III en van Hans Willem Bentinck eersten Graf von Portland. Deel I. s' Gravenhage 1935. (Zitiert Correspondentie).

Antal en de Pater: Weensche Gezantschapsberichten van 1670 tot 1720. Eerste Deel 1670—97. s' Gravenhage 1929. (Rijks Geschiedk. Publ. 67).

Darstellungen:

Auerbach, B.: La France et le Saint Empire Romain. Paris 1912.

Berner, E.: Onno Klopp gegen den Großen Kurfürsten. Preuß. Jahrb. 57, 1886.

Braubach, Max: Der Aufstieg Brandenburg-Preußens. In: Geschichte der führenden Völker. Bd. 15. 1933.

Droysen, J. G.: Geschichte der Preußischen Politik, 3. Teil. Der Staat des Großen Kurfürsten. 3. Abt. Leipzig 1865.

Erdmannsdörffer, B.: Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen 1648—1740. Bd. 1. 1890.
— Der Große Kurfürst. In: Kleinere Historische Schriften. 1897.
Fehling, Ferd.: Europäische Politik des Großen Kurfürsten. 1667—1688. L. 1910.
— Frankreich und Brandenburg in den Jahren 1679 bis 1684. Beiträge zur Geschichte der Allianzverträge des Großen Kurfürsten und Ludwigs XIV. Leipzig 1906.
Fester, Richard: Die armierten Stände und die Reichskriegsverfassung 1681 bis 1697. Diss. Straßburg 1886.
— Die Abberufung Gottfrieds von Jena vom Regensburger Reichstag. F. B. P. G. Bd. 15 1902.
— Zur Kritik der Berliner Berichte Rébénac's. H. Z. 92. 1904.
Hassel und Vitzthum v. Eckstädt: Zur Geschichte des Türkenkrieges im Jahre 1683. Dresden 1883.
Havelaar, Pauline: Der deutsche Libertätsgedanke und die Politik Wilhelms III. von Oranien. In: Das Reich und Mitteleuropa. Bd. I. 1935.
Hintze, Otto: Der Staat des Großen Kurfürsten. In: Internat. Monatsschrift, 8. Jg., Nr. 6, 1914.
— Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1915.
Immich: Geschichte des europäischen Staatensystems 1659—1789. München 1905. In: Below-Meineckes Handbuch.
Kaufmann, Hermann: Die Reunionskammer zu Metz. Diss. Straßburg 1899.
Klopp, Onno: Das Jahr 1683 und der folgende große Türkenkrieg bis zum Frieden von Carlowitz 1699. Graz 1882.
Kuczynski, B.: Theod. Heinrich Altet von Stratmann. Ein deutscher Diplomat des 17. Jahrhunderts. Diss. Basel 1934.
Multhoff, Robert: Brandenburg-Preußen und das Haus Braunschweig-Lüneburg von den Friedensschlüssen des Jahres 1679 bis zum Abschluß der Defensivallianz vom 2./12. August 1684. Diss. Göttingen 1931.
Orlich, Leop. v.: Geschichte des Preußischen Staates im 17. Jahrhundert. 2. Teil. Berlin 1839.
Pagès, G.: Le grand Electeur et Louis XIV. Paris 1906.
Petersdorff, H. v.: Der Große Kurfürst. Gotha 1926.
Philippson, Martin: Der Große Kurfürst. III. Teil. Berlin 1903.
Platzhoff, W.: Ludwig XIV., das Kaisertum und die europäische Krisis von 1683. H. Z. 121, 1920.
Pribram, A. F.: Zur auswärtigen Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. F. B. P. G. Bd. 5. 1892.
Prutz, Hans: Aus des Großen Kurfürsten letzten Jahren. Berlin 1897. (zit. Prutz).
— Gottfried von Jena als Reichstagsgesandter. F. B. P. G. Bd. 18, 1905.
Ranke, Leop. v.: Zwölf Bücher preußischer Geschichte. Ges. Werke 25—26. 1874.
— Französische Geschichte. 3. Bd. Ges. Werke Bd. 10. Leipzig 1869.
Salpius, F. v.: Paul von Fuchs, ein brandenburg-preußischer Staatsmann vor 200 Jahren. Leipzig 1877.
Spahn, M.: Der Große Kurfürst. In: Weltgeschichte in Charakterbildern. Straßburg 1902.
Strecker, Arthur: Franz von Meinders. Ein brandenburg-preußischer Staatsmann im 17. Jahrhundert. In: Schmollers Staats- und Sozialwissenschaftliche Forschungen. Bd. XI, H. 4. Leipzig 1892.
Strich, Michael: Das Kurhaus Bayern im Zeitalter Ludwigs XIV. und die europäischen Mächte. II. Bd. Bayern und die Mächte. München 1933.
Waddington, Albert: Le Grand Electeur Frédéric Guillaume de Brandebourg: Sa Politique extérieure 1640—1688. Tome Second. Paris 1908.
Zwiedineck, H. v.-Südenhorst: Deutsche Geschichte im Zeitraum der Gründung des preußischen Königtums. Bd. I. Stuttgart 1890. Buch IV. Abschn. 1 und 2, S. 441—543.

EINLEITUNG.

Der Aufstieg Brandenburg-Preußens ist aufs engste mit dem Namen des Großen Kurfürsten verknüpft. Seine Regierung bedeutet die entscheidende Wende für die Geschicke Brandenburgs. Es gelang ihm, aus verwüsteten Fetzen von Land, in denen zu Anfang seiner Herrschaft noch fremde Truppen hausten, einen Staat zu schaffen, der bei seinem Tode zu den mächtigsten des Reiches zählte. Von einem starken Machthunger beseelt, hatte sich Friedrich Wilhelm das Ziel gesteckt, sein Land zu einem Staat umzugestalten, der bei den europäischen Händeln nicht mehr übersehen werden konnte. Möglich war ein derartiger Aufstieg nur durch eine große Wendigkeit in der Politik, die sich jeweils den gegebenen Verhältnissen anpassen mußte, wenn sie nicht zum Spielball der andern Mächte werden wollte. Die geographische Lage seiner Gebiete, die sich über Nord-Deutschland verstreut von Osten nach Westen erstreckten, veranlaßte den Kurfürsten, eine Abrundung oder wenigstens den Gewinn einiger Verbindungsstücke zu erstreben. Sehr willkommen mußten ihm deshalb die Erwerbungen des Westfälischen Friedens sein, die eine Landbrücke von der Kurmark nach Cleve bildeten. Die Hauptabsichten des Kurfürsten richteten sich jedoch auf Pommern, das die Schweden im 30jährigen Kriege — ungeachtet eines alten brandenburgisch-pommerschen Erbvertrags — ihrem eigenen Staat einverleibt hatten.

In den Abmachungen von Osnabrück und Münster war nur Hinterpommern an den Kurfürsten gekommen, das bedeutendere Vorpommern samt der Odermündung aber im Besitz der Schweden geblieben. Für den Gewinn dieses Gebietes, das dem brandenburgischen Staat bedeutend größere Entwicklungsmöglichkeiten bieten mußte, setzte sich Friedrich Wilhelm während seiner ganzen Regierungszeit mit Eifer und Zähigkeit ein. Zweimal glaubte er diesem Ziel nahe zu sein, und zweimal sah er sich getäuscht. Dank seines diplomatischen Geschicks und seines schlagkräftigen Heeres war es dem Kurfürsten im Nordischen Kriege gelungen, den größten Teil Vorpommerns in seine Hand zu bekommen. Aber noch war das kleine Brandenburg nicht mächtig genug, das eroberte Gebiet gegen den Einspruch der großen europäischen Staaten zu behalten. Im Frieden von Oliva mußte das Land erneut den Schweden überlassen werden. Anderthalb Jahrzehnte später stand der Kurfürst wieder gegen diesen nordischen Feind im Felde, der unvermutet in Brandenburg eingefallen war, als Friedrich Wilhelm auf Seiten des Kaisers am Rheine gegen Frankreich focht. Es gelang dem Kurfürsten, die Schweden bei Fehrbellin zu schlagen und in wenigen Wochen aus seinem eigenen Lande zu vertreiben. Danach kehrte er nicht mehr an den westlichen Kriegsschauplatz zurück, sondern griff den alten Plan einer Eroberung Pommerns wieder auf.

Nach vierjährigem harten Ringen war Vorpommern mit der Odermündung in seiner Hand. Da Friedrich Wilhelm fest mit der Unterstützung des ihm verbündeten Kaisers und der General-Staaten rechnete, glaubte er endlich sein Ziel, die Einverleibung ganz Pommerns, erreicht zu haben. Seine Alliierten im Westen waren jedoch inzwischen des Krieges müde geworden und hatten mit Frankreich einen Sonderfrieden geschlossen, in dem sie sich verpflichten mußten, den Feinden Schwedens keine weitere Unterstützung mehr zukommen zu lassen. Brandenburg stand damit völlig isoliert der Macht Frankreichs gegenüber. Erfolgreicher Widerstand war unmöglich. In Kürze hatte das französische Heer die rheinisch-westfälischen Besitzungen Friedrich Wilhelms besetzt. Unter diesen Umständen sah sich dieser zum Frieden mit Ludwig XIV. gezwungen, der auf einer Auslieferung der pommerschen Eroberungen an seinen alten Alliierten Schweden bestand.

Der schmachvolle Friede von St. Germain, der den Verzicht aussprach, mußte den Kurfürsten aufs tiefste verbittern. Sein Zorn richtete sich jedoch nicht gegen seinen Feind, sondern gegen seine alten Verbündeten — vornehmlich gegen den Kaiser —, die er für den neuen Verlust Vorpommerns verantwortlich machte. Im Gegensatz zu diesen hatte sich Frankreich als treuer Alliierter gezeigt und nicht eher Frieden geschlossen, bis Schweden seinen alten Besitz zurückerhalten hatte. Selbst die letzten Mißerfolge hatten den Brandenburger nicht zu einer Aufgabe seiner alten Eroberungspläne veranlassen können. Er hatte nur einsehen müssen, daß es unmöglich sein würde, als Frankreichs Gegner dieses Ziel zu erreichen. Der Kurfürst entschloß sich deshalb, sich um die Freundschaft Ludwigs XIV. zu bemühen. Er hoffte, Schweden aus seiner alten Stellung als Schutzbefohlener Frankreichs verdrängen zu können, um dann selbst in dieselbe einzurücken. In der Tat kam am 25. Oktober 1679 ein brandenburgisch-französisches Geheimbündnis zustande[1]), das den Großen Kurfürsten zum Parteigänger Frankreichs machte. Er mußte sich verpflichten, dem französischen Heer im Kriegsfall seine Lande samt den Festungen für Truppendurchzüge zur Verfügung zu stellen. Dem französischen König, dem Dauphin oder einem französischen Kandidaten wurde die brandenburgische Kurstimme bei der nächsten römischen Königswahl zugesichert. Nach Möglichkeit sollte dieselbe zu Lebzeiten Leopolds I. überhaupt verhindert werden. Von größter Bedeutung war die Bestimmung, die den Brandenburger zur Unterstützung aller französischen Ansprüche, die sich auf die Friedensschlüsse von Münster und Nimwegen stützten, festlegte. Der Große Kurfürst sollte damit schon im voraus die Reunionen Ludwigs XIV. anerkennen.

Die Gegenleistung, die hauptsächlich in 100 000 L. Subsidien bestand, entsprach in keiner Weise den brandenburgischen Verpflichtungen. Von dem Erwerb Pommerns und einer Verdrängung

1) Moerner, S. 413 ff.: S. 704 ff.

Schwedens war keine Rede. Für die bloße Hoffnung hatte der Kurfürst das Steuer seiner Politik herumgerissen, sich von der kaiserlichen Partei zurückgezogen und war zu Frankreich übergegangen.

Diese Wendung, die in dem neuen brandenburgisch-französischen Bündnis zum Ausdruck kam, hat auch zu einer völligen Änderung seiner Reichspolitik geführt. Das reichspolitische Interesse hatte niemals allein die kurfürstliche Politik bestimmt. Friedrich Wilhelm war in erster Linie auf Erweiterung und Stärkung des eigenen Staates bedacht gewesen. Bis zum Jahre 1679 hatte der Brandenburger jedoch stets als treuer Reichsfürst[2]) gegolten. Er hatte sich selbst fast immer an den Satz seines politischen Testaments gehalten, sich nie „bey solchen Consilien" finden zu lassen, „welche den Alten Reichsverfassungen wie auch herkommen zugegen lauffen mochten". In den meisten großen Konflikten hatte er auf Seiten von Kaiser und Reich gestanden. Friedrich Wilhelm war freilich nie ein unbedingter Parteigänger des Hauses Habsburg gewesen. Schon in den 50er Jahren hatte er sich unter dem Einfluß seines damaligen Beraters, des Grafen Waldeck, eifrig für den Zusammenschluß der mächtigen deutschen Fürsten zu einer dritten Partei im Reich eingesetzt. Diese Unionspläne trugen einen bewußt antikatholisch-habsburgischen Charakter. Praktischen Wert sollten sie jedoch nicht haben, da Brandenburg schon bald in die nordischen Wirren verwickelt wurde, die eine Durchführung derselben verhinderten. Im schwedisch-polnischen Kriege verfocht Friedrich Wilhelm durchaus das Reichsinteresse, wenn er sich für die Eroberung Vorpommerns und die Befreiung der Odermündung von der schwedischen Fremdherrschaft einsetzte. Wie sehr er sich dieser Aufgabe bewußt war, zeigt deutlich seine berühmte Flugschrift „Bedenke, daß Du ein Deutscher bist".

Seit Mai 1658 war der Brandenburger auch zum offenen Parteigänger Österreichs geworden. Bei der Kaiserwahl setzte er sich für den habsburgischen Kandidaten Leopold I. ein. In dieser Zeit mußten alle französischen Versuche, den Kurfürsten für den 1658 von Kurmainz gestifteten Rheinbund zu gewinnen, scheitern, da dieser aus seiner Habsburg feindlichen Haltung heraus Frankreich großen Einfluß im Reich einräumte.

Friedrich Wilhelm schloß sich dieser Allianz erst an, als sie bereits jede Bedeutung verloren hatte (im Januar 1664). Im Frühjahr 1664 kam es wohl zu einem förmlichen Bündnisabschluß zwischen Frankreich und Brandenburg, der jedoch praktisch keine Folgen hatte. Diese neue Freundschaft hinderte den Brandenburger jedenfalls nicht, im Türkenkrieg seinen Pflichten als Reichsfürst nachzukommen. Sie sollte auch nicht von langer Dauer sein. Im holländisch-französischen Kriege kämpfte der Kurfürst schon wieder gegen Frankreich. Als dann der Reichskrieg gegen Ludwig XIV. er-

---

2) Über das Reichsbewußtsein des Kurfürsten: Havelaar, S 70 ff.

klärt wurde (24. Mai 1674), war der Brandenburger sofort auf dem Plan. Im Juli 1674 schloß er mit dem Kaiser ein Bündnis ab, in dem er sich zur Unterstützung der antifranzösischen Partei im Westen verpflichtete. Im folgenden elsässischen Kriege stellte sich der Kurfürst selbst an die Spitze seiner Truppen und kämpfte mit ihnen für das Reich gegen die Heere Ludwigs XIV., bis ihn der Schwedeneinfall an die Nordfront abberief und er den Feind aus dem eigenen Lande vertreiben mußte. 4 Jahre kämpfte er gegen die Schweden. Er blieb offiziell der getreue Bundesgenosse von Kaiser und Reich, wenn er auch nicht mehr zum westlichen Kriegsschauplatz zurückkehrte. Der kaiserliche Sonderfrieden von Nimwegen, der ihn Frankreich gegenüber isolierte und eine endgültige Besitznahme Pommerns in Frage stellte, mußte ihn deshalb sehr enttäuschen. Wir sahen, wie ihn diese Erbitterung zu einem Umschwung veranlaßte, dessen Folgen für die brandenburgische Reichspolitik zu untersuchen, die Aufgabe dieser Arbeit sein soll.

I. Abschnitt:

DIE AUSWIRKUNG DES BRANDENBURGISCH-FRANZÖSISCHEN BÜNDNISSES AUF DIE REICHSPOLITIK DES GROSSEN KURFÜRSTEN BIS ZUM BEGINN DER FRANKFURTER KONFERENZ.

1. Brandenburg und der Reichstag. — Die innerdeutschen Fragen.

> „Wie der Keyser und das Reich mit uns gehandelt, lieget am Tage, und weil selbige uns zum ersten abandonniret und unserer Feinde Willen überlassen, haben wir dasselbe weiter nicht zu consideriren, als so viel unser eigen Interesse mit sich bringet“ [1]).

Diese Worte mögen die Stimmung des Kurfürsten nach dem Frieden von Nimwegen charakterisieren. Friedrich Wilhelm hatte sich von der kaiserfreundlichen Politik im Reich losgesagt. Von Bedeutung wurde dieser Bruch allerdings erst, als auch Brandenburg Frieden geschlossen hatte und wieder aktiv an der Politik des Reiches teilnehmen konnte [2]).

Schon im Juli 1679, wenige Tage nach den brandenburgisch-französischen Vereinbarungen von St. Germain, setzte der brandenburgische Gesandte, Gottfried von Jena, den Reichstag von der Ent-

1) U. A. 19 S. 357. Kurf. an Schwerin 1./11. 7. 1679.

2) Leider war im Preuß. Staatsarchiv keine Instruktion an den brandenburgischen Gesandten am Reichstag zu finden, aus der die neue Stellung des Kurfürsten wohl am deutlichsten hervorginge.

rüstung seines Herrn in Kenntnis[3]). Der Wiener Hof, der seinen Ausführungen zunächst keinen Glauben schenken wollte[4]), mußte nur zu bald einsehen, daß es sich dieses Mal nicht um eine vorübergehende Laune des jähzornigen Brandenburgers handelte. Die Enttäuschung über die jüngste Niederlage hatte die politische Ausrichtung Friedrich Wilhelms so grundlegend verändert, daß er sogar an dem Zweck und Nutzen weiterer Reichstagsverhandlungen zweifelte. Er dachte deshalb an eine Abberufung seines Regensburger Gesandten[5]). Seine Räte hatten jedoch gegen dieses Vorhaben schwerwiegende Bedenken[6]), da ein derartiger Schritt die übrigen Stände nachdenklich stimmen müßte. Die Anwesenheit Jenas in Regensburg sei dringend erforderlich, zumal dort der Gesandte Frankreichs erwartet würde und Brandenburg noch an vielen Reichstagsfragen interessiert sei. Da der Geheime Rat mit baldiger Exekution des Friedens rechnete, riet er dem Kurfürsten, bei seinen Mitständen für Verkürzung des Reichstages zu werben, um auf diese Weise die unnötige Auslage einer Gesandtschaft einzusparen. Diesem Gutachten trug Friedrich Wilhelm Rechnung. Er ließ den Gedanken, Gottfried von Jena abzuberufen, sofort fallen. Bereitwillig griff er dafür den der Auflösung des Reichstages auf, der in seiner letzten 16jährigen Tagungsperiode nur Unkosten verursacht hatte.

Der brandenburgische Vertreter in Regensburg hatte selbst den Wunsch, nach 15jährigem Aufenthalt am deutschen Reichstag nach Berlin zurückzukehren. Da er nur bei Schließung des Reichstages mit seiner Abberufung rechnen konnte, versuchte auch er, den Kurfürsten für diesen Gedanken zu gewinnen[7]). In seinen Relationen

---

3) Rep. 92 Nachlaß v. Henniges Comitiologia, Vol. 3—4. In dieser Aufzeichnung schildert uns der damalige brandenburg. Gesandtschaftssekretär in Regensburg, v. Henniges, in chronologischer Reihenfolge die Hauptereignisse am Reichstag. Vgl. Koser, HZ 97, S. 152.

4) Henniges berichtet in seiner Comitiologia: „Es möchte Churbrandenburg wieder in das Interesse des Kaisers und Reiches kommen, wie fier es sich auch anjetzo stellte, und äußerlich scheine dasselbe verlassen zu haben: Denn sich mit Franckreich gegen das Reich zu alligieren, und zu helfen, das solches subjugieret werde, war unmöglich nur zu gedenken, weil die Reihe gar bald auch an den Helfer hätte kommen müssen, dem nichts als das beneficium ordinis überblieben wäre. Denn Franckreich kann keinen Alligierten länger vertragen als solange es noch nicht in den Stand solches zu Untertanen zu machen. So bald es diese Gelegenheit erfährt, Adieu Alliancen, und dann heißt es anstatt mes très chers alliez, car tel est notre plaisir".

5) Rep. X. 42. Kurf. an s. Räte 5./15. 7. 79. Auerbach, S. 203. — Dieser Schritt lag durchaus im französischen Interesse.

6) Rep. X. 42. U. A. 19, S. 703. Gutachten vom 8./18. 7. 1679.

7) Er berichtete seinem Herrn deshalb von einem Gerede, wonach „Ein Churfürstliches Collegium wohl täte, wen es dem Reichstag ein end machen helffe, einen Collegialtag anstellete, und des Reichs angelegenheiten sowohl als Seine eigenen Befugnisse und präcipua auf solche weis beobachtete, wie vor der Zeit zu des Reichs besten und zu Bestattung der Churfürstlichen Autorität geschehen, welches E. Ch. Dl. höchsterleuchtestem vernünftigstem Nachdenken anheim gestellet bleibt". Rep. X. 72 b, Relation 25. 7./4. 8.

stellte Jena ihm immer wieder anheim, „ob der so lange mit schlechtem Nutz gewährte Reichstag nicht dermahln zu schließen und nicht lieber ein Collegialtag auszuschreiben sei“ [8]). Diese Regensburger Berichte sowie das Gutachten des Geheimen Rats veranlaßten den Kurfürsten schon am 9./19. VIII. eine entsprechende Weisung an den Reichstag ausgehen zu lassen, nach der Jena bei den kurfürstlichen Gesandten für diesen Plan werben sollte [9]). Dieser führte den Befehl seines Herrn sofort mit großem Eifer aus. Zunächst erhielt er auch durchaus befriedigende Antworten. Er konnte nach Berlin berichten, daß alle Kurfürsten, mit Ausnahme des Pfälzers, des Reichstages müde zu sein schienen. Genauer hätte sich allerdings noch kein Gesandter geäußert [10]). Und es sollte noch viel Zeit verstreichen, ehe alle Kurfürsten Stellung genommen hatten. Immer wieder fanden sich Gründe, die Antwort hinauszuschieben.

Friedrich Wilhelm verfolgte indessen sein Ziel weiter. Als man im Oktober den Reichstag von Regensburg nach Ulm verlegen wollte, da man eine Verbreitung der in Österreich herrschenden Seuche befürchtete [11]), forderte er die Aufhebung der Reichsversammlung. Für den Fall, daß diese brandenburgischen Vorstellungen ihre Wirkung verfehlten, sollte Jena seinen Abschied nehmen und nach Berlin zurückkehren [12]). Den Gedanken eines Kollegialtages, der an die Stelle des Reichstages treten sollte, mußte der Kurfürst wegen der ungünstigen Stimmung vorerst aufgeben. An seinem Hauptplan hielt er dagegen weiterhin fest. Erst bittere Enttäuschungen und das Versagen seiner Mitkurfürsten zwangen ihn, auch diesen fallen zu lassen.

Schon aus den ersten Reichstagsberichten vom September 1679 war zu ersehen, daß nicht alle Kurfürsten dem Plan des Brandenburgers rückhaltlos zustimmen würden. Es gelang den kaiserlichen Ministern, Mainz, Bayern und Sachsen für das Fortbestehen des Reichstages zu gewinnen. Zu Beginn des Jahres 1680 äußerten sich die kurfürstlichen Gesandten bereits wieder — soweit sie überhaupt mit Instruktionen versehen waren — gegen eine sofortige Auflösung [13]).

Friedrich Wilhelm gab trotzdem seinen Plan noch nicht auf. Auf Anregung seines Regensburger Gesandten [14]) warb er bei seinen Mitkurfürsten persönlich noch einmal für Aufhebung des

8) Rep. X. 42 b. Relation v. 1./11. 8. 1679.

9) Friedrich Wilhelm schrieb auch noch persönlich in diesem Sinne an seine Mitkurfürsten.

10) Rep. X. 42 b. Relation v. 22. 8./1. 9. 1679.

11) Rep. X. 42 b. Relation 3./13. 10. 79.

12) Rep. X. 42 b. Kurf. an s. Räte 13./23. 9. 79. Dieser Befehl wurde allerdings durch den kaiserlich gesinnten Rat Friedrich von Jena gemildert, der seinen Bruder anwies, für den Fall der Transferierung weitere Befehle abzuwarten. Rep. 42 b. 17./27. 10. 79.

13) Der Kölner verlangte erst Feststellung des Punctus Monetae, Sachsen Erörterung der Gravamina wider Frankreich und Pfalz Erledigung des Punctus Securitatis sowie Rasierung der Veste Philippsburg.

14) Rep. X. 43 a. Relation 9./19. 1. 80.

Reichstages. Er nahm dabei die Unterstützung des französischen Gesandten in Anspruch. Aber alle seine Bemühungen blieben vergeblich. Mainz, Trier und Sachsen äußerten sich für Fortsetzung und Verlegung nach Ulm oder Augsburg. Köln und Bayern waren zwar von der Notwendigkeit der Dissolution überzeugt, verlangten aber vorher einen förmlichen Reichsabschied. Im Notfall wollten auch sie für eine Translation stimmen, bis alle noch schwebenden Fragen geklärt seien. Trotz eifriger Gegenbemühungen Brandenburgs kam auf dieser Basis ein Kollegialgutachten zustande, das sich bei weiterer Verbreitung der Seuche mit der Verlegung des Reichstages einverstanden erklärte.

Damit war der Plan des Großen Kurfürsten endgültig gescheitert. Den Gedanken, seine Vertretung am Reichstag aufzuheben, hatte er selbst schon vorher fallen gelassen. Ein Rücktrittsgesuch Gottfried von Jenas[15]), der sich aus Gesundheitsrücksichten vom Amt zurückziehen wollte, wurde strikte abgelehnt[16]), weil dieser am besten mit den Reichstagsgeschäften vertraut war. Da sich aber der Gesundheitszustand des Gesandten immer mehr verschlechterte, und der Kurfürst ihn nicht einmal für die kurze Spanne eines Urlaubs entbehren zu können glaubte, wurde ihm zu seiner Entlastung in Karl Schönbeck ein Gehilfe beigegeben[17]). Jena nahm schließlich selbst von seiner Bitte Abstand, da auch er einsah, daß seine Anwesenheit am Reichstag bei den bevorstehenden großen Auseinandersetzungen dringend erforderlich war[18]).

Allein aus diesem Tatbestand kann man ermessen, daß der Kurfürst in etwa seine Stellung gegenüber dem Reichstag geändert hatte. War er noch vor Jahresfrist in Zorn und Erbitterung entschlossen gewesen, an den Reichsgeschäften keinen Anteil mehr zu nehmen, so war er jetzt wieder so eifrig an den Regensburger Vorgängen interessiert, daß sein Gesandter den Verhandlungen nicht einmal für kurze Zeit fernbleiben durfte, bis dort alle großen Fragen eine Klärung erfahren hatten.

Am liebsten hätte der Brandenburger freilich die Reichsangelegenheiten in der Hand eines kurfürstlichen Kollegialtages gesehen. Als sein Plan, den Reichstag aufzulösen, gescheitert war, beabsichtigte er, den Kollegialtag neben die Reichsversammlung zu stellen, damit dieser alle kaiserlichen und fürstlichen Angriffe gegen die Kurfürsten abwehre. Gottfried von Jena erhielt unaufhörlich Befehle, sich zu bemühen, die übrigen kurfürstlichen Gesandten für diesen Gedanken zu gewinnen. Friedrich Wilhelm wandte sich

15) U. A. 19 S. 721. Relation 6./16. 8. 80.

16) Rep. X. 43 a. Kurf. an Jena 10./20. 8. 80. Zwischendurch hatte der Kurfürst zwar einmal an eine Abberufung Jenas gedacht, damit dieser die ihm kürzlich übertragene Kanzlerstelle in Magdeburg wirklich antreten könne. Zum Nachfolger hatte er schon den Halberstädter Vizekanzler Butenbach ausersehen. Nach einigen Tagen ließ Friedrich Wilhelm diesen Plan aber wieder fallen. (U. A. 19 S. 720. Kurf. an Jena 6./16. 8.).

17) Rep. X. 43 a. Relation 17./27. 9. 80.

18) U. A. 19 S. 722. Relation Jenas 3./13. 9. 80.

außerdem selbst an seine Mitkurfürsten, stellte ihnen die immer größer werdende Anmaßung der Fürsten vor Augen und warb für den Kollegialtag [19]). Mit Ausnahme des Pfälzers stimmten sie alle mit dem Brandenburger überein, daß man nie auf seine althergekommenen Rechte verzichten dürfe. Kurbayern riet aber von einer besonderen Zusammenkunft an drittem Ort ab, da eine solche das Mißtrauen von Kaiser und Fürsten wachrufen müßte. Die Folge davon werde die Einberufung eines Fürstentages und die offene Spaltung des Reiches in zwei Fronten sein. Zur besseren Geheimhaltung brachte der Bayer Verhandlungen der in Regensburg versammelten kurfürstlichen Gesandten in Vorschlag [20]), was allgemeine Zustimmung fand. Die kurfürstlichen Vertreter traten daraufhin sofort zusammen [21]). Zu einem Ergebnis kamen sie jedoch nicht. Ihre Beratungen scheinen schon nach wenigen Tagen abgebrochen worden zu sein, da der kurfürstliche Verein gegenüber den Reichsverhandlungen mit Frankreich doch nur von sekundärer Bedeutung war [22]). Der Brandenburger ließ jedoch diesen Plan nie ganz fallen. Das geht schon daraus hervor, daß er die Sache gleich nach dem Scheitern der Frankfurter Konferenz von neuem betrieb — freilich auch dieses Mal ohne einen Erfolg.

Als Kurfürst des Reiches war Friedrich Wilhelm naturgemäß mitten in den Kampf des Kurfürstenkollegs gegen Kaiser und Fürsten hineingestellt. Seit Beginn des immerwährenden Reichstages hatte der Wiener Hof in Regensburg versucht, die alten Machtbefugnisse wieder in seine Hand zu bekommen, wobei er auf den erbitterten Widerstand der Kurfürsten stieß, dagegen von den Reichsfürsten unterstützt wurde, die die ständischen Unterschiede auf Kosten der kurfürstlichen Vormachtstellung beseitigen wollten. Beide Parteien vermieden es aber, es zum offenen Bruch kommen zu lassen. Kaiser und Fürsten versuchten, die kurfürstliche Machtstellung durch kleinliche Reibereien, wie Zeremonialstreitigkeiten, zu erschüttern. Die Kurfürsten andererseits waren überzeugt, daß sie nicht das geringste Vorrecht preisgeben dürften, wenn sie ihre politische Überlegenheit behalten wollten. Nur so ist die oft kleinliche Sorge des Brandenburgers um jede Präeminenz zu verstehen. Friedrich Wilhelm versteifte sich deshalb auf die volle Ausschreibung des Titels „Kurfürsten" neben dem der Fürsten, den die Fürstlichen auf Veranlassung des Kaisers hin im Reichsgutachten kürzen wollten [23]). Da beide Parteien an ihrem vermeintlichen Recht festhielten, gerieten fast alle Beratungen ins Stocken. Die Kurfürsten wollten sich zu keinem Kompromiß bereit finden lassen. Den vermittelnden Vorschlag der Fürstlichen, an Stelle der drei Kollegien den Sammelbegriff eines Reichskonvents oder einer Reichsver-

19) Rep. X. 44 a. Kurf. an s. Mitkurf. 11./21. 2. 1681.
20) Rep. X. 44 a. Bayern an Brandenburg. 2. 12. 5. 1681.
21) Rep. X. 44 a. Relation Jenas 3./13. 6. 1681.
22) In den Akten lesen wir nichts mehr davon.
23) U. A. S. 706. Relation 1./11. 8. 79.

sammlung zu setzen, wurde von ihnen abgewiesen, da damit jeder Rangunterschied und alle Vorteile desselben für die Kurfürsten fortfielen [24]). Da die beiden Parteien sich untereinander nicht einigen konnten, griff schließlich der Kaiser ein [25]). Unter seiner Vermittlung kamen die beiden Kollegien endlich zu einer Einigung, in der die Kurfürstlichen den Sieg davontrugen. Die ordentlichen Beratungen wurden wieder aufgenommen. Für ¾ Jahre herrschte dann Ruhe zwischen den Parteien am Reichstag. Sobald sich aber dem Kaiser oder den Fürstlichen eine neue Gelegenheit bot, die kurfürstlichen Präeminenzien anzugreifen, begann das Geplänkel von neuem.

Seit dem Friedensschluß von Nimwegen strebte der kaiserliche Hof danach, die Vertretung des Gesamtreiches in seinen Händen zu behalten. Deshalb stellte er in den folgenden Jahren immer wieder die Forderung auf, allein durch seine Beauftragten für das Reich mit Frankreich zu verhandeln. Kaum war man in Regensburg trotz der Gegenbemühungen Österreichs wegen der Beschwerdeschreiben an die Könige von England und Frankreich zum Schluß gekommen, als der Kaiser auch schon versuchte, den Ständen die Ausfertigung derselben zu entreißen. Er verlangte vom deutschen Reichstag, daß ihm die Expedition übertragen werde, „damit nicht der König in Frankreich mit Verschimpfung der gesamten Reichsversammlung sich der Beantwortung entziehen möchte“ [26]). Dieses Ansinnen des Kaisers wurde jedoch von den gesamten Reichsständen, vornehmlich von den Kurfürsten, abgelehnt. In Berlin rief das Verhalten des Wiener Hofes große Befremdung hervor. Jena, der sich bereits für das Recht der Reichsstände eingesetzt hatte, erhielt Befehl, weiterhin gegen derartige Neuerungen vorzugehen und für die kurfürstlichen Präeminenzien einzutreten [27]).

Der Brandenburger gewann mit der Erwerbung des Erzbistums Magdeburg am Reichstag noch an Einfluß, den er in diesen Konflikten geschickt zur Festigung der kurfürstlichen Stellung auszunutzen verstand. Es ist deshalb zu verstehen, wenn die Fürstlichen, vornehmlich Österreich, versuchten, dem Brandenburger die Berechtigung abzusprechen, diese neue wichtige Stimme an 2. Stelle auf der weltlichen Bank im Fürstenrat zu führen. Alle ihre Bemühungen scheiterten jedoch an der geschickten Gegenarbeit Jenas [28]), der sich nach langen Reibereien durchsetzte und seinem Herrn das Votum verschaffte.

Die beste Gelegenheit, die Unterschiede zwischen den Reichsständen zu verwischen und die kaiserliche Stellung auszubauen, bot sich bei der Beschickung der Frankfurter Konferenz, auf der die deutsch-französischen Differenzen geschlichtet werden sollten. Da

24) Rep. X. 42 b. 27. 8./8. 9. 79.
25) Eichstädt an Mainz 23. 9. 1679. Pachner II, S. 235.
26) U. A. 19 S. 719. Relation 30. 7./9. 8. 1680.
27) U. A. S. 720. Kurf. an Jena 3./13. 8. 1680.
28) Rep. 92 Vol. 3—4. Henniges, Comitiologia, Sommer 1680—1681.

diese zeremoniellen Machtfragen stark in die Außenpolitik des Reiches hineinspielen, sollen sie erst in einem späteren Abschnitt behandelt werden. Das sei aber schon jetzt festgestellt, daß Friedrich Wilhelm auch dieses Mal gegen die Forderungen von Kaiser und Fürsten auftrat.

Die Machtpolitik des Wiener Hofes beschränkte sich naturgemäß nicht allein auf die zeremoniellen Vorrechte. Der Ausbau und die Festigung der eigenen Stellung im Reich, vornehmlich an dessen Westgrenze, lagen ihm noch viel mehr am Herzen. Erreichen konnte er dieses Ziel aber nur, wenn er sich auf eine starke Truppenmacht im Reichsgebiet stützte. Diese Erkenntnis veranlaßte Kaiser Leopold I., nach dem Frieden von Nimwegen seine Truppen ungeachtet aller reichsständischen Vorstellungen weiterhin im schwäbischen und fränkischen Kreise in Höhe von 18—20 000 Mann unter dem Vorwand liegen zu lassen, daß dieses die Reichssicherheit erfordere. Er bemühte sich außerdem um eine Entschädigung für das an Frankreich abgetretene Freiburg durch einige süddeutsche Reichsstädte [29]). Diese Pläne sollten jedoch sofort an dem Einspruch der dadurch unmittelbar betroffenen Stände scheitern, die sich in ihrer Notlage an den Reichstag wandten [30]).

Einer der erbittertsten Gegner dieser habsburgischen Machtpolitik war auch dieses Mal der Kurfürst von Brandenburg, der zu seinem Widerstand gegen Leopold I. immer wieder von der franzosenfreundlichen Partei seines Hofes — besonders auch von seinem Regensburger Vertreter [31]) — ermuntert wurde. Gottfried von Jena warnte davor, der kaiserlichen Politik tatenlos zuzusehen, und riet zu allgemeinen Abwehrmaßnahmen des Reiches unter Führung seines Herrn. Der Kurfürst griff sofort Jenas Vorschlag auf, den kai-

---

29) U. A. 18 S. 778. Rep. X. 42 b. Relation Jenas v. 11./21. 7. 1679.

30) U. A. 19 S. 702. Relation Jenas v. 4./14. 7. 79. Rep. X. 42 a. Relation Jena v. 20./30. 1. 80. (Beschwerdeschreiben von Pfalz-Zweibrücken, dem schwäbisch-fränkischen Kreise an den genannten Städten.

31) Unmittelbar nach dem Frieden von St. Germain hatte Jena seinem Herrn vorgestellt: „daß man sich künftig denen contra jura e libertatem Statuum laufenden Attentaten und Oppressionen mit Bescheidenheit opponieren, zumalen man sich untertänigst zu erinnern weiß, daß E. Ch. Dl. dero es so viel oder mehr als anderen angeht, die aus dem Instrumento pacis, Kayserl. Wahlkapitulation und Constitutionibus imperii zustehende Gerechtigkeiten Ihro nicht schmälern oder gar nehmen lassen wollen. — Und wenn man de jure reden will, so seynd E. Ch. Dl. durch den Nimwegischen Frieden von dem Reich gleichsam abgesondert, von dem Kaiser und dem Reich verlassen und nicht als ein Constatus oder Membrum imperii tractiert, und daher von aller Obligation gegen dem Reich von Rechts wegen eximiret und befreiet. — Und wenn man E. C. Dl. ansieht und wie man Dero treue gegen die Kays. Maj. und das Reich gehabte mühe, gefahr, Sorg und Costen und erhaltene Victorien vergolten, in consideration zieht, so muß sich einer scheuen, sich und das Seinige vors Vaterland künftig zu wagen . . . E. Ch. Dl. ist von der Kayserl. Maj. Gesandtschaft zu Nimwegen nichts zu guth, aber viel zu schaden geschehen, und man darf nicht so hindenken, ob man gleich wollte, weilen man dadurch die praecipiduierlichen Händel gut hieße" U. A. 19. S. 703. Rep. X. 42 b. Relation Jenas 4./14. 7. 79.

serlichen Forderungen mit eigenen Satisfaktionsansprüchen entgegenzutreten. Hielt er sich doch selbst vor allen andern, selbst vor dem Kaiser, zu Ersatzansprüchen für den im letzten Krieg erlittenen Schaden berechtigt[32]). Am 23. 7./2. 8. 1679 erging an Jena der Befehl, am Reichstag die Satisfaktionsforderungen Brandenburgs auf die Städte Nordhausen und Dortmund anzumelden, auf die der Regensburger Gesandte selbst aufmerksam gemacht hatte. Jena sollte den kaiserlichen Prätensionen solange entgegenarbeiten, bis Brandenburg in den Besitz einer genügenden Satisfaktion gelangt sei[33]). Am Reichstag waren inzwischen die kaiserlichen Ansprüche im Westen verhandelt worden[34]). Trotz eifriger Gegenbemühungen des österreichischen Gesandten trat die Reichsversammlung für die geschädigten Stände ein[35]). Sie verlangte in einem Gutachten den Abzug der noch in den Quartieren liegenden Völker[36]).

Diese Differenz sollte jedoch nicht zum offenen Bruch zwischen dem Kaiser und den Ständen führen. Völlig unerwartet kam Frankreich dem Reichstag zu Hilfe, indem es auf Räumung des Westens bis zum 10./20. 8. bestand.

Damit waren aber die kaiserlichen Forderungen noch nicht erledigt. Der Wiener Hof erinnerte plötzlich wieder an seine bereits angemeldeten Entschädigungsansprüche und verlangte: „etliche Reichsstätte zum aequivalent vor Freiburg, eine ahnsehentliche Summe an Römermonathen vor die aufgewandten Kriegs Costen, dazu doch der Schwäbische Creyss allein 30 Millionen contribuieret, die beständige Wahl Capitulation, Exekutions Ordnung und dergleichen nach Seiner intention einzurichten“[37]). Dieses Kommissionsdekret hatte allerdings weiter keine Folgen, da das Fürstenkollegium wegen der Zeremonialfragen jede ordentliche Ratssitzung ablehnte und deshalb nicht darüber verhandelt werden konnte[38]).

Schließlich geriet das kaiserliche Memorial ganz in Vergessenheit, da das Haus Habsburg diese Angelegenheit später selbst nicht

---

32) Der Geheime Rat nahm die Vorschläge Jenas bedeutend kühler auf. Er glaubte nicht an eine Anerkennung der brandenb. Ansprüche von Seiten des Reiches. Wenn er trotzdem dazu riet, so tat er das nur, weil er durch die Anmeldung der brandenb. Forderungen die kaiserlichen lahmlegen wollte. U. A. 19 S. 704. Gutachten v. 8./18. 7. 79.

33) U. A. 19 S. 705. Zur Abführung der kaiserlichen Völker nahm der Kurfürst allerdings noch keine Stellung. Seinem Reichstagsvertreter ging Friedrich Wilhelm mit diesen Ansprüchen noch nicht weit genug. Er riet seinem Herrn, außerdem Goslar mitzufordern, das das Fürstentum Halberstadt abrunden würde. Rep. X. 42 b. Relation 1./11. 8. 79.

34) Rep. X. 42 b. U. A. 19 S. 705. Relat. 25. 7./4. 8.

35) Pachner II, S. 313.

36) U. A. 19 S. 705. Relation 18./28. 9. 79.

37) Rep. 42 b. Relation 25. 7./4. 8. 79.

38) Diesen Wortstreit hatte das Haus Österreich nach Jenas Ansicht nur vom Zaune gebrochen, um einen einmütigen Reichsschluß gegen die habsburgische Einquartierung zu verhindern. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen (Dez. 79) mußten die kaiserlichen Ersatzansprüche gegenüber den wichtigen Reunionen zurücktreten.

mehr betrieb. Der Kurfürst von Brandenburg dagegen hielt weiterhin an seinen Satisfaktionsforderungen für die Verluste im letzten Kriege fest[39]). Er verschmähte dabei nicht die Unterstützung des französischen Gesandten am Reichstag. Ein agressives Vorgehen lehnte der Brandenburger allerdings ab. Geraume Zeit[40]) verzichtete er sogar darauf, in Regensburg weiter an seine Ansprüche erinnern zu lassen. Erst im Januar 1681 nahm der Kurfürst die Sache wieder auf, wobei er aber ausdrücklich darauf hinweisen ließ, daß keinem Reichsstande irgendwelcher Schaden durch Brandenburgs Forderungen erwachsen würde. Er verlangte nur, daß ihm in seinem eigenen Lande eine Satisfaktion zugebilligt werde durch Überschreibung der Dom- und anderer Kapiteleinkünfte in Magdeburg, Minden und Halberstadt. Die katholischen Klöster und Abteien in diesen Fürstentümern sollten ihren alten Besitzern verbleiben. Zur Hebung des brandenburgischen Handels ging er den Reichstag um die Erlaubnis an, in Magdeburg eine Messe als Konkurrenz zu Leipzig gründen zu dürfen[41]).

In dieser Weisung ist nichts von seinen früheren Ansprüchen auf Dortmund und Nordhausen zu lesen. Hatte der Kurfürst damit auf diese Erwerbungen verzichtet? Seine Befehle der nächsten Jahre beweisen deutlich, daß er sie keineswegs aus dem Auge verlor. Wenn er sie zunächst zurückstellte, so muß das auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß Friedrich Wilhelm zu der Einsicht gekommen war, daß der Reichstag seine Forderung niemals billigen würde, wenn diese auf Kosten einiger Mitstände ging. Er wollte vorerst nur eine rechtliche Anerkennung der brandenburgischen Ersatzansprüche erlangen.

Die ersten Vorstellungen Jenas wurden günstig aufgenommen[42]). Aber schon bald zeigte es sich, daß das Mißtrauen und der Neid auf die Erfolge Brandenburgs unüberwindlich waren. Das Mainzische Direktorium weigerte sich, die brandenburgische Satisfaktionssache vor der der andern Stände zur Ansage zu bringen. Alle Ermahnungen des Kurfürsten und seines Gesandten waren vergeblich[43]). Schließlich ergriff Jena selbst die Initiative und trug den beiden Kollegien persönlich die Angelegenheit vor. Aber auch dieser Schritt blieb erfolglos, da es Mainz gelang, jede weitere Verhandlung darüber zu verhindern[44]).

Friedrich Wilhelm verzichtete aber trotz dieser Mißerfolge nicht auf seine Ansprüche. Er ließ in Regensburg und Wien immer wie-

---

39) Rep. 63 no. 28. Januar—Juli 1680. Jena versuchte sogar, seinen Herrn zum rücksichslosen Eintreiben anzustacheln. Er sollte für das verloren gegangene Pommern Schadenersatzansprüche anmelden, was jedoch vom Kurfürsten abgelehnt wurde.

40) von Juli 1680 bis Januar 1681.

41) U. A. 19 S. 728. Kurfürst an Jena 10./20. 1. 81.

42) Rep. X. 44 a. Relation 21./31. 1. 1681.

43) Rep. X. 44 a und b. Relationen Jenas von Juli bis Oktober 1681.

44) Rep. X. 44 b. Relationen Jenas vom Oktober-Dezember 1681.

der daran erinnern. Praktische Bedeutung hatten diese Vorstellungen jedoch nicht. Von den beanspruchten Ländern und Rechten wurde dem Kurfürsten nichts zugebilligt. Hatten damit die brandenburgischen Satisfaktionsansprüche ihren Zweck völlig verfehlt? Von vornherein hatte man in Berlin die brandenburgischen Forderungen nur als Mittel zur Lahmlegung der kaiserlichen Machtpolitik angesehen. Und dieses Ziel hatte der Kurfürst tatsächlich erreicht. In den folgenden Jahren machte der Kaiser jedenfalls keine direkten Versuche mehr, die Macht Österreichs auf Kosten anderer Stände auszubauen.

2. Brandenburg und die Außenpolitik des Reiches.

a) Brandenburg und die Reunionen.

Verhängnisvoller als auf die Innenpolitik wirkte sich der Umschwung Brandenburgs auf die Außenpolitik des Reiches aus. Der Nimweger Friede hatte den deutschen Fürsten nicht die ersehnte Ruhe gebracht. Im Gegenteil, auf Grund dieses Friedens hielt sich Ludwig XIV. für berechtigt, im Westen des Reiches weiterhin deutsche Gebiete zu annektieren, die einstmals durch längst überholte Lehnsverhältnisse von den seit 1552 erworbenen Herrschaften abhängig gewesen waren. Zur genauen Prüfung dieser Rechtsverhältnisse ließ Ludwig XIV. in Metz, Breisach und Besançon Gerichtshöfe einrichten, vor denen die jetzt französischen Lehensherren — es kamen da vor allem die Bischöfe von Metz, Toul und Verdun in Frage — um Wiedergewinnung ihres ehemaligen Besitzes klagen sollten. Diese Reunionskammern waren nur mit französischen Richtern besetzt, die das Land der völlig machtlosen deutschen Lehensträger dem französischen Staatskörper einverleibten. Die Berechtigung zu diesem Vorgehen leitete Ludwig vom Westfälischen und vornehmlich vom Nimweger Frieden her[45]).

Die französischen Reunionen riefen sofort im Reich allgemeine Entrüstung hervor, da man sie nicht als Folgerungen des Nimweger Friedens anerkennen wollte. Allein der Kurfürst von Brandenburg stimmte nicht mit in den Ruf der Empörung ein. Er glaubte zunächst den Aussagen Ludwigs und sah die Reunionen einzig als Auswirkung des ihm so verhaßten Friedens an. Seine Teilnahme an einer Gegenaktion des Reiches wies er mit der Begründung schroff von sich, daß Brandenburg mit den Folgen des Nimweger Friedens nichts zu tun haben wolle. Der Kurfürst konnte gar nicht anders handele. Seine Allianz mit Frankreich hatte ihm die Möglichkeit genommen, gegen die Machtpolitik Ludwigs XIV. aufzutreten.

---

45) siehe im einzelnen: Kaufmann: Die Reunionskammer zu Metz. Metz 1899.

Am Reichstag wußte jedoch niemand um diese Festlegung der kurbrandenburgischen Politik, da das Bündnis von beiden Vertragspartnern streng geheim gehalten wurde. Beide Parteien, die kaiserlich sowie die französisch gesinnte, bemühten sich deshalb eifrigst, Friedrich Wilhelm in ihr Lager zu ziehen. Waren sie sich doch dessen bewußt, daß das mächtige Brandenburg bei der Politik des Reiches gegenüber Frankreich den Ausschlag geben würde. So bat der Kaiser den Kurfürsten verschiedentlich um Rat, wie das Elsaß dem Reich erhalten werden könnte[46]). Friedrich Wilhelm lehnte aber jedesmal eine Unterstützung der kaiserlichen Auffassung ab. Er wies Leopold I. an den Reichstag, als den einzig angebrachten Ort, die Beschwerden wider Frankreich zu verhandeln. Dort werde sich Brandenburg pflichtgemäß zu der Sache äußern[47]).

Frankreich und seine Anhänger im Reich waren unterdessen auch nicht müßig. Anfangs konnte sich Ludwig XIV. zwar nur auf die Arbeit der französisch gesinnten Räte des Kurfürsten stützen, bis er im Frühjahr 1680 einen eigenen Vertreter nach Berlin schickte. Für diesen wichtigen französischen Gesandtschaftsposten im Reich wurde François de Pas, Comte de Rébénac, ausersehen, der sich in Kürze die Sympathie und das Vertrauen des Kurfürsten erwarb[48]). Der Franzose, ein echter Vertreter seines prunkvollen Herrn, verstand es sehr geschickt, die Freundschaft des Kurfürsten zur Verstärkung des französischen Einflusses in Berlin auszunützen. In der kurfürstlichen Familie und im Geheimen Rat fand er seine eifrigsten Mitarbeiter, wozu französische Bestechungsgelder und Gratifikationen ihr gutes Teil beitrugen[49]).

Die größte Stütze war Rébénac der Geheime Rat Franz von Meinders[50]). Aus Überzeugung trat dieser für die brandenburgisch-französische Bündnispolitik ein. Meinders war der Ansicht, daß die Interessen beider Länder immer übereinstimmten. Deshalb konnte er nie in die Verlegenheit geraten, zwischen den Interessen beider zu wählen und das eine dem andern zu opfern. Meinders war persönlich davon durchdrungen, nur das Wohl seines Kurfürsten und Brandenburgs im Auge zu haben. Diese Überzeugung hinderte den aus kleinen Verhältnissen stammenden Rat — er war ursprünglich Sekretär des Grafen Waldeck — aber nicht, sich durch bedeutende Gratifikationen Ludwigs XIV. ein ansehnliches Ver-

---

46) vgl. die Mission des Abtes von Banz wegen des Schicksals der Festungen Homburg und Bitsch, der Reichsritterschaft und der zehn freien Städte im Elsaß sowie Straßburgs. U. A. 14, 2 S. 912. Rep. I. Conv. 15 B.

47) Rep. X. Fasc. 42 a. Beilage zur Relation v. 6. 12. 1679.

48) Charakteristik bei Fehling, S. 47; Waddington II, S. 450 ff.; Pagès, S. 437 ff.; Prutz, S. 103; Fester in H. Z. 92, S. 23, S. 50. Außerdem: Recueil des Instructions données aux ambassadeurs et ministres de France, XVI, Prusse, S. 213.

49) siehe Prutz, S. 124, S. 376; Fester in H. Z. 92, S. 25 ff.; Waddington I, S. 469.

50) siehe Strecker, S. 5 ff. und S. 98 ff., Waddington, S. 51 f.; Prutz, S. 129.

mögen zu beschaffen, wobei er jedoch niemals seine Pflicht vergaß [51]).

Der größte Gegenspieler von Meinders war Paul von Fuchs [52]). Auch er war ein Anhänger Frankreichs, bis er 1682 nach dem Tode des kaiserlich gesinnten Friedrich von Jena ins andere Lager überwechselte, weil er dort eher hochzukommen glaubte. Mit der Zeit gewann er großen Einfluß auf den Kurfürsten, den er bis zu dessen Tode behaupten konnte. In dauernder Geldverlegenheit, verschmähte er es dabei nicht, von beiden Parteien Gelder anzunehmen [53]). Ihm kann deshalb nicht die gleiche Achtung gezollt werden wie Meinders, den Fuchs mit allen Mitteln zu verdrängen suchte [54]).

Von besonderer Wichtigkeit war in jener Zeit die Persönlichkeit des brandenburgischen Gesandten am Reichstage. Seit 1662 füllte der Geheime Rat Gottfried von Jena diesen Posten aus, der im Gegensatz zu seinem Bruder ein überzeugter Anhänger der französischen Partei im Reiche war, was ihn den Kaiserlichen sehr verhaßt machte [55]). Sein eigener Untergebener, der Kanzleisekretär Henniges, warf dem Gesandten vor [56]), nur im Interesse Ludwigs XIV. und nicht in dem des Reiches zu handeln. Die Vorwürfe von Henniges, daß die Jenaschen Relationen zu stark zugunsten Frankreichs gefärbt seien, sind durchaus zutreffend. Immer wieder geißelte der Gesandte das undiplomatische Verhalten der kaiserlich Gesinnten, dem er seine eigene erfolgreiche Arbeit gegenüberstellte. Er berichtete wohl den Tatbestand der Reunionen bis in alle Einzelheiten nach Berlin, versuchte aber dabei immer, das Verhalten des mächtigen Frankreich zu beschönigen. Er war persönlich von der Zwecklosigkeit etwaiger Gegenmaßnahmen von Seiten des schwachen, zerrütteten Reiches überzeugt. Völlig unter dem Einfluß des Franzosen Verjus stehend, mit dem er auf Befehl des Kurfürsten ständig zusammenarbeitete [57]), setzte er alles daran, um seinen Herrn von einer Unterstützung des Reiches gegen Frankreich zurückzuhalten. Allen seinen Relationen, in denen er von dem rücksichtslosen Vorgehen Ludwigs XIV. an Rhein, Mosel und Saar berichten mußte,

---

51) M. Spahn (S. 133) sieht in Meinders den tüchtigen, aber nicht überragenden Gehilfen von Fuchs.

52) Prutz, S. 164.

53) ebd., S. 132.

54) Waddington II, S. 53 f.; Salpius, S. 42 ff. und S. 66.

55) geb. 1620, siehe A. D. B. Bd. 13, S. 762; Auerbach, S. 201; Aus Zerbst gebürtig, hatte er die Rechte studiert, an der Heidelberger Universität gelehrt, bis er 1655 von Friedrich Wilhelm als Professor nach Frankfurt an der Oder berufen wurde. 1662 erteilte ihm der Kurfürst den Auftrag, für sein Kurfürstentum Brandenburg, für Halberstadt, Minden und Pommern am deutschen Reichstage die Stimme zu führen. In Regensburg hat sich der Gesandte eine achtunggebietende Stellung unter seinen Kollegen geschaffen und diese im Intereses seines Herrn ausgenutzt. Seine genauen Relationen, die sich sehr oft in Einzelheiten verlieren, gaben dem Kurfürsten ein klares Bild von den Vorgängen am Reichstage.

56) vgl. Rep. 92 Conv. 3—4, Comitiologia im Jahre 1680—81

57) Rep. X. 42 b Kurfürst an Jena 7./17. 10. 79.

fügte er ausführliche Exkurse über den Frieden von Nimwegen bei. Jena ging dabei von der richtigen Voraussetzung aus, daß in erster Linie die Enttäuschung über das Sonderabkommen von Nimwegen seinen Herrn an die Seite Frankreichs geführt hatte. Diese Verstimmung des Kurfürsten möglichst lange zu schüren, lag natürlich im Interesse der französischen Partei, die einen neuen Frontwechsel um jeden Preis verhindern wollte [58]).

Im August 1679 liefen die ersten Nachrichten über französische Truppenzusammenziehungen im Elsaß, in der Umgebung Straßburgs, in Berlin ein [59]). In Wien war man in großer Unruhe, weil Frankreich trotz des Friedens gar keine Anstalten traf, die zehn Reichsstädte im Elsaß zu räumen [60]). Besorgt um seine vorderösterreichischen Besitzungen rief der Kaiser sofort die Stände zur Gegenwehr auf [61]). Im Laufe des Sommers wurden die Nachrichten über Frankreichs Vorgehen immer bedenklicher. Selbst das Saargebiet und Kurtrier schienen gefährdet. Auf Verhandlungen ließ Ludwig sich nicht ein [62]). Diese französische Machtpolitik stieß in Regensburg auf die erbitterte Opposition des Kaisers. Die Rheinfürsten dagegen nahmen alle Gewalttaten Frankreichs ohne weiteres hin. Sie waren zu geschwächt, um sich der Macht Ludwigs XIV. widersetzen zu können.

Am 6. 10. 1679 erließ der Kaiser ein Kommissionsdekret an die Reichsversammlung, in dem er die Stände bat, zu den Reunionen Stellung zu nehmen, und ein Reichsgutachten verlangte, wie den Übergriffen Frankreichs vorzubeugen sei. Dieses Kommissionsdekret hatte zunächst nicht die erhoffte Wirkung. Die Stände waren derart eingeschüchtert, daß keiner es wagte, sich öffentlich mißfällig über Frankreich zu äußern oder gar etwas gegen diese gefährliche Macht zu unternehmen. Manche stellten die Sorge um die eigenen Präeminenzien, die durch den Kaiser gefährdet schienen, über die um den Bestand des Reiches. Deshalb drangen sie trotz der an den Grenzen stehenden französischen Armeen noch auf Abzug der letzten kaiserlichen Soldaten aus dem schwäbischen und fränkischen Kreise. In ihrer Blindheit sahen sie nicht, daß damit der Westen des Reiches französischen Einfällen wehrlos preisgegeben sein würde.

Die Berichte über das Vorgehen der Reunionskammern wurden immer besorgniserregender. Die Gravamina der durch Frankeich bedrohten Stände häuften sich. Aber die Reichsversammlung ergriff nicht einmal den nächstliegenden Weg, sofort bei dem inzwischen in Regensburg eingetroffenen französischen Gesandten vorstellig zu werden. Man hielt die Zeremonialfragen für wichtiger als fruchtbare Verhandlungen. Das Kreditiv Verjus' wurde als unzu-

58) Rep. X. Fasc. 42 a. Relationen vom 27. 8./8. 9; 26. 9./6. 10. und 19./29. 12. 79.
59) Rep. X. 42 b. Relation vom 8./18. 8. 79.
60) Rep. X. 42 b. Relation vom 9./19. 8. 79.
61) Rep. X. 42b. 22. 8./1. 9. 1679.
62) Rep. X. 42 b. Relation vom 12./22. 9. 1679.

länglich abgelehnt, da es nicht den diplomatischen Reichsgebräuchen entsprach. Damit hatte sich das Reich selbst die Möglichkeit einer direkten Aussprache genommen. Es blieb ihm nur der Weg, offiziell beim französischen König vorstellig zu werden.

Es sollte ein Vierteljahr vergehen, ehe der Reichstag einen Beschluß faßte[63]). Die verschiedensten Möglichkeiten wurden erwogen, wie Frankreich die Beschwerde vorzutragen sei, ohne es zu beleidigen[64]).

Jena war bei Beginn der Verhandlungen noch nicht im Besitze einer genauen Instruktion. Ihm war nur allgemein der Weg gewiesen, mit dem französischen Gesandten Verjus zusammenzuarbeiten[65]). Erst Mitte Januar erhielt Jena die kurfürstliche Resolution[66]), in der sich Friedrich Wilhelm wieder einmal erbittert über Nimwegen ausließ. Er hielt die gegenwärtige Lage des Reichs für viel gefährlicher als vor Abschluß des Friedens. Eine erfolgreiche Beilegung der deutsch-französischen Differenzen versprach er sich nur von einer kaiserlichen Mission an den französischen Hof. Der Kurfürst war sich dessen bewußt, daß er in diesen Fragen nicht immer mit Ludwig XIV. zusammengehen konnte. Er hoffte aber, daß Frankreich trotzdem seinem Verhalten volles Verständnis entgegenbringen würde, da man in der Grundauffassung übereinstimmte.

Jena teilte diese Ansicht auftragsgemäß dem Kurfürstenkollegium mit, das sich aber in keiner Weise dadurch beeinflussen ließ. Man einigte sich vielmehr dahingehend, daß man dem König von Frankreich die in 14 Punkte eingeteilten Gravamina durch seinen Gesandten Verjus überreichen und ihn gleichzeitig um Abstellung der Reunionen ersuchen lassen wollte[67]).

Da auch die Fürstlichen bald zu einer Einigung kamen, konnte dem kaiserlichen Commissarius schon nach wenigen Tagen (am 10. 2. 80) ein Reichsgutachten übermittelt werden, in dem der Kaiser ersucht wurde, sich bei Ludwig XIV. wegen der Gravamina des

63) Anfang Januar wurde erstmalig über die Reunionen beraten.

64) Das unter französischem Einfluß stehende Kurfürstenkollegium schreckte am meisten vor einem offenen Bruch mit Frankreich zurück: „Zumahlen die Kön. Maj. in Franckreich sich Seiner Alliirten und Freunde sehr, das Reich und der Kaiserliche Hof aber hergegen sich dessen, der das meiste davor mit großen Costen, mühe und gefahr löblichst gethan, nicht nur nichts angenommen, sondern noch dazu abandonniert, und was noch mehr, denen hin und wieder gemachten particular frieden schädliche Händel und Conditiones vorsetzlich eingerückt und ihre Herzensgedancken dadurch offenbahret“ (Rep. X, Fasc. 42 b. Relation v. 26. 12./6. 1. 80).

65) U. A. 19 S. 708. Rep. X, Fasc. 42 b. Kurf. an Jena 7./17. 10. 1679.

66) Diese war auch dem sächsischen Generalmajor v. Berlepsch mitgeteilt worden, der den Brandenburger für ein Vorgehen gegen die Reunionen gewinnen wollte. Verhandlungen Berlepschs mit Friedrich von Jena am 27. 12./7. 1. 1680; vgl. U. A. 19, S. 711. Kurf. an Jena 13./23. 1. 80. Die Resolution liegt den Akten in Rep. X, Fasc. 43 a unter dem Dato vom 13./23. 1. 1680 bei. Sie ist von Hirsch nicht beachtet worden. S. Beilage I. S. 137.

67) U. A. 19 S. 712. Relation Jenas 23. 1./2. 2. 1680.

Reichs zu verwenden [68]). Die Stände versäumten nicht, anschießend die vermeintlichen Rechtsansprüche Frankreichs eingehend zu widerlegen.

Die Lage im Westen wurde unterdessen von Tag zu Tag gefährlicher. Lange Reichstagsverhandlungen waren da zwecklos. Nur ein schnelles, entschiedenes Eingreifen eines kräftigen Reiches oder einiger Stände konnte Abhilfe schaffen. Die bedrängten Fürsten wandten sich deshalb auch unmittelbar an die mächtigen Reichsstände und baten um Hilfe [69]). Man hätte annehmen können, daß der Kurfürst alle diese Gesuche mit der gewohnten Begründung schroff abgelehnt hätte. Seinen Mitständen gegenüber nahm Friedrich Wilhelm jedoch eine völlig andere Haltung ein als dem Kaiser gegenüber, dem er in seinem Groll allein die Schuld an allem Unglück zuschrieb. Die Gesuche der bedrohten Stände wurden vielmehr in Berlin freundlich aufgenommen und den Reunierten brandenburgische Hilfe zugesagt. Wiederholt wies Friedrich Wilhelm seinen Regensburger Vertreter an, mit den Gesandten dieser Stände zusammenzuarbeiten. Für Kurpfalz setzte er sich auch persönlich bei der französischen Regierung ein [70]).

Die Spanheimschen und Jenaschen Relationen taten das Ihre, um den Kurfürsten das rücksichtslose Vorgehen Frankreichs nicht vergessen zu lassen. Wenn er trotzdem meist zu all diesem Unrecht stille schwieg, ist dieses in erster Linie auf sein Bündnis mit Frankreich zurückzuführen, das ihm im Reich völlig die Hände band. Friedrich Wilhelm war zudem der Ansicht, daß das Reich zu ohnmächtig sei, um den Reunionen erfolgreich Halt gebieten zu können. Er lehnte deshalb jedes aggressive Vorgehen im Westen ab, zu dem Kurpfalz die Stände anstachelte. Im kurfürstlichen Kollegium schien die pfälzische Propaganda zeitweise Widerhall zu finden. Schon wollte man dort beschließen, daß der Kaiser mündlich — aus gegenseitigem Mißtrauen wagte man keine Niederschrift — in Form eines Reichsgutachtens ersucht werden sollte, die Kreise zur Stellung von Kriegsvölkern für den bedrohten Pfälzer zu veranlassen. Die notwendige Folge dieser Maßnahme hätte der Krieg sein müssen.

68) „dem Aller Christlichen König selbsten durch Schreiben oder Abschickung in Dero und gesampten Reiches Namen wie auch sowohl dem bey derselben Kayserl. Hof subsistirenden als auch von diesem Reichs-Convent dem allhiesig Frantzösischen Plenipotentiario, wann dieser sich der Gebühr nach legitimiret haben wird, vorzustellen und deren wirkliche Remedirung zu begehren seye". Pachner II, S. 243. Londorp XI, S. 49.

69) Rep. X, Fasc. 43 a. Schreiben des Pfalzgrafen Leopold Ludwig, Kurpfalz' (20. 4.), Württembergs (5. 5.).

70) Rep. 40 Nr. 6 a 1. A. o. pfälz. Gesandtschaft Schmettaus nach Berlin. U. A. 19 S. 391 Kurf. an Spanheim 18./28. 2. 80; U. A. 19 S. 713 Kurf. an Jena 9./19. 5. 80; U. A. 20 S. 445 Relation Rébénacs 22. 5. 1680. Der französische Gesandte berichtet freilich von einer Zwangslage, in der sich der Kurfürst Pfalz gegenüber befand. Ein deutlicher Beweis für die Färbung seiner Berichte. Gewinnt man doch beim Lesen seiner Relationen den Eindruck, daß er, durchdrungen von der inneren Verbundenheit zwischen Frankreich und Brandenburg, der Enttäuschung Friedrich Wilhelms über die Reunionen nie die rechte Bedeutung beimaß.

Aber noch in letzter Minute gelang es dem brandenburgischen Gesandten, der bisher wegen mangelnder Instruktion an den Beratungen keinen Anteil genommen hatte, durch entsprechende Vorstellungen über die gefährliche französische Macht diesen Beschluß zu verhindern [71]).

Die Empörung über Jenas Verhalten war am Reichstag fast allgemein [72]), zumal man auf den Verhandlungsweg wenig Hoffnung setzte. Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz konnte sich dieses Votum, das seiner Ansicht nach der ihm gegebenen Zusicherung Friedrich Wilhelms völlig widersprach, nur mit Befehlsübertretung Jenas erklären und wandte sich deshalb mit einer Beschwerde über das Verhalten des Gesandten an den Brandenburger, der sich jedoch hinter Jena stellte [73]). Nur den rein passiv gehaltenen Vorstellungen wider die Reunionen hatte er seinen Beistand zugesagt, und die pfälzischen Klagen in der Tat in Regensburg, Paris und in Berlin bei Rébénac unterstützt. Einem agressiven Vorgehen der Reichsstände wider das mächtige Frankreich konnte und wollte Brandenburg niemals seine Hand bieten [74]).

Auch der Wiener Hof war von der Notwendigkeit einer baldigen Beilegung der deutsch-französischen Differenzen überzeugt und bemühte sich deshalb sofort, den Forderungen des Reichsgutachtens, das dem Kaiser noch nicht weit genug ging, nachzukommen. Unmittelbar nach Ausfertigung desselben begannen die Unterredungen des kaiserlichen Prinzipal-Commissarius, des Bischofs von Eichstädt, mit dem französischen Gesandten Verjus [75]). Kaiserliche Minister sprachen wegen der Reunionen bei dem in Wien akkreditierten französischen Vertreter vor, der sie aber an Verjus verwies, da diese Angelegenheit eine Reichssache sei [76]).

Gleichzeitig wurde Graf Mansfeld beauftragt, als kaiserlicher Gesandter nach Paris zu gehen, um dort wegen der Reunion vorstellig zu werden. Infolge französischer Schikanen sollten allerdings Monate vergehen, ehe Mansfeld seinen Posten in Paris antreten konnte. Der französische König benutzte die in Österreich herrschende „Contagion" als Vorwand, Mansfeld Einreiseschwierigkeiten zu machen. Später machte seine eigene Erkrankung für lange Zeit jede Audienz unmöglich. Die Reunionen griffen indessen im-

71) Rep. 92 Conv. 3—4 S. 2462—72. — Henniges bringt Juli 1680 das Votum wörtlich als Beweisführung gegen Jena.

72) Sein eigener Sekretär Henniges spricht die heftigsten Anschuldigungen gegen Jena aus. Im Glauben an eine erfolgreiche Abwehr Frankreichs machte er Jena für die schweren Verluste des Reiches, vor allem für den Straßburgs, verantwortlich. Näheres siehe Beilage II S. 138.

73) Rep. X Fasc. 43 a. U. A. 19 S. 721 Anm. 1 (10. 3. 1680) „Wir befinden aber nicht, daß derselbe etwas gethan, so ihm nicht von uns anbefohlen sey, und welches wir bey jetzigem bekandten Zustand des Reiches nicht für das sicherste und beste gehalten".

74) Rep. X. Fasc. 43 a. Kurf. an Pfalz 29. 8./8. 9., U. A. 19 S. 721 Anm. 1.

75) Rep. X Fasc. 43 a. Relation 13./23. 2. 80. Verjus war zwar noch immer nicht beglaubigt.

76) Rep. I Conv. 15 A. Relation Dietrichs, 19./29. 2. 80.

mer weiter um sich. Mansfelds Gegenvorstellungen, die er, um überhaupt Erfolg zu haben, nur in einzelnen Beschwerden vortrug, blieben ergebnislos [77]). Auch in seiner Hauptaufgabe, Übermittlung und Unterstützung der Reichsgravamina an Ludwig XIV., kam er nicht vorwärts.

Im Reichsgutachten hatten die Stände dem Kaiser ein Beschwerdeschreiben an den König von Frankreich vorgeschlagen. Diese Forderung hatte auch die volle Billigung Leopolds gefunden, der die Stände daraufhin um einen schnellen Schluß in dieser Sache bat [78]). Aber trotz des allgemeinen Drängens dauerte es bis in den Juli hinein, ehe die Verhandlungen über die Gravamina in Angriff genommen wurden. Der Reichstag einigte sich zunächst dahin, daß auch dem König von England als Garanten des Nimwegischen Friedens die Beschwerde vorzutragen sei. Er erkannte die Gravamina sämtlich an. Einige Gesandte wollten sie möglichst schnell ohne Vorlage an die Fürsten ausgehen lassen, was jedoch bei anderen auf wirksamen Widerstand stieß [79]).

Bei der Abfertigung der Briefe ergab sich für Gottfried von Jena die Frage, wie Brandenburg sich zu der Siegelung derselben stellen sollte. Er lehnte sie zunächst für seinen Herrn mit der Begründung ab, daß dieser keinen Anteil an dem Friedensschluß und dessen Folgen habe. Nur im Notfall war er bereit, die Expedition derselben zuzulassen. Jena, als getreuem Parteigänger Frankreichs, konnte natürlich an einer brandenburgischen Bestätigung dieser gegen die Reunionen gerichteten Schreiben nichts gelegen sein. Er riet deshalb dem Kurfürsten dringend davon ab, trotzdem er überzeugt war, daß ein solcher Schritt ein starkes Aufsehen bei den übrigen Ständen verursachen würde [80]).

Der Kurfürst nahm zuerst eine abwartende Haltung ein und verlangte nur, daß ihm vor Ausfertigung der Schreiben dieselben mitgeteilt würde. Seltsamerweise lehnte er sogar nicht einmal einen Brief an den König von Schweden ab [81]). Sobald ihm die für England und Frankreich bestimmten Schreiben bekannt waren, äußerte er sich dann näher zur Siegelung durch Brandenburg [82]). Für den Brief an den König von England verweigerte er dieselbe, da dieser allein als Garant des Nimweger Friedens angerufen wurde, dem der Kurfürst allezeit widersprochen hatte. Das an Ludwig XIV. gerichtete Beschwerdeschreiben wollte Friedrich Wilhelm dagegen mitvoll-

---

77) Rep. XI, 89 Frankreich Fasc. 29. Relation 6. 12. 1680. Spanheim berichtete darüber, „qu' il n' avançait rien en sa négotiation par deça sur les affaires de l' Alsace et dépendances".

78) Kaiserl. Comm. Dekret v. 30. 3.; v. 7. 4.; v. 6. 7.; v. 12./22. 7.; siehe bei Londorp XI, S. 61—67.

79) Rep. X Fasc. 43 a; U. A. 19 S. 715 Anm. 2 Relation 28. 6./8. 7.; 2./12. 7. 1680.

80) Rep. X Fasc. 43 a, Relation 28. 6./7. 7. 1680.

81) U. A. 19 S. 716. Kurf. an Jena 5./15. 7. 1680. Dieser Brief war auch in Vorschlag gebracht worden.

82) Rep. X Fasc. 43 a. Kurf. an Jena 7./17. 7. 1680. U. A. 19, S. 715.

ziehen, soweit sich dasselbe auf den Westfälischen Frieden bezöge [83]). Mit all dem, was Nimwegen betreffe, habe Brandenburg nichts zu tun. Der Kurfürst verlangte vom Reichstag ein eingehendes Protokoll, aus dem seine Stellungnahme klar hervorginge. Eine Abschrift desselben sollte sofort an Verjus weitergeleitet werden. Auf Frankreich angewiesen, wollte Friedrich Wilhelm etwaigen Vorwürfen seines Alliierten, mit denen er rechnete, von vornherein vorbeugen [84]).

Wider Erwarten verstrich noch viel Zeit, ehe die beiden Schreiben nach 6wöchigen Beratungen ausgehen konnten. Schuld an dieser Verzögerung trugen die Verhältnisse am Reichstag. Das Mißtrauen der Stände und ihrer Vertreter war gegenseitig so groß, daß nicht einmal allen Gesandten sofort der Inhalt der Schreiben mitgeteilt wurde, „damit sie (die Briefe) nicht zu frühzeitig in fremde Hände oder gar in Frankreich und in England ankommen möchten“ [85]). Welch ein Schlaglicht wirft dies auf die zerrütteten Zustände am Reichstag, dem Repräsentanten der deutschen Stände und ihrer Einigkeit!

Besonders hemmend sollten sich wieder Zeremonialfragen für die Expedition der Schreiben auswirken. Österreich, das nicht ohne Zustimmung des Kaisers in die Abschickung der Briefe willigen wollte, suchte dieselbe zu verhindern, was einen erbitterten Streit am Reichstag zur Folge hatte. Brandenburg stand bei diesen Differenzen selbstverständlich auf Seiten der angegriffenen Stände, die sich ihre Rechte nicht schmälern lassen wollten. Sieger in diesem Streit blieb der Reichstag. Der Kaiser erkannte den Inhalt der beiden Schreiben an, nahm aber für sich das Recht der Expedition in Anspruch. Diese Forderung stieß auf erbitterten Widerstand, der trotz aller Einwendungen Österreichs nicht zu brechen war. Am 5. 8. konnte Kurmainz dann endlich die zwei Schreiben ausgehen lassen [86]).

Wie der brandenburgische Gesandte vorausgesagt hatte, erhielt man vom französischen König eine durchaus ablehnende Antwort [87]). Ludwig XIV. erklärte dem Reichstag in aller Form, daß er sich bei seinen Reunionen mit vollem Recht auf die Abmachungen des Friedens stützen könne. Wenn die Stände von der Berechtigung seiner Ansprüche nicht unterrichtet seien, sei dies die Schuld der kaiserlichen Unterhändler, die dem Reichstag den Inhalt der Friedensverhandlungen nicht genau mitgeteilt hätten. Sollte nur

83) Vgl. die Ausführungen bei Strich, S. 396, wonach Jena das Schreiben nur notgedrungen und widerwillig mitvollzog.

84) U. A. 19 S. 717. Relation 16./26. 7. 1680. Anstelle von Brandenburg siegelte Kurpfalz.

85) Da Jena wußte, wie sehr gerade er beargwöhnt wurde, wagte er nicht, eine Abschrift zu fordern, „damit die Churbrandenburgische Gesandtschaft desto mehr entschuldigt, und außer allen Verdacht bleiben möchte“.

86) U. A. 19 S. 719. Relation 30. 7./9. 8. 1680.

87) Londorp XI, S. 88. 1./10. 10. 1680.

eine Maßnahme der französischen Commissarien mit dem Nimweger Frieden unvereinbar sein, sei er zur Revision derselben bereit.

Der Reichstag konnte sich mit diesem Brief nicht zufrieden geben. Der Kaiser wurde sofort um seine Stellungnahme zu den französischen Anschuldigungen ersucht[88]).

Bereits in den ersten Januartagen 1681 begannen im geheimen geführte Reichstagsverhandlungen über die Beantwortung des französischen Schreibens, die trotz Gegenvorstellungen Jenas schnell zum Schluß geführt wurden[89]).

Bei diesem zweiten Schreiben des Reichs an Ludwig XIV., das Brandenburg unter denselben Bedingungen siegelte wie das erste, erkannte der Kurfürst die Berechtigung der Klagen an und versuchte, Frankreich zu einer nachgiebigen Haltung gegenüber den reunierten Ständen zu bewegen[90]). Den letzten Einsatz für die bedrohten Mitstände wagte er allerdings nicht. Er legte vielmehr den größten Wert darauf, daß Jena nur im Einverständnis mit Verjus handelte. Um einer etwaigen Verstimmung vorzubeugen, ließ er dem Franzosen ausdrücklich die Machtlosigkeit Brandenburgs bei den Reichsschlüssen beteuern, die augenblicklich Frankreich feindlich gesinnt waren[91]).

Zu den immer zahlreicher werdenden Vorstellungen der Reichsfürsten konnte Ludwig nicht länger schweigen, wenn ihm an der Erhaltung des Friedens lag. Er erklärte sich deshalb Mansfeld gegenüber[92]) zur Schlichtung der gegenseitigen Differenzen bereit. Auf einer Konferenz sollten sämtliche Punkte des Nimwegischen Friedens geprüft, festgestellt und bestätigt und damit alle Streitigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Für die Dauer dieses Kongresses sicherte Ludwig Einstellung aller Reunionen zu[93]). Als geeigneten Ort für derartige Verhandlungen mit dem Reich ließ er die Städte Speyer, Worms oder Frankfurt am Main in Vorschlag bringen[94]).

Diese französische Proposition fand sofort die Zustimmung des Kaisers[95]) und der Stände[96]). Über einen geeigneten Tagungsort

88) Siehe Pachner II, S. 270. Reichsgutachten 5./15. 11. 80.

89) Pachner II, S. 298; Londorp XI, S. 291. Gutachten vom 7. 2. 81. Dieses Schreiben wurde aber erst nach Eintreffen der Information über die Vorgänge in Nimwegen abgeschickt.

90) U. A. 19 S. 731 Kurf. an Jena 26. 1./5. 2. 81. „Er (Jena) soll demselben (Verjus) in guter confidenz sagen, der Kurfürst wünsche, daß man sich französischerseits etwas mehr überwinden und den klagenden Reichsständen einig Gehör und Satisfaktion geben möge, da was in dieser Beantwortung enthalten, de facto wahr sei und man aus derselben eine große Animosität und der meisten Stände consensum abnehmen müßte."

91) Diesen Nachsatz scheint Strich nicht beachtet zu haben, wenn er von einer Befehlsmißachtung Jenas berichtet, die bei Verjus den Eindruck der Einmütigkeit zunichte gemacht hätte (S. 398).

92) Januar 1681.

93) Kaiserl. Comm. Dekret 10. 2.; Londorp XI, S. 283.

94) Rep. X, Fasc. 44 a Relation 28. 1./7. 2. 81.

95) Pachner II, S. 302.

96) Londorp XI, S. 285; Pachner II, S. 304; Reichsgutachten 7./17. 2. 81.

und Art und Bestimmung der Reichsabordnung konnte man sich dagegen lange nicht einig werden. Zur Debatte standen die von Frankreich gewünschten Städte Worms, Speyer und Frankfurt. Aus Reichstagskreisen (Anhalt) war außerdem noch die Stadt Straßburg in Vorschlag gebracht worden. Während die Majorität der Kurfürsten Frankfurt für den geeigneten Platz hielt, fiel die Wahl der Fürstlichen auf Straßburg. Nach mehreren Ratssitzungen einigten sich die beiden Kollegien dahingehend, daß man den Kaiser bitte, alle vier Städte, besonders aber Straßburg, durch seinen Gesandten Mansfeld in Paris vorschlagen zu lassen. Die Verhandlungen über die Reichsdeputation währten noch länger, da die meisten Gesandten nicht sofort mit genügender Instruktion versehen waren. Die Ansicht des Reichstages ging jedoch von Anfang darauf hinaus, daß die Zahl der Deputierten zu beschränken sei. Ohne auf die Ordinarien, d. h. die Direktoren der einzelnen Kollegien, Rücksicht zu nehmen, wurden nach einigen Sitzungen Mainz und Sachsen für den Kurfürstenrat mit der Deputation betraut[97]).

Im Fürstenkollegium bemühte sich Österreich lange Zeit erfolgreich, einen einmütigen Schluß zu hintertreiben in der Hoffnung, daß dann dem Kaiser auf Grund seines großen Anhangs die Auswahl übertragen werden müsse. Nach vielen nutzlosen Streitereien trugen die Ständischen doch den Sieg davon. Die Zahl der fürstlichen Abgeordneten wurde unter Wahrung des konfessionellen Gleichgewichts auf 4 bzw. später auf 6 festgesetzt[98]). Nach diesem Beschluß vergingen wiederum etliche Tage, ehe die Wahl der Deputierten vollzogen wurde. Diese fiel, da Kurbayern sich nicht ausschließen lassen wollte, auf Österreich, Bamberg, Bayern, Pfalz-Lautern, Sachsen-Weimar und Braunschweig[99]), und städtischerseits auf Regensburg und Köln[100]). —

Aus unseren bisherigen Untersuchungen haben wir gesehen, daß die große Politik Brandenburgs nach dem Frieden von St. Germain weitgehend durch die Geheimallianz mit Frankreich bestimmt wurde. Tief verstimmt über die Vorgänge in Nimwegen machte der Kurfürst fast ausschließlich den Kaiser für die Verluste des Reiches verantwortlich und versagte ihm deshalb jede Hilfeleistung wider Frankreich. Seine französische Freundschaft ging jedoch nicht so weit, daß er das Vorgehen Ludwigs am Rhein vollkommen gebilligt hätte. Im Gegenteil, für die einzelnen reunierten Stände setzte sich der Kurfürst ein, sobald er die Berechtigung der Forderungen erkannt hatte. Überzeugt von der Notwendigkeit des Friedens im Westen für seinen eigenen Staat hatte der Brandenburger trotz der Reunionen im Januar 1681 ein zweites Bündnis mit Frankreich abgeschlossen, in dem er sich zu noch demütigenderen Bedingungen

97) Rep. X, Fasc. 44 a. Relation 11./21. 3. und 18./28. 3. 81.
98) Rep. X, Fasc. 44 a Relation 18./28. 3. 1681.
99) vgl. Strich, S. 399; Rep. X, 44 a; U. A. 19 S. 732, Relation 25. 3./4. 4.; vgl. die Dissertation von B. v. Kuczynski, S. 69 ff.
100) Londorp XI, S. 299; Pachner II, S. 310; Gutachten 29. 3. 1681.

als im ersten bereit finden lassen mußte[101]). Als Fundament dieses Vertrages erkannte Friedrich Wilhelm außer dem Westfälischen Frieden den von Nimwegen an. Brandenburg garantierte dem französischen König alle Rechte und Vorteile, die demselben aus besagten Frieden erwachsen waren[102]). Für den Kriegsfall verpflichteten sich die Verbündeten zu gegenseitiger Hilfe, gleichgültig ob der Requirent als Angegriffener im Recht oder als Urheber der Differenz im Unrecht war. Noch eingehender wird der Zweck dieser Bestimmungen durch die Geheimartikel beleuchtet, die sich direkt gegen die Friedensstörer im Reich, d. h. gegen den Kaiser und dessen Anhänger richteten. Frankreich und Brandenburg vereinbarten, nach Möglichkeit die Fürsten des Reiches von diesen Übel-Intentionierten abzuziehen. Voll Mißtrauen gegen seinen Alliierten hatte Frankreich außerdem einem Übertritt seines Verbündeten zur kaiserlichen Liga vorgebeugt. Im 3. Geheimartikel wurde ausdrücklich bestimmt, daß der Kurfürst ohne Ausnahme keinen Friedensstörer in irgendeiner Weise unterstützen dürfe. Er mußte ihnen allenthalben bei etwaigen kriegerischen Absichten entgegentreten.

Das heißt in kurzen Worten: Bedingungslose Anerkennung und Unterstützung der Reunionen durch den Kurfürsten von Brandenburg.

Was war auf der andern Seite die Gegenleistung Frankreichs? Neben einer Befürwortung der oranischen Sukzession und der radziwillschen Heirat versprach Ludwig Hilfeleistung wider Spanien und Subsidienerhöhung auf 100 000 Th., deren Brandenburg zur Erhaltung seiner Armee dringend bedurfte.

Nach diesem Vertragsabschluß war die Erhaltung des Reichsfriedens selbst um den Preis der Reunionen mehr denn je eine Notwendigkeit für den brandenburgischen Staat, wenn man nicht für Frankreich wider Kaiser und Reich das Schwert ziehen wollte. Wie willkommen mußte deshalb gerade dem Großen Kurfürsten der Konferenzvorschlag Frankreichs sein! Aus der Überzeugung heraus, daß auch die französischen Friedenabsichten echt seien, befahl er seinem Gesandten in Regensburg erneut dringend, mit Verjus zusammenzuarbeiten[103]), was dieser bereitwillig ausführte.

In den ersten Beratungen der beiden Kollegien über die Friedenskonferenz trat Gottfried von Jena nicht sonderlich hervor, da er noch ohne jede nähere Instruktion war. Entsprechend seiner franzosenfreundlichen Einstellung arbeitete er immerhin insofern im Sinne Verjus, als er Straßburg als Versammlungsort ablehnte. In dem Glauben, daß Brandenburg an der Konferenz teilnehmen müsse, um unter Umständen zugunsten Frankreichs votieren zu können, drang Jena auf Beschickung derselben durch die „Ordina-

101) Moerner, S. 418.
102) Art. 3.
103) Rep. X, Fasc. 44 a Ad Relationem vom 29. 1./8. 2. 81.
104) Rep. X, Fasc. 44 a Protokoll des Kurf. Rats; Protokoll des Fürst. Rats bei der Relation 16./26. 2.

rien" der drei Kollegien. Er war jedoch vorsichtig genug, dieses nur mit Vorbehalt zu äußern, bis er seine Instruktion aus Berlin habe [104]).

Wie bereits gesagt, war der Gedanke, zur Schlichtung aller Reunionsstreitigkeiten eine Konferenz einzuberufen, in Berlin günstig aufgenommen worden. Der Kurfürst war gewillt, dabei im Interesse Brandenburgs und des Reiches „alle officia den interessierten zum besten anzuwenden, auch sonst alles zu contribuiren, was zur Erhaltung des friedens dienen kann". Im Gegensatz zu Jena äußerte Friedrich Wilhelm aber den Wunsch, daß Straßburg als Konferenzstadt bestimmt werde. Die Übertragung der Reichstagsgesandtschaft auf die Ordinarien lehnte er mit der Begründung ab, daß er selbst von der Deputation verschont bleiben wolle — wahrscheinlich, um jeder Auseinandersetzung mit Frankreich, die sich leicht bei derartigen Aussprachen ergeben könnte, aus dem Wege zu gehen [105]).

Im März 1681, ein halbes Jahr vor dem Fall der Stadt, sah also der Brandenburger das bereits seit Nimwegen gefährdete Straßburg als geeigneten Ort zur deutsch-französischen Verhandlung an. War der Kurfürst so tief von den Friedensabsichten Ludwigs im Elsaß überzeugt? Oder stimmte er gerade für diese Stadt, weil er die Gefahr erkannt hatte und er dieselbe so zu retten hoffte? Diese Fragen sollen hier noch offen bleiben. Aber das glaube ich aus dem angeführten Tatsachenbestand schon jetzt behaupten zu können: Ein blinder Parteigänger im Dienst Frankreichs war Friedrich Wilhelm auch nach dem zweiten Bündnis nicht. Sein Ziel war die Aufrechterhaltung des Friedens. —

Der kaiserliche Hof war mit den Beschlüssen in Regensburg zufrieden und teilte dieselben umgehend seinem Gesandten in Paris mit, damit dieser sie dem französischen König überreiche und denselben ersuche, nun seinerseits sein Teil zu einem Zustandekommen der Konferenz, deren Beginn der Kaiser schon auf Johanni legen wollte, beizutragen. Eine Beschleunigung dieser gemeinsamen Aussprachen lag jedoch keineswegs im Interesse der französischen Politik [106]). Deshalb wußten König und Minister Mansfeld mit Entschuldigungen hinzuhalten und so die endgültige Entscheidung in der Reunionsfrage hinauszuschieben. Diese Haltung Ludwigs XIV. rief am deutschen Reichstag allgemeine Empörung hervor. Die Stände, allen voran der Brandenburger, wollten schnellen Friedensabschluß. In einem neuen Reichsgutachten [107]) wurde der Kaiser ersucht, durch Mansfeld auf Beförderung des Kongresses dringen zu lassen und alle etwaigen Konflikte, die sich unter Umständen über Ort und Zeit der Konferenz ergeben könnten, aus dem Wege zu

105) U. A. 19 S. 732 Anm. 1. Kurf. an Jena, 22. 2./4. 3. 1681. Jena mußte demnach seine ersten Ausführungen revidieren.

106) Londorp XI, S. 300.

107) Rep. X, Fasc. 44 a Sonderrelation 1./11. 4. und 8./18. 4. 1681. U. A. 19 S. 736, 16./26. 4.; Pachner II, 313; Londorp XI, 307.

räumen. Es dauerte lange, ehe Wien darauf antwortete. Schon argwöhnten die Stände, der Kaiser schleppe absichtlich die Verhandlungen mit Frankreich hin, da er die Reunionen lieber durch Krieg als auf friedlichem Wege entschieden haben wolle.

Im Juni 1681 teilte der Kaiser endlich den Reichsständen mit, daß die Vorstellungen Mansfelds von Erfolg gekrönt seien[108]). Ludwig XIV. habe sich zu einem Kongreß in Frankfurt am Main oder Mainz bereit erklärt und die Minister de St. Romain und d'Harlay zu seinen Vertretern ernannt. Im gleichen Dekret lud Leopold die Gesandten der Reichskollegien für den nächsten Johannistag nach Frankfurt ein, wo die Konferenz nun endgültig stattfinden sollte. Er selbst würde neben dem österreichischen Bevollmächtigten durch Stratmann und anstelle des Prinzipal-Commissarius durch den Grafen von Rosenberg vertreten sein[109]).

Inzwischen waren die drei deutschen Ständegruppen wieder in Zeremonialfragen uneins geworden. Und wieder sollten diese kleinlichen Differenzen zum Verhängnis des gesamten Volkes werden. Man verrannte und verbiß sich in diese Streitereien und übersah dabei völlig die immer größer werdende Gefahr an den Grenzen, die alle gemeinsam anging. Anlaß zu diesen Zwistigkeiten boten Rechts- und Rangfragen bei der Instruktion. Die Fürstlichen vertraten auf Veranlassung Österreichs den Standpunkt, man solle die unmittelbaren Verhandlungen allein den kaiserlichen Vertretern überlassen. So sei es zur allgemeinen Zufriedenheit in Münster und Osnabrück gehandhabt worden. Der Kaiser als einziger Bevollmächtigter des Reiches! Das mußte den Widerstand der mit ihm rivalisierenden Kurfürsten hervorrufen. Einmütig lehnten sie den fürstlichen Vorschlag ab und bestanden auf ihrem alten Recht[110]). Der Brandenburger stand selbstverständlich wieder auf Seiten der Kurfürsten. Er bemühte sich aber eifrigst, alle diese kleinlichen Differenzen beizulegen, die doch nur den baldigen Beginn der so notwendigen Konferenz verhinderten[111]). Ihm lag an einer möglichst einheitlichen Reichsgesandtschaft, die allein vom Reich ohne Einmischung der einzelnen Regierungen ihre Weisungen erhielte. In seiner Sorge um den Frieden war er dieses Mal sogar dem Kaiser gegenüber zum Nachgeben bereit, wenn dies später ohne große Konsequenzen bliebe.

Der Konferenztermin rückte immer näher. Die Mahnungen des Mainzers, sich zu einigen, wurden immer dringender. Das kurfürstliche Kollegium mußte schließlich doch darin einwilligen, daß der kaiserliche Gesandte allein für das Reich mit Frankreich verhandeln

108) Kais. Comm. Dekret 7. 6. 81; Londorp XI, 307.

109) Kais. Comm. Dekret 14. 6.; Londorp XI, S. 309; Pachner II, S. 317.

110) Das Beispiel des Westfälischen Friedens ließen sie nicht gelten. Damals sei das Reich uneins gewesen, Reichstag und Reichsdeputierte seien erst wieder durch den Frieden selbst geschaffen worden. Damit könne und müsse das Reich selbst seine Angelegenheiten in die Hand nehmen und mit fremden Mächten verhandeln. (U. A. 19 S. 738; 20./30. 7. 81).

111) Rep. X, Fasc. 44 a. U. A. 19 S. 736 Anm. 2 Kurf. an Jena 14./24. 6. 81.

und abschießen konnte, jedoch nach vorheriger reiflicher Überlegung mit der Reichsdeputation[112]). Diesem Schluß stimmte die Mehrzahl der Fürstlichen zu, so daß nun endlich mit den wichtigen Verhandlungen hätte begonnen werden können, die dann aber durch neue kleinliche Streitereien in der Rangfrage wieder verzögert wurden[113]).

Die Reichsgesandten hatten inzwischen Regensburg verlassen und waren nach Frankfurt abgereist. Da in Regensburg noch keine Einigung erzielt worden war, mußten sich die Konflikte naturgemäß übel auf den Beginn der Konferenz auswirken. Was der Große Kurfürst sofort befürchtet hatte, war damit eingetreten. Eine uneinige Reichsdeputation stand zwei französischen Gesandten gegenüber, die von einem starken, einheitlichen Willen geleitet wurden.

Diese inneren Konflikte am Reichstage und innerhalb der deutschen Delegation kamen dem französischen Könige sehr gelegen. Ludwig XIV. und sein Kriegsminister Louvois hatten noch keinerlei Interesse an einem sofortigen Beginn der Konferenz, der von Frankreich Einstellung der Reunionen gefordert hätte. Vor der Erwerbung des gesamten Elsaß einschließlich der freien Reichsstadt Straßburg war Frankreich noch nicht saturiert. Deshalb bemühte sich die Diplomatie Ludwigs mit viel Geschick, die Konferenz immer weiter hinauszuschieben. Anlaß zur Verschleppung des Konferenzbeginnes boten Frankreich wieder Zeremonialfragen. Die kaiserlichen sowie die französischen Gesandten weigerten sich, als erste die Stadt Frankfurt zu betreten, um nicht dem später Eintreffenden den ersten Besuch machen zu müssen. So warteten die Franzosen in Höchst und die Kaiserlichen in Hanau darauf, daß der andere Teil nachgäbe.

Louvois konnte unterdessen zum entscheidenden Schlag an der Ostgrenze ausholen. Am Reichstag und in Frankfurt liefen immer beunruhigendere Nachrichten ein. Am 29. September 1681 wußte man bereits, daß eine große französische Truppenmacht zur Rheinbrücke bei Straßburg vorgerückt sei und sich derselben bemächtigt habe. Als Vorwand benutzte Louvois das Gerücht, der Kaiser beabsichtige, die städtische Besatzung durch eigene Truppen zu ver-

---

112) Rep. X, Fasc. 44 b. Relation 29. 7./8. 8. 81.

113) Die Sitzordnung bei der Konferenz beschäftigte die Gemüter lange Zeit. Ein Schema Sessionis an verschiedenen Tischen nach Reichskollegien angeordnet, lehnten die Fürstlichen, unter ihnen besonders das Braunschweigische Haus, energisch ab. Herzog Ernst August bat sogar den Brandenburger um Unterstützung der Fürstlichen, was jedoch in aller Schärfe zurückgewiesen wurde. (Rep. Fasc. 44 a. Kurf. 12./22. 9. 81). Friedrich Wilhelm bestand darauf, daß von dem Prinzip, lateraliter zu sitzen, nicht abgewichen werde. (U. A. 19, S. 740. Relation 9./19. 9. Kurf. an Jena 12./22. 9.) Auf beiden Seiten wollte man nicht nachgeben. Ein kaiserliches Kommissions-Dekret trug noch zur Erhöhung der Spannung bei (Dekr. v. 10. 9.; Londorp XI, S. 323; Pachner II, S. 326), da es einseitig die Stellungnahme der Kurfürsten ablehnte. Einmütig legten die Angegriffenen Protest dagegen ein (Rep. X, Fasc. 44 a, Brandenburg an Mainz 8./10. 10. Brandenburg an Sachsen 25. 10./5. 11.).

stärken. In der Stunde der höchsten Not rief Stratmann, der kaiserliche Vertreter, sämtliche Reichsgesandten zusammen. Das Ergebnis dieser Beratung war ein in lateinischer Sprache abgefaßtes Schreiben an die französische Gesandtschaft in Höchst. Darin wurde derselben vorgestellt, daß dieser Angriff auf den „Rheinpaß" mit den letzten Friedensschlüssen unvereinbar sei. Deshalb forderte das Reich Restituierung des alten Besitzstandes. Jedoch schon der nächste Tag sollte beweisen, daß es zu derartigen Schreiben zu spät war. Am 30. September hatte sich Straßburg Frankreich ergeben [114]). Eine Verteidigung der Stadt gegenüber der drohenden französischen Übermacht wäre unmöglich gewesen. Die freie Reichsstadt, des Heiligen Römischen Reiches Hausschlüssel, in der Hand Ludwigs! Ein Schrei der Empörung ging durch die deutschen Lande [115]). Es schien in den ersten Tagen, als sei mit dem Fall der Stadt Straßburg die deutsch-französische Verständigung eine Unmöglichkeit geworden.

Besonders deprimierend wirkte diese Gewalttat Frankreichs auf dessen Verbündeten, den Kurfürsten von Brandenburg. Wie schon dargelegt, war Erhaltung des Friedens das Hauptziel der brandenburgischen Politik. Wir sahen, welche Erwartungen Friedrich Wilheld in die Konferenz gesetzt hatte. Der Überfall auf Straßburg konnte nun sofort den Erfolg der Konferenz in Frage stellen. Dazu kam in diesem Augenblick auch das Gefühl der Schmach für den Kurfürsten. Er mußte sich eingestehen, mit dem Räuber der freien Reichsstadt verbündet zu sein. Ein Zurück gab es für ihn jedoch nicht. Aber wenn er auch an dem gemeinsamen Bündnis festhielt, mußte dieser Schritt Frankreichs nicht zum wenigsten eine langdauernde brandenburgisch-französische Verstimmung nach sich ziehen?

Schon im Juni/Juli 1681 war das gute Verhältnis zwischen den Alliierten gefährdet gewesen. Der Kurfürst weilte damals zur Kur in Pyrmont, wo er mit den mächtigsten und angesehensten Fürsten des Nordwestens zusammentraf. Friedrich Wilhelm, das Haupt dieser erlauchten Gesellschaft, war dort ausschließlich antifranzösischen Einflüssen ausgesetzt. Das rigorose Vorgehen Frankreichs im Elsaß und in der Pfalz trug sein Teil dazu bei, den Kurfürsten der kaiserfreundlichen Partei geneigter zu machen. Rébénacs Unruhe nahm täglich zu, da ein Stillstand der Reunionen trotz der verabredeten Konferenz noch gar nicht abzusehen war [116]). Am meisten verstimmte den Kurfürsten die Grenzen- und Schrankenlosigkeit der französischen Ansprüche, deren Rechtsgründe nicht einmal klar waren. Dazu kam seine Sorge um die bedrängten Hugenotten. Schon

114) Rep. XV Nr. 38 a B Schotts Relation 23. 9. 1681.

115) Hölscher: Die öffentliche Meinung in Deutschland über den Fall Straßburgs, S. 16 ff. Diss. München 1886.

116) U. A. 20 S,. 560 (4. 8. 81); Fehling, S. 126; Rébénacs Relation. „Il leur répétait souvent que si V. M. voulait faire voir une fin a ses prétentions, quand ce serait même au dela du Rhin, on se règlerait là dessus; mais qu' il craignait qu' au premier jour on ne prétendit Magdebourg ou Berlin".

rechnete der französische Gesandte mit einem heimlichen Umschwung in der brandenburgischen Politik, mit der Begünstigung der gegen Frankreich gerichteten Opposition am Reichstag[117]).

Rébénac setzte sich mit seiner ganzen Persönlichkeit ein, um eine Wendung zu verhindern. Aber seine Drohungen blieben zunächst ohne Erfolg. Die Verstimmung des Kurfürsten, von Friedrich von Jena eifrig geschürt, hielt bis in den August hinein an. Seine Sorge um die bedrängten Religionsverwandten nahm eher noch zu. Seine Haltung gegenüber den kaiserfreundlichen Gesandten wurde deshalb immer entgegenkommender. Aber Rébénac gab sein Spiel nicht verloren. Er wußte, daß für Brandenburg der offene Bruch mit Frankreich allein aus finanziellen Gründen eine Unmöglichkeit war. Klug hielt er sich zurück, die Werbearbeit seinen Anhängern überlassend. Die Zeit sollte dann beweisen, daß Rébénac mit seinen Erwägungen recht behielt. Schon Mitte August konnte er von einem allmählichen Wechsel in der kurfürstlichen Politik berichten. Friedrich Wilhelm kehrte plötzlich zu seiner alten Ansicht zurück, „que dans l'état où sont toutes les affaires sa considération augmente près de Votre Maj. et qu'il peut s'attirer la réputation de prince zélé pour l'Empire sans la diminuer près d'elle“[118]). Ja, bereits einige Tage später war die alte Freundschaft zwischen dem Kurfürsten und Rébénac wieder gänzlich hergestellt. Friedrich Wilhelm erklärte, daß er alles, was er getan habe, nur im französischen Interesse getan habe. Um den Eindruck der Julitage zu verwischen, versuchte er, Frankreich für die römische Königswahl zu interessieren, in der er Ludwig XIV. seine Unterstützung zusicherte[119]). Rébénac wurde wie vor dem Konflikte mit Aufmerksamkeiten überschüttet.

Da traf plötzlich (am 9. 10., verhältnismäßig spät) die Nachricht vom Fall Straßburgs in Berlin ein, die auch in Brandenburg empörten Widerfall fand. Wie hat der Kurfürst persönlich diesen Gewaltakt aufgenommen? Daß er schon lange für den Bestand der Stadt fürchtete, beweisen die Spanheimschen Relationen. Seit 1680 war Friedrich Wilhelm ja unaufhörlich von französischen Rüstungen an der Ostgrenze unterrichtet worden[120]). Diese konnten nur gegen Straßburg gerichtet sein. Aber trotzdem hatte der Kurfürst immer noch mit der Möglichkeit einer Rettung gerechnet. Vielleicht hatte er auf Grund solcher Überzeugung der Wahl Straßburgs als Konferenzstadt zugestimmt[121]). Ludwig XIV. konnte ja die Stadt, in der über die Erhaltung des Friedens beraten wurde, nicht angreifen,

117) Die Berichte des holländischen Gesandten Amerongen fehlen für diese Zeit, da er damals in Holland weilte.

118) U. A. 20, S. 571 ff. Relation Rébénacs 16. 8. 81.

119) U. A. 20, S. 573 f. Rébénac an Ludwig 21. 8. 81.

120) Rep. XI, 89 Frankreich Fasc. 29—31.

121) Nach Strich, S. 397, wäre dies die beste Gelegenheit gewesen, diesen strategischen Platz zu neutralisieren. Außerdem hätte Frankreich damit Straßburgs Stellung als freie Reichsstadt anerkannt.

ohne sich vor aller Welt ins Unrecht zu setzen. Einen solchen Vorschlag mußte Ludwig selbstverständlich zurückweisen, solange er den Überfall auf Straßburg beabsichtigte. Diese Ablehnung hätte aber andererseits dem Brandenburger zeigen müssen, wie es um die französischen Pläne stand.

Außerdem war Friedrich Wilhelm durch einen Straßburger Agenten in den letzten Tagen genau über die bedrohte Lage der Stadt unterrichtet worden. Aber trotzdem hatte er bis zuletzt auf einen Rückzieher von Seiten Frankreichs gehofft. Wie bitter mußte daher die Enttäuschung sein, als die Nachricht vom Fall der Stadt eintraf. Temperamentvoll gab sich der Kurfürst seiner ersten Erregung hin. Leider hat dieser Zorn in seinen diplomatischen Weisungen keinen Niederschlag gefunden [122]). Wir sind allein auf die Rébénacschen Berichte angewiesen, in denen das Bild stark zugunsten Frankreichs gefärbt ist. Der Gesandte, der die cholerische Natur des Kurfürsten genau kannte, mied denselben in den ersten Tagen nach dem Eintreffen der Nachricht. Wieder einmal überließ er es den brandenburgischen Ministern, besänftigend auf ihren Herrn einzuwirken. Später wurde Rébénac, nachdem er die ersten Vorwürfe ruhig hatte über sich ergehen lassen, wieder gut vom Kurfürsten aufgenommen. Nach der Spannung der Julitage mußte ja jede kleinste Differenz vermieden werden, wenn Frankreich nicht erneut mißtrauisch werden sollte. Der brandenburgische Egoismus gewann schnell wieder die Oberhand über etwaige reichspatriotische Überlegungen [123]). Der Kurfürst konnte nicht mit Frankreich brechen, solange er nicht einer erfolgreichen Abwehr aller französischen Übergriffe sicher war. So vermied er nach dem Fall Straßburgs eine neue Verstimmung mit Frankreich. Sein Endziel war und blieb Erhaltung des Friedens im Bündnis mit Frankreich. Ein weiteres Motiv, an der französischen Freundschaft festzuhalten, bildete der plötzliche Umschwung in der schwedischen Politik, auf den später eingegangen werden soll.

Diese Haltung des Kurfürsten spiegeln auch seine Weisungen nach Regensburg wider, in denen er seltsamerweise erst Ende Oktober zum Fall Straßburgs Stellung nahm [124]). Er wollte zunächst die Maßnahmen des Wiener Hofes abwarten, wenn er auch von vorneherein von der Notwendigkeit des Friedens überzeugt war.

b) Brandenburg und die Reichssecurität.

Im Gegensatz zu Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der die deutsch-französischen Spannungen allein auf friedlichem Wege zu

122) Ein Brief an Kursachsen, in dem er sich unmittelbar nach Eintreffen der Nachricht über den Verlust Straßburgs ausspricht, ist leider verlorengegangen.

123) Genauer Bericht der Audienz bei Fehling, S. 149 ff.

124) U. A. 19 S. 834; Rep. X Fasc. 44;b an Sachsen 8./18. 10.; an Hannover 8./18. 10. Rep. 50, nr. 60 c.

beheben versuchte, wollte die kaiserliche Regierung mit völlig anderen Mitteln die außenpolitischen Fragen des Reiches lösen. Leopold I. und mit ihm einige mächtige Fürsten im Reich wollten Frankreich gewaltsam zum Rückzug seiner Truppen und zur Aufgabe der Reunionen zwingen. Dieser Weg war aber nur dann durchführbar, wenn dem Kaiser ein starkes, schlagfertiges Reichsheer zur Verfügung stand. Deshalb setzte er alle Hebel in Bewegung, um die schon seit Jahren in Regensburg zur Beratung stehende „Reichssecurität" zum Schluß bringen zu lassen.

Die Sicherheit des Reiches bildete nach Nimwegen den Hauptgegenstand aller kaiserlichen Missionen[125]), besonders der an den brandenburgischen Hof[126]). Die Regierung in Wien hoffte, unter Umgehung der Reichstagsverhandlungen ein möglichst großes Heer auf die Beine stellen zu können. Friedrich Wilhelm lehnte jedoch den kaiserlichen Gesandten gegenüber jede bindende Erklärung in dieser Frage ab. Er war nur bereit, zu der am deutschen Reichstag ausgeschriebenen Reichskriegsverfassung sein Teil beizutragen. Der Kaiser mußte schließlich nachgeben und im Januar 1681, nach langen unfruchtbaren Verhandlungen mit dem Brandenburger, die Securität in Regensburg erneut zur Ansage bringen lassen[127]). In Anbetracht der immer größer werdenden Gefahr im Osten hatte der Wiener Hof zwar bereits Truppen angeworben, die dem Reich im Notfall zur Verfügung standen. Der Kaiser erwartete aber, daß auch die Stände ihr Teil zur Aufrüstung beitrügen. Man dachte in Wien an ein stehendes Reichsheer, das auf die einzelnen Kreise verteilt werden sollte. Zum Unterhalt der Truppen schlug Leopold den Ständen eine gemeinsame Kriegskasse vor. Selbst die ungleichen militärischen Verhältnisse im Reich zog der Kaiser in seine Berechnung ein. Er bat den Reichstag, sich gut zu überlegen, „ob nicht diejenigen Stände, so bereits mit Völckern versehen, zu ersuchen, daß sie hiervon einem jeden Crayse, so viel er begehret und vonnöten hat, auff seine dess Crayses Unkosten und dargebenden Unterhalt überlassen sollen?"[128]).

Seit Januar 1681 erinnerte der Kaiser dann unablässig an die Reichssecurität, die seit 2½ Jahren nicht mehr zur Debatte gestanden hatte[129]). Aber trotz seiner Mahnungen waren die Gesandten bei Wiederaufnahme der Verhandlungen noch immer nicht genau instruiert. Von Anfang an zeigte sich immerhin deutlich, daß das

125) z. B. nach Württemberg, Mainz, Pfalz, Bamberg.

126) Ich denke da an die des Abtes von Banz und des Grafen Lamberg. Siehe unten S. 38 ff.

127) Kais. Comm. Dekret vom 7./17. 1. 81.; Londorp XI, S. 279.

128) s. Fester, S. 29. Fester sieht in dieser auf die Kreise gegründeten Reichskriegsverfassung das Bestreben Österreichs, seine Stellung im Reich weiter auszubauen. Der Kaiser, der fest auf die katholischen Stände und die Reichsstände rechnen konnte, hätte auf diese Weise eine große Truppenmacht in seiner Hand gehabt.

129) s. Pachner II, S. 302. Kais. Komm. Dekret vom 7./17. 1. und 31. 1./10. 2. 81.

Fürstenkollegium geschlossen hinter der Wiener Regierung stand. Die Meinungen der kurfürstlichen Gesandten gingen dagegen weit auseinander. Die kleinen schwachen Kurfürsten am Rhein äußerten sich behutsam aus Angst vor Frankreich gegen die Aufstellung einer starken Reichsarmee [130]). Im Bestfalle waren sie bereit, die alten Reichssatzungen und Exekutionsordnungen anzuerkennen.

Anfang April wurden die Beratungen in den einzelnen Kollegien in Angriff genommen und die „Quaestio an" der Reichssecurität schnell zum Schluß geführt. Anschließend beriet man sofort über Stärke und Dauer der aufzustellenden Armee. Die Meinungen über die Größe der Armee waren sehr verschieden. Die Fürstlichen kamen den kaiserlichen Wünschen am weitesten entgegen. In ihrem Kollegium wurden die höchsten Ziffern für das neue Heer genannt. Im großen und ganzen schwankten die Vorschläge zwischen 25 und 60 000 Mann. In der Terminfrage gingen die Ansichten gleichfalls auseinander. Ein Teil wünschte eine sofortige Aufstellung der Reichsarmee, ein anderer stimmte erst für den 1. Juni oder 1. Juli [131]).

Welche Stellung nahm nun Brandenburg ein? Zu Beginn der Verhandlungen war Gottfried von Jena wie die meisten seiner Kollegen noch ohne jede Spezialinstruktion. Dementsprechend konnte er sich nur in allgemein gehaltenen Redewendungen zu diesen Fragen äußern. Jena lehnte die Reichssicherheit als solche nicht ab und sagte sogar die brandenburgische Unterstützung zum Besten des Vaterlandes zu. Er betonte dabei jedoch ausdrücklich, daß man in dieser Sache behutsam vorgehen müsse, um nicht das Mißtrauen der benachbarten Mächte wachzurufen. Die Rüstung dürfe nur friedlich gemeint sein. Es bestehe sonst die große Gefahr, daß man den Nachbarn zu früh Gelegenheit gäbe, das Reich unter dem Vorwand des Friedensbruches anzugreifen. Realistisch und nüchtern mahnte der brandenburgische Gesandte die Reichsversammlung, sich auch ja über Mittel und Reserven klar zu werden, bevor man eilfertig irgendwelche Beschlüsse fasse. Die Werbetrommel dürfe nur dann gerührt werden, wenn die nötigen Mittel zur Verfügung stünden. Besonders eindringlich warnte Jena davor, sich bei der Reichsverfassung auf die mächtigen, gut armierten Stände zu verlassen [132]).

Dieses Votum Brandenburgs rief in Wien großes Mißfallen und Empörung hervor. Lamberg in Berlin erhielt sofort Anweisung, sich wegen des Verhaltens Gottfried von Jenas beim Kurfürsten zu

---

130) „Viele seind der Meinung, man habe dem Könige in Frankreich Keine Ursach zum Argwohn oder gar Anlaß zum Krieg zu geben, sondern lieber der obhandenen gravaminum halber glimpfliche wege und mittel zu suchen in Erwegung die conjuncturen und die getrennte gemüther, Zeit von nöten haben, sich besser auszurichten, und das die Jenige, die anders rathen des Königs in Franckreich Vortheil und conquesten, hergegen des Reichs Schaden und Verlust befördern". Rep. X, Fasc. 44 a. Sonderrelation 21./31. 1. 81.

131) U. A. 19 S. 732. Relation vom 25. 3./4. 4. 1681.

132) Rep. X, Fasc. 44 a; Protokoll v. 6./16. 4. 81. U. A. 19, S. 733 Anm. 1.

beschweren. Man warf dem brandenburgischen Gesandten vor, den „punctum securitatis" mehr gehindert als befördert zu haben[133]). Die kaiserlichen Vorstellungen waren aber wieder einmal erfolglos. Der Kurfürst stellte sich hinter Jenas Votum[134]). Als Reichsfürst war er wohl bereit, sein Teil zur Sicherheit beizutragen[135]), trotzdem er nicht ohne Mißtrauen war[136]): „daß die Haltung einer beständigen Armee, mit allem, was dazu nötig, viel zu bedenken sei und daß daraus dem Reich mehr Ungelegenheit und weniger Vorteil zuwachsen würde, als wenn sich ein jeder Kurfürst, Fürst und Stand mit seinem quanto gefaßt hielte, damit er im Falle der Not dasselbe bereit hätte"[137]). Große Armeen seien immer aus Mangel an den nötigen Mitteln schnell zergangen. Besonders bedenklich stimmte ihn gegenwärtig die Seuche, die bei Aufstellung einer Armee leicht wieder zum Ausbruch kommen könnte. Überzeugt von der Uneinigkeit der Reichsfürsten, die alle nur den eigenen Vorteil suchten, lehnte er die Gründung einer allgemeinen Kriegskasse ab.

In beiden Kollegien wurde lange ergebnislos debattiert[138]). In Anbetracht der drohenden Gefahr an der Westgrenze mahnte Kurmainz die fürstlichen Vertreter unaufhörlich, die Reichssicherheit ohne weitere Unterbrechung zu erledigen, damit man sich hinterher um so eifriger den Angelegenheiten der Konferenz mit Frankreich widmen könne[139]). Durchdrungen von der Notwendigkeit des Friedens maß man allgemein den Verhandlungen zu Frankfurt eine weit größere Bedeutung bei als der Aufrüstung dieses schwachen, uneinigen Reiches.

Die Vorstellungen des Mainzers war von Erfolg gekrönt. Im Mai 1681 kam das kurfürstliche Kollegium zum Schluß. Die Stärke der Armee wurde auf 40 000 Mann festgesetzt. Bald darauf einigten sich auch die Fürsten. Ihr Conclusum kam, wie zu erwarten war, den kaiserlichen Wünschen weit mehr entgegen. Abgesehen davon, daß sie bereit waren, 60 000 Mann aufzustellen, äußerten sie sich auch schon näher über die Einteilung, Dauer und Verteilung der neuen Reichsarmee.

Trotz der Unstimmigkeiten wurde von beiden Kollegien verhältnismäßig schnell der gemeinsame Schluß abgefaßt, dem sich auch

133) U. A. 14, S. 992; U. A. 19 S. 725, Kurf. 16./26. 4. 81.
134) U. A. 19 S. 735. Kurf. an Jena 16./26. 4.
135) s. Fehling, S. 112—119. Bei diesem Anerbieten war sich Friedrich Wilhelm voll und ganz bewußt, daß man dies in Paris übel aufnehmen würde. Mit den nötigen Entschuldigungen suchte er jedoch jeden Verdacht aus der Welt zu schaffen. In einem Memorial setzte Meinders ausdrücklich auseinander, daß es nicht in der Macht Brandenburgs stehe, die Reichstagsverhandlungen nach seinem Wunsche zu regeln. Man könne sich der Securität nicht entziehen. Um jedes Mißtrauen zu beseitigen, erhielt Rébénac Einsicht in die für Jena bestimmten Weisungen.
136) Rep. X Fasc. 44 a Relation v. 6./16. 4. 81.
137) U. A. 19 S. 735.
138) Rep. X Fasc. 44 a Relation v. 29. 4./19. 5. 81.
139) Rep. X Fasc. 44 a Relation v. 22. 4./2. 5. 81.

die Reichsstädte anschlossen[140]). Die Stände erklärten sich bereit, für die Dauer der Kriegsgefahr ein Heer von 40 000 Mann auf die Beine zu bringen. Diese Armee sollte sich aus 10 000 Mann zu Pferd, 28 000 zu Fuß und 2000 Dragonern zusammensetzen. Im Notfall wollte man dieses Quantum noch um 20 000 Mann erhöhen.

Nach Abfertigung dieses Reichsgutachtens wurden die Beratungen über die genaue Einteilung der Reichsarmee in Angriff genommen. Im Kurfürstenkollegium einigte man sich bereits in der ersten Sitzung, daß die Truppen nach dem Muster der letzten Kriegsverfassung (von 1672) auf die zehn Kreise zu verteilen seien. Im Fürstenrat gingen dagegen die Ansichten weit auseinander. Es wurde dort schließlich bestimmt, daß der Reichstag an Hand der letzten Verfassung nur festzusetzen habe, wieviel jeder Kreis zu den 40 000 Mann zu stellen habe. Die weitere Verteilung auf die einzelnen Stände blieb den zehn Kreisen überlassen[141]). Da die beiden Schlüsse der Kollegien im großen und ganzen übereinstimmten, konnte das gemeinsame Conclusum sofort abgefaßt werden, das dann auch von den Reichsstädten anerkannt wurde. Völlig unerwartet stieß jedoch plötzlich das kurfürstliche Kollegium seinen ersten Beschluß um und verlangte als Fundament der neuen Verfassung die Reichsmatrikel unter Berücksichtigung der Einteilung von 1672. Die Beratungen mußten von neuem beginnen. Die Lage gestaltete sich besonders schwierig, da einige Gesandte noch immer nicht mit genügender Instruktion versehen waren. Auch der brandenburgische Vertreter konnte sich in den ersten Sitzungen noch nicht verbindlich äußern und begnügte sich damit, alles ad referendum entgegenzunehmen[142]). Persönlich äußerte er, „daß S. Ch. Dl. gantz gnug, wo nicht ein übermäßiges leisten, wann Sie sich des Ihrem Churfürstentumb und landen obliegenden gantz hohen contingents nicht eben entziehen, auch Keinen der Nebenstände von dero last etwas auffzubürden begehren; Zumahlen Reichs oder gar Welt Kündig, wie dero lande, beym letzten Krieg, Zum allerersten überzogen, und zum allerletzten, ja ein gantz Jahr nach dem Niemwegischen particular Friedensschluß, von denen frembden Völckern seyn befreyet worden, auß was vor orth aber solche hineinkommen, das will man Verschweigen. Was sonst J. Ch. Dl. zu Brandenburg so wohl selbst in dero eigenen höchsten persohn als dero getreue Unterthanen, pro publica gethan und gelitten, und daß Sie an alledem, woraus einige inconvenientien und gefährlichkeiten zu besorgen, das geringste theil nicht haben, das will man, weil es vor sich bekandt, nicht berühren. Und wie man es denen, welche von den feindlichen invasionen und ruinierung land und leuth befreyet blieben, von Hertzen, und sonsten alles gute gegönnet, Also zweiffelt man im geringsten nicht, die löbl. Stände werden /: darumb man ge-

140) Londorp XI, S. 304; Pachner II, S. 312.
141) Rep. X Fasc. 44 a. U. A. 19, S. 737, Relation v. 10./20. 6. 81.
142) Rep. X Fasc. 44 a. Relation v. 17./27. 6. 81.

ziemend und fleißig bittet :/ was vorbey gangen in gehörige consideration ziehen".

Zur Vereinfachung der Heeresverteilung schlug Jena von sich aus dem Reichstag vor, aus jedem Kreise je einen Gesandten zu ernennen, die dann gemeinsam ein Repartitionsprojekt entwerfen und den 3 Reichstagskollegien vorlegen sollten.

Dem brandenburgischen Vertreter in Regensburg lag nichts an einer starken Aufrüstung des Reiches. Ein hoher Beitrag Brandenburgs zum Reichsheer war nicht im Interesse Ludwigs XIV. und wurde deshalb auch von Jena abgelehnt. Der Gesandte warnte seinen kurfürstlichen Herrn ausdrücklich davor, für seine Lande sofort willig den vollen Matrikularanschlag zu stellen. Der vergangene Krieg, der ja Brandenburg am meisten heimgesucht habe, berechtige ihn zu dieser Weigerung. Jena rechnete dem Kurfürsten genau vor, daß der Anschlag für Brandenburg durch den Erwerb der säkularisierten Stifter[143]), vor allem des Erzbistums Magdeburg, sehr hoch werden würde. Außerdem müsse damit gerechnet werden, daß das Kontingent des Kurfürstentums noch erhöht werde, da am Ende die mächtigen Fürsten auch noch für den Matrikularanschlag der kleinen, unfähigen Reichsstände aufkommen müßten. Aber alle diese Vorstellungen Jenas verfehlten in Berlin ihre Wirkung. Friedrich Wilhelm erklärte sich bereit, „zur Verhütung alles Streites und von Verdrießlichkeit sich zu einem bestimmten Quantum, nämlich 600 zu Pferd und 1800 zu Fuß zu erbieten"[144]). Mit diesem Truppenangebot, das den höchsten Schätzungen Jenas für das brandenburgische Kontingent entsprach, kam der Kurfürst der kaiserlichen Partei weitgehend entgegen. Friedrich Wilhelm weilte gerade in jenen Tagen zur Kur in Pyrmont, wo er hauptsächlich mit kaiserlich gesinnten Fürsten zusammentraf[145]). Das günstige Angebot Brandenburgs muß in erster Linie auf die Pyrmonter Eindrücke des Kurfürsten und auf seine Enttäuschungen über das rücksichtslose Vorgehen der Reunionskammern zurückgeführt werden[146]).

Der Reichstag hatte sich inzwischen wegen der Repartition geeinigt[147]). Damit war aber die Rüstungsfrage noch immer nicht erledigt. Sofort setzte das Feilschen der einzelnen Stände um ihren Matrikularanschlag ein. Mehrere Kreise wurden wegen ihrer Notlage vorstellig und baten um Nachlaß ihres Kontingents oder um

143) Diese hatten einen besonders hohen Anschlag.

144) U. A. 19 S. 737 Anm. 2 Kurf. aus Lügde 30. 6./10. 7. 79.

145) Die Weisung ist auch in Lügde bei Pyrmont abgefaßt worden. Über die Stimmung in diesem Kreise legte Rébénac ein eindeutiges Zeugnis ab: „La disposition de tous ces esprits est que le seul moyen d'éviter la guerre consiste dans l'armement de l'Empire". U. A. 20 S. 558. Rébénac an Ludwig 27. 6. 1681.

146) Diese Haltung hat selbstverständlich auf französischer Seite großes Mißtrauen wachgerufen, das der Kurfürst später nur schwer überwinden konnte. S. Droysen Bd. 3, III, S. 720.

147) Londorp XI, S. 309.

vollkommene Abänderung der eben aufgestellten Truppenverteilung. Von neuem begannen die Beratungen in den beiden Kollegien, wobei jeder Stand bemüht war, für sich den größten Vorteil herauszuschlagen [148]). Die Kurfürsten blieben bei der bereits festgelegten Repartition, erklärten sich aber damit einverstanden, daß das Kontingent der bedrängten und ruinierten Stände erleichtert werde [149]). Im Fürstenrat herrschte wieder einmal große Unstimmigkeit. Einig war man sich nur in dem Wunsche, Nachlaß des eigenen Matrikularanschlages zu erlangen [150]).

Gottfried von Jena nahm auch an diesen Beratungen noch nicht aktiv teil [151]). Erst Mitte August konnte er den beiden Kollegien mitteilen, daß sein Kurfürst freiwillig 2400 Mann zum Reichsheer stellen werde. Er verzichtete aber nicht darauf, darauf hinzuweisen, wie hoch dieses Anerbieten zu bewerten sei, da Brandenburg durch den letzten Krieg sehr gelitten habe und ihm außerdem keine Satisfaktion gegönnt werde [152]).

In der ersten gemeinsamen Sitzung der drei Reichsstände kam man endlich zu einer Einigung. Das Aufteilungsprojekt der 40 000 Mann wurde angenommen. Den Kreisausschreibenden Fürsten sollte dieser Plan vom Kaiser mitgeteilt werden, damit diese das Quantum wiederum nach eigenem Ermessen unter ihre Stände verteilten. Dem kur-rheinischen und dem oberrheinischen Kreise wurde eine Milderung ihres Quantums zugebilligt, für die die übrigen Stände aufkommen sollten [153]).

Nach Abfassung dieses Reichsgutachtens bildete die Kriegskasse den Hauptgegenstand der Regensburger Beratungen [154]). Wiederum konnte Gottfried von Jena wegen mangelnder Spezialinstruktion an denselben keinen Anteil nehmen. Persönlich war der Gesandte der Ansicht, daß Brandenburg durch sein Truppenangebot schon so viel im Reichsinteresse getan habe, daß man zu nichts mehr verpflichtet sei. Dieses Mal stimmte der Kurfürst mit der Meinung seines Regensburger Vertreters völlig überein. Einen Beitrag zur

---

148) Sachsen und Brandenburg beschwerten sich u. a. über das Mißverhältnis bei der Repartition. Die Kreise, in denen ihre Länder lägen, seien mit den größten auf ein gleiches Quantum gesetzt.

149) Rep. X Fasc. 44 b Relation v. 15./25. 7. 81.

150) Rep. X Fasc. 44 b Relation v. 22. 7./1. 8. 81.

151) Er hatte nur aus eigener Initiative verschiedentlich darauf hingewiesen, „daß man die länder, welche der Krieg oder die Feinde zum längsten und am meisten gedrücket, subleviere, sey der billigkeit gemäß“ Rep. X Fasc. 44 b Relation v. 15./25. 7. 81.

152) Rep. X 44 b. Relation v. 19./29. 8. 81. — Über den Eindruck des Votums am Reichstag siehe Beilage III. In Paris rief dieses Angebot sofort großes Mißtrauen hervor, da Brandenburg allen anderen Ständen als Beispiel diene. Rébénac ließ sich erst durch die Versicherung beruhigen, daß das eigentliche Kontingent Brandenburgs bedeutend höher sei. U. A. 20 S. 580 Ludwig an Rébénac 11. 9. 81. Dem kaiserlichen Hof dagegen ging das brandenburgische Angebot nicht weit genug. S. Beilage III. S. 139

153) Pachner II, S. 325; Londorp II, S. 320; Reichsgutachten 20./30. 8. 81. s. bei Fester, S. 31.

154) Rep. X Fasc. 44 b Relation v. 26. 8./5. 9. 81.

Reichskriegskasse lehnte Friedrich Wilhelm ab[155]). Seine Regimenter würden gut ausgerüstet, mit Munition versehen, unter dem Kommando eines tüchtigen Generals marschieren. Brandenburg würde daher keiner Reichsunterstützung bedürfen. In allen weiteren Spezialfragen der Kriegsverfassung, wie beispielsweise ihrer Gültigkeitsdauer, zeigte sich der Kurfürst indifferent[156]).

In verhältnismäßig kurzer Zeit war sich der Reichstag in dieser Angelegenheit einig[157]). Er erklärte sich mit der Schaffung einer Reichskriegskasse und besonderer Kreiskassen einverstanden. Es blieb jedem Stand überlassen, eigene Soldaten zur Reichsarmee zu stellen oder von seinen mächtigen, aufgerüsteten Mitständen Truppen zu übernehmen.

Mit diesem Gutachten war die Reichssecurität noch immer nicht für den Reichstag erledigt. Es standen weiterhin einige Ausführungsbestimmungen zur Debatte, die dann im Dezember 1681 eine endgültige Regelung erfuhren[158]). Diese Beratungen waren jedoch für die große deutsche Politik nur insoweit von Bedeutung, als sie andere wichtigere Verhandlungen hemmten und oft ganz verhinderten. Die Reichskriegsverfassung, wie sie der Reichstag in Regensburg durch seine Schlüsse vom 13. Mai, 30. August und 15. September geschaffen hatte, war mit dem letzten Gutachten abgeschlossen[159]).

Rückblickend auf diese Reichstagsverhandlungen ist festzustellen, daß der Kaiser dabei nicht völlig zum Ziele gekommen war. An dem Widerstand und der Trägheit einzelner Stände war man gescheitert. Ein Reichsheer von einer derartigen Struktur, wie sie das Verfassungswerk vorsah, war keinesfalls geeignet, der militärischen Macht eines Ludwigs XIV. erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen, wenn es auch für die damalige Zeit eine vollständige Reform der bisherigen Heeresordnung bedeutete[160]).

3. Brandenburg und der Kaiser.

Wenn der Kaiser bei seinen Aufrüstungsplänen nicht das erreichte, was er beabischtigt hatte, so muß das in erster Linie dem Widerstand des Großen Kurfürsten zugeschrieben werden. Nach

155) Friedrich v. Jena hatte dies bereits im April dem kaiserlichen Gesandten Lamberg mitgeteilt. U. A. 14, 2 S. 993 ff. In dieser Frage stimmen die Lambergschen Berichte mit den brandenb. Reichstagsrelationen überein.

156) U. A. 19 S. 740 Kurf. an Jena. 12./22. 9. 81. Diese Instruktion wurde am 14./24. 10. den beiden Kollegien mitgeteilt.

157) Reichsgutachten v. 15. 9. 1681; Londorp XI S. 321—22; Fester, S. 31.

158) s. Londorp II, S. 463. Dieses Conclusum behandelt das Abberufungsrecht durch die Kreise, das Verfügungsrecht über die Kassen und Aufgabenbereich derselben.

159) Offiziell anerkannt wird sie durch das Kais. Komm. Dekr. v. 8./10., 13. 10. 81, 17. 1. 82.

160) Sie war bis in die Tage der franz. Revolution gültig. Weiteres darüber siehe bei Erdmannsdörffer I, S. 657.

der Enttäuschung von Nimwegen hatte Friedrich Wilhelm allenthalben die Pläne der Wiener Regierung zu durchkreuzen gesucht, die sich nicht mit seinem französischen Bündnis und der neuen Ausrichtung seiner Politik vereinbaren ließen. Schon rein äußerlich war der Abbruch der einst freundschaftlichen Beziehungen zum Ausdruck gekommen. Gleich nach Abschluß des Friedens von St. Germain wurde der bisherige Gesandte des Kurfürsten, von Krockow, von Wien abberufen. Nach seiner Abreise [161]) nahm ein einfacher Resident die brandenburgischen Interessen am Kaiserhof wahr [162]), dessen Aufgabe einzig und allein darin bestand, den diplomatischen Verkehr zwischen Wien und Berlin aufrechtzuerhalten und regelmäßig eingehende Schilderungen von den Ereignissen am Kaiserhofe zu geben. Irgendwelche Befugnisse hatten diese Residenten jedoch nicht.

Wie völlig anders dagegen die Einstellung Leopolds I gegenüber dem Kurfürsten war, zeigt der Unterschied seiner Vertretung in Berlin zu der brandenburgischen am Kaiserhof. In Wien bemühte man sich in den folgenden Jahren unablässig um die Freundschaft des mächtigen Brandenburgers, auf die man angesichts der Reunionen mehr denn je angewiesen war. Schon kurze Zeit nach den Abmachungen von Nimwegen hatte Leopold I. einsehen müssen, daß seine Hoffnung auf Ruhe und Frieden in Europa sich in keiner Weise erfüllte. Frankreich bedrohte mit den Reunionen seine Nachbarstaaten. Der Kaiser war gegenüber diesen Gewaltmaßnahmen Ludwigs, der sich auf eine starke militärische Macht stützen konnte, hilflos, solange ihm keine mächtigen Verbündeten zur Seite standen. Deshalb begann die Regierung in Wien sogleich nach Eröffnung der Reunionskammern, um die Freundschaft des Brandenburgers zu werben. Man wußte wohl um die Verstimmung und den Zorn in Berlin. Aber in Anbetracht des häufigen Frontwechsels Friedrich Wilhelms rechnete die kaiserliche Regierung auch dieses Mal nicht mit einer lang andauernden brandenburgisch-französischen Freundschaft. Bereits im September 1679, ein Vierteljahr nach dem Frieden von St. Germain, beschloß sie, einen Gesandten nach Berlin zu schicken, der den Kurfürsten wieder für ihre Sache gewinnen sollte. Da man sich aber über die Aufnahme eines kaiserlichen Vertreters am kurfürstlichen Hofe noch nicht im Klaren war, wurde zunächst einmal der Gesandte in Dresden, der Abt Otto von Banz, mit einer Sondermission beauftragt, um sich über die Stimmung Friedrich Wilhelms und seiner maßgebenden Räte zu orientieren [163]).

Am 11. 10. 79 kam der Abt von Banz nach Berlin. Gleich in der ersten Audienz äußerte sich der Kurfürst erbittert über die Hal-

161) am 6. 8. 1679.

162) Nach Krockows Abreise wurde dieser Posten von Dietrich ausgefüllt, bis er im Juli 1682 starb. Sein Nachfolger wurde dann Bernhard Ernst von Schmettau. Vgl. Jagenburg: Die Diplomatie zur Zeit des Großen Kurfürsten. Bonn Diss. 1936, S. 9.

163) U. A. 14,2 S. 907 Einleitung.

tung des Kaisers und seiner Minister beim Frieden von Nimwegen. Er ließ sich nur schwer beruhigen und zu Beratungen mit dem kaiserlichen Gesandten bereitfinden[164]).

In vier Angelegenheiten sollte der Abt von Banz den Kurfürsten um Rat fragen. Wichtig sind davon im Rahmen unserer Untersuchung die Aufrüstung des Reiches und die Reunionspolitik Ludwigs XIV. Der Kurfürst ging nur in allgemein gehaltenen Wendungen auf die beiden Hauptprobleme ein. Ihm war es unverständlich, daß das Reich nach einem eben abgeschlossenen Frieden in eine derartige Bedrängnis geraten konnte. Er riet dem Kaiser, zunächst einmal die Meinung der gesamten Stände einzuholen, was letzterer gerade hatte vermeiden wollen. Eine Unterstützung gegen die Reunionen mußte er selbstverständlich rundweg ablehnen. Darüber hinaus verzichtete der Kurfürst nicht darauf, am Schluß seiner Ausführungen auf alte brandenburgisch-habsburgische Differenzen hinzuweisen und an seine Ansprüche auf das Herzogtum Jägerndorf zu erinnern[165]).

Diese kurfürstliche Antwort war in keiner Weise zur Zufriedenheit des kaiserlichen Gesandten ausgefallen, der sie dem Einfluß des sonst Frankreich feindlichen Friedrich von Jena zuschrieb. Er ließ es sich aber nicht verdrießen, noch einmal beim Kurfürsten vorstellig zu werden und ihn der reichstreuen Absichten Leopolds I. zu versichern. Der Abt war von der guten Wirkung seiner Ausführungen überzeugt, da ihm von Stund an eine bessere Behandlung am Berliner Hofe zuteil wurde. Nach seiner Rückreise nach Dresden blieb er auch weiterhin durch offizielle und seltsamerweise auch durch geheime chiffrierte Schreiben in Verbindung mit Friedrich Wilhelm. Daraus geht hervor, daß sich der Abt noch später um eine Aussöhnung zwischen dem Berliner und dem Wiener Hof bemühte. Es gelang ihm auch tatsächlich, den Kaiser zu einigem Entgegenkommen in der Jägerndorfschen Streitfrage zu bestimmen, was allerdings keine Besserung der gegenseitigen Beziehungen herbeiführte. In gleicher Weise scheiterten alle seine Versuche, den Kur-

---

164) Der Kurfürst verlangte zu diesem Zweck von dem Abt eine Aufzeichnung der ihm bereits in der Audienz vorgetragenen Materie, die letzterer wunschgemäß auf Spalten geschrieben in deutscher Übersetzung einreichte, damit Friedrich Wilhelm auf der anderen seine Antwort niederlegen konnte. Der Abt hatte diese Forderungen ursprünglich in französischer Sprache abgefaßt. Sein Entwurf zeigt sachliche und stilistische Korrekturen, die ebenso wie die deutsche Übersetzung von Fuchs stammen. Ich glaube daraus schließen zu können, daß der kaiserliche Gesandte mit letzterem zusammengearbeitet hat. Wie weit aber die endgültige deutsche Fassung das Werk von Fuchs ist, konnte ich nicht feststellen. Jedenfalls scheint der brandenburgische Rat durch die Korrektur des Entwurfes dem Kaiser einen Dienst erwiesen zu haben, den letzterer ihm mit 600 Gulden lohnte. Rep. I Conv. 15 B. U. A. 14,2 S. 912.

165) Der Kaiser hatte Jägerndorf im 30jährigen Kriege als erledigtes Lehen eingezogen, das zuletzt einem Hohenzollern gehört hatte. Vgl. über die Berechtigung Preuss: Das Erbe der schlesischen Piasten und der Große Kurfürst, S. 5; Zs. d. Verf. f. Gesch. Schlesiens, 49. Bd., 1915.

fürsten zur Ernennung einer neuen brandenburgischen Gesandtschaft in Wien zu veranlassen[166]).

Die kaiserliche Regierung selbst äußerte sich sehr befriedigt über die diplomatische Arbeit des Abtes, wenn sie auch mit deren positivem Ergebnis nicht zufrieden sein konnte[167]).

Trotz dieses Mißerfolges gab Leopold I. seine Bemühungen um den Brandenburger nicht auf. Er hatte um so mehr dessen Freundschaft nötig, als er mit den vier rheinischen und dem bayrischen Kurfürsten[168]) nicht mehr rechnen konnte. Anfang 1680 wurde abermals ein außerordentlicher Gesandter nach Berlin geschickt, der Friedrich Wilhelm für ein aktives Vorgehen gegen Frankreichs Machtpolitik gewinnen sollte. Die Wahl fiel auf den Grafen Johann Philipp von Lamberg, dem für die erste Zeit der Abt von Banz beigegeben wurde[169]). Schon die Persönlichkeit Lambergs — er war der Sohn des Oberhofmarschalls und gehörte einem der vornehmsten Geschlechter Österreichs an — zeigt, wieviel Wert man in Wien auf die brandenburgische Freundschaft legte. Dementsprechend wurde der Gesandte auch zu größerem Entgegenkommen in der Jägerndorfschen Angelegenheit ermächtigt[170]). Man war sogar bereit, für die brandenburgischen Satisfaktionsforderungen am Reichstag einzutreten, wenn der Kurfürst dafür die kaiserlichen Ersatzansprüche für Freiburg und die Reichskriegsverfassung fördern würde[171]). Den Hauptgegenstand der Lambergschen Mission bildeten die Reichssicherheit, die Reunionen und eine Allianz der Frankreich feindlichen Partei in Europa. Der Kaiser hoffte sehr auf eine bindende Erklärung des Kurfürsten für die Aufrüstung des Reiches, die in Anbetracht der Reunionen zur unbedingten Notwendigkeit geworden sei. Alle Fragenkreise, die unter Umständen zu Konflikten führen konnten, wie beispielsweise das Oberkommando der Reichsarmee, sollte der Gesandte peinlichst vermeiden. Das Verhalten des Reichstages ließ jedoch Kaiser Leopold an einer aktiven Abwehr der französischen Gewalttaten durch das Reich zweifeln. Da er aber andererseits nicht mit einer friedlichen Einstel-

166) Es kann sich bei diesen Vorschlägen nur um eine Sonderpolitik dieses Geistlichen gehandelt haben, die aber ohne Bedeutung blieb. Dem Abt selbst lag viel an strenger Geheimhaltung seiner chiffrierten Briefe. Aus der Furcht heraus, daß auch nur ein einziges Schreiben unbemerkt in die Hände eines Unbefugten fallen könnte, bat er den Kurfürsten dringend um jeweilige sofortige Empfangsbestätigung. Rep. I. Conv. 15 B. Der Abt an den Kurfürsten 15./25. 11. 79.

167) „indem die vom H. Churfürsten beigefügte glossae ziemlich spitzig, auch die Erklärung ganz dilatorisch und was er zu thun gewillet seie gar nicht klar heraus komme". U. A. 14, 2 S. 914 Votum v. 18. 11. über des Abts von Banz Relation vom 1./11. 11. 79.

168) Bayern war in jener Zeit noch ein Verbündeter Ludwigs XIV. Dieser deutsche Staat wechselte seine Politik erst nach dem Tode des Kurfürsten Ferdinand Maria.

169) U. A. 14, 2 S. 917. Instruktion für Lamberg 19./29. 2. 1680.

170) Der Kaiser erbot sich außerdem zur Vermittlung wegen der Subsidien, die Spanien dem Kurfürsten seit dem letzten Kriege schuldete.

171) U. A. 14, 2 S. 915. Gutachten vom 8./18. 11. 79.

lung der Reunionen rechnen konnte, solange er Ludwig XIV. so schwach gegenüberstand, setzte der Kaiser seine ganze Hoffnung auf ein Bündnis der Frankreich feindlichen Staaten, für das auch der Brandenburger mittels dieser Mission, von der man viel erwartete [172]), gewonnen werden sollte.

Am 12. April trafen der Abt von Banz und Lamberg in Berlin ein [173]). Kurze Zeit darauf begannen die Konferenzen, in denen der Kurfürst durch die Räte Meinders und Jena vertreten war. Diese nahmen sofort in erbitterten Worten gegen die kaiserliche Politik von Nimwegen Stellung. Sie stellten nur dann einen brandenburgischen Frontwechsel in Aussicht, wenn ihr Kurfürst genügend Sicherheiten, vor allem Rückendeckung gegen Schweden, erhielte. Von einer Aufrüstung des Reiches versprach sich die Berliner Regierung nichts, da dieses schon im letzten Kriege, als es über eine große Truppenmacht verfügen konnte, völlig versagt hatte. Der Brandenburger war nur dann bereit, das Seine gemäß den Grundgesetzen des Reiches zur Kriegsverfassung beizutragen, wenn dieselbe stark und ansehnlich sei und schnell ohne lange Beratungen zustande käme. — Damit hatte der Kurfürst die Reichs-Securität als solche nicht abgelehnt. Er verweigerte nur ein unbedingtes Zusammengehen mit dem Kaiser ohne die übrigen Reichsstände, da er nicht noch einmal völlig isoliert dem mächtigen Frankreich ausgeliefert sein wollte.

Schon nach einigen Tagen verließ der Abt von Banz wieder Berlin, während Lamberg als kaiserlicher Gesandter zurückblieb. Ihm war es nun allein überlassen, Friedrich Wilhelm für die Reichssicherheit und eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem Kurfürsten am

---

172) Correspondentie, S. 325, Amerongen, der holländische Gesandte in Berlin an Oranien 10. 4. 1680.

173) Die Berichte des Abtes und Lambergs aus diesen Tagen scheinen in den Berliner und Wiener Archiven nicht mehr vorhanden zu sein. Deshalb sind wir auf Rébénacs Berichte und ein kurzes Referat über den Inhalt der Relationen angewiesen, das Pribram gibt. Die Schilderungen Rébénacs von der Konferenz sind stark gefärbt. Danach sollen sich die brandenburgischen Räte wohl zu einem aktiven Vorgehen gegen den Türken bereiterklärt haben, während sie im Westen jede Verpflichtung abgelehnt hätten. Schon aus eitler Selbstbeweihräucherung zeichnet der Franzose die beiden kaiserlichen Vertreter als schlechte, plumpe Diplomaten, die trotz ihrer immer günstiger lautenden Angebote scheitern mußten. Der Abt dagegen berichtet, der Kurfürst habe sich sehr günstig zur Frage der Reichs-Securität geäußert und sei bereit gewesen, 10—12 000 Mann ins Feld rücken zu lassen, wenn die übrigen Stände genau so handelten. Es sei nur dann mit einem Erfolg des Reiches zu rechnen, wenn dasselbe neben dem kaiserlichen Heer zwei Armaden von je 30 000 Mann und ein 10 000 Mann starkes Heer aufstelle. Der Abt wollte sogar schon eine Entfremdung zwischen Brandenburg und Frankreich wahrnehmen. Glücklicherweise sind wir für die Konferenz nicht allein auf diese widersprechenden Relationen angewiesen. Im Berliner Archiv befindet sich ein Konzept der kurfürstlichen Resolution von der Hand Friedrich von Jenas. Dieses scheint die zuverlässigste Quelle zu sein, weshalb sie den obigen Ausführungen zugrunde gelegt wurde. Vgl. Rébénac U. A. 20 S. 426; Banz U. A. 14, 2 S. 921; das Konzept in Rep. I Conv. 15 B.

nächsten Jacobitag[174]) in Regensburg zu gewinnen, bei der über die Aufrüstung des Reiches und die Abwehr der Reunionen beraten werden sollte[175]) — Von dem Einfluß der kurfürstlichen Räte überzeugt, setzte Lamberg alles daran, um diese, vor allem Jena und Fuchs, auf die Seite der kaiserlichen Partei zu ziehen[176]). Mit Gratifikationen wurde nicht gespart, sobald Aussicht auf Erfolg bestand. Wie aber später das endgültige Ergebnis seiner Mission zeigen wird, hatte der kaiserliche Gesandte die Politik des Kurfürsten und die Verhältnisse an seinem Hofe von Anfang an zu optimistisch beurteilt. Er unterschätzte vor allem die Verstimmung Friedrich Wilhelms, wenn er schon ein Jahr nach dem Nimweger Frieden mit einem Umschwung rechnete. Erfuhren doch schon sämtliche Vorschläge in Reichsangelegenheiten, die zum Konflikte mit Frankreich führen konnten, eine ablehnende Antwort des Kurfürsten trotz des größten Entgegenkommens von Seiten des Kaisers[177]). Noch immer unter den Eindrücken des Nimweger Friedens stehend, wollte der Brandenburger nicht an einen erfolgreichen Widerstand des Reiches gegen das inzwischen noch mächtiger gewordene Frankreich glauben. Auch von Reichskonferenzen hielt er nichts. Eine deutsch-französische Einigung könne nur durch gegenseitige genaueste Interpretation der Friedensschlüsse von Münster und Nimwegen erzielt werden. Die kaiserliche Einladung nach Regensburg lehnte Friedrich Wilhelm aus Gesundheitsrücksichten ab. Er erklärte sich aber bereit, einen Vertreter an diesen Konferenzen teilnehmen zu lassen[178]).

In den nächsten Wochen nahm der Kurfürst mit seinen Räten noch wiederholt zu diesen Fragen Stellung, wobei er jedoch nie von dem einmal gefaßten Entschluß abging. Nur zu einer starken Reichsarmee, an der er aber selbst zweifelte, wollte er beisteuern. Die Geheimen Räte nannten sogar konkrete Zahlen für die erforderliche Stärke des Heeres, die jedoch den kaiserlichen Vorschlag um ein Vielfaches überstiegen. Trotz dieser hohen Forderungen gab der Kaiser andererseits die Hoffnung nicht auf, den Brandenburger zu einem bedingungslosen Beitrag zur Reichs-Securität und zum Bruch mit Frankreich zu bestimmen. Immer günstiger lauteten die

174) am 25. 7. 1680.

175) „zu Abthuung sothaner weitausstehender Gefährlichkeiten, Festsetzung des so hocherforderlichen puncti Securitatis publicae und Beruhigung des Teutschen Vaterlandes" Rep. I Conv. 15 B, Lamberg 8. 5. 1680.

176) Nach den Rébénacschen Berichten brachte Lamberg unmittelbar nach der Abreise des Abtes ein brandenburgisch-kaiserliches Bündnis in Vorschlag, das aber trotz sehr entgegenkommender Angebote vom Kurfürsten abgelehnt wurde. Friedrich Wilhelm habe sich nicht einmal zu der kleinsten Abmachung bereitfinden lassen, wenn sich dieselbe nicht mit dem französischen Interesse vereinbaren ließ. Lamberg wird als ein junger, unerfahrener Edelmann geschilder, der die Verhältnisse am Berliner Hof völlig verkannte und die einflußreichsten Männer vernachlässigte. U. A. 20, S. 434. Relation 27. 4. 1680.

177) U. A. 14, 2 S. 935.

178) Rep. I. Conv. 15 B. (13./23. 5. 1680).

Weisungen an Lamberg und dessen Angebote in Berlin. Die Jägerndorfsche Sache wollte Leopold I. nach Möglichkeit fördern [179]). Den Plan einer Zusammenkunft mit den Kurfürsten hatte er zunächst fallen lassen. Der Kaiser wollte erst voll aufgerüstet sein, um alsdann um so sicherer auf dem Reichstag auftreten zu können. Er ließ dem Kurfürsten erklären, daß er für seinen Anteil ein Heer von 30—40 000 Mann ins Feld rücken lassen wolle, damit dieser sich seinem Angebot anpasse und sich endgültig äußere [180]). Aus der richtigen Erwägung heraus, daß der Kurfürst erst dann wieder aktiv an der Aufrüstung und Politik gegen Frankreich teilnehmen könne und werde, wenn er gegen Schweden die erforderliche Rückendekkung habe, versuchte der Kaiser, Brandenburg zu einem Bündnis mit Dänemark zu bewegen, das ihm den nötigen Schutz bieten dürfte. Leopold glaubte sogar, daß Schweden durch eine solche Allianz eingeschüchtert werde und sich zu einem Neutralitätsvertrag mit Brandenburg bereitfinden lasse [181]). Doch dieser Vorschlag verfehlte die erwartete Wirkung, da der Kurfürst bereits durch seinen Gesandten Spanheim aus Paris erfahren hatte, daß Dänemark inzwischen Bündnisverhandlungen mit Frankreich angeknüpft hatte [182]). Die politische Haltung Dänemarks machte dem Kurfürsten den Bruch mit Frankreich und den Anschluß an den Kaiser noch unmöglicher, da er dann im Kriegsfalle sicher sein mußte, drei Gegnern an drei verschiedenen Fronten gegenüberzustehen. Mit einem schwedischen Frontwechsel war in jenen Tagen noch nicht sicher zu rechnen. Friedrich Wilhelm erklärte deshalb erneut, nicht von den bekannten Bedingungen in der Reichsaufrüstung abweichen zu können [183]).

Es wäre aber verkehrt zu glauben, daß der Kurfürst die kaiserlichen Angebote immer gleichmäßig schroff zurückgewiesen hätte. Sobald infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Reunionskammern eine Verstimmung zwischen den beiden Alliierten Brandenburg und Frankreich eingetreten war, die freilich dank der Diplomatie Rébénacs jedesmal schnell wieder beigelegt wurde, konnte Lamberg von einer kaiserfreundlichen Haltung nach Wien berichten. Nur so ist es zu erklären, daß die kaiserliche Regierung trotz der meist ablehnenden Antworten des Kurfürsten nie die Hoffnung auf einen brandenburgischen Umschwung aufgab.

Im Juni 1680 beauftragte der Kaiser den Markgrafen Hermann von Baden [184]), auf seiner Reise durch das Reich Berlin aufzusuchen,

179) U. A. 14, 2 S. 946 f.
180) U. A. 14, 2 S. 946.
181) U. A. 14, 2 S. 947. Kaier an Lamberg 26. 6. 1680.
182) U. A. 14, 2 S. 950. Lamberg 24. 7. 1680.
183) U. A. 14, 2 S. 952. Lamberg an den Kaier 24. 7. 80.
184) A. D. B. 12 S. 121. Er hatte lange in kaiserlichen Kriegsdiensten gestanden, bis er sich nach dem Frieden von Nimwegen aus Krankheitsrücksichten zurückziehen mußte. Seitdem bereiste er die deutschen Höfe für den Kaiser. 1682 wurde er Präsident des kais. Hofkriegsrates, 1683 kais. Feldmarschall.

um den Kurfürsten von der Berechtigung der kaiserlichen Politik zu überzeugen [185]).

Der Kurfürst, der zu dieser Zeit über das gewalttätige Vorgehen Frankreichs im Elsaß sehr verstimmt war, nahm die Ankündigung dieser Mission freundlich auf. Um jedes französische Mißtrauen zu vermeiden, riet er, die Türkengefahr als Anlaß dieser außerordentlichen Gesandtschaft anzugeben [186]).

In der am 21. Juni stattfindenden Konferenz teilte der Markgraf dem Geheimen Rat von Jena die Forderungen des Kaisers mit [187]), die wieder in der Hauptsache auf eine ordentliche Defension des Reiches hinausliefen, um alle feindlichen Angriffe abwehren zu können. Die Aufrüstung sollte in erster Linie gegen den Osten gerichtet sein, da der 20jährige Waffenstillstand [188]) mit den Türken bald ablief.

Der Brandenburger war aber auch durch diese Vorstellungen nicht von seinem einmal gefaßten Entschluß abzubringen [189]), wenn er auch die Defensivabsichten des Kaisers billigen mußte. Er verwies ihn wieder an die Kreise oder den Reichstag, wo alle Stände, auch Brandenburg, ihr Teil zur Aufrüstung beitragen müßten.

Die kaiserliche Partei in Brandenburg war mit dem Ergebnis dieser Mission natürlich sehr unzufrieden. Man hatte erwartet, der Markgraf werde sich eifriger für die kaiserliche Politik einsetzen. Selbst Kaiser Leopold hatte seine Anhänger enttäuscht, da er gar keine Anstalten traf, gegen die Reunionen vorzugehen, ja sogar einen Teil seiner Truppen entlassen hatte [190]).

Nach der Abreise des Markgrafen (am 23. 6.) setzte Lamberg seine Bemühungen um die Reichssicherheit und die Abwehr der Reunionen in alter Weise fort. Seine Vorstellungen blieben jedoch nach wie vor erfolglos. Das Mißtrauen des Kurfürsten gegen den Kaiser und seine Mitstände war unüberwindlich. Die ungarischen Unruhen bestärkten ihn noch in seiner Ablehnung einer offensiven Rüstungspolitik. Gegen den Feind im Westen konnte und wollte er nicht vorgehen, solange dieser sich an die Bestimmungen des Westfälischen Friedens hielt [191]). Diese ablehnende Haltung mußte

---

185) Leider ist über diese Mission heute nur noch wenig Aktenmaterial vorhanden.

186) U. A. 14, 2 S. 941. Lamberg an den Kaiser, 19. 6. 1680.

187) Rep. I. Conv. 15 Konferenz-Protokoll von Friedr. v. Jena. Nach der Rébénacschen Quelle sollen die Verhandlungen nur die französischen Reunionen zum Gegenstand gehabt haben. U. A. 20,S. 456 ff.

188) Österreich-türkischer Waffenstillstand von Vaswar 1664.

189) Rep. I. Conv. 15 B. Gutachten des Kurfürsten 13./23. 6. 80.

190) Corespondentie, Amerongen 10. 7. 80. S. 349.

191) Die Jägerndorfsche Streitfrage trug noch zur Erhöhung der Verstimmung zwischen Berlin und Wien bei, zumal der Kurfürst jeden Vermittlungsversuch ablehnte. Rep. I Conv. 15 B. Unterredung zwischen Jena und Lamberg 30. 8. 1680. — Dieses ist das letzte Aktenstück des Berliner Archivs, das über die erste Gesandtschaft des Grafen Lamberg nach Berlin berichtet. Für die letzte Zeit seines Aufenthaltes sind wir auf das von Pribram und Fehling veröffentlichte Quellenmaterial angewiesen. U. A. 14 und 20.

auf die Dauer ein äußerst gereiztes Verhältnis zwischen Wien und Berlin zur Folge haben. Wollte sich doch der Kurfürst nicht einmal zu einem Beitrag zur Reichskriegskasse bereitfinden lassen, da er sich den unbewaffneten Ständen gegenüber für benachteiligt hielt, die nur finanzielle Hilfe leisteten, während er Geld und Truppen stellen sollte. Der Kaiser gab schließlich jeden weiteren Versuch auf, den Brandenburger für einen unmittelbaren Beitrag zur Aufrüstung gegen Frankreich unter Umgehung des Reichstages zu gewinnen. Er ließ den Punctus Securitatis in Regensburg zur Ansage bringen, wie es ihm Friedrich Wilhelm immer angeraten hatte. Lamberg hatte von jetzt ab nur noch die Aufgabe, den Kurfürsten um Unterstützung der kaiserlichen Sache am Reichstag anzugehen, die ihm auch zugesichert wurde[192]). Damit war der ursprüngliche Auftrag des Gesandten erledigt. Er blieb aber trotzdem noch länger in Berlin, da sein Herr die Hoffnung auf eine brandenburgisch-österreichische Particular-Allianz noch immer nicht aufgegeben hatte. Diese letzten Verhandlungen verliefen jedoch — wie zu erwarten war — völlig ergebnislos. Sie waren für die Reichspolitik ohne jede Bedeutung, weshalb hier nicht mehr näher darauf eingegangen werden soll.

Die erste Mission des Grafen Lamberg war also gänzlich gescheitert. Das undiplomatische Verhalten der kaiserlichen Regierung, die die Verbitterung des Kurfürsten sehr unterschätzte, hatte viel zu diesem Mißerfolg beigetragen. Ihre oft aufdringlich wirkenden Annäherungsversuche hatten manches Mal das Gegenteil bewirkt und dem Franzosen Vorteile in die Hand gespielt, die dieser geschickt auszunutzen wußte. Auch Lamberg ging häufig in seinem Eifer zu weit[193]). Es wäre jedoch falsch, die kaiserlichen Diplomaten für die ablehnende Haltung des Brandenburgers verantwortlich zu machen. Die Verstimmung des Kurfürsten, die durch die Haltung Spaniens und der Generalstaaten in der Subsidienfrage[194]) noch vertieft wurde, war so groß, daß in der ersten Zeit nach den Friedensschlüssen jeder Versuch, den Brandenburger für die Partei des Kaisers zu gewinnen, fehlschlagen mußte. Erschwerend kam noch hinzu, daß Frankreich eine große Anhängerschaft im Reiche besaß, auf die sich nun auch sein neuer Alliierter, der Kurfürst von Brandenburg, stützen konnte. Dieser hatte seinerseits nichts versäumt, sich nach Verbündeten im Reich umzusehen. Der nächste Abschnitt wird zeigen, wie Friedrich Wilhelm diese Aufgabe löste und wie es ihm gelang, aus seiner isolierten Stellung, in der er sich bei Friedensschluß befand, herauszukommen.

---

192) U. A. 14,2 S. 990.

193) Jena warnte Lamberg sogar einmal davor, den Kurfürsten weiter in so plumper Art und Weise auszufragen.

194) Spanien und die Generalstaaten schuldeten ihm noch Subsidien aus dem letzten Kriege, deren Zahlung sie verweigerten.

4. Brandenburg und die übrigen deutschen Fürsten.

An eine erfolgreiche Durchführung seiner kaiserfeindlichen Politik konnte der Kurfürst von Brandenburg nur denken, wenn er im Reich eines starken Rückhalts sicher war. Auf die Unterstützung des eigennützigen Frankreichs war kein Verlaß trotz des Geheimbündnisses. In Paris wurde noch immer zu sehr im Interesse Schwedens gearbeitet, um für die Belange Brandenburgs in Norddeutschland genügend eintreten zu können. Der Kurfürst war deshalb in erhöhtem Maße auf die Freundschaft der Nachbarstaaten angewiesen [195]). Das wußte er selbst.

Am wenigsten Schwierigkeiten machten der brandenburgischen Außenpolitik die Beziehungen zu den rheinischen und süddeutschen Territorien. Hier ergaben sich keine verhängnisvollen Reibungsflächen und Differenzen, da der territoriale Machthunger des aufkommenden brandenburgisch-preußischen Staates in dieser Zeit noch allein auf Norddeutschland beschränkt blieb. Besonders günstig gestalteten sich nach dem Frieden von St. Germain die Beziehungen Friedrich Wilhelms zu den rheinischen Kurfürsten. Mit diesen verbanden ihn die gemeinsamen kurfürstlichen Interessen, die gegen den Kaiser und die Fürsten gerichtet waren, sowie die gleiche außenpolitische Ausrichtung. Sie waren von der Ohnmacht des Reiches gegenüber Ludwig XIV. überzeugt — mit Ausnahme von Trier — und wurden durch die Angst vor dem französischen Nachbarn in Schach gehalten. Im Kriegsfalle waren ja ihre Länder als erste französischen Einfällen preisgegeben. Sie setzten, wie Brandenburg, alles daran, um dem Reich den Frieden zu erhalten.

In Norddeutschland dagegen lagen die Verhältnisse für den Brandenburger viel schwieriger. Hier war der emporstrebende Staat allgemein gefürchtet. Mit einem weiteren Umsichgreifen, das dann auf Kosten der Nachbarn ging, mußte man rechnen. Die Fürsten Norddeutschlands fühlten sich deshalb diesem Staat gegenüber in einer durchaus berechtigten Abwehrstellung.

Besonders groß mußte die Spannung zwischen Brandenburg und den braunschweigischen Häusern sein. Nach dem Abschluß des braunschweigisch-französischen Sonderfriedens, in dem sich die Welfen zur Unterstützung Frankreichs gegen Friedrich Wilhelm bereit erklärt hatten, waren die Gegensätze besonders kraß hervorgetreten und drohten zum offenen Bruch zu führen. Nach dem Frieden von St. Germain boten die mecklenburgische Quartierfrage und brandenburgische Geldansprüche an Hamburg erneuten Anlaß zu Reibungen [196]). Eine solche Auseinandersetzung lag jedoch keinesfalls im französischen Interesse. Man wünschte vielmehr in Pa-

195) Ich bin in den folgenden Ausführungen im Wesentlichen auf das in den U. A. veröffenlichte Material angewiesen, da bereits von Fehling ausgewertet wurde. Mit Ausnahme der Beziehungen zu Sachsen und Münster ist im Berliner Archiv über diese Jahre kein Stück vorhanden.

196) U. A. 22 S. 173. Memorial August Grotes v. 26. 10. 79.

ris eine friedliche Einigung und als deren Konsequenz eine Abrüstung der beiden norddeutschen Staaten gegeneinander. Deshalb wurde der für Berlin bestimmte Gesandte Frankreichs ausdrücklich angewiesen, durch seine Vermittlung für Beilegung der Differenzen Sorge zu tragen [197]). Und Rébénacs Bemühungen um den Ausgleich sollten von Erfolg gekrönt sein. Durch die Nachgiebigkeit des Großen Kurfürsten wurden die Streitfragen aus der Welt geschafft. An eine Abrüstung dachte Friedrich Wilhelm allerdings nicht. In dieser Hoffnung getäuscht, setzte Frankreich daraufhin alles daran, ein engeres Bündnis der beiden aufgerüsteten Nachbarn zu verhindern, da sich dasselbe eines Tages gegen Frankreich selbst richten konnte. Eine Stärkung der brandenburgischen Position durch enge Bündnisse mit anderen Fürsten lag zudem nicht im Interesse der französischen Politik. Ein geeintes Norddeutschland konnte der französischen Machtpolitik nur hinderlich sein [198]).

Seit dem Regierungswechsel in Hannover stand Ludwig XIV. einer brandenburgisch-braunschweigischen Annäherung noch ablehnender gegenüber. Der neue Herzog Ernst August [199]) war im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein Anhänger Wilhelms von Oranien. Angesichts der Reunionen lehnte er jedes Zusammengehen mit Frankreich ab. Er versuchte sogar, Friedrich Wilhelm für ein gemeinsames Vorgehen gegen die französischen Gewaltmaßnahmen zu gewinnen.

An beiden Höfen war man von der Notwendigkeit eines brandenburgisch-braunschweigischen Bündnisses überzeugt. Viele Briefe wurden in dieser Angelegenheit gewechselt. In Paris mußte man schließlich einsehen, daß diese Allianz nicht zu verhindern war. Die französische Regierung versuchte daraufhin, wenigstens ihren Einfluß bei Abschluß dieses Bündnisses geltend zu machen. Sie wollte mit Hilfe Friedrich Wilhelms das Haus Braunschweig, vor allem Hannover, wieder für die französische Partei im Reiche gewinnen.

Im August 1680 kündigte Ernst August die Mission des Geheimen Rates und Obermarschalls von Platen in Berlin an [200]). Schon die Wahl dieses Gesandten, der ein Anhänger der holländischen Partei war, zeigt, daß man in Hannover nicht an einen Kurswechsel im Sinne Frankreichs dachte. Platen sollte über die politische Lage, insbesondere wegen der Reunionen, mit dem Kurfürsten und dessen Ministern verhandeln. Der Hannoveraner beabsichtigte, durch ein enges Allianzsystem in Norddeutschland eine dritte Partei zu schaffen, die stark genug wäre, Frankreich und dem Kaiser Schach zu bieten [201]).

---

197) Recueil des Instructions XVI. Prusse. Rébénac, 1. 12. 79.
198) Nähere Ausführungen siehe bei Fehling, S. 89.
199) früher in Osnabrück.
200) U. A. 22 S. 173. Ernst August von Hannover an den Kurfürsten 30. 8. 80.
201) U. A. 22 S. 492.

Die ersten Berliner Verhandlungen verliefen völlig ergebnislos. Friedrich Wilhelm schlug deshalb vor, das Bündnis durch ihre Gesandten in Magdeburg abschließen zu lassen, worauf der Hannoveraner sofort einging [202]). Am 19. Januar 1681 fanden dann in Gardelegen Besprechungen statt, an denen der hannoversche Gesandte Platen und brandenburgischerseits Meinders teilnahmen. Friedrich Wilhelm hatte seinen Vertreter von vorneherein zum Abschluß einer Defensivallianz ermächtigt [203]), die sich aber keinesfalls auf die große europäische Politik auswirken durfte. In der Frage der Reunionen sollte jede bindende Erklärung abgelehnt werden. Vor Aufnahme der Verhandlungen ließ sich Platen erst einmal die Unabhängigkeit des Kurfürsten von Frankreich und dem Kaiser versichern. Hannover verlangte zum wenigsten, daß Brandenburg seinen Verpflichtungen unangefochten nachkommen könne. Da die eigentlichen Vorarbeiten bereits in Berlin geleistet waren, kamen die beiden Gesandten schnell zum Schluß. Schwierigkeit bot nur der Beitritt der übrigen braunschweigischen Häuser, den Brandenburg gern umgangen hätte. Man einigte sich schließlich, „daß die Bestimmungen hierüber bis zur Ratifikation des Vertrags verschoben bleiben sollten" [204]).

Das Ergebnis der Verhandlungen in Gardelegen war die dreijährige Defensivallianz zwischen Brandenburg und Hannover vom 31. Januar 1681 [205]) zur Wahrung des beiderseitigen Besitzstandes. Im Angriffsfall waren die Vertragspartner verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen [206]). Sollte es im Reich oder an dessen Grenzen zu Konflikten kommen, mußte über die Beilegung der Differenzen verhandelt werden [207]). Die schon bestehenden Bündnisse der beiden Fürsten wurden durch diese Allianz nicht berührt.

Aber trotz der letzten Bestimmung legte Rébénac sofort heftigen Protest gegen das Bündnis ein [208]). Er beschwerte sich, daß Frankreich nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen worden sei. Zudem fehle dem Bündnis jede Bestimmung, die ein Schwenken der hannoverschen Politik auf Frankreichs Seite begünstige [209]). Friedrich Wilhelm ließ es an Entschuldigungen nicht fehlen. Er erklärte sich sogar bereit, die Ratifikation des Bündnisses zu verweigern. Eine

202) U. A. 22 S. 174. Ernst August an den Kurf. 31. 10. 80.

203) U. A. 22 S. 174. Instruktion für Meinders vom 12. 1. 81. Der Instruktion fehlen nähere Anweisungen des Kurfürsten, da Meinders die Wünsche seines Herrn im großen und ganzen bekannt waren.

204) U. A. 22 S. 175 Relation von Meinders 26. 1. 81. Diese Bestimmung wurde später gar nicht ratifiziert.

205) s. Moerner, S. 422.

206) Art. 2 und 3. 6—13; Sep. Art. 2.

207) Art. 14.

208) Vgl. U. A. 20 S. 525. Rébénac an Ludwig 22. 1. 81 und S. 530 Réb. an Ludw. 11. 2. Rébénac hatte sogar am Zustandekommen des Bündnisses gezweifelt. Den Abschluß desselben erklärte er sich dann mit Überschreiten der Vollmacht durch Meinders, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach. Vgl. U. A. 22 S. 174.

209) Vgl. Fehling, S. 92 ff.

brandenburgisch-französische Verstimmung durfte ja keinesfalls die Folge seiner norddeutschen Föderation sein.

Zur Genugtuung Frankreichs sollte die Ratifikation den beiden Vertragspartnern noch große Schwierigkeiten machen, da der Hannoveraner plötzlich auf einigen Ergänzungen bestand. Er wünschte, daß die Vertragsverpflichtungen nicht in Kraft treten sollten, wenn der Angegriffene „die Vergewaltigung durch ursprünglich eigenen Angriff verschuldet habe“ [210]). Friedrich Wilhelm lehnte diese Beifügung ab und ratifizierte den Vertrag ohne Anerkennung dieses Zusatzes. Hannover mußte zum Schluß klein beigeben.

Nach Inkrafttreten dieser Allianz bemühte sich die französische Diplomatie in Berlin, weitere Bündnisse Brandenburgs in Norddeutschland zu verhindern, da dieselben zu leicht eine Spitze gegen Ludwig XIV. gewinnen konnten. Lag doch schon jetzt die Gefahr nahe, daß dieses brandenburgisch-hannoversche Bündnis der Ausgangspunkt einer großen norddeutschen Koalition würde, die bald mächtig genug war, Frankreich die Stirn zu bieten.

Die französischen Vorstellungen hielten aber Friedrich Wilhelm nicht zurück, sich nach weiteren Stützen in Norddeutschland umzusehen. Am wichtigsten mußte ihm die Freundschaft Kursachsens sein. Bis 1680 hatte Johann Georg II. den Kurhut innegehabt [211]), der durch eine enge Allianz, die ähnliche Bestimmungen enthielt wie das brandenburgische Geheimbündnis von St. Germain, an die Machtpolitik Ludwigs XIV. gefesselt war. Trotz der gleichen außenpolitischen Ausrichtung hatte aber zwischen den Höfen von Berlin und Dresden zur Genugtuung Frankreichs keine engere Bindung bestanden, wozu die Erwerbung des Erzbistums Magdeburg durch Brandenburg ihr gutes Teil beigetragen hatte. Mit dem Tode Johann Georgs II. wechselte dann plötzlich die sächsische Politik ihren Kurs. Der neue Kurfürst, Johann Georg III., war ein ausgesprochener Anhänger Österreichs, was ihn aber nicht hinderte, persönlich ein Verehrer seines mächtigen brandenburgischen Nachbarn zu sein. Briefe und ein Besuch des sächsischen Kurfürsten mit seiner Familie in Berlin trugen ihr Teil dazu bei, die beiden Kurfürsten einander näher zu bringen. Als evangelische Fürsten und Nachbarn mußte ihnen viel an einem Zusammengehen gelegen sein.

Zu Beginn des Jahres 1681 kam es auf Sachsens Anregung hin in Dessau zu Verhandlungen, an denen sächsischerseits der Minister von Gersdorf und brandenburgischerseits der Geheime Rat von Meinders teilnahmen [212]). Für ein Defensivbündnis hatte Friedrich Wilhelm noch keine Vollmacht ausgestellt. Meinders war nur zu Freundschaftsversicherungen ermächtigt. Wenn Sachsen eine solche Vollmacht wünsche, solle es dieselbe schriftlich in Berlin beantragen. Meinders wurde angewiesen, dem kaiserfreundlichen Sachsen gegenüber eingehend die Notlage der brandenburgischen Politik

210) Fehling, S. 98.
211) Er starb am 1. 9. 80.
212) Rep. 41 Nr. 2 b 1. Korrespondenz mit Kursachsen.

darzulegen und von vorneherein irgendwelche antifranzösischen Verpflichtungen für Brandenburg abzubiegen [213]).

Am 2. Febr. 1681 begannen die Verhandlungen, die drei Tage in Anspruch nahmen. Beide Gesandten stimmten darin überein, daß sich die allgemeine politische Lage nach dem Nimweger Frieden besonders schwierig gestaltet habe. Meinders ließ diese Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne dem sächsischen Vertreter eingehend den Verrat von Nimwegen und die unverdiente Notlage Brandenburgs darzulegen. Der Gesandte Kursachsen brachte diesen Ausführungen großes Verständnis entgegen. Hatte doch sein Kurfürst den Partikularfrieden nie gebilligt! Er erkannte die Berechtigung der brandenburgischen Satisfaktionsforderung voll und ganz an, zweifelte allerdings an einem erfolgreichen Durchbringen derselben am deutschen Reichstag. Den Hauptgegenstand der Konferenz bildete die Frage, wie der gegenwärtigen Notlage des Reiches möglichst schnell Abhilfe geschafft werden könnte. Ein starkes Bündnissystem wurde von Meinders abgelehnt. Der letzte Krieg habe den vollen Beweis geliefert, daß auf Allianzen kein Verlaß sei. Erfolg verspreche sich sein Kurfürst nur noch von einer Konferenz mit Frankreich, auf der alle Streitfragen beigelegt werden könnten. Er sei aber trotzdem bereit, allen Verpflichtungen als Reichsfürst nachzukommen, auch wenn der Reichstag andere Wege gehen sollte.

Kursachsen erwartete viel von einer brandenburgisch-sächsischen Spezialallianz, die Gersdorf offiziell beantragte. Ohne Kenntnis von den Abmachungen in Gardelegen zu haben, wünschte man in Dresden eine spätere Einbeziehung der braunschweigischen Häuser. Der sächsische Vertreter erklärte sich schon zu entsprechender Vermittlung in Hannover bereit. Um so erfreuter war er, von dem Abschluß des Defensivbündnisses zu hören, konnte Sachsen doch jetzt eher mit einer Einigung der beiden sächsischen Kreise rechnen. Doch Meinders lehnte jede bindende Erklärung ab und bat den sächsischen Gesandten, dem Kurfürsten von Brandenburg seinen Antrag schriftlich einzureichen, der sicher gut aufgenommen werden würde [214]). Er ließ allerdings schon jetzt durchblicken, daß sein Kurfürst auf dem Beitritt des katholischen Münster bestehen werde.

So wurde die Konferenz ohne verpflichtende Abmachungen zu Ende geführt. Erst im April 1681 fanden die eigentlichen Bündnisverhandlungen in Finsterwalde statt, „wegen obschwebender Conjuncturen und deshalb besorgender Unruhe". Geführt wurden sie wieder von Meinders und Gersdorf, die sie dieses Mal schnell zu Ende brachten [215]). Das Ergebnis ihrer diplomatischen Arbeit war die auf drei Jahre abgeschlossene Defensivallianz zwischen Brandenburg und Sachsen [216]), die in ihren ersten 13 Artikeln wörtlich

213) Rep. 42 Nr. 2 b. Instruktion für Meinders 31. 1. 81. (Konzept von Jena).
214) Rep. 42 Nr. 2 a, Kursachsen. Protokoll der Konferenz vom 2.—4. 2. 81.
215) Kreditiv für Meinders v. 28. 3. 81.
216) Moerner, S. 424. Bündnis v. 8./18. 4. 81.

mit der Hannoverschen übereinstimmt, als deren Ergänzung sie angesehen wurde[217]). Das Bündnis mit Sachsen enthielt außerdem noch Bestimmungen über den Beitritt anderer Mächte[218]), von denen sich die Frankreich feindliche Partei viel versprach. Sah sie doch in ihnen den Ansatzpunkt zu einer großen Allianz in Norddeutschland, die auch gegen Ludwig XIV. aufzutreten versuchte.

Rébénac, der über den Verlauf der Verhandlungen genau unterrichtet worden war, äußerte sich günstig über die Allianz, in der er ein harmloses, allgemein gehaltenes Abkommen sah, das für die abschließenden Fürsten eine Notwendigkeit gewesen war. Dieses Bündnis konnte aber trotzdem nicht den französischen Erwartungen entsprochen haben. Enthielt es doch keinerlei Bestimmung, die einen Anschluß der sächsischen Politik an Frankreich vorgesehen hätte. Friedrich Wilhelm hatte den Vertrag allein zur Sicherung seiner in den beiden sächsischen Kreisen gelegenen Lande abgeschlossen.

Es mußte das nächste Ziel der brandenburgischen Politik sein, auch für seine westdeutschen Besitzungen derartige Garantien zu erlangen. Wir erinnern uns, daß Meinders bereits in der Dessauer Konferenz den Beitritt Münsters zur brandenburgisch-sächsischen Defensivallianz vorgeschlagen hatte. Das Bistum bedurfte eines kräftigen Rückhalts in Norddeutschland., Als Vertragspartner kamen nur Brandenburg oder Braunschweig in Frage. Ein Bündnis zwischen Münster und den braunschweigischen Häusern! Das mußte für den Großen Kurfürsten einen ungeheuren Prestigeverlust zur Folge haben. Damit hätte Braunschweig ja sein Ziel: maßgebenden Einfluß in Nordwestdeutschland, erreicht. Ein solches Bündnis mußte von Brandenburg hintertrieben werden.

Aus dieser Erkenntnis heraus beauftragte Friedrich Wilhelm kurz nach Abschluß des Nimweger Friedens seinen Agenten Glandorf in Paderborn, das Gelände in Münster zu sondieren. Noch wütete der Krieg in brandenburgischen Landen. Aber trotzdem säumte der Kurfürst nicht, Münster einen Vertrag anzubieten. Eile tat Not, wenn man den braunschweigischen Häusern zuvorkommen wollte. Den endgültigen Abschluß des Vertrages konnte man ja bis zu Kriegsende verschieben[219]). Bischof Ferdinand nahm das Angebot Brandenburgs zunächst jedoch sehr kühl auf. Nach dem Friedensschluß von St. Germain setzten die Bemühungen des Kurfürsten gleich von neuem ein[220]). Braunschweig arbeitete zunächst wieder erfolgreich dagegen. In Anbetracht der drohenden französischen Einquartierung schloß Münster mit den Herzögen eine Konvention zur Sicherung ihrer links der Weser gelegenen Besitzungen ab[221]). Der Bischof leugnete zwar später diese Defensiv-

217) s. Anmerkung bei Moerner, S. 426.
218) Artikel 15.
219) Rep. XI, 165 a Münster Nr. 15 Kurf. an Glandorf 14./24. 5. 79.
220) Rep. XI, 165 a Münster Nr. 15 Kurf. an Glandorf 6./16. 8. 79.
221) Glandorf an urf. 19./29. 10., 7./17. 11. 79.

allianz und erklärte sich noch immer zu Abmachungen mit Brandenburg bereit. Glandorf erhielt daraufhin sofort die Weisung, Münster des brandenburgischen Einverständnisses zu versichern und seinerseits eine Allianz anzubieten[222]). Die Verhandlungen sollten in Berlin stattfinden. Als bevollmächtigter Vertreter Münsters erschien auch zu Beginn des Jahres 1680 der franzosenfreundliche Plettenberg am kurfürstlichen Hof. Durch das Intrigenspiel des von beiden Seitenei ngeweihten Rébénac wurde jedoch die Übereinkunft zwischen Brandenburg und Münster vereitelt[223]). Der Bischof wollte sich nur zur Sicherung des ober- und niedersächsischen Kreises verpflichten, während Brandenburg ein engeres Bündnis anstrebte. Es sollte noch viel Zeit verstreichen, ehe diese beiden Fürsten sich auf einer gleichen Basis fanden[224]).

Rückblickend ist zu sagen, daß Friedrich Wilhelm trotz eifriger Gegenarbeit des französischen Gesandten seine Stellung unter den norddeutschen Fürsten seit dem Nimweger Frieden weitgehend gefestigt und gesichert hatte. Gestützt auf sein französisches und seine norddeutschen Bündnisse vermochte er nun am Reichstag und den deutschen Fürstenhöfen eine selbständige Politik des Friedens gegen das kriegslustige Haus Habsburg zu betreiben, wozu er durch seine Abmachungen mit Ludwig XIV. verpflichtet war.

II. Abschnitt:

DIE REICHSPOLITIK VOM BEGINN DER FRANKFURTER KONFERENZ BIS ZUM TÜRKENEINFALL 1683.

1. Das brandenburgisch-französische Bündnis vom 22. 1. 1682 und die Politik Brandenburgs im Norden.

Die Verträge von St. Germain (1679) und Kölln (1681), die den Kurfürsten von Brandenburg zum Parteigänger der französischen Machtpolitik im Reich gemacht hatten, hatten ihm zunächst keine besonderen Vorteile gebracht. Er war verpflichtet, die Reunionen anzuerkennen und die französischen Forderungen zu unterstützen oder zum wenigsten keine feindliche Stellung einzunehmen, während man in Paris nicht daran dachte, das brandenburgische Interesse zu fördern. Im Fall eines deutsch-französischen Krieges hätte er sogar auf Frankreichs Seite kämpfen und für dessen Gewaltmaßnahmen eintreten müssen. Unter diesen Umständen mußten ihm die Friedensangebote Ludwigs XIV.[1]) willkommen sein. Er war zudem

222) Rep. I, 165 a Münster Nr. 15 Kurf. an Glandorff 15./25. 11. 79.
223) s. Fehling, S. 100.
224) Weitere Ausführungen über die Beziehungen zwischen Brandenburg und Münster siehe weiter unten. S. 82 ff.
1) Vgl. seine Haltung beim Angebot einer Konferenz.

so von der Ohnmacht des Reiches gegenüber dem westlichen Grenznachbarn überzeugt, daß er den unter schlimmsten Bedingungen erkauften Frieden einer kriegerischen Auseinandersetzung vorzog[2]).

Und Frankreich? Durch die Eroberung des Elsasses einschließlich Straßburgs war die französische Außenpolitik an der Ostgrenze einstweilen saturiert. Die Friedensangebote Ludwigs waren deshalb wohl ehrlich gemeint, wenn man ihnen im Reich auch nicht überall den gleichen Glauben schenkte. Nach dem Raub der freien Stadt Straßburg, der das Mißtrauen und die Kriegsstimmung der deutschen Fürsten noch verschärft hatte, schien der Friede im Reich ernstlich gefährdet. Unter diesen Umständen war die Freundschaft des Großen Kurfürsten, der ihn im Reich unterstützen sollte, für Ludwig von großem Wert. Der französische König kam deshalb seinem Verbündeten mit einem Mal entgegen und erklärte sich zum Abschluß einer neuen Allianz bereit, deren vornehmstes Ziel Erhaltung des Friedens im Westen sein sollte[3]). Als Köder wurde die Aussicht auf Eroberung Pommerns benutzt. Der Kurfürst ging sofort auf das Allianzangebot Frankreichs ein, das ihm gegenüber den alten Verträgen nur Vorteile bringen konnte. Nach genauer Kenntnisnahme der französischen Vorschläge ermächtigte er Meinders und auf Wunsch Rébénacs[4]) auch Friedrich von Jena zu den notwendigen Verhandlungen. Aber wider Erwarten verzögerte sich der Bündnisabschluß. Schuld daran trugen persönliche und politische Differenzen der beiden brandenburgischen Vertreter. Während Franz von Meinders für ungesäumten und unbedingten Abschluß des Bündnisses war, suchte der kaiserlich gesinnte Jena dasselbe zu hintertreiben[5]). Wenn auch diese Bemühungen von vorneherein zum Scheitern bestimmt waren, so gelang es Jena wenigstens, eine Subsidienerhöhung zu erlangen.

Am 12./22. Januar 1682 wurde ein zehnjähriger Vertrag[6]) zwischen Frankreich und Brandenburg abgeschlossen, in dem der Kurfürst weit bessere Bedingungen als bisher erhielt. Als Grundlage des neuen Bündnisses mußte Friedrich Wilhelm allerdings noch immer die Verpflichtungen vom Januar 1681 anerkennen. Hatte er aber damals bedingungslos allen französischen Eroberungsplänen im Reich seine aktive Unterstützung zugesagt, so war denselben in diesem Vertrag eine Grenze gesetzt[7]). Ludwig wollte seine

2) s. die früheren Ausführungen. Die Reichstagsverhandlung über die Kriegsverfassung hatten ihn in dieser Ansicht noch bestärkt.

3) U. A. 20 S. 605 Ludwig an Rébénac 4. 12. 1681. Rébénac erhielt die Weisung: „Sans rien stipuler de plus particulier sur ce point qui puisse regarder la couronne de Suède ledit Sr. comte de Rébénac ne laissera pas de faire envisager à l'électeur de Brandebourg tout ce qu'éant uni avec S. M. il pourrait profiter sur la Suède, au cas que la mauvaise conduite de cette couronne oblige S. M. dans la suite du temps, comme il y a beaucoup d'apparence, d'en abandonner entièrement les intérêts" (S. 606).

4) U. A. 20, S. 611. Relation Rébénacs 24. 12. 81.

5) U. A. 20 S. 611—618.

6) Moerner, S. 426 und 717.

7) Art. 2.

„Praetensionen beschränken auf Straßburg und die Länder und Rechte, deren er seit dessen Unterwerfung genossen, sowie alle die Länder, in deren Besitz er sich am Tage der Abreise seiner Gesandten zu den Conferenzen in Frankfurt befand; und er erklärt für sich und seine Erben auf alle Ansprüche an Reichslande verzichtend, daß er nichts weiter unter dem Namen von Dependenzen, Reunionen etc. prätendiren wolle, falls, was man auch für Rechte von der einen oder andern Seite nachmals auffinden könnte, diese nichtig und ohne Einfluß auf die in diesem Artikel gesetzten Grenzen sein sollen". Das heißt, Friedrich Wilhelm verpflichtete sich zur Garantie des französischen Staates einschließlich der durch die bisherigen Reunionen gewonnenen Gebiete. In Anbetracht der drohenden Kriegsgefahr wollten die beiden abschließenden Mächte die eventuelle Hilfeleistung, wie sie 1681 vertragsmäßig festgesetzt wurde, verdoppeln. Frankreich mußte dafür 400 000 Livres Subsidien [8]) zahlen. Im Kriegsfall sollte Ludwig diese Summe auf 300 000 Taler erhöhen. Außerdem sicherte er Friedrich Wilhelm Unterstützung aller brandenburgischen Satisfaktionsansprüche zu. Besonderer Schutz wurde den kurfürstlichen Handelsunternehmungen, vornehmlich der Afrikanischen Kompagnie, gewährt.

Das Bündnis trug bewußt eine gegen den alten französischen Alliierten, Schweden, gerichtete Note [9]). Bei seinem Kurswechsel (1679) hatte Friedrich Wilhelm nicht mit einer derartig plötzlichen Wendung der nordischen Politik gerechnet [10]). Wider Erwarten hatte Karl XI. von Schweden selbst den Bruch mit Ludwig XIV. vollzogen [11]). Die ersten Spannungen reichten bis in die Tage von Nimwegen und St. Germain zurück, in denen sich Schweden nicht genügend berücksichtigt glaubte. Vertieft wurde der Konflikt durch die Reunionspolitik, die auch Karl XI. als Pfalzgrafen von Zweibrücken traf. — Im März 1681 wurde zwischen den Generalstaaten und Schweden auf 20 Jahre ein Associationstractat [12]) zur Verteidigung ihrer Lande geschlossen, der eine Spitze gegen Frankreich enthielt. Ludwig XIV. maß diesem Abkommen noch keine Bedeutung bei [13]). Erst die Erweiterung des Tractats zum Haager Garantievertrag [14]) ließ die französische Regierung die ganze Tragweite des schwedischen Kurswechsels erkennen. Aufrechterhaltung des Westfälischen und Nimweger Friedens — d. h. Nichtanerkennung der

8) 1679 hatte Ludwig für die erheblich größere Hilfe Brandenburgs 100 000 L.; 1681: 100 000 T. = 333 330 Livres an Subsidien versprochen.

9) vgl. Art. 2.

10) Rep. X Fasc. 44 a Sonderrelation Jenas 27. 5./6. 6. 81.

11) Ich kann in diesem Rahmen nur insoweit auf die nordische Politik eingehen, wie sie auf die reichspolitische Haltung des Großen Kurfürsten eingewirkt hat. Dasselbe gilt für den nächsten Abschnitt. Im übrigen verweise ich auf die ausführliche Darstellung bei Fehling S. 146 ff., 159—234; Prutz, S. 230, 242 ff., 249 ff.

12) Dumont: Corps Universel VII, 2, S. 16 ff.

13) Er rechnete sogar noch mit der Möglichkeit eines dänisch-schwedisch-französischen Bündnisses, in dem allein sein Einfluß maßgebend sein sollte.

14) am 10. 10. 81.

Reunionen — war der Hauptzweck des Bündnisses, das durch den Beitritt des Kaisers und Spaniens noch bedenklichere Formen annahm[15]). Die französische Regierung versuchte zwar immer noch, den Bruch mit Schweden zu leugnen, aber vergeblich! Wenige Tage nach dem Raub Straßburgs war der Abschluß des Haager Garantievertrages an allen europäischen Höfen bekannt. Der neue Vertrag mit Brandenburg war die Folge.

Allgemein befürchtete man einen brandenburgischen Angriff auf Pommern[16]). Der Kurfürst rechnete selbst wie nie zuvor mit einer Wiedererwerbung der Odermündungen. Für diese Hoffnung opferte er Straßburg, den uralten Reichsbesitz im Elsaß. Ein Übertritt zur franzosenfeindlichen Kriegspartei[17]), der auch Schweden angehörte, schien ihm schon deshalb unmöglich, weil er damit selbst sein territoriales Machtstreben gefährdet hätte.

Aber schon bald sollte sich zeigen, daß sich Friedrich Wilhelm einer trügerischen Hoffnung hingegeben hatte. Frankreich war nicht im geringsten an einer Stärkung der brandenburgischen Stellung interessiert und dachte nicht daran, die norddeutschen Eroberungspläne des Großen Kurfürsten zu fördern. Friedrich Wilhelm hoffte indessen mit Hilfe seines alten Verbündeten Dänemark sein Ziel erreichen zu können. Die alten guten Beziehungen zwischen Berlin und Kopenhagen hatten sich zwar zeitweise bedenklich gelockert. Verbittert über den brandenburgischen Sonderfrieden von St. Germain hatte sich Christian V. von dem Kurfürsten abgewandt[18]). Erst im Frühjahr 1682 besserte sich wieder Dänemarks Verhältnis zum Berliner Hofe. Am 10. Februar 1682[19]) schlossen dann beide Mächte zu Berlin eine Defensivallianz ab, in der sie sich

15) Herbst 1681.

16) Allenthalben konnte man in Regensburg Äußerungen kören, wie: „es könte bey sothaner Conjuncturen Ch. Dl. zu Brandenburg ihren nuzen suchen und finden, wan Sie anders noch einige reflexion auf die Pommerschen lande hatten, dan es würde wan Sie sich mit Frankreich setzten, sich Kein ander der Schweden so annehmen, oder Sie restituiren, wie jüngst geschehen, und wan Schweden so große Summen geldes nicht mehr zöge, Könne es auss eigenen Kräfften wenig oder nichts thun" (Rep. X Fasc. 44 b Sonderrelation Jena 25. 11./5. 12.). Bei dieser Nachricht darf selbstverständlich nicht vergessen werden, daß es sich um eine Relation Gottfrieds von Jena handelt, die stark zugunsten der brandenburgisch-französischen Freundschaft gefärbt ist.

17) Multhoff, S. 17 ff.

18) Der Däne suchte Anschluß bei Schweden. Diese Freundschaft, die den gegenseitigen Interessen so völlig widersprach, war freilich nicht von langer Dauer. Schon den Anschluß Schwedens an die Generalstaaten hatte man in Kopenhagen nicht mitgemacht und die eben angeknüpfte Verbindung gelöst, um sich dem Kaiserhof zuzuwenden. Doch auch diese Beziehungen hatten keinen Bestand. Dänemark weigerte sich, wie Leopold I. dem Associationstractat beizutreten. Die Folge davon hätte eine isolierte Stellung Dänemarks sein müssen, wenn nicht schon vorher Ludwig XIV., dem an Erweiterung der kaiserlichen Partei durch Christian V. nichts gelegen war, mit dieser Macht in Verbindung getreten wäre. Im Dezember 1681 bot er dem Dänenkönig ein Defensivbündnis an, das am 25. 3. 1682 abgeschlossen wurde.

19) Moerner, S. 428.

u. a. zu einer gemeinsamen Friedenspolitik im Reich verpflichteten. Endgültig wiederhergestellt wurde die alte Freundschaft bei einer Zusammenkunft König Christians mit Friedrich Wilhelm in Itzehoe[20]), wo nähere Abmachungen[21]) über Missionen ins Reich zwecks Herbeiführung des deutsch-französischen Friedens getroffen wurden. Für den Kriegsfall sicherte man sich gegenseitige Hilfe zu. Etwas vollkommen Neues waren in diesem Vergleich die Bestimmungen über Aufrüstung und Truppenzusammenziehungen in den Grenzgebieten[22]), für die Frankreich um Aktionssubsidien ersucht werden sollte[23]). Für den Fall eines Scheiterns der deutsch-französischen Friedensverhandlungen wollten sich beide Fürsten mit Frankreich ins Einvernehmen setzen, um dem ersten Streich der Kriegspartei zuvorkommen zu können[24]). Ein Heer am Niederrhein sollte die Generalstaaten in Schach halten und eine holländische Unterstützung Schwedens unterbinden[25]). Die Sicherung gegen einen schwedischen Truppentransport ins Reich, dem man nach Möglichkeit zuvorkommen wollte, gehörte zu den Hauptpunkten des brandenburgisch-dänischen Programms[26]). Hemmend mußte sich freilich dabei die französische Abhängigkeit auswirken, da die Pariser Regierung die Bedrohung seiner Alliierten im Norden nicht wahrhaben wollte.

Bereits im April 1682 hatte Spanheim, unterstützt vom Gesandten Dänemarks, den Außenminister Colbert de Croissy von den angeblichen schwedischen Landungsplänen in Kenntnis gesetzt[27]). Der Brandenburger verlangte, daß die französische Regierung ein derartiges Unternehmen Schwedens als aktive Unterstützung der Kriegspartei im Reich ansehe und in diesem Sinn in Stockholm vorstellig würde. Croissy hatte jedoch den brandenburgischen Ausführungen keinen Glauben schenken wollen, da die innerpolitische Lage Schwedens derartige Aktionen nicht gestattete. Er rechnete noch immer mit der Möglichkeit eines neuen französisch-schwedischen Bündnisses, dessen Grundbedingung Anerkennung der Frankfurter Propositionen sein sollte. Solange die Soldaten auf schwedischem Boden blieben, war kein Grund zu aktiven Gegenmaßnahmen vorhanden. Frankreich wollte nach Möglichkeit den Krieg vermeiden, der eine Mehrbelastung seines an sich schon ungesunden Staatshaushaltes zur Folge gehabt hätte. Eine Erweiterung Brandenburgs wi-

20) am 11. 6. 1682.
21) Moerner, S. 432; Vergleich v. 18. 6. 82.
22) Art. 3.
23) Art. 4.
24) Art. 5.
25) Art. 6.
26) Seit 1681 wurde an sämtlichen großen europäischen Höfen von derartig aggressiven Plänen Schwedens gemunkelt. Der Dänenkönig hatte erstmalig bei dem Abschluß seiner französischen Allianz den Brandenburger gewarnt und gemeinsame Abwehrmaßnahmen vorgeschlagen, die letzterem sehr willkommen waren. U. A. 19, S. 586.
27) U. A. 19 S. 430, Rep. XI Frankreich 89 Fasc. 33 Kurfürst an Spanheim 21./31. 3. Relation Spanheims 7./17. 4. 82.

dersprach außerdem dem Interesse Ludwigs XIV. Diese Erwägungen nötigten Croissy, die eigenen Alliierten zur Bewahrung der Ruhe im Norden zu bewegen, was ihm dank seiner geschickten Diplomatie auch gelang.

Die Verhandlungen zwischen Spanheim und dem französischen Außenminister zeigen deutlich, wie verschieden die politische Ausrichtung der beiden Alliierten war. Während Frankreich im Norden nur an Erhaltung des Friedens interessiert war, arbeitete Friedrich Wilhelm auf eine gewaltsame Eroberung Pommerns hin. Je nach der politischen Lage tauchte der Gedanke bald stärker, bald schwächer bei ihm auf. Ganz fallen ließ er ihn bis 1683 nie. Allein in der Reichspolitik herrschte volle Übereinstimmung zwischen Frankreich und Brandenburg. Beide Verbündete traten vereint für unbedingte Erhaltung des deutsch-französischen Friedens ein, der auf der Frankfurter Konferenz beschlossen werden sollte. Weder das Vordringen der türkischen Macht noch die gegen Frankreich gerichteten Maßnahmen der kaiserlichen Partei konnten den Großen Kurfürsten von diesem Ziel, das in dem brandenburgisch-französischen Vertrage von 1682 eindeutig festgelegt war, abbringen.

2. Brandenburg und die Frankfurter Konferenz.

Nach dem Fall der freien Reichsstadt Straßburg war auch Ludwig XIV. viel an einer schnellen Entscheidung im Westen gelegen, von der er sich allein Annahme der französischen Friedensangebote versprach. Er verzichtete deshalb plötzlich auf einen Austrag des Streites um die zeremonialen Vorrechte und befahl seinen Gesandten, sofort nach Frankfurt aufzubrechen, wo sie am 18. Oktober 1681 wenige Stunden vor den Kaiserlichen eintrafen. Die Auswechslung der Vollmachten sowie Differenzen über den Charakter der einzelnen Reichsgesandten und das Verhandlungsrecht[28]) verhinderten aber die ungesäumte Inangriffnahme der Beratungen trotz des Drängens der französischen Vertreter. Monatelang dauerten diese Zwistigkeiten an. Unter Nichtbeachtung aller diplomatischen Gebräuche — die gegenseitigen Legitimationen waren noch nicht ausgewechselt — übermittelten die französischen Unterhändler am 2.

28) Für die Konferenzereignisse vgl. Kuczynski, S. 69 ff. — Wie in Nimwegen nahmen die Kaiserlichen für sich allein das Recht in Anspruch, mit Frankreich zu verhandeln. Sie sprachen den andern Reichsvertretern den Gesandtentitel ab, was auf erbitterten Widerspruch stieß. Zur Wahrung ihrer Präeminenzien verlangten die Kurfürstlichen nach 3 Kollegien getrennte Sitzungen und Abstimmungen, was wiederum die Fürstlichen ablehnten, die für alle Gesandten als Deputation des Gesamtreichs gleiche Stellung und Behandlung durchdrücken wollten. Dies sollte in gemeinsamen Beratungen an einem Tisch ohne Rücksichtnahme auf Rang und Charakter des Einzelnen zum Ausdruck kommen. Lange fanden keine Beratungen statt. Im Notfall verhandelte man zwanglos am dritten Ort, im Karmeliterkloster, woran die Kurfürstlichen jedoch nicht teilnahmen.

Januar 1682 der kaiserlichen Gesandtschaft ein Friedensmemorandum, das mit ihren bereits mündlich eingebrachten Vorschlägen [29]) in Einklang stand. Ludwig XIV. setzte dem Reich eine Frist von einem Monat, binnen welcher sämtliche Streitigkeiten beigelegt sein müßten. Alsdann sollten die wichtigen außenpolitischen Verhandlungen in Angriff genommen werden [30]).

Der König ließ dem Reich in aller Form erklären, daß er sich mit dem französischen Besitzstand vom 1. August 1681 einschließlich des später eroberten Straßburg begnügen und auf alle weiteren Reunionen verzichten wolle. Dem Kaiser bot er Schleifung und Abtretung der Festung Freiburg an, wenn dem Bischof von Speyer die Stadt Philippsburg nach Niederlegung der Festungswerke zurückerstattet würde. Nach Erfüllung dieser Bedingung sollte zur Beseitigung jedes Mißtrauens ein Vertrag zwischen Frankreich und dem Reich aufgerichtet werden, der in erster Linie der Erhaltung der Ruhe dienen sollte. Eine eindeutige Auslegung des Nimweger Friedens und eine genaue Grenzregulierung zwischen beiden Staaten sollten in diesem Abkommen festgelegt werden. Das heißt: Ludwig XIV. war zum Frieden bereit, wenn das Reich ihm seine unrechtmäßigen Eroberungen bestätigte. Durch Androhung neuer kriegerischer Maßnahmen suchte er die deutschen Fürsten einzuschüchtern und von der Notwendigkeit der Annahme zu überzeugen.

Anfang Februar [31]) begannen endlich die ordentlichen Verhandlungen der Reichsgesandtschaft, in denen zunächst die zeremonialen Streitigkeiten geregelt werden mußten [32]). Am 15./25. März 1682 wurde dann erstmalig über die französische Proposition beraten, wobei allgemein für Erhaltung des Friedens gestimmt wurde. Da auch die kaiserliche Gesandtschaft dafür war, konnte bald das Reichsdeputationsconclusum abgefaßt [33]) und den französischen Vertretern mitgeteilt werden.

Kaiser und Reich verlangten darin von Ludwig XIV. Einstellung weiterer Reunionen und Rückgabe der Gebiete, die Frankreich nach der Abreise seiner Gesandten annektiert hatte, also auch Straßburgs. Auf der Konferenz sollte dann die Regelung der endgültigen Besitzverhältnisse vorgenommen werden, der die Friedensverträge von Münster und Nimwegen zu Grunde zu legen seien. Erst nach

29) im November 81.

30) Londorp XI, S. 353; Rep. XV Nr. 38a Relation Schotts 26. 11.; 27. 12.

31) Der Januar war noch restlos mit den Zeremonialfragen bei der Auswechslung der Vollmachten ausgefüllt.

32) Man kam überein, die letzte Entscheidung dem Reichstag zu überlassen. Dieser ordnete an, daß an einem Tisch unter Wahrung der kollegialen Vorrechte zu verhandeln sei. Rep. V Nr. 38 b, c Relation Schotts 7./17. 2. Die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Kaiserlichen und Kurfürstlichen Vertretern wurde Leopold I. mittels eines Kollegialschreibens übertragen. Rep. XV Nr. 38 b, c. Relation Schotts 7. 3.

33) Die Antwort der kais. Gesandten Londorps XI, S. 356; U. A. 19 S. 802 Relation Rucks 8./18. 4. 82.

Klärung aller Grenzstreitigkeiten wollte man über den Tausch Freiburg-Philippsburg verhandeln [34]).

Da der Kurfürst von Brandenburg nicht in der Reichsdeputation vertreten war, hatte er an dem Zustandekommen des Beschlusses keinen direkten Anteil gehabt. Er hatte jedoch in Frankfurt allenthalben im Sinne der deutsch-französischen Verständigung auf der Basis der Vorschläge Ludwigs XIV. arbeiten lassen. Friedrich Wilhelm, der in den ersten Monaten durch den Vertreter Kursachsens über die Konferenzereignisse auf dem laufenden gehalten worden war [35]), hatte im März auf Wunsch der friedliebenden Partei einen eigenen Vertreter nach Frankfurt geschickt, um letztere zu unterstützen. Der Träger dieser Werbemission war der Hof- und Legationsrat Melchior von Ruck [36]), der schon als außerordentlicher Gesandter an den Höfen der rheinischen Kurfürsten für Erhaltung des Friedens tätig gewesen war. Offiziell sollte er die Verbindung zwischen Frankfurt und Berlin aufrechterhalten.

Am 16./26. März kam Ruck in der Reichsstadt an, gerade rechtzeitig, um bei den Verhandlungen über die französische Proposition anwesend zu sein [37]). Schon bei seinen Besuchen warb der Brandenburger eifrig für den unbedingten Frieden. Eine Bitte der französischen Gesandtschaft, sich gemeinsam mit den Vertretern der rheinischen Kurfürsten beim mainzischen Directorium für Annahme der Proposition zu erklären, mußte er jedoch ablehnen. Er konnte nur versprechen, sich für gleichzeitige Beratungen in Regensburg verwenden zu wollen [38]). Viel Erfolg hatten diese Vorstellungen nicht, da der Mainzer Gesandte entgegen den Versicherungen seines Herrn die Verhandlungen absichtlich in die Länge zog [39]).

Auftragsgemäß begab sich von Ruck auch an den Hof des Kurfürsten von Mainz, um dort für den Frieden und Aufrechterhaltung der kurfürstlichen Präeminenzien zu werben. Der Erzbischof verfolgte dieselben politischen Ziele wie Friedrich Wilhelm. Er war freilich enttäuscht, daß Ruck sich nicht eingehender zur französischen Proposition äußern konnte [40]).

Am nächsten Tage war der brandenburgische Gesandte bereits wieder in Frankfurt, um dem zweiten kaiserlichen Vertreter, Strat-

34) Londorp XI, S. 353.

35) Der Kurfürst hatte in dieser Zeit nur zu den Zeremonialstreitigkeiten in Frankfurt Stellung genommen, wobei er für die kurfürstlichen Präeminenzien eingetreten war. Die Haltung des kursächsischen Vertreters Schott, der auch nicht das kleinste Vorrecht preisgab, fand seine volle Billigung.

36) U. A. 19 S. 798. Instruktion v. 6./16. 3. 82 (Jena).

37) U. A. 19 S. 799. Relation Rucks 17./27. 3. 82.

38) Den Franzosen war viel daran gelegen, da sich am Reichstag, wo nach Kollegien abgestimmt wurde, das Übergewicht der pro Frankreich eingestellten Kurfürsten ganz anders auswirken konnte als in Frankfurt, wo die Majorität der Reichsdeputation ausschlaggebend war.

39) Rep. XV Nr. 38 a E Relation Rucks 22. 3./1. 4.

40) In der Präeminenzienfrage wollte er nicht so schroff vorgehen wie der Brandenburger. Da inzwischen die Tractate mit Frankreich begonnen hatten, lehnte er einen Ausschluß der fürstlichen Gesandten, wie ihn Friedrich Wilhelm vorgeschlagen hatte, ab.

mann, seine Aufwartung zu machen [41]). Hier erwuchsen Ruck die größten Schwierigkeiten, da die Kaiserlichen den Friedensversicherungen des Kurfürsten nicht den rechten Ernst beimessen wollten. Sie rechneten für den Notfall noch immer mit einer brandenburgischen Unterstützung der Kriegspartei und einer Einigung zwischen Kaiser Leopold und dem Großen Kurfürsten. Die beiden kaiserlichen Vertreter glaubten fest an einen erfolgreichen Abwehrkampf des Reiches. In Kürze könnte ein Heer von 62 000 Mann an die Westfront geworfen werden.

Ruck ließ nichts unversucht, um diese Ansicht zu widerlegen. Aber alle seine Hinweise [42]) auf die gefährliche Lage des Reiches, die militärischen Rüstungen, die Uneinigkeit der Stände und die immer bedenklicher werdende Lage im Osten verfehlten ihre Wirkung. Die Kaiserlichen wollten nur einem Universalfrieden, der die Ruhe ganz Europas sichern würde, ihre Einwilligung geben. Da die kriegslustige Partei in Frankfurt die Übermacht hatte, konnte ihre Haltung in den Deputationsschlüssen ihren Niederschlag finden.

Schon die erste Erklärung des Reiches war nicht zur Zufriedenheit Ludwigs XIV. ausgefallen, da sie nur ganz allgemein zu der französischen Proposition Stellung nahm und der Abtretung Straßburgs keine Erwähnung tat [43]). In seinem Antwortschreiben [44]) forderte der französische König Verhandlungen mit den Vertretern des Gesamtreiches [45]). Er wußte, daß er bei den mächtigsten Fürsten Westdeutschlands auf Unterstützung der Friedenspolitik rechnen konnte. Von seinen im Januar vorgelegten Propositionen wollte der französische König auf keinen Fall abgehen. Eine genaue Interpretation der Verträge von Münster und Nimwegen lehnte er mit der Begründung ab, daß dieselbe nur zu neuen Differenzen führen müßte. Ludwig XIV. betonte noch einmal seine Friedensliebe, für die seine Verzichtleistung auf alle weiteren Reunionen einen eindeutigen Beweis ablegte. Er versäumte aber auch nicht, bei Verweigerung der Annahme seiner Bedingungen mit Anwendung von Machtmitteln zu drohen [46]).

---

41) Rosenberg hatte er schon vorher aufgesucht. Rep. XV Nr. 38 a E Relation Rucks 22. 3./1. 4. 82.

42) Ruck hielt ihnen vor: „Es wäre dann, daß man aller Considerationen ohne Erwägen nach ohnerachtlich alles auf einmal auf die Spitze setzen wollte; pro nunc wäre kein ander Mittel als durch einen Frieden, so gut man ihn haben könnte, den Überrest zu salviren, sollte Frankreich wider alles bessere Verhoffen denselben dann noch nicht halten, so stünde es dann dahin, wann sich die Zeiten inzwischen änderten, änderten sich die Consilia". Rep. XV Nr. 38 a E Relation Rucks 25. 3./4. 4.

43) U. A. 19 S. 803. Relation Rucks 11./21. 4. 82.

44) Londorp XI, S. 354 Schreiben v. 18./28. 4. 82.

45) Er machte die Kaiserlichen, die bei der gebräuchlichen Verhandlungsform ihre Meinung durchdrücken konnten, für das Scheitern der deutsch-französischen Beratungen verantwortlich.

46) „cum nunc in ea versemur anni parti, quae magis ad agendum, quam ad disputandum apta est". Zum Nachdruck dieser Drohung wurden schon Truppen im Elsaß zusammengezogen. Rep. XV Nr. 38 a E Relation Rucks 11./21. 4.

Infolge Nichtbeachtung der zeremoniellen Vorschriften von Seiten der französischen Gesandtschaft[47]) verstrich viel Zeit, ehe über das Schreiben verhandelt wurde. Dieses Mal war den Kaiserlichen an einer schnellen Wiederaufnahme der Beratungen gelegen, da sich die friedliebende Partei um deren Verlegung nach Regensburg bemühte, wo aller Wahrscheinlichkeit nach die Proposition zur Annahme gelangen würde. Die französisch Gesinnten waren hingegen plötzlich an einer Verzögerung der Frankfurter Konferenzen interessiert[48]). Die Vertreter Ludwigs verweigerten deshalb jede weitere Verhandlung, bevor man sich nicht über die Zeremonialfragen geeinigt habe[49]).

In diesem Konflikt war dem Kurfürsten von Brandenburg entgegen dem französischen Interesse an ungesäumter Fortführung der Beratungen gelegen[50]), da er von derartigen Zwischenfällen ein plötzliches Auffliegen der Konferenz befürchtete. In Anbetracht der großen außenpolitischen Gefahr war er sogar bereit, im Streit um die alten kurfürstlichen Präeminenzien nötigenfalls nachzugeben.

Schon im Mai hatte Friedrich Wilhelm seinen Vertreter in Frankfurt angewiesen, sich offiziell für schnelle Annahme des französischen Angebotes zu verwenden[51]). Ruck hielt aber diese Erklärung auf Anraten von Mainz, Köln und Münster vorerst noch zurück, da den Friedliebenden der Zeitpunkt für derartig scharfe Äußerungen noch verfrüht schien. Angriffe auf das in Regensburg vorgebrachte Magdeburger Votum (siehe unten S. 69 f.) veranlaßten dann aber doch brandenburgische Vorstellungen zugunsten des Friedens, in denen sich der Kurfürst erbittert über den Verrat von Nimwegen ausließ. Er versuchte, die kaiserlich Gesinnten für eine

47) Gegen alten diplomatischen Gebrauch war die neue Proposition in französischer und nicht in lateinischer Sprache abgefaßt, woran von Reichs wegen sofort Anstoß genommen wurde. Bereitwillig änderten die französischen Vertreter diesen Fehler und reichten das Schriftstück noch einmal in lateinischer Übersetzung ein, wobei sie aber auf Hinzufügung des Wortes „Translatum" bestanden. Wegen dieses Wortes entbrannte ein heftiger Streit zwischen der kaiserlichen und französischen Gesandtschaft, dessen Schlichtung dem Reichstag übertragen wurde. (Rep. XV Nr. 38 a, b, c E Relationen Schotts v. 21. 4/1. 5.; 25. 4./5. 5.; 28. 4./8. 5.).

48) Ludwig XIV. wollte die Entwicklung der ungarischen Unruhen abwarten und inzwischen weiter aufrüsten.

49) Sie forderten außerdem eine neue Reichsinstruktion, da die alte nicht mehr zulänglich sei. An den Gesandten von Kurmainz stellten sie das Ansinnen, nicht mehr zu Rat ansagen zu lassen, was jedoch bei der Reichsdeputation auf beträchtlichen Widerstand stieß (U. A. 19 S. 811 Rel. Rucks 30. 6./10. 7.). Um jede neue Konferenz zu vereiteln, mischten sich St. Romain und de Harlay plötzlich in die inneren Angelegenheiten der Reichsgesandtschaft, was Frankreich bisher vermieden hatte. Sie lehnten deren Abstimmung per majora ab und verlangten die nach Kollegien, bei der die friedliebenden Kurfürsten den Ausschlag gaben. (Rep. XV Nr. 38 a E; Rel. Rucks 19./29. 8.; 29. 8./8. 9.).

50) Diese Haltung rief bei der französischen Gesandtschaft großes Mißfallen hervor. Sie konnte sie sich nur durch eine Verkennung der Lage erklären.

51) Die Ausführungen des Kurfürsten hielten sich eng an das Magdeburger Votum. Vgl. Londorp XI, S. 360.

Friedenspolitik zu gewinnen, indem er auf die Vorteile der französischen Proposition hinwies [52]): „die gesunde Vernunft es erforderte, vor ein ungewisses nicht das gewisse, so noch übrig ist, in hazard zu setzen, oder durch einen zweifelhaften und verderblichen Krieg einen beständigen und sicheren Frieden so offeriret wird, auszuschlagen“ [53]).

Diese Bemühungen waren aber vergeblich. Im Gegenteil, die Kriegspartei ging immer zielbewußter vor. Schon wurden Truppen in den vorderösterreichischen Landen zusammengezogen[54]).

Eine Veröffentlichung seiner Erklärung für den Frieden schien dem Brandenburger jetzt dringend erforderlich [55]). Die Deputation sollte dadurch überzeugt werden, daß das Reich im Notfall nur einen Defensivkrieg führen könne. Eine oder zwei Niederlagen würden aber schon sein Untergang sein. Auf fremde Subsidien dürfe man nie rechnen. Auch auf Allianzen sei kein Verlaß, da viele Verbündete nie lange einig blieben. Schon bald würden sich Mißgunst und Eifersucht unter ihnen breitmachen. Eine große Zahl von Alliierten könnte sich nur zu leicht hemmend auf die Kriegsoperationen auswirken. In Anbetracht der Türkengefahr sei zur Zeit eine Offensive unmöglich. Ein Defensivkrieg sei aber unnötig, da Frankreich ja Frieden anbiete. Nach Ansicht des Kurfürsten sei es verantwortungslos, das ganze Reich wegen Straßburgs zu gefährden.

Aber auch diese Erklärung erreichte ihren Zweck, nämlich schleunige Aufnahme der Verhandlungen und Abschluß des Friedens, nicht. Wochenlang fanden keine ordentlichen Sitzungen statt. Man konnte auf dem Deputationstag zu keiner Einigung kommen [56]). Der Brandenburger unterstützte deshalb nunmehr die Bemühungen der friedliebenden Partei, die Verhandlungen an den Regensburger Reichstag zu verlegen [57]). Ruck wurde aus Frankfurt abberufen [58]). Anfang September verließ der Gesandte die Konferenz [59]), ohne das Hauptziel seiner Mission erreicht zu haben.

52) Frankreich hätte sich zur Rückgabe der nach der Abreise der Gesandten genommenen Gebiete, zur Einstellung aller weiteren Reunionen, zu einem beständigen Frieden, zum Verzicht auf jegliche Ansprüche an das Reich und zu einer festen Grenzziehung zwischen Frankreich und Deutschland verpflichtet. Jeder Patriot müßte zugeben, daß es unter den Umständen besser sei, Straßburg aufzugeben, zumal die Stadt bereits in den Händen der Franzosen sei.

53) U. A. 19 S. 806—808 Kurfürst an Ruck 29. 5./8. 6. (Meinders).

54) Rep. XV Nr. 38 a E. Rel. Rucks 15./25. 5. 82.

55) Diese wurde im Juli bei der Mainzischen Gesandtschaft eingereicht.

56) Mainz hatte zwar — trotz des französischen Intrigenspiels — noch einmal zu Rat ansagen lassen müssen (am 7/17. 9.). Es kam aber gleich wieder zu den heftigsten Zusammenstößen. Die Kriegsstimmung nahm immer mehr zu.

57) Der Vertreter von Kurmainz stand diesen Plänen zunächst skeptisch gegenüber. Er wollte nicht allein die Verantwortung tragen und sich nur zur Unterstützung eines von Brandenburg, Köln und Trier eingebrachten Antrags herbeilassen.

58) U. A. 19 S. 814 Anm. 1. Rep. XV Nr. 38 a E Kurf. an Ruck 9./19. 8., 22. 8./1. 9.; 5./15. 9. 82.

59) Rep. XV Nr. 38 a E. U. A. 19 S. 814 Anm. 1 Kurf. an Ruck 7./17. 9. Er begab sich als ordentlicher Gesandter nach Dresden.

Bei der Abberufung von Ruck hatte Friedrich Wilhelm aber nicht an eine gänzliche Aufhebung seiner Vertretung am Deputationstag gedacht [60]). Zum Nachfolger hatte der Kurfürst seinen Hof- und Legationsrat von Kanitz ausersehen [61]). Für ihn galten die gleichen Anweisungen wie vorher für Ruck [62]).

Ludwig XIV. hatte inzwischen auf Anraten des Kurfürsten von Brandenburg ein neues Memorial bei der Reichsdeputation einreichen lassen, das den deutsch-französischen Verhandlungen einen Termin setzte. Bis Ende November sollte sich das Reich über das Friedensangebot Ludwigs XIV. entschieden haben. Für den Fall der Ablehnung behielt sich der König weitere Reunionen vor [63]).

Förderung des deutsch-französischen Friedens, das war wie Rucks so jetzt Kanitz' Hauptaufgabe. Der Kurfürst rechnete zwar selbst nicht mit einer Einigung innerhalb der von Frankreich gestellten Frist. Er riet deshalb der Konferenz, eine neue Reichsinstruktion zu beantragen, die die Deputation zum Friedensschluß innerhalb einer bestimmten Zeit ermächtigte. Frankreich müsse wenigstens den guten Willen des Reiches sehen. Friedrich Wilhelm ließ ausdrücklich davor warnen, mit einer Änderung der Proposition zu rechnen [64]). Einen erfolgreichen Widerstand gegen Frankreich hielt er unter den augenblicklichen Umständen für unmöglich [65]).

Der brandenburgische Kurfürst versprach sich viel von einem Zusammenschluß aller Friedliebenden, die gemeinsam bei der Gegenpartei vorstellig werden müßten. Kanitz wurde zu einem entsprechenden Bündnisabschluß ermächtigt. Dieser Gedanke war erst-

60) Dies wurde von den französisch Gesinnten befürchtet. U. A. 19 S. 814. Rel. Rucks 26. 8./5. 9. 82.

61) Der Kurfürst ließ sich nach Rucks Abreise durch die Vertreter von Sachsen und Mainz von den Konferenzereignissen auf dem laufenden halten.

62) s. Instruktion vom 28. 9./8. 10. U. A. 19 S. 814 ff., Rep. XV Nr. 38 a C.

63) Ludwig betonte in diesem Memorial seine große Friedensliebe. Für das Scheitern der Verhandlungen machte er allein das Reich verantwortlich, das die Zeremonialfragen für wichtiger erachtet habe. Die französischen Propositionen könnten nur von solchen Elementen abgelehnt werden, die „in der allgemeinen Beunruhigung und Ungemach ihren besonderen Vorteil zu finden" hofften. Diese Haltung des Reiches zwinge Frankreich unnötig, eine große, kostspielige Truppenmacht an der Ostgrenze zu unterhalten. Der König wolle endlich klar sehen und müsse deshalb einen Termin setzen. Londorp XI, S. 357 f.

64) „Daß Straßburg weg, wäre zu beklagen, aber man müßte darum nicht alles das übrige abandonnieren. Im verwichenen Saeculo, da des Reiches Macht viel größer und Franckreich viel schwächer als jetzo, ließe man dennoch die Bistümer Metz, Toul und Verdun dahinden und machte Frieden, wieviel mehr jetzo, da nicht geringste Hoffnung das Verlorene zu recuperieren aber wohl eine gewisse Beisorge, das Übrige alles zu verlieren". Rep. XV Nr. 38a C Instruction 28. 9./8. 10.

65) Der Kurfürst widerlegte alle Argumente der Kaiserlichen, die einen Krieg zu ermöglichen schienen. Es wäre in der Tat merkwürdig, daß nur solche Stände der Kriegspartei angehörten, die weit vom Schuß wären und nicht viel aufs Spiel zu setzen hätten.

malig bei dem Pfälzer aufgetaucht[66]), der eine Erneuerung der Rheinischen Allianz beabsichtigte: „daß auf den unverhofften Fall, die mehrers zum Krieg inclinierte Partei in dem Reich eine Ruptur mit der Kron Franckreich veranlassen sollte, darauf zu gedenken, wie diejenige Kurfürsten und Stände, welche die Bestätigung des Friedens mit Frankreich angenommen, sich alsdann daraus halten, und bei dem Frieden garantieren, auch ihre Lande vor denen etwa zu befürchten stehende Durchmarsch, Einquartierungen und anderen Kriegsungelegenheiten sicher stellen mögen“[67]). Alle Fürsten des Reichs, die sich für Annahme der französischen Proposition erklärt hatten, sollten aufgenommen werden[68]). Friedrich Wilhelm hatte damals diesem Plan zugestimmt und auf schnellen Vertragsentwurf gedrungen. Die ablehnende Haltung von Hessen-Kassel[69]), Sachsen und Württemberg wirkte aber derart hemmend[70]), daß man noch zu keiner Einigung gekommen war. Erst im Augenblick der Not wurde der Plan von Kurpfalz wieder aufgegriffen und von Brandenburg erneut unterstützt[71]).

Bei der Ankunft des neuen brandenburgischen Gesandten hatten die Verhandlungen in Frankfurt den Höhepunkt der Krisis erreicht. Die deutschen Beratungen hatten wieder ihren Anfang genommen. Die Reichsdeputation, die mit einer Verlängerung der Frist rechnete, konnte sich aber zu keinem schnelleren Tempo aufraffen[72]). Die Vertreter Ludwigs bestanden andererseits auf Einhaltung des Abreisetermins, und die Friedliebenden propagierten die Verlegung an den Reichstag[73]), was die volle Billigung Frankreichs fand[74]).

Beide Parteien des Reiches bemühten sich um die Freundschaft Friedrich Wilhelms[75]). Den Kaiserlichen war zunächst an branden-

66) Rep. XV Nr. 38 a E. Rel. Rucks 28. 3./7. 4. Beilage Schreiben von Kurpfalz 21./31. 3. 82.

67) Schreiben von Kurpfalz 21./31. 3. 82.

68) In Frage kamen nach Ansicht des Pfälzers die 4 rhein. Kurfürsten, Brandenburg, Württemberg, Münster, Braunschweig-Celle und Hessen-Kassel, die er durch Werbemissionen für seinen Plan zu gewinnen suchte.

69) Der Landgraf fürchtete Gegenmaßnahmen der General-Staaten, Hannovers und Sachsens.

70) Rep. XV Nr. 38 a E. Rel. Rucks 11./21. 4. 82.

71) Rep. 40 Nr. 6 a 1 Kurpfalz an Brandenburg 5. 9. — Brandenb. an Kurpfalz 24. 9. 22. Friedrich Wilhelm wünschte ausdrücklich, daß Frankreich die Garantie der Allianz übertragen werde.

72) Vereinzelt rechnete man noch mit erfolgreichem Widerstand. „In summa läuft es darauf hinaus; die Proposition, man solle die Tractaten hier ganz abrumpieren, ist den pro et contra Gesinnten nicht gar so angenehm, weil ein jeder von den Deputierten gern die Ehre verlangt, den Friedensschluß mitzuunterzeichnen.“ U. A. 19. S. 818. 24. 10. 11.

73) Näheres über die Stellungnahme der Reichsgesandten Londorp XI, S. 365—389.

74) Die neue Proposition Ludwigs v. 4. 10. 82: Londorp XI, S. 365. U. A. 19 S. 816—18. Rel. v. Kanitz 16./26. 10.; 24. 10./3. 11. 82.

75) Man hoffte in Wien, daß der Kurfürst seine Verbitterung über die Vorgänge von Nimwegen in Anbetracht der schmachvollen franz. Bedingungen vergessen würde.

burgischen Vorstellungen bei Frankreich gelegen. Man hoffte, den französischen König zur Aufgabe seiner Absichten veranlassen zu können. Für den Fall, daß aber selbst die brandenburgischen Vorstellungen in Paris ihren Zweck verfehlten, rechnete die Wiener Regierung mit einem offiziellen Übertritt des Kurfürsten zur kaiserlichen Front. Von einer bedingungslosen Annahme der französischen Vorschläge wollten die Kaiserlichen nichts wissen. Mehr Entgegenkommen begegnete der brandenburgische Vertreter beim Kurfürsten von Mainz, den er nach Erledigung seiner Frankfurter Besuche aufsuchte [76]). Der Erzbischof, der ebenfalls für schnellste Annahme der französischen Proposition war, hatte sich bereits am Reichstag um eine neue Instruktion für die Deputation oder um gänzliche Verlegung der Verhandlungen nach Regensburg bemüht. Er wollte die Konferenz in Frankfurt durch Majoritätsbeschluß auflösen lassen. Auch er war für ein Bündnis der Friedliebenden, das auf pfälzischen Vorschlag hin in Frankfurt verhandelt und abgeschlossen werden sollte [77]).

Nach seiner Rückkehr aus Mainz warb Kanitz für diese Allianz. Er wurde von den Gesandten Frankreichs eifrig unterstützt [78]). In der Tat erklärten sich manche „Wohlintentionierten" zum Beitritt bereit [79]), die Beratungen über eine Defensivallianz wurden ungesäumt in Angriff genommen. Der erste Entwurf sollte vom Mainzer Gesandten verfaßt werden. Aber schon nach kurzer Zeit gerieten die Verhandlungen ins Stocken, da der Kurfürst von Mainz das Projekt zurückhielt, das ihm zur Begutachtung eingesandt worden war. Er hoffte auf diese Weise Frankreich zu Subsidienzahlungen zwingen zu können. Sein Verhalten stieß bei den französisch Gesinnten allgemein auf Verständnislosigkeit [80]).

Die Folge dieser Differenzen war schließlich ein gänzliches Scheitern der Frankfurter Bündnisverhandlungen. Um den Kaiserlichen jeden Verdacht zu nehmen, wurde beschlossen, die Beratungen in Regensburg [81]) fortzusetzen. Trotz eifriger Vorstellungen Kurkölns [82]) scheint der Plan dort jedoch nicht mehr verfolgt worden zu sein.

76) Kanitz warb dabei für schnellen Friedensabschluß. U. A. 19 S. 816 Rel. v. Kanitz 16./26. 10.

77) Rep. 40 Nr. 6 a 1 Kurpfalz an Brandenburg 14. 10.

78) Rep. 40 Nr. 6 a 1 Brandenburg an Kurpfalz 24. 10.; Rep. 15 Nr. 38 a C Kurfürst an Kanitz 24. 10.

79) U. A. 19 S. 820. Relation von Kanitz 18./28. 11.

80) Besonders scharf waren die Auseinandersetzungen zwischen Mainz und Trier. Während Mainz eine ungesäumte offizielle Stellungnahme Johann Hugo von Orsbecks verlangte, wollte der Trierer mit seiner Beitrittserklärung bis zur Bekanntgabe des Allianzprojektes warten.

81) Der Bischof von Straßburg hatte sich bemüht, die Verhandlungen nach Köln zu verlegen, um ihre Führung in die Hand zu bekommen. Dieser Antrag wurde jedoch allgemein abgelehnt und auf brandenburgischen Vorschlag hin Regensburg zum Beratungsort bestimmt, wo man am unauffälligsten beisammen sein konnte.

82) Rep. XI 59 Kurköln Nr. 2 d. Korespondenz zwischen Maxim. Heinr. von Köln und Friedrich Wilhelm von Brandenburg Januar 1683.

Das gleiche Schicksal sollte den Beratungen der Reichsdeputation beschieden sein. Ende Oktober hatte man sich geeinigt [83]), daß die französische Gesandtschaft um Aufhebung des Termins gebeten werden sollte. Dieses Gesuch wurde von französischer Seite damit beantwortet, daß dem Reich Fortführung der Verhandlungen in Regensburg zugesichert wurde [84]). Bis zur letzten Stunde schienen die kaiserlichen Vertreter auf eine Widerrufung der französischen Propositionen zu hoffen. Den Vorstellungen des brandenburgischen Gesandten, der sie immer wieder von der Notwendigkeit einer sofortigen und unbedingten Friedensannahme zu überzeugen suchte, gaben sie keine Folge [85]).

Ludwig XIV. ging aber nicht von seinem Beschluß ab [86]). — Am 2. und 3. Dezember 1682 verließen seine Gesandten die freie Reichsstadt Frankfurt [87]). Die Konferenz hatte damit praktisch ihr Ende gefunden, ohne ihr Ziel, Beilegung der deutsch-französischen Differenzen, erreicht zu haben. Die Reichsgesandtschaft blieb noch einige Zeit in Frankfurt, um über die Schlußrelation an den Reichstag zu beraten [88]). Es kam nicht einmal zu einer förmlichen Auflösung der Konferenz, da die Vertreter der deutschen Städte größtenteils gleich nach Erledigung des Schlußberichtes Frankfurt verlassen hatten.

Nach der Abreise der französischen Gesandten und dem Scheitern der Allianzverhandlungen hatte auch die brandenburgische Mission ihren Sinn verloren [89]). Kanitz begab sich deshalb zur Abschiedsaudienz nach Mainz [90]). Am 30. 12./9. 1. verließ der Gesandte Frankfurt [91]).

Die Beeinflussung und Förderung der Friedensverhandlungen lag jetzt wieder vollständig in den Händen der brandenburgischen Vertretung am Reichstag, wo die deutsch-französischen Beratungen fortgesetzt wurden.

83) Gutachten vom 26. 10. Londorp XI, S. 389.

84) Rep. 15 Nr. 38 b, c Relation Schotts 31. 10./10. 11.; 10./20. 11. Neue Ordre des Königs s. Londorp XI, S. 393. Bis zum 1. 1. 83 war Verjus de Crécy in Regensburg zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

85) U. A. 19 S. 820. Relation von Kanitz 18./28. 11.; 21. 11./1. 12.

86) Rep. 15 Nr. 38 b, c Relation Schotts 21./11./1. 12. U. A. 19 S. 819 Relation v. Kanitz 18./28. 11.

87) Sie legten vorher eine förmliche Erklärung ab, in der sie allein die Kaiserlichen für die Vorgänge auf der Konferenz verantwortlich machten. Londorp XI, S. 394.

88) Auch diese letzten Aussprachen wurden lange hinausgeschoben. Die Kaiserlichen wollten die Aufhebung der Konferenz nicht einmal anerkennen. Anfang Dezember begannen die Verhandlungen. Die Relation an den Reichstag vom 5. 2. 82. S. Londorp XI, S. 396. Am 6./16. 12. ging sie nach Regensburg ab.

89) Abreisebefehl am 17./27. 12. und 27. 12. 82./6. 1. 83.

90) Dieser Kurfürst verfocht die gleichen politischen Ziele wie Friedrich Wilhelm. Ja, er ging sogar noch über diesen hinaus. Der Erzbischof lehnte eine Zusammenkunft des Kaisers mit den Kurfürsten, auf der alle außenpolitischen Fragen geregelt werden sollten, mit der Begründung ganz ab, daß Frankreich berechtigten Verdacht schöpfen könnte.

91) U. A. 19 S. 823 Relation von Kanitz 30. 12. 82./9. 1. 83.

3. Brandenburg und der Reichstag.

Wir erinnern uns, daß die Reichstagsverhandlungen vor Beginn der Frankfurter Konferenz voll und ganz durch zeremonielle Streitigkeiten, durch Beschwerden über die Reunionen Frankreichs und die Reichsaufrüstung mittels eines neuen Verfassungswerkes ausgefüllt waren. Mit Ausnahme der Securität war noch keines dieser Probleme zum Abschluß gebracht worden [92]).

Die Regelung der deutsch-französischen Differenzen hatte man der Frankfurter Konferenz übertragen. Für die Dauer dieses Deputationstages standen die Reichstagsberatungen unter dem Einfluß der dortigen Ereignisse. Bis zur Veröffentlichung der französischen Proposition standen in Regensburg die so hemmend wirkenden Zeremonialfragen zur Debatte [93]). Der Kurfürst von Brandenburg, der an sofortiger Inangriffnahme der deutsch-französischen Verhandlungen interessiert war, ließ dabei immer wieder an schnelle Beilegung dieser formalen Streitigkeiten gemahnen [94]).

Von Bedeutung waren die Reichstagsberatungen jedoch erst nach Veröffentlichung der französischen Friedensvorschläge. Bereits nach dem Fall Straßburgs war in Regensburg von einem Friedensangebot Frankreichs geredet worden, das unbedingte Anerkennung der Reunionen einschließlich Straßburgs fordere. Und schon vor seiner offiziellen Bekanntgabe hatte dieser Plan seine Gegner gefunden, die mit der Unterstützung des Kaisers rechneten [95]).

Kaiser Leopold I. hatte sich noch immer nicht zu den Straßburger Vorgängen geäußert. Er schob seine Entscheidung so lange hinaus, bis sie durch die französische Friedensproposition hinfällig wurde. Es war also Straßburg wie allen Reichsangelegenheiten jener Tage ergangen. Nach der Besetzung der freien Reichsstadt schienen die empörten deutschen Stände bereit, dieselbe dem französischen Eroberer wieder zu entreißen. Als man dann jedoch an die Durchführung der anfangs so begeistert aufgenommenen Pläne gehen wollte, scheiterte die Sache am Egoismus der einzelnen Fürsten.

Auch der Behandlung der französischen Proposition stellten sich Schwierigkeiten entgegen. Trotz der großen Dringlichkeit verweigerten die Fürstlichen deren Annahme, da Kurmainz bei ihrer Über-

---

92) Die Konflikte in den Zeremonialfragen dauerten auch die folgenden Jahre hindurch an. Da diese aber immer auf dasselbe hinausliefen, werden sie in diesem Abschnitt nur insoweit nebenbei behandelt werden, wie sie die großen außenpolitischen Fragen des Reiches beeinflußt haben.

93) Über die Anerkennung des Elsässers Schott, das Vorgehen der kaiserlichen Vertreter und die Legitimation der Reichsgesandten erhitzten sich die Gemüter. Rep. X Fasc. 44 b Relationen Jenas von Oktober bis Ende Dezember 1681.

94) Rep. X 44 b. Rel. 23. 12./2. 1.

95) In der folgenden Zeit wurde deshalb die Feste Philippsburg weiter ausgebaut und mit Truppenverstärkungen versehen. Das Tauschprojekt Philippsburg—Freiburg wurde sogar von den sonst pro Frankreich eingestellten geistlichen Kurfürsten verworfen. Rep. X 44 b Sonderrelation Jenas 7./17. 10.; 21./31. 10.; 11./21. 11. 81.

mittlung auf die vorgeschriebenen langwierigen Formalitäten verzichtet hatte.

Alle Vorstellungen der brandenburgischen Vertreter waren erfolglos [96]). Das fürstliche Directorium verlangte erst einen erklärenden Bericht des Kaisers oder der Reichsdeputation aus Frankfurt und lehnte vorher jede Beratung über die deutsch-französische Verständigung ab [97]). Gottfried von Jena riet dem Mainzer Direktorium deshalb, die französische Denkschrift gegen den Einspruch Österreichs bekanntzugeben. Dieser Anschlag werde sicher gelingen, da die friedliebende Partei auch im Fürstenkollegium sehr stark sei. Der Vertreter von Mainz ging jedoch nicht auf diesen Vorschlag ein, da er vor der Auseinandersetzung mit dem Wiener Hof zurückschreckte [98]).

Im Februar 1682 mußte Jena für kurze Zeit seine Arbeit am Reichstag unterbrechen, da ihn der Kurfürst mit einer Sondermission nach München beauftragt hatte. Bei seiner Rückkehr [99]) fand der Gesandte neue kurfürstliche Weisungen vor, die ihm befahlen, mit allen Mitteln auf sofortige Ratsansage der französischen Proposition zu dringen. Eine Zusammenarbeit mit den Vertretern der vier rheinischen Kurfürsten und des Bischofs von Münster, deren sich Friedrich Wilhelm vergewissert hatte, wurde Jena dringend ans Herz gelegt. Den Brandenburger erfüllte große Sorge um die Erhaltung des Friedens und den Bestand der Westgrenze. Im Kriegsfall wollte er allen Verwicklungen fernbleiben und sich „die Ersetzung des etwa in seinen westfälischen Landen entstehenden Schadens vorbehalten haben“ [100]). Jena kam diesem Befehle sofort nach und legte in der nächsten Sitzung des Kurfürstenrats ein entsprechendes Votum ab [101]), trotzdem er persönlich alle Verzögerungen bei den Verhandlungen begrüßte, da sich diese bisher nur günstig ausgewirkt hatten [102]).

Im kurfürstlichen Kollegium hatten sich bereits die Vertreter der rheinischen Kurfürsten für Annahme der französischen Friedensvorschläge geäußert und die brandenburgischen Forderungen auf ungesäumte Inangriffnahme der Verhandlungen eifrig unterstützt [103]). Am 27. 3./6. 4. konnte dann endlich über die Proposition beraten werden. Die Kurfürsten waren sämtlich der Ansicht, „daß der Friede mit Frankreich durch alle zulängliche Mittel und Wege

96) Rep. X, 45 a; U. A. 19 S. 742. Relation Jenas 16./6. 1.
97) U. A. 19 S. 745. Relation Jenas 24. 3./3. 4.
98) U. A. 19 S. 744 Anm. 1. Rep. X Fasc. 45 a Sonderrelation 13./23. 1. 82.
99) Mitte März 1682.
100) U. A. 19 S. 744. Kurf. an Jena 24. 2./6. 3. 82.
101) U. A. 19 S. 745 Rep. X 45 a Rel. Jenas 24. 3./3. 4. 82. Der Gesandte hatte im Januar schon einmal die sofortige Inangriffnahme der Beratungen gefordert und für Annahme der Propostion geworben. U. A. 19 S. 734 Anm. 1.
102) Rep. X, 45 a Sonderrelation 24. 3./3. 4. 82.
103) Dieses wurde von Verjus sehr begrüßt. Rep. X, 45 a Relation 31. 3./10. 4. 82.

konserviert werden" müsse [104]). Das Hauptverdienst an dem schnellen Zustandekommen des Schlusses war den Bemühungen Jenas zuzuschreiben, denn wider Erwarten hatten noch beträchtliche Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Erst in letzter Stunde waren die Instruktionen, die sich für Annahme der französischen Proposition aussprachen, eingetroffen [105]) [106]).

Nach Veröffentlichung des kurfürstlichen Conclusums mußte es die nächste Aufgabe des brandenburgischen Gesandten sein, auf die Fürstlichen zugunsten einer ordentlichen Beratung einzuwirken. Das fürstliche Directorium hatte noch immer nicht die ordentlichen Sitzungen wieder aufgenommen. Der Reichstag schien in zwei große Lager gespalten. Dank der Vorstellungen Jenas gewann die friedliebende Partei auch unter den Fürsten viele Anhänger, die jederzeit einen Fürstenratsbeschluß im Sinne der österreichischen Politik hintertreiben konnten. Unter diesen Umständen mußte das Fürstenratsdirektorium endlich zu Rat ansagen lassen [107]). Gottfried von Jena [108]) nahm diese Gelegenheit sofort wahr und legte öffentlich ein Votum für Annahme der französischen Proposition ab [109]) [110]).

Eindrucksvoll führte er dem Kollegium vor Augen, wie sich sein Herr im letzten deutsch-französischen Kriege als reichspatriotischer Fürst erwiesen habe. Dieser aufrichtige Deutsche habe damals allein im Interesse des Reiches gehandelt, als er zur Fortführung des Kampfes riet. Leider hätten sich aber inzwischen die Machtverhältnisse derart verändert, daß sein Herr heute auf Wahrung des Friedens und Annahme der französischen Proposition dringen müßte. Eile sei dringend erforderlich, da Frankreich schon mit offenem Krieg gedroht habe.

Bei den Beratungen über die französischen Friedensvorschläge mußten nach Ansicht des Brandenburgers folgende drei Fragen beachtet werden:

---

104) U. A. 19 S. 745. Relation Jenas 31. 3./10. 4. 82.

105) Der sächsische Gesandte, der erst nach Abfassung des Schlusses seine Weisung erhielt, stellte die eine Bedingung, daß vorher die Rechtmäßigkeit der franz. Ansprüche an Hand der beiden letzten Friedensschlüsse geprüft werde. Er lehnte außerdem die gleichzeitigen Verhandlungen zu Frankfurt und Regensburg ab, da dieses nur zu neuen Differenzen Anlaß gebe. Der Gesandte riet, vor Abfassung dieses Conclusums die Relation aus Frankfurt abzuwarten. Rep. X 45 a Rel. Jenas 21. 4./1. 5.

106) Dieses Conclusum wurde Ruck sofort mitgeteilt. Viel Erfolg versprach sich Jena aber nicht davon, da der Einfluß der Kaiserlichen in Frankfurt zu stark war.

107) am 24. 4./5. 5. 1682.

108) Der Kurfürst hatte ihn noch einmal angewiesen, mit allen Friedliebenden zusammenzuarbeiten und die nötigen Vorstellungen zu tun, damit ein Krieg verhindert werde. U. A. 19 S. 746 Kurf. an Jena 26. 4./6. 5. (Fuchs).

109) Pfalz, Paderborn und Münster schlossen sich demselben an.

110) Das Magdeburger Votum vom 6. 5. 1682 s. Londorp XI, S. 363 f.: Lünig, Europäische Staatsconsilia II, S. 986, Prutz in FBPG 18, Fester in FBPG 15.

1) Ob überhaupt noch Hoffnung bestünde, die an Frankreich verloren gegangenen Gebiete zurückzuerobern?
2) Ob diese Hoffnung größer sei, als die Gefahr, noch mehr zu verlieren?
3) Ob man nicht besser an Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes denken solle, als alles auf das Glück des Krieges ankommen zu lassen?

In seinen weiteren Ausführungen suchte Jena den Reichstag zu überzeugen, daß ein Angriffskrieg bei den gegenwärtigen Zuständen unmöglich sei. Man könnte sich ja nicht einmal auf alle Reichsfürsten verlassen. Die Geschichte habe bewiesen, daß die Deutschen nie lange einig bleiben könnten und immer der Eigennutz die Oberhand behielte. Die Annahme des französischen Friedensangebotes sei deshalb immer noch das Beste, auch wenn man gezwungen sei, ehemalig deutsches Gebiet preiszugeben. Ein kluger Staatsmann und Reichspolitiker müßte immer die augenblickliche Lage zu nutzen verstehen[111]) und nur mit den gegebenen Möglichkeiten rechnen.

Wohl kaum ein zweites Schriftstück jener Tage gibt uns so eindeutig Aufschluß über die reichspolitischen Ziele des Großen Kurfürsten zur Zeit der französischen Reunionen. Die Wirkung dieses Votums, das sogar gedruckt und in fremde Sprachen übersetzt wurde[112]), muß groß gewesen sein. Die österreichische Partei lehnte es restlos ab und machte es später für den schmachvollen Waffenstillstand verantwortlich. Seinem Verfasser Jena wurden sogar von seinem eigenen Untergebenen, dem Kanzleisekretär Henniges, der sich die undeutsche Haltung des brandenburgischen Gesandten nur durch französische Bestechung erklären konnte[113]), die heftigsten

111) „Man muß sich in die Zeit schicken und sich nach denen Aspecten, Circumstantien und Conjuncturen richten, welche sich nach unserm Willen nicht reguliren. Es muß sich einer dann und wann bücken und biegen, damit er nicht gar zerbreche, die Spiritus generosi magis quam utiles seynd eine Zeitlang zu comprimiren. Die Menschen lassen ihnen Finger, Füße und Hände ablösen, und thun recht daran, damit sie bleiben in Substantia, was sie gewesen, und können aus Verstand, Reputation und Vermögen wachsen und mehr als vorher ausrichten. Aus zwey Übeln, wann Übel vorhanden, ist das kleinste zu erwehlen; und wann wir dasjenige nicht erlangen können, was wir begehren, so müssen wir begehren, was wir erlangen können. Ibunt qui poterunt in diesen drey Worten stecket eine große Politik."

112) Rep. X 45 a Sonderrel. Jenas 26. 5./5. 6.

113) „Es wird in Summa die gefahr wegen eines Krieges von Frankreich so groß gemachet, das auch Mr. Verjus selbst zu intimidirung der Stände nicht penetranter reden können. So kahmen auch allerhand odiosa de praeteritis wie auch von Constellationen und aspecten astrorum Germaniae: von Circumstantien und conjuncturen mithinein welches alles auch der gemeine Man errathen könte. Hingegen wurde von dem König in Frankreich mit aussdrücklichen Worten gesaget, daß derselbe, was alle Ludovici insgesamt rühmlich gehabt, von Gott und der Natur allein empfangen habe. Zur entschuldigung ist zwar eingewendet worden, daß dergleichen zur Erhaltung des Vatterlands ruhe und sicherheit nicht zu verschweigen gewesen, und das ein treuer Senator in Senatu auch heraus sagen müßte, was schädlich scheint, damit man präecaviren könne. Und es ginge auch dieses etlicher massen hin,

Vorwürfe gemacht. Diese Anschuldigungen trafen aber in diesem Fall nicht zu[114]). Henniges übersah vollkommen, daß nicht die Bestechungsgelder Frankreichs[115]), sondern in erster Linie die eigene politische Ausrichtung, die als Hauptziel der kurfürstlichen Reichspolitik Erhaltung des Friedens und Schwächung der österreichischen Machtstellung anstrebte, den brandenburgischen Gesandten zu seinen Reichstagsreden bestimmten. Die Zusammenarbeit mit Verjus war ihm dabei vorgeschrieben. Jena verstand es freilich, die Weisungen seines Herrn immer im Sinne eines engen Zusammengehens mit Frankreich auszulegen[116]). Der Kurfürst von Brandenburg deckte aber in diesem Fall seinen Gesandten und stellte sich hinter das Magdeburger Votum[117]). Alle Versuche der Kaiserlichen, den lästigen Gegner in Regensburg kaltzustellen, mußten deshalb fehlschlagen[118]).

Für die Kriegspartei hatte diese Reichstagsrede verhängnisvolle Folgen. Viele Fürsten ließen sich dadurch einschüchtern und forderten schnellste Beilegung der deutsch-französischen Spannungen[119]).

wan in Senatu nostri Silentium wehre. Allein nachdem iedermanniglich bekandt, das was heut darinnen votirt wird, morgen in offentlichen Zeitungen debetiret werde, so hatt wohl ein recht unteutsches Hertz sein müssen, welche also offentlich Sein Vatterland ohne noth prostituiret und hingegen dem größten feind, den er in dieser Welt hatt auf den höchsten taffel der gloire, reputation und macht erhoben. Wunder solte es sein, wan es dem authori dieses voti nicht ergangen wie dem Sannezani mit Seinen versen, die er zu lob der Statt Venedig gemacht, von deren jeden Buchstaben er eine gewisse anzahl Cronen zur Verehrung bekommen" (Rep. 92. Henniges Comitiologia, Apr. 1682).

114) vgl. die kurfürstlichen Weisungen jener Tage, die mit dem Votum völlig in Einklang stehen.

115) Nach der Korrespondenz Rébénacs erhielt Jena für dieses Votum ein Geldgeschenk seines Kurfürsten. Von einer französischen Belohnung durch Verjus wissen wir nichts.

116) Der Gesandte scheint dieses Mal selbst eine Rüge seines Kurfürsten befürchtet zu haben, wie seine Entschuldigungen beweisen: „Man sagt es sey dergleichen nicht erhört, seitdem Reichstage in Teutschland gehalten. Man wil dem Gesandten etwas ungleiches imputiren, allein dem gehet es von rechts wegen nichts an, ein treuer, gehorsambster Diener ist schuldig, die Parthey, welche dessen gnädigster Herr erwehlet, und dessen Intention, auf alle weisse und wege, ohne absehen auf andere ungescheuet offentlich und privatim nach allen seinen Kräften zu soustiniren und zu vertheidigen, und wer das nicht tut, und sich neutral bezeuget, und verständiger als sein gnädigster Herr sein wil, der handelt wider sein gewiessen, und stehet seinem beruff nicht redlich vor. In solchen Fallen sol Keiner benevolentiam captiren, oder Verdruß und andere Ungunst scheuen, sondern bloß und allein auf seines gnädigsten Herrn Willen und Interesse privative schauen. So ist auch der Magdeburgische Abgesandte nicht Herzog zu Magdeburg, redet was er redet nicht vor sich, so er wohl begreifft, sonder in nahmen und von wegen eines großmächtigen Potentaten dessen Authorität und Reputation ja Jura libere votandi in Imperio auch auf diese weise beobachtet werden müssen." Rep. X 45 a Sonderrel. 26. 5./5. 6. 82.

117) Rep. X 45 a Kurf. an Jena 6./16. 5. 82.

118) Die kaiserliche Partei nahm diesen Schlag zunächst ruhig hin. Erst nach Abschluß der Laxenburger Allianz konnte sie es wagen, dieses Votum zu widerlegen.

119) Rep. X 45 a Rel. Jenas 19./29. 5. Die fürstlichen Voten s. Londorp XI, S. 474 und ihre Denkschriften S. 471 ff.

Zur Erleichterung der Friedensverhandlungen traf in jenen Tagen die lang angeforderte Relation aus Frankfurt ein[120]). Im Kurfürstenkollegium wurde sofort darüber beraten, wobei die Majorität wieder für unbedingte Annahme der französischen Proposition stimmte[121]). Das Conclusum, das die volle Zustimmung Friedrich Wilhelms fand[122]), wurde auch der Reichsdeputation mitgeteilt, damit diese den Abschluß des Friedens beschleunige[123]).

Im Fürstenrat war man aber trotz aller Vorstellungen des brandenburgischen Gesandten noch immer nicht zu einer Einigung gekommen. In Regensburg stand wieder einmal Ansicht gegen Ansicht[124]). In diese gespannte Atmosphäre platzte Gottfried von Jena mit einem zweiten Magdeburger Votum, indem er erneut schleunige Inangriffnahme der Beratungen über die französische Proposition und eine bessere Instruktion für die Frankfurter Reichsdeputation forderte[125]). Zum Reichskrieg könnte es ja glücklicherweise nicht mehr kommen. Der Gesandte warnte aber eindringlich vor einem „Particularkrieg", in dem die wenigen deutschen Fürsten die Unterlegenen seien. In den augenblicklichen Verhältnissen sei allein von klaren, eindeutigen Verträgen und Vergleichen etwas zu erhoffen[126]).

Alle diese Warnungen waren jedoch völlig erfolglos[127]). Erst Anfang September nahmen die ordentlichen Fürstenratssitzungen wieder ihren Anfang. Zur Debatte stand die Korrespondenz zwischen dem Reichstag und der Reichsdeputation. Man kam verhältnismäßig schnell zu einem Schluß[128]), der aber mit dem der Kurfürsten unvereinbar war. Es verging noch ein Monat, bis sich die beiden Kollegien in den Zeremonialfragen geeinigt hatten[129]).

---

120) Rep. X 45 a Rel. Jenas 26. 5./5. 6. 82.

121) Eine Ausnahme bildeten nur Bayern und Sachsen U. A. 19 S. 747. Rel. Jenas 2./12. 6. 82.

122) U. A. 19 S. 748 Anm. 1. Kurf. an Jena 19./29. 6. 82.

123) Da von der Konferenz keine Annahme der Proposition zu erwarten war, riet der Mainzer zur Verlegung der Verhandlungen an den Reichstag. Jena dagegen wollte die Reichsgesandten ganz ausschalten und die Aussprachen mit dem französischen Gesandten allein dem Mainzer übertragen. Rep. X 45 a Kurf. an Jena 9./19. 8.

124) Die Frankfurter Zeremonialstreitigkeiten, die vom Reichstag entschieden werden sollten, trugen noch zur Erhöhung der Spannungen bei. Londorp XI, S. 475 ff. Rep. X 45 b. Rel. Jenas vom August 1682.

125) Das Votum vom 27. 7./6. 8., Londorp XI, S. 478. Jena hielt sich im großen und ganzen an seine Ausführungen vom 26. 4./6. 5. 82.

126) Diese Vorstellungen wurden durch Voten von Holstein-Glücksburg, Paderborn und Münster unterstützt. Londorp XI, S. 480 f.

127) Die Gesandten waren mit Abfassung der Schreiben an Kurmainz und die Reichsdeputation beschäftigt und zerbrachen sich über die geringfügigsten Formalitäten die Köpfe.

128) Londorp XI, S. 489 v. 18. 9. 82.

129) Pachner II, S. 400 f. Reichsschluß vom 11./21. 10. Die Korrespondenz zwischen Frankfurt und Regensburg wurde den beiden kurmainzischen Directorien übertragen, die dieselbe dem kaiserlichen Prinzipal-Commissarius und den Vertretern des Reiches mitzuteilen hatten. Der Frankfurter Konferenz wurde baldiger Abschluß des Friedens empfohlen.

Die so hemmend wirkenden Differenzen waren endlich aus der Welt geschafft. Der Reichstag konnte sich jetzt ungehindert den großen außenpolitischen Problemen widmen. Seit Anfang Juni hatten sich indessen die Verhältnisse zu ungunsten der friedliebenden Partei verändert. Unter Vermittlung Waldecks war zu Laxenburg eine Allianz zwischen Kaiser Leopold und den Kreisen Franken und Oberrhein abgeschlossen worden, die in erster Linie gegen Frankreich gerichtet war[130]). Die Folge war ein neues energisches Auftreten Österreichs am Reichstag, das mit allen Mitteln das deutsch-französische Abkommen zu verhindern suchte. Wieder einmal war es der Kurfürst von Brandenburg, der als erster dieser kaiserlichen Politik entgegentrat und sofort offen gegen die neue Allianz Stellung nahm[131]). Zweck dieses Bündnisses sei der offene Bruch mit Frankreich unter Umgehung eines Reichsbeschlusses[132]). Wahrung des Friedens auf Grund der jüngsten Verträge könnte nicht die Aufgabe eines kleinen Grafen wie Waldeck, sondern nur die des Gesamtreiches sein. Friedrich Wilhelm warf dem Kaiser vor, auswärtige Mächte ins Reich gerufen zu haben. Wenn im Augenblick noch keine fremden Soldaten auf deutschem Boden ständen, müßte das nur auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß Schweden noch die nötigen Mittel zum Truppentransport fehlten.

Für die nächste Zeit verzichtete der Kurfürst dann auf weitere Gegenmaßnahmen. Erst Anfang September befahl er Jena, am Reichstag gegen die Laxenburger Alliierten vorzugehen und sie des Rechtsbruches zu bezichtigen, da sie eigenmächtig die Westgrenze in verschiedene Aufmarschgebiete aufgeteilt hätten. Friedrich Wilhelm ging sogar so weit, alle friedliebenden Fürsten zum offenen Widerstand aufzurufen und ihnen Unterstützung zuzusagen[133]).

Diese brandenburgischen Erklärungen verfehlten am Reichstag nicht ihre Wirkung[134]). Die Vertreter der friedliebenden Partei traten sofort zu Beratungen zusammen, in denen sich Jena über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Gegenwehr aussprach. Da keinesfalls mit einer Auflösung der Laxenburger Allianz gerechnet werden könnte, müßte man die Verbündeten zu einer Erklärung des Inhalts verpflichten, daß keiner der Friedliebenden unter den Fol-

---

130) Londorp XI, S. 430.

131) Londorp XI, S. 432. U. A. 19 S. 748. Wie P. Havelaar kürzlich nachwies, hatte Friedrich Wilhelm, trotz Jenas Anraten, bisher in seinen Voten niemals den Libertätsgedanken aufgegriffen. In diesem Augenblick der Abwehrstellung gegen Waldeck sprang er aus rein agitatorischen Gründen für die Libertät ein. P. Havelaar: Der deutsche Libertätsgedanke und die Politik Wilhelms von Oranien, S. 76 ff.

132) „Im ganzen Foedere sey von keinen gütlichen Mitteln / oder zum Frieden zielenden Wegen / das geringste Wort zu finden / sondern alles auff Krieg und Extremitäten gerichtet".

133) U. A. 19 S. 749 Kurf. an Jena 29. 8./8. 9. 82.

134) Die Majorität des Kurfürstenkollegiums sowie Württemberg und Münster stellten sich hinter die Politik des Großen Kurfürsten. Eine Ausnahme bildeten Sachsen und Bayern. Relationen Jenas vom September 82.

gen zu leiden haben werde. Der brandenburgische Gesandte, der der Zustimmung des Kurfürsten sicher war[135]), versprach sich viel von einem parallelen Bündnis der antikaiserlichen Front[136]) und von französischen Demonstationen an der Westgrenze des Reiches[137]).

Die kaiserliche Partei ließ aber diese Angriffe nicht mehr auf sich beruhen. Österreich legte im Fürstenrat ausdrücklich Protest ein gegen die Magdeburger Voten[138]), deren Ausführungen keineswegs den Tatsachen entsprächen. Alle Hinweise auf einen kaiserlichen Verrat von Nimwegen beständen zu Unrecht[139]). Der Kaiser warnte ausdrücklich vor einer Annahme der französischen Propositionen, die sich nicht mit den Abmachungen von Münster und Nimwegen vereinbaren ließen. Er rief die gesamten deutschen Stände zur Gegenwehr auf, da es unverantwortlich sein würde, ein Siebtel des Deutschen Reiches einschließlich Straßburg ohne Schwertstreich preiszugeben. Der Brandenburger wurde in diesem Votum als unpatriotischer Fürst hingestellt, der das Reich Frankreich zuliebe im Stiche ließe.

Friedrich Wilhelm wies seine Regensburger Gesandtschaft sofort an, die österreichischen Anschuldigungen zu widerlegen[140]). Er fühle sich verpflichtet, die Stände auf die Irrtümer in der kaiserlichen Politik hinzuweisen. Brandenburg habe sich in allen seinen Voten immer auf den Boden der Tatsachen gestellt und einen wahren Bericht von der Machtverteilung zwischen Frankreich und dem Reich gegeben. Es sei niemals seine Absicht gewesen, unnötig deutsches Gebiet an Ludwig XIV. abzutreten. Er habe es doch selbst bei Vorpommern erfahren müssen, wie schwer es sei, ein Glied zu verlieren. Der Kurfürst verwahrte sich in aller Form gegen die österreichischen Ausführungen, die auf den Nimweger Frieden Bezug nahmen. Die Vormachtstellung Ludwigs XIV. müßte allein auf das Verhalten des Kaisers zurückgeführt werden, der im letzten Kriege alle großen gemeinsamen Aktionen verhindert habe. Von geheimen brandenburgisch-französischen Friedensabmachungen bei der ersten Mission von Meinders könnte keine Rede sein. Brandenburg habe sich erst zu dem Frieden von St. Germain entschlossen,

135) U. A. 19 S. 749, Kurf. September 1682. Der Kurfürst mahnte nur zur Vorsicht bei dem Abschluß einer Gegenallianz.

136) Rep. X, Fasc. 45 b Rel. v. 8./18. 9.; 27. 10./6. 11. 82.

137) Rep. X 45 b, U. A. 19 S. 749 Anm. 3 Sonderrel. Jenas 1./11. 9. Er bat sogar Verjus um neue französische Drohungen und brachte selbst einen Truppenvormarsch über den Neckar nach Franken und Hessen in Vorschlag, um diese Stände zur Kündigung der Allianz zu veranlassen.

138) Rep. X 45 b Rel. Jenas 6./16. 10. Wörtliche Wiedergabe des österreichischen Votums Londorp XI, S. 514.

139) Leopold I. habe sich erst auf Bitten der Reichsfürsten zum Frieden entschlossen, als Spanien und die Niederlande aus dem Kriege ausgeschieden waren und der brandenburgische Unterhändler, der von allen kaiserlichen Verhandlungen genau unterrichtet wurde, sich nach Paris begeben hatte. Im Interesse des Reiches habe er sogar Freiburg geopfert.

140) U. A. 19 S. 750 Kurf. an Jena 18./28. 10.

als es völlig allein stand und eine Abwehr des Feindes unmöglich wurde[141]).

Die kurfürstliche Weisung enthielt die Richtlinien für ein neues Fürstenratsvotum, das sofort von Jena verfaßt und zur Begutachtung nach Berlin geschickt wurde[142]). Dieser Entwurf diente aber nur zur Ergänzung einer inzwischen vom Geheimen Rat angefertigten Entgegnung der Anschuldigungen[143]). Am 15./25. November wurde dieses Votum, das auch im Druck verbreitet wurde[144]), im Reichstag verlesen. Der Kurfürst ließ dabei noch einmal an eine neue Instruktion für die Reichsdeputation erinnern, von der gegenwärtig Krieg oder Frieden abhinge. In eindrucksvollen Worten wurde auf die deutsche Haltung des Brandenburgers hingewiesen, der nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln glaubte, wenn er für den Frieden eintrat[145]).

Die österreichische Gesandtschaft verwahrte sich wohl noch einmal gegen diese brandenburgischen Anschuldigungen. Aber dann wurde es doch stille um die heiß debattierten Voten[146]).

---

141) Bei dieser Gelegenheit ließ der Kurfürst noch einmal an seine Satisfaktionsforderung erinnern.

142) Rep. X 45 b; U. A. 19 S. 755 Rel. Jenas 10./20. 11. 1682. Der Gesandte beschränkte sich dabei nicht allein auf die Defensive, den Vorschlägen seines Herrn entsprechend. Er benutzte diese Gelegenheit, um erbittert gegen das Verhalten der österreichischen Gesandtschaft Stellung zu nehmen, die unbefugterweise die kaiserliche Autorität zur Hebung der eigenen Stellung im Fürstenrat benutzt habe. Der kaiserliche Prinzipal-Commissarius sei allein der Vertreter des Kaisers. Leopold I. warf er eine undeutsche Haltung im letzten Kriege vor, der er die patriotische seines Kurfürsten gegenüberstellte. In gehässiger Art und Weise warf Jena dem Kaiser vor, Freiburg nur geopfert zu haben, weil er Brandenburg den Besitz Pommerns mißgönnte und es lieber in schwedischer Hand wußte. Aus diesem Grunde habe er sogar fremde Truppen ins Reich gerufen. Diese Haltung des Kaisers sei der Anlaß zum brandenburgisch-französischen Bündnis gewesen. Den Vorwurf ein französischer Parteigänger zu sein, wies Jena weit von sich. In Paris sei man auch ohne den Brandenburger über die wahren Zustände im Reich unterrichtet.

143) U. A. 19 S. 755 Anm. 2 Kurf. an Jena 21. 11./1. 12.

144) Es erschien unter dem Titel „Die Churfl. Brandenburg in dem Fürstenrat auf gegenwärtigem Reichstag wegen Magdeburg abgelegte Vota vindiciret von denen beschwerlichen und unerfindlichen Auflagen, womit dieselbe in dem Österreichsichen Voto beleget werden wollen. Anno 1682". Rep. X Fasc. 45 b Kurf. an Jena 21. 11./1. 12.

145) „Man lässet davon die That sprechen. S. Ch. Dl. seynd ein Deutscher geboren, und werden auch als ein Deutscher sterben, es krämcket Ihr nur, daß da Sie die gantze Zeit Ihrer Regierung dem Reiche so viele treue Dienste erwiesen, ja vor dasselbe offtermalen Gut und Blut aufgesetzet, man dennoch so sinistre von derselben urtheilet; Was vor übergroße avantagen sie bey verschiedenen Vorfallenheiten, und noch diese Stunde hätte haben können, wann sie nur in etwa des Reichs interesse hätte hindan setzen wollen, ist demjenigen bekand, der alles weiß, und der S Ch. Dl. mit so vielen herrlichen Landen im Reiche begabet hat."

146) U. A. 19 S. 759 Anm. 1. Rel. 15/25. 12. — Da die Rüstungen indessen ihren Fortgang nahmen, konnte sich Jena die plötzliche verbindliche Haltung Österreichs nur durch die kaiserliche Hoffnung auf einen Kurswechsel des Großen Kurfürsten erklären. Aus dem Erfolg seiner Reichstags-

Diese große Auseinandersetzung am Reichstag endete dank der geschickten Diplomatie Jenas mit einem Erfolg Brandenburgs. Seine Reden im Fürstenrat hatten die letzten, bisher noch gleichgültigen Stände aufgerüttelt. Die Friedenspartei hatte an Anhängern gewonnen [147]). Aber noch war die Entscheidung am Reichstag nicht gefallen.

Ende September 1682 hatte Verjus eine neue Denkschrift vorgelegt, die den Abbruch der Frankfurter Konferenz androhte. Die fürstlichen Beratungen über die französische Proposition nahmen aber erst wieder Mitte Oktober ihren Anfang, wobei sich Jena auftragsgemäß [148]) für eine schnelle Entscheidung im Sinne des Friedens aussprach [149]). In einer späteren Sitzung nahm er außerdem noch einmal Stellung gegen die Laxenburger Allianz [150]), die sich widerrechtlich um die Angelegenheiten des Gesamtreiches kümmere. Dieses Abkommen müßte einzig und allein für den drohenden Kriegsausbruch verantwortlich gemacht werden [151]).

Nach diesen Oktobersitzungen fanden geraume Zeit keine Verhandlungen im Fürstenrat mehr statt. Anders bei den Kurfürstlichen! Sie widmeten sich eifrig den Beratungen über die französische Deklaration, wobei sich die Majorität unter Berufung auf die im Mai abgelegten Voten für den Frieden aussprach [152]).

Ende November 1682 wurden die Beratungen des Fürstenkollegiums wieder aufgenommen und schnell zum Schluß geführt [153]). Die Fürstlichen forderten einen Universalfrieden [154]), der auf den Vereinbarungen von Münster und Nimwegen beruhen müßte. In Anbetracht der immer größer werdenden Gefahr im Osten baten sie um schnelle Ausführung der Reichskriegsverfassung.

Bei den Aussprachen der beiden Kollegien ergaben sich gleich formale Unstimmigkeiten, die das Reichsgutachten verhinderten [155]). Ein Einigungsversuch der Kurfürstlichen, die von beiden Schlüssen

---

reden glaubte der Gesandte noch nachträglich den Beweis für die Berechtigung seines rücksichtslosen Vorgehens ableiten zu können.

147) Es machte einen sehr günstigen Eindruck, daß Magdeburg die österreichischen Ausführungen sofort widerlegte, während Österreich erst Monate verstreichen ließ.

148) U. A. 19 S. 750 Kurf. an Jena 27. 9./7. 10.

149) s. Jenas Votum vom 26. 10. = Londorp XI, S. 489. Jena stützte sich dabei auf die zwei älteren Magdeburger Voten.

150) Londorp XI, S. 499.

151) In den folgenden Ausführungen hielt sich Jena fast wörtlich an die erste Deklaration seines Herrn. Vgl. Londorp XI S. 432. Dieses Votum fand die volle Zustimmung der friedliebenden Partei, Londorp, S. 499 ff.

152) Brandenburg mahnte auch dieses Mal an Beschleunigung des Friedensschlusses, da die Unruhen in Ungarn inzwischen die Lage noch verschlechtert hätten. Rep. X 45 b Rel. Jena 20./30. 11.

153) Conclusum Londorp XI, S. 518.

154) d. h. mit Einschluß der gesamten Gegner Frankreichs in Europa.

155) Die Fürstlichen nahmen Anstoß daran, daß sich das Kurfürstliche Conclusum nur auf die französische Deklaration bezöge, während sie zugleich über die Reichssecurität aus Frankfurt beraten hätten. U. A. 19 S. 757 Relation 1./11. 12.

absehen und nur die Quaestio an der Deklaration festsetzen wollten, mißlang[156]), trotzdem Frankreich den Regensburger Friedensverhandlungen den 1. Februar 1683 als Endtermin gesetzt hatte[157]). Österreich weigerte sich, das ordentliche Conclave aufzusuchen[158]), und bemühte sich, den Reichsschluß zu verhindern.

Diese Verzögerung lag nicht im brandenburgischen Interesse. Jena legte deshalb sofort Protest ein und schlug — allerdings erfolglos — einen Ausweg vor. Seinem Kurfürsten war viel an einer gütlichen Vereinbarung gelegen. Er war der Überzeugung, daß alle inneren Auseinandersetzungen nach der Beilegung der außenpolitischen Konflikte von selbst ihr Ende finden würden[159]).

Die Vorstellungen der friedliebenden Partei hatten dann endlich insoweit Erfolg, als die Fürstlichen die ordentlichen Beratungen in der Friedensfrage fortsetzten und mit dem Kurfürstenkollegium zu einer Einigung kamen[160]), der sich auch die Städte anschlossen. Die Reichsstände[161]) erklärten sich bereit, die in Frankfurt abgebrochenen Friedensverhandlungen in der Form der gewöhnlichen Reichstagsberatungen[162]) in Regensburg fortzuführen. Dieses Gutachten fand die Anerkennung des Kaisers und konnte deshalb sofort dem Gesandten Frankreichs mitgeteilt werden.

Die „Quaestio an" des Friedenswerkes war damit erledigt. Man mußte sich jetzt über die Art der Verhandlungen einig werden. Aber schon in den ersten Sitzungen wurden wieder Meinungsverschiedenheiten laut, da die Fürstlichen erneut für einen Universalfrieden agitierten und eine sofortige Annahme der französischen Proposition ablehnten. Es müßte zum mindesten der Versuch gemacht werden, bessere Bedingungen zu erlangen[163]). Die Kurfürstlichen stimmten gegen diesen Vorschlag und lehnten selbst den Vermittlungsversuch, beide Ansichten in ein Conclusum zu bringen, ab.

Da aber inzwischen der 1. Februar in immer bedrohlichere Nähe rückte, wurde dem französischen Vertreter mitgeteilt, daß die Beratungen wohl begonnen hätten; man sei jedoch noch nicht zu einer Einigung gekommen, um die man sich aber bemühen wolle[164]).

156) U. A. 19 S. 758 Rel. Jenas 15./25. 7. 82.

157) Londorp XI, S. 522.

158) „Es ist an dem, das domus Austriaca et Hispania ihre particularia hieunter sehr und wohl mehr alss des Reichs suchen mögen, gestalt Sie sich dass biss auf diese Stunde bemühen, das Reich in ihr interesse zu ziehen und solches in Krieg zu bringen". Rep. X 45 b Sonderrel. 15./25. 12.

159) U. A. 19 S. 759 Rep. X 45 b Kurf. an Jena 27 12/6. 1. (Meinders).

160) am 2./12. 1. 83. Londorp XI, S. 583.

161) am 3./13. 1. Londorp XI, S. 584, Pachner II, S. 427.

162) Der Reichsbeschluß sollte dem Kais. Kommissar zur Billigung vorgelegt werden, damit dieser den Vertreter Frankreichs davon in Kenntnis setze.

163) Das Conclusum s. Londorp XI, S. 590. U. A. 19, S. 730 Rel. Jenas 19./29. 1. 1683.

164) Verjus nahm diese Erklärung sehr ungünstig auf. Das Reich schiene nur Zeit für seine Aufrüstungen gewinnen zu wollen. Rep. X Fasc. 46 a Sonderrel. 26. 1./5. 2. 1683.

Ludwig XIV. kam den Ständen insoweit entgegen, als er seinen Reichstagsgesandten zu weiteren Verhandlungen ermächtigte, deren Beendigung er sich vorbehielt. In äußerst zweideutigen Wendungen drohte er aber im gegebenen Fall mit Entschädigungsmaßnahmen für die Auslagen, die ihm anläßlich der in den Grenzgebieten notwendig gewordenen Rüstungen entstanden seien[165]).

Selbst diese offenen Drohungen konnten keine Einigung zwischen den beiden Kollegien herbeiführen[166]). Der Kurfürst von Brandenburg stellte sich in diesem Konflikt wieder auf die Seite der friedliebenden Partei. Die außenpolitische Lage des Reiches hatte sich inzwischen noch verschlechtert. Alle Versuche des Wiener Hofes um eine Verlängerung des kaiserlich-türkischen Waffenstillstandes waren gescheitert. Die Osmanen rückten in die kaiserlichen Lande ein. Nur wenige im Reich hatten diese von Osten drohende Gefahr so früh erkannt wie Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der bis zur Entsetzung Wiens unaufhörlich vor einem Zweifrontenkrieg warnte. Er nutzte die Türkennot für seine Propaganda zugunsten des Friedens mit Frankreich[167]).

Auch der Wiener Regierung schien nunmehr die außenpolitische Konstellation gefährlich zu werden. Der Kaiser ließ einerseits die Stände um eine schnelle Aufrüstung ersuchen[168]). Mußte man nicht zugleich versuchen, die Gegensätze am Reichstag zu überbrücken? In der Tat zeigte man sich zeitweise nachgiebiger. Doch dann wurden plötzlich alle Einigungsbestrebungen durch ein neues kaiserliches Kommissionsdekret[169]) zerschlagen, das die Haltung der Kurfürsten scharf verurteilte. Im Gegensatz zu seinen letzten Mitteilungen bestand Leopold plötzlich wieder auf Abschluß eines Universalfriedens und forderte Rückgabe der seit dem Nimweger Frieden annektierten Gebiete und Schadenersatz. Für den Fall einer französischen Ablehnung behielt er sich eine gewaltsame Rückeroberung der Reunionen vor. Das heißt: der Kaiser drohte dem mächtigen französischen König mit Krieg.

Dieses Kommissionsdekret stieß in Regensburg allgemein auf Verständnislosigkeit. Die Wiener Regierung wurde für die Verschlechterung der außenpolitischen Lage verantwortlich gemacht. Angesichts der Gefahr im Osten forderte der Kurfürst von Brandenburg vor jedem Beschluß einer Reichshilfe eine Regelung der Verhältnisse im Westen[170]). Trotz großer Meinungsverschiedenhei-

---

165) Londorp XI, S. 592; Pachner II, S, 437.

166) Aus Furcht vor einem Scheitern der deutsch-französischen Verhandlungen setzten die Kurfürstlichen Verjus wieder von ihrem Schluß in Kenntnis, was dem Kaiser Anlaß zu berechtigter Beschwerde gab.

167) Rep. X 46 a; U. A. 19 S. 764 ff. Kurf. an Jena 6./16. 2.; 21. 2./3. 3.; 7./17. 3.; 17./27. 3. 1683.

168) vgl. seine Kommissionsdekrete Pachner II, S. 439 ff.

169) vom 23. 6./3. 7. Pachner II, S. 457; Rep. X Fasc. 46 a; U. A. 19, S. 768, Relation und Sonderrelation Jenas 29. 6./9. 7. 83.

170) Rep. X 46 a U. A. 19 S. 768 Anm. 3; S. 770. Kurf. an Jena 10./20. 7.; 21./31. 7. 1683.

ten[171]) im Reichstag konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Schluß verfaßt werden, in dem dem Kaiser eine Türkenhilfe in Aussicht gestellt wurde[172]), beide Kollegien ihn aber dringend um Beförderung der deutsch-französischen Friedensverhandlungen baten[173]).

In Wien hatte man inzwischen einsehen müssen, daß ein Zweifrontenkrieg völlig aussichtslos war. Der kaiserliche Concommmissarius wurde deshalb bei Verjus vorstellig und bat um eine offizielle schriftliche Erklärung Frankreichs, in der dem Reich Einstellung aller gewaltsamen Maßnahmen im Westen zugesichert wurde[174]). Ludwig XIV. wollte trotz der großen Türkennot nicht von seinen bekannten Bedingungen abgehen. Er kam dem Reich aber insoweit entgegen, als er anstelle des Friedens einen 30jährigen Waffenstillstand anbot, der bis Ende August angenommen sein müßte. Im anderen Falle behielt er sich weitere Reunionen vor[175]).

Dieses Angebot Ludwigs XIV. gab den deutsch-französischen Einigungsbestrebungen einen neuen Antrieb. Wiederum nahm der Kurfürst von Brandenburg den Kampf gegen den Wiener Hof und die Kriegspartei auf.

4. Brandenburg und die übrigen deutschen Fürsten. (Brandenburgische Werbemissionen für die Annahme der Frankfurter Propositionen.)

Der Kurfürst von Brandenburg konnte nur dann mit einem Erfolg in seiner Reichspolitik rechnen, wenn er eines kräftigen Bündnissystems sicher war, das nach Möglichkeit noch einflußreicher sein mußte als die Allianzen der Gegenpartei. Friedrich Wilhelm hatte sich deshalb sofort nach Veröffentlichung der französischen Friedensvorschläge um die Freundschaft der mächtigsten deutschen Fürsten bemüht.

Die Reichstagssitzungen sowie die Verhandlungen zu Frankfurt hatten bereits gezeigt, daß er bei den rheinischen Kurfürsten den stärksten Rückhalt erwarten konnte. Zu Beginn des Jahres 1682 wurde der Legationsrat von Ruck an ihre Höfe geschickt, um die Kurfürsten von der Notwendigkeit des Friedens zu überzeugen[176]). Der Gesandte sollte sich zunächst nach Mainz begeben

171) Kurbayern wollte sofort 8—9000 Mann zu Hilfe schicken.
172) Londorp XI, S. 619.
173) U. A. 19, S. 768 ff. Relationen Jenas 5./15. 7., 13./23. 7. 1683.
174) Pachner II, S. 462; U. A. 19 S. 768, Rel. 5./15. 7. 1683.
175) Französische Deklaration 18./28. 7. 83. Pachner II, S. 464 ff.
176) U. A. 19 S. 791. Instruktion 21./31. 12. 81. Diese Weisung, die die Unmöglichkeit des Krieges bis in alle Einzelheiten zu beweisen suchte, benutzte Jena als Vorbild für sein berühmtes Magdeburger Votum. In der Hauptfragestellung stimmen die beiden Aktenstücke sogar wörtlich überein. Vgl. Londorp. S. 360.

und dann zu Kurpfalz und Trier reisen, für die er noch besondere Weisungen erhielt. Dem Pfälzer, der den französischen Einfällen zuerst preisgegeben war, ließ Friedrich Wilhelm vorstellen, daß er nur bei Annahme der französischen Proposition mit Erhaltung seines jetzigen Besitzes und mit Rückerstattung seiner bereits reunierten Gebiete rechnen könne. Am schwierigsten lag die Sache beim Erzbischof von Trier, der stark mit der kaiserlichen Partei sympathisierte. Hier hatte jedoch der Bischof von Straßburg Wilhelm Egon von Fürstenberg[177]) entsprechende Vorarbeit geleistet, dessen Vorstellungen sich Ruck zunutze machen konnte.

Der brandenburgische Gesandte trat sofort seine Reise an und traf am 1./11. Januar 1682 am Mainzer Hof ein. Schon am nächsten Tage konnte er sich seiner Aufgabe bei diesem Kurfürsten entledigen[178]). Anselm von Ingelheim stimmte völlig mit der Ansicht des Brandenburgers überein und hatte sich bereits bei den kaiserlichen Ministern für unbedingte Annahme des französischen Angebots verwandt. Für den Kriegsfall hatte er sogar schon an eine Verbindung zwischen Frankreich und dem Kurfürstenkollegium gedacht, unter offizieller Preisgabe der Reichseinheit. Der Mainzer glaubte aber nicht an einen Kriegsausbruch, solange die Friedenspartei den mächtigen Brandenburger zu ihren Anhängern zählen konnte. Der Erzbischof wollte selbst alles versuchen, damit die französische Proposition unverzüglich nach Regensburg geschickt würde und zur Beratung käme.

Unerwartet schnell war Ruck hier zum Ziele gekommen. Schon nach viertägigem Aufenthalt konnte er nach Heidelberg weiterreisen, wo die brandenburgischen Vorstellungen ebenfalls äußerst günstig aufgenommen wurden. Auch Kurfürst Karl von der Pfalz wünschte einen gütlichen Vergleich mit Ludwig XIV. auf dem Fuß der bekannten Anerbietungen. Am liebsten sähe er die endgültigen Grenzverhältnisse im Westen durch eine Garantie Brandenburgs, Braunschweig-Lüneburgs und der Generalstaaten gesichert. Ein brandenburgisches Vermittlungsangebot zugunsten einer Rückerstattung der reunierten pfälzischen Gebiete wurde sehr begrüßt[179]).

177) Wilhelm Egon von Fürstenberg hatte dem Trierer die großen Gefahren vor Augen geführt, die nur durch die Annahme der französischen Proposition ein Ende finden würden. Für den Fall einer Ablehnung sei aber der Besitzstand des gesamten linken Rheinufers gefährdet. Brief Fürstenbergs an Waldeck 23. 11. 81. Rep. XI, S. 164 Kurmainz.

178) U. A. 19 S. 793. Rel. Rucks 4./14. 1. 1682.

179) Ludwig XIV. hatte sich in Regensburg bereiterklärt, auf alle die pfälzischen Besitzungen zu verzichten, die nach dem 1. August 1681 durch die Reunionskammern eingezogen worden waren. Als Gegenleistung forderte er von Kurpfalz bedingungslose Anerkennung seiner Proposition und eine aktive Friedenspropaganda im Reich. Es zeigte sich aber bald, daß es Ludwig nicht recht ernst mit diesem Angebot gewesen war. Der König wollte die Angelegenheit bis auf zwei Jahre nach Abschluß des Friedens verschieben. In dieser Zeit stand Friedrich Wilhelm zu seinem Versprechen und setzte sich erfolgreich bei Ludwig XIV. für eine schnelle Lösung der pfälzischen Satisfaktionsfrage ein. Rep. 40 Nr. 6 a 1 Korrespondenz mit Pfalz Januar—März 82.

Am 9./19. Januar verließ Ruck den pfälzischen Hof, um sich nach Koblenz zu begeben[180]). Trotz besonders herzlicher Aufnahme mußte hier ein sehr großer Widerstand überwunden werden. Im Gegensatz zu den übrigen drei Kurfürsten hatte Johann Hugo von Orsbeck den festen Glauben an die erfolgreiche Abwehr Frankreichs durch ein einiges Reich. Den Friedensversicherungen Ludwigs XIV. traute er nicht. Er war der festen Überzeugung, daß die Ansprüche Frankreichs nie befriedigt werden könnten. In einem stehenden Reichsheer und Festungsbauten sah er die einzigen und wahren Garanten des Friedens. Der Erzbischof vertrat den Standpunkt, daß in Regensburg wohl über die französischen Angebote beraten werden könnte. Es müßte aber von Reichs wegen ein Projekt mit besseren Bedingungen abgefaßt werden. Der brandenburgische Gesandte ging auf diese Ausführungen nicht näher ein. Persönlich konnte er sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade dem Trierer viel am Frieden gelegen war, wenn er auch die bedingungslose Anerkennung der französischen Propositionen verweigerte, solange die Unmöglichkeit eines aktiven Widerstandes gegen Frankreich nicht erwiesen sei.

Von Koblenz aus reiste Ruck an den Hof des Kurfürsten Max Heinrich von Köln, der vollkommen unter dem Einfluß des französisch gesinnten Fürstenberg stand. Dort wurde den Vorstellungen eine uneingeschränkte Zustimmung zuteil. Der Kurfürst war bereit, die französischen Propositionen bedingungslos anzunehmen. Eine Erhaltung des Friedens versprach sich zwar selbst der Bischof von Straßburg nur von einer starken Reichsaufrüstung. (Ein Schwert müßte das andere in der Scheide halten!). Solange man aber in solcher schlechten Verfassung stünde, sei es unverantwortlich, das Reich in einen neuen Krieg zu verwickeln, zumal Frankreich jederzeit 60 000 Mann ins Reich einrücken lassen könnte. An diesem Hofe waren alle brandenburgischen Ermahnungen zugunsten des Friedens überflüssig. Ruck konnte deshalb schon bald wieder Köln verlassen und an seinen alten Posten zurückkehren.

Wie groß der Einfluß seiner Missionen nach Westdeutschland war, beweisen die Klagen der kaiserlichen Minister: „was sie noch am allermeisten schmerzet, sei dieses, daß Ew. Ch. Dl. durch dero Abschickungen an alle vornehme Höfe in Teutschland es fast dahin gebracht hätten, daß man den von Frankreich vorgeschlagenen Frieden anzunehmen inclinirte, da doch genugsam am Tage läge, was derselbe vor gefährliche Consequentien bringen werde“[181]).

Im folgenden Jahre blieben die Beziehungen Friedrich Wilhelms zu den rheinischen Kurfürsten ausschließlich auf den schriftlichen Verkehr beschränkt. Den Hauptinhalt dieses Briefwechsels bildete, wie bisher, der französische Friede, die von Kaiser und Fürsten angetasteten kurfürstlichen Präeminenzien und die rheinische Allianz.

180) U. A. 19. S. 975. Relation Rucks 12./22. 1. 82.
181) Rep. I Nr. 16 A Rel. Dietrichs 5./15. 3. 82.

Sehr rege war die Korrespondenz mit Kurtrier[182]). Diesem wehrlosen Kurfürsten ließ Friedrich Wilhelm seinen besonderen Schutz angedeihen, seit dieser für Annahme der Proposition eintrat[183]). Sein sich Einsetzen für Trier, das keinesfalls dem Wunsche Ludwigs entsprach, beweist deutlich, daß er im Westen nur an der Erhaltung des Friedens interessiert war.

Friedrich Wilhelm hat nicht versäumt, sich auch um den bayrischen Hof zu bemühen. Gottfried von Jena, der brandenburgische Vertreter am Reichstag, wurde für eine außerordentliche Gesandtschaft nach München ausersehen[184]). Der Inhalt seiner Instruktion stimmte im großen und ganzen mit der von Ruck überein[185]). Er sollte den Kurfürsten von Bayern für Annahme der französischen Proposition gewinnen und den kaiserlichen Einfluß an seinem Hofe schwächen.

Am 15./25. Februar traf Jena in München ein. Er wurde bereits am nächsten Tage vom Kurfürsten Max Emanuel empfangen, dem er die Ansicht seines Herrn unterbreitete. Die Aufnahme war derart herzlich, daß der brandenburgische Gesandte mit einem großen Erfolge rechnete. In einer fünf Tage später stattfindenden Konferenz, an der außer Jena die bayrischen Räte Seidel und Schmid teilnahmen, wurde die außenpolitische Lage des Reiches eingehend besprochen. Jena war in dem festen Glauben, den Bayern alle Bedenken genommen zu haben. Seiner Ansicht nach schienen sie zu der Ansicht gekommen zu sein, daß es besser sei, die Propositionen bedingungslos anzunehmen und die gesamten reunierten Gebiete ohne Einspruch preiszugeben, als das ganze Reich der Gefahr eines Krieges auszusetzen[186]).

Die offizielle Erwiderung[187]) entsprach jedoch in keiner Weise den Erwartungen des brandenburgischen Gesandten. In nichtssagenden Worten gab Max Emanuel der Hoffnung Ausdruck, daß man in Frankfurt endlich den Reichsfrieden beschließen möchte. Von einem persönlichen Einsetzen und Förderung des Friedens aber kein Wort! Mit diesem Bescheid verließ Gottfried von Jena nach einigen Tagen den Münchner Hof und kehrte nach Regensburg zurück[188]). Der Versuch, den Kurfürsten von Bayern in das Lager der friedliebenden Partei zu ziehen, war gänzlich gescheitert.

Erfolgreicher sollten dagegen die brandenburgischen Vorstellungen beim Bischof Ferdinand von Münster und Paderborn sein. Im Januar 1682 schickte der Kurfürst den Drosten von dem Busche

182) Rep. XI, 264—67 a Kurtrier. Korrespondenz mit Trier 1682—83.
183) Friedrich Wilhelm verwandte sich für Restituierung des alten Kurfürstentums und setzte alles daran, die Stadt Trier von französischer Einquartierung zu bewahren. Im Sommer 1683 ließ der Brandenburger 300 Mann in das von Frankreich bedrohte trierische Gebiet einrücken Für den Sold hatte die brandenburgische Kriegskasse aufzukommen.
184) Vgl. Strich S. 432—36.
185) U. A. 19, S. 825 Instruktion 6./16. 2. 82 (Konzept Friedr. v. Jena).
186) U. A. 19 S. 827 Rel. Jenas 21. 2./3. 3. 82.
187) (am 23. 2./5. 3.) U. A. 19 S. 891.
188) U. A. 19 S.829. Relation Jenas 3./13. 3. 82.

an diesen Hof. Für ihn galten die gleichen Weisungen wie einige Tage vorher für Ruck[189]). Der Bischof, der sich in seinem kleinen Fürstentum weitgehend nach seinen Nachbarn richten mußte, hatte bereits die Ansicht der westdeutschen Fürsten zu erforschen gesucht. Mit Ausnahme des kriegslustigen Pfalzgrafen von Neuburg hatten sich alle für Annahme der französischen Proposition geäußert. Am ausschlaggebendsten war aber wohl für Bischof Ferdinand der Abschluß der schwedisch-holländischen Allianz, die er entschieden ablehnte. Der Bischof schloß sich deshalb der Friedenspolitik des Großen Kurfürsten an und unterstützte sie durch entsprechende Voten am Regensburger Reichstage. Er wollte sich außerdem mittels eigener Werbemissionen um eine Verstärkung der friedliebenden Partei bemühen.

Mit diesem günstigen Bescheid verließ der Droste schon nach wenigen Tagen den bischöflichen Hof, an den er aber schon im Frühjahr zur Unterstützung einer dänischen Gesandtschaft zurückkehren mußte[190]). Der Erfolg dieser zweiten Mission entsprach aber nicht den Erwartungen des Kurfürsten. Man verhandelte nur über den Zustand des Reiches. Der Plan einer gemeinsamen Allianz tauchte wohl auf, wurde aber nicht weiter verfolgt. Wichtig war für Friedrich Wilhelm allein die Tatsache, daß Münster das schwedische Angebot einer Defensivallianz ablehnte, da diese Macht an das ihm feindliche Holland gebunden war. Der Bischof war nur an Erhaltung des Friedens im westfälischen und niedersächsischen Kreise interessiert[191]). Diesen Zweck verfolgte er auch bei dem Plan einer braunschweigischen Allianz. Die Annahme der französischen Proposition setzte er dabei voraus. Es kam in Osnabrück zu entsprechenden Verhandlungen, die aber ergebnislos verliefen, da Braunschweig den von Frankreich diktierten Frieden nicht anerkennen wollte[192]).

Wieder einmal drohte dem Großen Kurfürsten die Verbindung zwischen Münster und dem Welfenhause, die alle seine reichspolitischen Pläne gefährden konnte. Und wieder griff er sofort zu den nötigen Gegenmaßnahmen[193]). Ende Juni wies er den Drosten von dem Busche an, sich wieder unverzüglich nach Neuhaus zu begeben[194]) und dem Bischof ein dänisch-brandenburgisches Bündnisangebot zur Wahrung des Friedens zu unterbreiten.

189) Rep. XI, 165 a Münster Nr. 17 Instruktion 9./19. 1. 82.
190) Rep. XI, 165 a Münster Nr. 17 Kurf. an v. d. Busche 6./16. 4. 82.
191) Rep. XI, 165 a Nr. 17 Relation 15. 4. 82.
192) Rep. XI 165 a Nr. 1 Rel. v. d. Busche 2. 7., 5. 7. 82. Braunschweig forderte außerdem eine Garantie für den gesamten niedersächsischen Kreis.
193) Der Kurfürst hielt sich dabei genau an seine Vereinbarungen mit dem Dänenkönig in Itzehoe.
194) Rep. XI, 165 c Nr. 1 U. A. 19 S. 857. Instrukt. 20./30. 6. 82. Der Kurfürst verstand es überaus geschickt, den egoistischen Partikularismus des Bischofs für seine Friedenspolitik auszunützen. Der Droste sollte die Gefahr eines Krieges aufs schwärzeste ausmalen, dessen Ende wohl wieder durch Entschädigungen erkauft werden müßte, die das Reich dann nur durch Säkularisation und Abtretung geistlicher Stifter leisten könnte.

Dieses Anerbieten des Kurfürsten wurde nicht ungünstig aufgenommen. Der Bischof hatte selbst schon an eine derartige Allianz mit Brandenburg gedacht, die eventuell durch Köln und Braunschweig erweitert werden könnte[195]). Er beabsichtigte sogar, Ludwig XIV. von dem Abkommen, das die Neutralität der Vertragspartner vorsah, in Kenntnis zu setzen, damit dieser ihnen seinen Schutz angedeihen ließe und sie durch Subsidienzahlungen unterstütze.

Die brandenburgisch-münsterschen Bündnisverhandlungen konnten aber erst Ende August 1682 ihren Anfang nehmen, da dem Drosten vorher die nötige Vollmacht gefehlt hatte[196]). Es wurde sofort ein Projekt entworfen. Die Verhandlungen gingen jedoch nur langsam vorwärts. Schuld daran waren die nicht übereinstimmenden Absichten Dänemarks und Brandenburgs. Der Däne lehnte ein Abkommen ab, das ihn auf eine neutrale Politik festlegte, die sich nicht mit seinen französischen Abmachungen vereinbaren ließe. Er verlangte deshalb von Friedrich Wilhelm ein Hinausschieben der Verhandlungen und eine Änderung der Neutralitätsbestimmungen. Der Kurfürst wies aber diese Zumutung zurück, trotzdem er der Mißbilligung Ludwigs XIV. sicher war[197]). Konnte doch jede Verzögerung den Bischof erneut in die Arme seiner Gegner treiben[198]). Neutralität müßte die erste Forderung des Bündnisses sein, wenn man den Bischof an die Friedliebenden fesseln wollte.

Am 4./14. September 1682 wurde dann endlich zwischen Münster, Brandenburg und Dänemark eine Defensivallianz auf drei Jahre abgeschlossen, der jederzeit andere Reichsstände beitreten konnten[199]). Der Kurfürst hatte wieder überaus geschickt verstanden, den Beitritt Braunschweigs zu verhindern. Das Bündnis bezweckte die Erhaltung des deutsch-französischen Friedens, um die sich die Vertragspartner allenthalben bemühen sollten[200]). Im Falle eines Reichskrieges hatten sich die Alliierten vollkommen neutral zu verhalten[201]). Sollte aber einer von ihnen selbst angegriffen werden, sicherten sie sich gegenseitige Hilfe zu. Diese Unterstützung blieb für Brandenburg auf seine westlich der Elbe gelegenen

---

195) Den Beitritt Dänemarks lehnte Ferdinand zunächst ab, da er dessen Friedensversicherungen keinen Glauben schenkte und einen dänischen Angriff auf Schweden erwartete. U. A. 19 S. 858 Rel. 6./16. 7.; Rep. XI 165 a Nr. 1 Rel. 9./19. 7.

196) U. A. 19 S. 860. Die Vollmacht wurde am 4./14. 8. ausgestellt. Der Kurfürst stimmte im großen und ganzen mit den Vorschlägen Ferdinands überein. Er hoffte, den Bischof damit endgültig den braunschweigischen Häusern entfremden und dafür an seine Seite fesseln zu können. Förderung des Friedens sollte das Hauptziel ihrer gemeinsamen Alliance sein. Am liebsten sähe der Brandenburger einen Einschluß seiner gesamten Reichslande, für die er eine entsprechend höhere Truppenmacht stellen wollte.

197) vgl. U. A. 20, S. 661 und 667.

198) Rep. XI 165 c Nr. 1 Rel. v. d. Busche 27. 8./6. 9. 82.

199) Londorp XI S. 435; Moerner S. 433 Art. 1, 18, 19.

200) Art. 4.

201) Art. 6.

Lande beschränkt[202]). Die Bündnisverpflichtungen verloren ihre Gültigkeit, wenn einer der Alliierten durch anderweitige Bündnisse in einen Krieg verwickelt werden würde[203]).

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Brandenburger an dem Hofe von Münster sein Ziel voll und ganz erreichte. Es war ihm geglückt, den Bischof von Schweden und dem Hause Braunschweig abzuziehen und seine Stimme am Regensburger Reichstag für die friedliebende Partei zu gewinnen[204]).

Anfang des Jahres 1683 begannen in Soest die Verhandlungen über den Beitritt des Kurfürsten von Köln[205]). Zum brandenburgischen Unterhändler wurde wieder der Droste von dem Busche bestimmt[206]). Nach einer Präliminarkonferenz zu Neuhaus[207]), am Hofe des Bischofs von Münster und Paderborn, wurde zu Soest der eigentliche Associationstraktat mit Kurköln abgeschlossen[208]). Die Soester Verhandlungen beschäftigten sich dann fast ausschließlich mit der Bündniserweiterung durch Kurtrier und die Stadt Köln[209]), die aber nicht erreicht wurde. Friedrich Wilhelm konnte trotzdem seine Stellung im Westen des Reiches als durchaus gesichert ansehen und dort mit einer Unterstützung seiner Reichspolitik rechnen.

Bei den unmittelbar benachbarten Fürsten erlebte er dagegen nur Mißerfolge trotz der bestehenden Defensivbündnisse. Wie bereits früher ausgeführt wurde, war der junge Kurfürst von Sachsen bei aller Verehrung, die er dem Brandenburger entgegenbrachte, ein Anhänger der österreichischen Politik im Reiche. Es fehlte zwar auf beiden Seiten nicht an Einigungsbestrebungen. Bereits nach dem Fall der Stadt Straßburg, der ja eine völlig veränderte Lage der deutsch-französischen Friedensverhandlungen zur Folge haben konnte, hatte sich der Kurfürst von Sachsen um ein Zusammengehen mit Brandenburg bemüht und zu diesem Zweck seinen Geheimen Rat von Gersdorf nach Berlin geschickt[210]). Die gefährliche Lage des Reiches bildete den Hauptgegenstand der Verhandlungen. Diese

202) Art. 7.

203) Diese Bestimmung des Geheimen Rezesses ging auf den Bischof von Münster zurück, der sich geweigert hatte, die vertragsmäßige Hilfe in jedem Defensivkrieg zu leisten, in den Brandenburg kraft seines Bündnissystems verwickelt werden konnte. Er wollte nicht für alle Alliierten des Kurfürsten seine Haut zu Markte tragen müssen. U. A. 19 S. 864 Relation v. d. B. 3./13. 9. 82.

204) Rep. XI 165 c Nr. 1 Kurf. an v. d. Busche 10./20. 9. 1862.

205) Maximilian Heinrich hatte sich vergeblich bemüht, die Verhandlungen nach Köln zu ziehen.

206) Rep. XI, 59 Kurköln Nr. 2 d, Kurf. an v. d. Busche 14./24. 1. 83.

207) Es wurde dort über die Stärke der zu stellenden Hilfstruppen verhandelt. Rep. XI, 59 Nr. 2 d, f. Relation v. d. B. 1./11. 2.

208) Moerner, S. 438 f. Accessionsrezeß v. 27. 2. 83. Dieser galt für das Kurerzstift Köln, das Herzogtum Westfalen, das Vest Recklinghausen und das Stift Hildesheim.

209) Köln und Brandenburg war sehr viel daran gelegen. Rep. XI, 59 Nr. 2 d, f.

210) U. A. 19 S. 834. Kurf. v. Sachsen 29. 9./9. 10. 81.

führten jedoch zu keinem Ergebnis, da der Brandenburger erst die Stellungnahme des Kaisers, der Kurfürsten und der nordischen Kronen abwarten wollte. Er ließ nur durchblicken, daß ihm an der Fortführung der deutsch-französischen Verhandlungen viel gelegen sei[211]).

Noch vor Abschluß des brandenburgisch-französischen Bündnisses vom Januar 1682 wurde dann der Geheime Rat von Meinders mit einer außerordentlichen Mission nach Dresden beauftragt, um den sächsischen Kurfürsten von der politischen Haltung seines Herrn zu unterrichten und ihn für den Abschluß des Friedens zu gewinnen[212]).

Am 18./28. Januar 1682 nahmen die Verhandlungen zwischen Meinders und Gersdorf ihren Anfang; wobei ersterer eifrig für den gütlichen Vergleich mit Frankreich eintrat[213]). Johann Georg III. wollte aber den Friedensversicherungen Ludwigs XIV. keinen Glauben schenken. Seiner Ansicht nach würde es unmöglich sein, einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich auf die Dauer aus dem Wege zu gehen. Da die französischen Propositionen unannehmbar seien, müßte von deutscher Seite ein Gegenprojekt entworfen werden, das Rückgabe der Stadt Straßburg und anderer Reunionen forderte. Im Falle einer französischen Ablehnung — mit der auch der sächsische Kurfürst rechnete — würde es unweigerlich zum Kriege kommen müssen, in dem Frankreich der Unterlegene sein würde. Ludwig XIV. könnte dann als Rechtsbrecher für alle Folgen verantwortlich gemacht werden.

Alle Gegenargumente des brandenburgischen Gesandten verfehlten bei Johann Georg III. ihre Wirkung, da dieser zu sehr von der Möglichkeit eines erfolgreichen deutschen Widerstandes überzeugt war[214]).

In einer zweiten Konferenz hinterließen Meinders' Vorstellungen allerdings einen tiefen Eindruck[215]). Es gelang ihm wenigstens, das Mißtrauen, das sich seit kurzem am Dresdener Hof wegen des Reichspatriotismus seines Herrn breitgemacht hatte, zu mindern[216]).

211) U. A. 19 S. 834. Resolution des Kurf. 8./18. 10. Diese ablehnende Haltung Friedrich Wilhelms hatte aber keinerlei Verstimmung zur Folge, was eindeutig durch die Konferenzberichte des sächsischen Gesandten Schott erwiesen ist. Der Brandenburger setzte sich bei Frankreich für die Anerkennung seiner Person als Reichsgesandter ein, die ihm als Elsässer verweigert wurde.

212) U. A. 19 S. 835 Instruktion 10./20. 2. 82 (Jena).

213) Rep. 41 Nr. 2 b Protokoll der Konferenz 18./28. 1. 82. Vgl. Hassel und Vitzthum von Eckstädt, S. 58 ff.

214) Seine Aufrüstungspolitik fand bei seinen Landständen guten Widerhall.

215) Meinders warnte dabei eindringlich vor dem Kriege. Von den auswärtigen Mächten, besonders von Schweden, sei nichts zu erwarten, da diese aus einem Reichskrieg nur Nutzen zögen. Zu retten sei das Reich nur durch eine Verhütung der Ruptur, Fortsetzung der deutsch-französischen Verhandlungen, Einigkeit im Reich und eine Aufrüstung der mächtigsten Stände.

216) U. A. 19 S. 837. Rel. v. 21/31. 1. Rep. 41 Nr. 2 b Protokoll der Konferenz v. 20./30. 1.; vgl. U. A. 14, 2 S. 1020.

Johann Georg III. versprach auch von seiner schroffen Haltung gegen die Frankfurter Propositionen abzusehen und zunächst die Stellungnahme der übrigen deutschen Fürsten abzuwarten [217]).

Da dem Kurfürst von Sachsen an einer Fortführung der Verhandlungen in Dresden nichts gelegen war [218]), wurden dieselben in Berlin durch den sächsischen Obermarschall v. Haugwitz und Meinders fortgesetzt. Es kam aber auch hier zu keiner Einigung. Die politische Grundhaltung der beiden Kurfürsten war zu verschieden. Haugwitz konnte die brandenburgischen Vorstellungen, die sich für unbedingte Annahme des Friedens aussprachen, nur ad referendum entgegennehmen [219]).

Im folgenden Jahre beschränkte sich Friedrich Wilhelm darauf, durch seine für den Kaiserhof bestimmten Vertreter in Dresden für den Frieden werben zu lassen. Im August 1682 machte Krockow dort Station, um den sächsischen Kurfürsten von dem Inhalt seiner Mission in Kenntnis zu setzen und dessen Stellungnahme zu sondieren [220]). Johann Georg lehnte jedoch die französischen Friedensangebote noch immer ab [221]). Die Verhältnisse hatten sich nur insoweit zugunsten Brandenburgs geändert, als zwischen Dresden und Wien eine leichte Verstimmung eingetreten war, durch persönliche Motive verursacht. Gerüchte über einen Umschwung der sächsischen Politik veranlaßten Friedrich Wilhelm, den von Wien heimkehrenden Krockow nochmals mit einer Sondierung des Dresdener Hofs zu beauftragen. Ihn interessierten vor allem der Stand der sächsischen Rüstungen, der Erfolg der Mission Amerongens und Lambergs in Dresden, sowie der Beitritt Kursachsens zur Association [222]). Erfolg scheint diese Reiseunterbrechung nicht gehabt zu haben [223]), da der Brandenburger schon wenige Tage später eine neue Mission in Dresden ankündigte. Die gegenwärtige gefährliche Lage des Reiches und die angetasteten kurfürstlichen Präeminenzien bildeten den Anlaß der Gesandtschaft, zu deren Träger Meinders ausersehen wurde [224]). Die sächsischen Interessen wurden durch Haugwitz vertreten [225]).

Am 4. und 5. Dezember 1682 fand zu Kottbus eine Konferenz

---

217) U. A. 19 S. 836, 838 Rel. von Meinders 19./29. 1. und 21./31. 1. Der sächsische Kurfürst setzte große Hoffnung auf den Besuch des Herzogs von Hannover in Berlin, von dem er einen brandenburgischen Stimmungsumschwung erhoffte.

218) Er wollte gerade in jenen Tagen eine neue Geldbewilligung für die Aufrüstung bei seinen Ständen durchbringen.

219) U. A. 19 S. 838. Protokoll der Konferenz v. 27. 1./6. 2. 82. Brandenburgische Unterhändler waren Jena und Meinders.

220) Rep. I Nr. 16 b Nebeninstruktion für Krockow 9./19. 8. 82. Correspondentie Amerongen 24. 7./3. 8., S. 496.

221) Rep. I Nr. 16 b Relation Krockows 13./23. 8. 82.

22) Rep. 41 Nr. 2 b Kurf. an Krockow 7./17. 9. 82.

223) Über diese Reiseunterbrechung sind wir leider nicht näher unterrichtet.

224) Rep. 41 Nr. 2 b Brandenburg an Kursachsen 12./22. 11. 82.

225) Rep. 41 Nr. 2 b Kursachsen an Brandenburg 17./27. 11.

statt[226]), in der Meinders auf schnellen Abschluß des deutsch-französischen Friedens drang, der durch die aufsteigende Türkennot noch notwendiger geworden sei. Auch der Sachse war von der Unmöglichkeit eines Zweifrontenkrieges überzeugt. Er bestand jedoch nach wie vor auf einer Milderung der Frankfurter Propositionen. Haugwitz konnte sich noch nicht näher zu den brandenburgischen Ausführungen äußern. Da die offizielle Antwort Kursachsens, die einige Zeit später in Berlin überreicht wurde, nicht zur Zufriedenheit Friedrich Wilhelms ausgefallen war, mußte der nach Wien reisende Gesandte Otto von Schwerin im Januar 1683 in Dresden Station machen. Aber auch Schwerin konnte nur berichten, daß keinesfalls mit einem Umschwung der sächsischen Politik gerechnet werden könnte. Schuld daran seien in erster Linie die beiden Vertreter des Kaisers und der Generalstaaten, die das Gerücht eines brandenburgischen Frontwechsels in Umlauf gesetzt hatten[227]).

Als sich Kursachsen am 7. Juni 1683 öffentlich der Politik des Kaisers anschloß[228]), mußte der Große Kurfürst dort seine Werbemissionen für den Frieden als gescheitert ansehen.

Den gleichen Mißerfolg hatte Brandenburg bei dem Hause Braunschweig[229]). Im Januar 1682 weilte der Herzog von Hannover, ein Parteigänger Oraniens, am Berliner Hofe, um persönlich den Kurfürsten für einen allgemeinen Frieden zu gewinnen. Aber alle Anerbietungen, zu denen der Herzog vom Kaiser ermächtigt war, verfehlten ihre Wirkung. Eine Konferenz zwischen Friedrich von Jena und dem Hannoveraner von Platen, die die schlechte außenpolitische Lage des Reiches zum Gegenstand hatte, verlief ergebnislos[230]). Friedrich Wilhelm lehnte seinen Beitritt zur antifranzösischen Front glatt ab. Er wollte sich auch nicht zu einer Erklärung des Inhalts verpflichten, daß die Bestimmungen ihres gemeinsamen Defensivbündnisses in Kraft treten sollten, wenn der Herzog wegen seiner Bemühungen um einen allgemeinen Frieden angegriffen werden sollte.

Auch in den folgenden Jahren[231]) kam es zu keiner Einigung.

---

226) Rep. 41 Nr. 2 b Protokoll der Konferenz v. 24. 11./4. 12. und 25. 11./5. 12. 82.

227) Rep. I Nr. 18, Orlich S. 494 ff. Die Absichten Sachsens gingen darauf hinaus, Frankreich durch Aufstellung einer Armee am Rhein in Schach zu halten. An Wiedereroberung der reunierten Gebiete dachte man jedoch nicht.

228) Hassel und Vitzthum v. Eckstädt, S. 83.

229) Auf die brandenburgisch-braunschweigischen Verhandlungen, die den Norden angehen, wird erst später eingegangen werden. S. Näheres bei Multhoff, S. 14 ff.

230) Der Herzog beabsichtigte ein Abkommen zwischen dem Kaiser und den mächtigsten Reichsfürsten, was Friedrich Wilhelm ablehnte. Im Fall eines ungerechtfertigten französischen Angriffs würde er seinen Pflichten als Reichsfürst nachkommen. An diese Antwort knüpfte der Hannoveraner völlig unberechtigterweise große Hoffnung.

231) Für die brandenburgisch-braunschweigischen Verhandlungen des Jahres 1682 fehlt leider jegliches Aktenmaterial im Berliner Archiv. Dieses setzt erst wieder mit dem Frühjahr 1683 ein und behandelt die Mission von Meinders an die braunschweigischen Höfe, auf die aber erst in anderem

Beide Fürsten hielten starr an ihrer einmal eingeschlagenen Politik fest. Der Hannoveraner erkannte erst die Notwendigkeit des Friedens an, als die Kriegspartei selbst ihr Programm aufgegeben und die Generalstaaten mit Frankreich abgeschlossen hatten. Bis zu diesem Zeitpunkt war Ernst August trotz aller brandenburgischer Vorstellungen ein getreuer Anhänger der antifranzösischen Front, die von Wilhelm von Oranien und Kaiser Leopold I. geführt wurde.

5. Brandenburg und der Kaiser[232]).

Bei seinen Bemühungen um die Freundschaft und Unterstützung der übrigen deutschen Fürsten war der Brandenburger häufig auf die Gegenarbeit des Frankreich feindlichen Kaisers gestoßen, die oft unüberwindlich war. Die brandenburgische sowie die kaiserliche Regierung setzten in diesen Jahren alles daran, die Propaganda der anderen unschädlich zu machen oder sie gar von der Richtigkeit der eigenen politischen Haltung zu überzeugen. Im Gegensatz zu Friedrich Wilhelm von Brandenburg war Kaiser Leopold I. der Ansicht, daß die Ruhe an der Westgrenze erst wiederkehren werde, wenn Ludwig XIV., der alte Gegner Habsburgs, mit den Waffen vernichtend geschlagen sei. An der Möglichkeit eines Sieges zweifelte er nicht.

Im Osten betrieb der Kaiser eine bewußte Politik des Friedens. Seit dem Waffenstillstand von Vasvar (1664) war das deutsche Reich von türkischen Einfällen verschont geblieben. 20 Jahre sollte derselbe Bestand haben und 1684 erneuert werden, womit in Wien auf Grund hoher Bestechungen fest gerechnet wurde. Bereits 1682 wurde Caprara als außerordentlicher kaiserlicher Gesandter zur Pforte geschickt, um dort über Erhaltung des Friedens zu verhandeln. Wider Erwarten konnte der Gesandte aber nur von Kriegsvorbereitungen in Konstantinopel berichten, denen der Wiener Hof nicht den rechten Glauben schenkte. Immer wieder klammerte sich Leopold I. an optimistischer klingende Nachrichten und versäumte dabei, die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu treffen. Im Interesse des gesamten habsburgischen Hauses[233]) dünkte ihn der Krieg gegen Frankreich wichtiger als der gegen den Erbfeind der gesamten Christenheit, den Türken. Man huldigte in Wien dem alten Grundsatz Karls V. und wollte für den Fall, daß Wien und Straßburg gleichzeitig angegriffen würden, Wien zunächst preisgeben und mit

---

Rahmen eingegangen werden soll, da es bei diesen Verhandlungen in erster Linie um nordische Fragen geht.

232) In diesem Abschnitt stütze ich mich weitgehend auf eine Arbeit von Herrn Karl Marklof, Bonn, der sie mir liebenswürdigerweise zur Verfügung stellte. Ich danke ihm vielmals dafür.

233) Leopold I. arbeitete damit stark im Interesse der spanischen Linie, die in Frankreich ihren erbittertsten Gegner sah. Der Kaiser vermied alles, das spanische Haus zu verstimmen.

allen Kräften Straßburg zu retten versuchen. In diesen Worten zeigt sich der abgrundtiefe Gegensatz zwischen der habsburgischen und brandenburgischen Politik, der die gegenseitigen Beziehungen der nächsten Jahre weitgehend bestimmte.

Nach wie vor wurden die kaiserlichen Interessen in Berlin durch Graf Lamberg vertreten, der sich dabei auf den holländischen Gesandten Amerongen und die kaiserliche Partei am Hofe — vor allem auf Friedrich von Jena, den Fürsten von Anhalt und nach Jenas Tode auf Fuchs — stützen konnte.

Der Gesandte versuchte noch immer mit dem gleichen negativen Erfolg den Kurfürsten zu einem Frontwechsel zu veranlassen. Friedrich Wilhelm lehnte seinen Beitritt zur schwedisch-holländischen Allianz ab, da sich diese nicht mit den wahren Interessen des Reiches vereinbaren lasse[234]). Die Ruhe im Westen sei im Augenblick dringend erforderlich, da der Unruheherd in Ungarn den vollen Einsatz der kaiserlichen Truppen erfordere. Mitte Februar 1682, kurz nach Abschluß des bandenburgisch-französischen Bündnisses, das Friedrich Wilhelm in seiner Reichspolitik festlegte, verließ Lamberg den Berliner Hof, doch schon nach zwei Monaten kehrte er wieder zurück. Der Kaiser war von dem großen Einfluß des Brandenburgers im Reich überzeugt[235]) und wollte nichts versäumt haben, diesen Kurfürsten für seine eigene, antifranzösische Politik zu gewinnen. Lamberg wurde ausdrücklich angewiesen[236]), sehr vorsichtig vorzugehen und den Verdacht einer gänzlichen Ablehnung der französischen Propositionen zu vermeiden. Dem Kaiser lag sehr viel an Aufrechterhaltung des Friedens im Norden, der ihm von Brandenburg gefährdet schien. Eine Neutralitätserklärung Friedrich Wilhelms war ihm deshalb sehr erwünscht[237]).

Die Vorstellungen Lambergs verfehlten aber auch dieses Mal ihre Wirkung, wenn die Kaiserlichen auch zeitweise an Einfluß zu gewinnen schienen[238]). Der Kurfürst bestand auf einer bedingungslosen Annahme der französischen Propositionen, wovon ihn nichts abbringen konnte. Die Unzulänglichkeit der Reichsaufrüstung mache ja die Rückeroberung der reunierten Gebiete zur Unmöglich-

234) U. A. 14,2 S. 1009 f.

235) „Bei Hofe ist man wegen dessen, daß Ew. Ch. Dl. bishero nicht, wie es hier verlanget wird, erkläret haben, dergestalt en peine, daß ich es nicht zur Genüge exprimieren mag. Die Ministri lamentieren gegen einen Jedweden darüber und sagen, es entgehe dadurch Ihrer Partei nicht allein Ew. Ch. Dl. selbst eigene Macht, die dem Hauptwerk ein großes poids geben könnte, sondern auch alle mächtigeren Kurfürsten und Fürsten des Reiches, die bereits genugsam zeigeten, daß nach Ew. Ch. Dl. conduite bei denen Conjuncturen sie die Ihrige richten wollten". Rep. I Conv. 16 A; Relation des Residenten Dietrich 5./15. 3. 1682.

236) U. A. 14,2 S. 1031. Instruktion v. 23. 4. 82.

237) In der Jägerndorfschen Streitfrage wollte der Kaiser ihm dafür entgegenkommen und ihm eine hohe Abfindung in Geld auszahlen.

238) So im April 1682, als die Rüstungen der kaiserlichen Partei für Brandenburg zur Gefahr zu werden drohten. U. A. 14,2 S. 1037; Fehling, S. 164 ff.

keit. Die zweite Mission Lambergs war damit vollständig gescheitert. Ohne irgend etwas erreicht zu haben, verließ der kaiserliche Vertreter Ende August 1682 den brandenburgischen Hof und kehrte wieder nach Dresden, an den Posten seiner ordentlichen Gesandtschaft, zurück [239]).

Weit wichtiger als diese Gesandtschaft Lambergs waren die außerordentlichen kurfürstlichen Missionen an den kaiserlichen Hof, die Leopold I. für Annahme der französischen Friedensangebote gewinnen sollten.

Seit 1680 wurde in Österreich unaufhörlich gerüstet [240]). Einen bedenklichen Charakter nahmen die Maßnahmen für den Brandenburger jedoch erst an, als der Kaiser bei anderen Staaten, vor allem bei dem Oranier, Rückhalt gefunden hatte. Im Herbst 1681 trat Leopold I. dem schwedisch-holländischen Associationstraktat bei, dem sich auch Spanien anschloß [241]). Aber auch unter den deutschen Reichsständen war der Abwehrwille gegen Frankreich erwacht [242]). Bereits im September 1679 hatte Graf Waldeck, der eifrige Mitarbeiter Oraniens, einige westdeutsche Stände zu Frankfurt zu einer Allianz zusammengeschlossen [243]) zum Schutz der kleinen Fürsten gegenüber den mächtigeren, gut aufgerüsteten des Reichs. Schon bald trug diese eine bewußt Frankreich feindliche Note. Durch den Beitritt größerer Stände gewann dieser Bund, dem bald der gesamte fränkische und oberrheinische Kreis angehörte, immer mehr an Bedeutung, um schließlich zum Mittelpunkt der antifranzösischen Partei im Reich zu werden [244]).

Der brandenburgischen Reichspolitik gefährlich wurde diese Allianz in dem Augenblick, in dem sich Waldeck für die beiden Kreise nach Wien begab, um eine engere Allianz zwischen dem Kaiser und der Union herzustellen, die am 10. Juni 1682 zu Laxenburg zur Abwehr aller feindlichen Gewaltmaßnahmen vollzogen wurde [245]). Einhaltung der Friedensschlüsse von Münster und Nimwegen, so lautete die Hauptforderung der Alliierten. Sie verlangten folglich eine sofortige Einstellung der Reunionen und eine vollwertige Entschädigung für die bereits erlittenen Verluste. Man hatte schon einen genauen Verteidigungsplan entworfen, der die West-

---

239) U. A. 14,2 S. 1043, Correspondentie Amerongen v. 7. 7., 18. 8., 25. 9. 1682. S. 486—500.

240) Der Resident Dietrich hatte seinem Herrn regelmäßig darüber berichtet.

241) Im Herbst 1682 wurde zwischen Holland, Schweden und dem Kaiser ein förmliches Associationstraktat auf 5 Jahre ratifiziert.

242) Vgl. die Ausführungen von Havelaar, S. 59, die dies an den Flugschriften jener Zeit nachwies.

243) s. Näheres bei Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte I, S. 666; Havelaar, S. 84.

244) Herbst 1681 traten Hessen-Kassel, Fulda, Bamberg, Würzburg, der Fränkische Kreis und Sachsen-Gotha bei.

245) Londorp XI, S. 430.

front in drei Aufmarschgebiete aufteilte[246]). Den Oberbefehl über die Südarmee sollte der Kurfürst von Bayern führen, den am Mittelrhein Graf Waldeck, während die dritte Armee am Niederrhein dem Herzog von Hannover oder dem Kurfürsten von Sachsen übertragen werden sollte. Der Kaiser hoffte 200 000 Mann auf die Beine bringen zu können. Zur Erleichterung der Grenzverteidigung wollte er sofort Truppenverschiebungen in seine westlichen Besitzungen vornehmen, und sein Heer durch Neuwerbungen auf 63 000 Mann auffüllen lassen.

Dieses Bündnis sollte sich zunächst in einem energischen, fast aggressiven Vorgehen der antifranzösischen Partei, vor allem des Kaiserhofes, auswirken. In Berlin rief dieses Verhalten große Unruhe hervor. Der Kurfürst wies seine Gesandten sofort an, den beiden antifranzösischen Allianzen[247]), die im Kaiser ihre Verbindungsperson gefunden hatten, mit der ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten. Kein Mittel, selbst nicht das der agitatorischen Propaganda, ließ Friedrich Wilhelm außer Acht, den Krieg mit Frankreich zu verhindern. Zahlreiche Flugschriften und Schreiben an die deutschen Fürstenhöfe legen dafür ein deutliches Zeugnis ab[248]).

Die Entwicklung im Osten schien dem Brandenburger Recht zu geben. Es liefen immer besorgniserregendere Nachrichten über den Stand der türkischen Rüstungen ein. Schon hatte Ludwig XIV. die Belagerung Luxemburgs aufgehoben, damit sich die gesamte abendländische Christenheit gegen die Osmanen wenden könne[249]). Nur in Wien wollte man die Gefahr nicht erkennen und hoffte nach wie vor auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes von Vasvar. Diese Haltung des Kaiserhofes veranlaßte den Kurfürsten von Brandenburg zu einer außerordentlichen Gesandtschaft nach Wien, die Leopold I. umstimmen sollte[250]). Seine Wahl fiel auf Laurentius Georg von Krockow[251]), der bereits bis 1679 die brandenburgischen Interessen am Kaiserhof wahrgenommen hatte. Der Gesandte sollte die Wiener Regierung von der Notwendigkeit eines deutsch-französischen Friedens überzeugen, da es geradezu verant-

246) Nichts war dabei vergessen worden. An Verpflegung, Munition, Zusammensetzung des Heeres, evtl. Vereinigung der Armeen, Besetzung der Offiziersstellen war gedacht worden.

247) der Haager und Laxenburger Allianz.

248) u. a. Rep. I Nr. 16 A an Brandenburg-Bayreuth 16./26. 9. 82.

249) Der König hatte mit diesem Schritt die öffentliche Meinung für sich gewonnen, trotzdem er selbst nicht am Türkenkrieg teilnahm. Die Wiener Regierung hatte sich dagegen große Sympathien verscherzt, da sie den Krieg mit dem christlichen Frankreich für wichtiger erachtete als die Abwehr der Türken.

250) Nach Droysen, S. 736 veranlaßte Frankreich diese Mission, wofür ich jedoch keine Belege gefunden habe.

251) Die Instruktion wurde am 30. 6./10. 7. 82 von Fr. v. Jena verfaßt. Rep. I Nr. 16 B. Einige Auszüge bei Droysen, S. 636. Der Kurfürst ließ wieder auf den Verrat von Nimwegen hinweisen, dem er seine eigene reichstreue Haltung gegenüberstellte.

wortungslos sei, alles auf die Spitze zu treiben und die Existenz des Reiches von dem unsicheren Waffenglück abhängig zu machen. Man könnte zwar noch versuchen, eine Milderung der Friedensbedingungen zu erlangen. „Wann es aber auf keine Weise und Wege zu erhalten, viel lieber ietzo was weg ist dahinten zu lassen, als mit vorgedachter Gefahr den zum allermeisten ungewissen Krieg zu erwählen". Er versicherte ausdrücklich[252]), daß ihn nur seine Liebe zum Reich zu dieser Politik veranlaßt habe, der sich viele deutsche Stände angeschlossen hätten. Die Rebellion in Ungarn, die Türkennot, die Schwäche des Kaisers und seiner Anhänger, denen es an Geld, Rüstungen und — was am schlimmsten sei — an der notwendigen Einigkeit fehle, machten einen erfolgreichen Abwehrkrieg gegen das mächtige Frankreich unmöglich. Bei einem Türkenkrieg könnte mit der Hilfe der gesamten Christenheit gerechnet werden, bei einer deutsch-französischen Auseinandersetzung wäre das Reich dagegen in zwei Lager gespalten.

Unter geschickter diplomatischer Benutzung aller Argumente, die Leopold I. 1679 für die Notwendigkeit des Nimweger Friedens aufgeführt hatte, verlangte der Kurfürst: Beförderung der Frankfurter Verhandlungen, einen baldigen Reichsschluß, unbedingte Annahme der Propositionen, wenn Ludwig XIV. sich nicht umstimmen lasse, und Einstellung aller aggressiv gegen Frankreich gerichteten Maßnahmen. Sollte Frankreich das Reich trotzdem wieder angreifen, werde er selbst sofort gegen diese Ausschreitungen vorgehen. Er sei außerdem bereit, sich nach Friedensschluß mit dem Kaiser gegen den Türken und Frankreich zu verbünden. Das heißt in anderen Worten: der Kurfürst von Brandenburg hatte die Absicht, nach Erfüllung seines Reichsprogramms in seine alten politischen Bahnen, auf die Seite Habsburgs zurückzukehren. Wie ernst es ihm mit diesem Vorschlag war, zeigen die geplanten Ausführungsbestimmungen, die er Krockow mitgab[253]).

Als Krockow nach Wien kam, war dort die Stimmung kriegslustiger denn je. Es wurde von Absichten Ludwigs XIV. auf die deutsche Kaiserkrone gemunkelt. Bei der nächsten Wahl würde die Majorität der Kurfürsten notgedrungen dem französischen Kandidaten ihre Stimme geben müssen. Die größte Befürchtung hegte der Wiener Hof vor einem Angriff Ludwigs XIV. auf die Schweiz und Mailand, der nach Abschluß des deutsch-französischen Friedens sicher zu erwarten sei. Damit würde Frankreich der absolute Herr Europas sein und Österreich und Spanien zu Mächten zweiten Ranges herabdrücken. Je länger man warte, umso größer werde die Gefahr. „Aut nunc, aut nunquam"[254]). Bei der Ablehnung der Frankfurter Propositionen kam es dem Kaiser nicht so sehr auf das

252) Nebeninstruktion v. 9./19. 7. 1682.

253) Auch dieses Mal war das brandenburgische Sonderinteresse nicht außer Acht gelassen worden. Der Kurfürst ließ an seine Satisfaktionsforderungen und die angetasteten kurfürstlichen Präeminenzien gemahnen.

254) Rep. I Nr. 16 B Rel. Krockow v. 23. 7./2. 8. 1682.

Reichsinteresse an als auf das des habsburgischen Hause, das einen Universalfrieden mit Einschluß der Schweiz und Italiens erforderte. Für einen solchen Frieden war er sogar bereit, Straßburg und Kehl zu opfern. Sollte Frankreich seine Angebote nicht mildern, wollte die Wiener Regierung „quibusvis conditionibus" den Frieden von den Türken erkaufen, um dann gegen Ludwig XIV. vorgehen zu können[255]).

Nach 14tägigem Aufenthalt Krockows in Wien fanden erst die Beratungen mit den kaiserlichen Ministern statt[256]), in denen diese nicht versäumten, die politische Haltung des Kurfürsten in scharfen Worten zu rügen[257]). Den deutsch-französischen Frieden als solchen lehnte Leopold I. nicht ab. Er verlangte nur genügende Sicherheiten, die universaler Natur sein müßten. Gerade der Brandenburger könnte sich um die Sache sehr verdient machen, wenn er eine Änderung der französischen Propositionen zu Wege bringe oder die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vorschlage[258]). Jede weitere Stellungnahme lehnte der Kaiser ab, da er Bedenken trug, ohne Kenntnis seiner Alliierten zu verhandeln.

Krockows Vorstellungen waren also — wie zu erwarten war — völlig ergebnislos gewesen trotz der immer bedenklicher lautenden Nachrichten aus dem Osten. Die Wiener Regierung hoffte nach wie vor auf Aufrechterhaltung des Friedens, dachte nicht daran, die erforderlichen Abwehrmaßnahmen zu treffen, und wollte alles zum Äußersten kommen lassen. Unter diesen Umständen versprach sich der Kurfürst von Brandenburg nichts mehr von einem längeren Aufenthalt seines Gesandten am Kaiserhof und befahl ihm, sobald wie möglich heimzukehren[259]).

Der Kaiser wollte von einer plötzlichen Abreise des brandenburgischen Vertreters nichts wissen[260]) und erklärte sich deshalb bereit, sich die kurfürstlichen Vorschläge noch einmal gründlich überlegen zu wollen[261]). Die Verhältnisse am Wiener Hof gestalteten sich jedoch immer ungünstiger. Die Kriegsstimmung, vom spanischen Gesandten eifrig geschürt, nahm immer mehr zu. Krockow bat deshalb erneut um seine Abschiedsaudienz, in der er wieder auf die Notwendigkeit des Friedens im Westen und die ehrlichen Ab-

---

255) Rep. I Nr. 16 B Rel. Krockow v. 23. 7./2. 8.; 26. 7./5. 8.; 30. 7./9. 8.; 10./20. 8. 1682.

256) am 10./20. 8. 1682; Rep. I Nr. 16 B Rel. Krockows v. 13./23. 8. 82. Das Protokoll siehe U. A. 14, 2 S. 1043.

257) Es sei nicht dienlich, „daß man den Reichs Ständen und der ganzen Welt vorstellete, daß es dem Reich sowohl an Kraften als an Mut mangelte, sich gegen eine offenbare Gewalt zu defendieren, und daß man gleich alles, was der Feind begehret, demselben dahingeben müßte. Dadurch würde Frankreich der Mut wachsen, noch ein mehrers zu begehren."

258) Darunter verstand man in Wien Schleifung der Kehler Schanze und Austausch Breisachs gegen Straßburg.

259) Re. I Nr. 16 B Kurf. an Krockow 12./22. 4.; 14./24. 7.

260) Abschiedsgesuch vom 25. 9./5. 10.

261) Rep. I Nr. 16 B Rel. Krockows 1./11. 10. 82.

sichten seines Herrn hinwies[262]). Aber auch seine letzten Vorstellungen waren wirkungslos. Der Kaiser blieb bei seinem Standpunkt, wie seine schriftliche Resolution zeigt. Eine beigefügte Widerlegung der französischen Proposition vom 2. Januar[263]) wirft ein grelles Schlaglicht auf die Absichten der Wiener Regierung, die sich eindeutig für einen allgemeinen, christlichen und gerechten Frieden aussprach. Die seit 1648 unternommenen französischen Eroberungen seien durchaus unrechtmäßig. In Anbetracht der militärischen Vormachtstellung Ludwigs XIV. wollte der Kaiserhof jedoch auf eine volle Rückerstattung verzichten und Frankreich den Besitz des gesamten Elsasses samt Straßburg bestätigen[264]). Der Rhein sollte im Süden die Grenze zwischen Frankreich und dem deutschen Reich bilden[265]). Am besten werde die endgültige Ruhe durch einen allgemeinen Frieden gewährleistet. Die kaiserliche Regierung wollte sich zunächst mittels einer Gegenproposition um einen Vergleich mit Frankreich bemühen. Wenn Ludwig XIV. dieselbe ablehne, seien die gegenseitigen Spannungen nur durch Krieg zu lösen, denn: „Justum esse bellum ubi necessarium, et pia arma quibus nulla nisi in armis spes est reliqua atque ex hoc fundamento certam victoria spem pendere." Dieser Einstellung gegenüber mußten alle Vorstellungen Krockows ihren Zweck verfehlen.

In der nächsten Zeit verzichtete der Kurfürst von Brandenburg auf jede Friedenspropaganda am Kaiserhof. Die gegenseitigen Beziehungen blieben nun allein auf Lambergs Unterhandlungen in Berlin beschränkt[266]), die noch immer den deutsch-französischen Frieden und die Türkennot zum Gegenstand hatten. Der Kaiser hatte zur Lösung dieser außerordentlich wichtigen Fragen für Februar 1683 eine Zusammenkunft sämtlicher Kurfürsten in Regensburg vorschlagen lassen. Friedrich Wilhelm war lange Zeit unschlüssig, ob er der Aufforderung Folge leisten sollte, entschuldigte sich dann schließlich mit seinem Gesundheitszustand[267]). Die Zusammenkunft als solche lehnte er nicht ab.

---

262) Rep. I. Nr. 16 B. Rel. Krockows v. 17./27. 9.; 24. 9./4. 10., 1./11. 10.; 5./15. 10.; 8./18. 10., 21. 10./1. 11. 82.

263) Rep. I Nr. 16 B. Beilage zu Krockows Rel. v. 21./31. 10. Dieses Schriftstück scheint in der kaiserlichen Kanzlei verfaßt worden zu sein.

264) „über dieses wolle man cedieren, das Bistum Straßburg, so viel davon jeweils auf der französischen Seiten des Rheines lieget, die Stadt Straßburg samt deren Zubehör, soviel jenseits des Rheines lieget." Frankreich sollte dafür alle rechtsrheinischen Breisacher Befestigungen, die Stadt nebst 4 Ortschaften an Österreich abtreten.

265) Zur gegenseitigen Sicherung wurde auf beiden Ufern des Rheins von Basel bis Philippsburg eine entmilitarisierte Zone geplant. Frankreich sollte aufgefordert werden, den eben in Angriff genommenen Befestigungsbau von Kehl einzustellen.

266) Lamberg war seit Dezember 1682 wieder in Berlin legitimiert.

267) Der Kurfürst war in diesen Jahren sehr leidend und häufig durch schwere Anfälle ans Bett gefesselt. Rep. I. Nr. 16 B. Kurf. an den Kaiser 8./18. 12. 82. — Nach Pufendorf soll der Kurfürst dem Kaiser von einer derartigen Beratung dringend abgeraten haben, da sie in Paris nur Mißtrauen wachriefe.

Da inzwischen die außenpolitische Lage noch bedenklicher geworden war, glaubte der Kurfürst in ehrlicher Sorge um das Reich sich nicht mit einer schriftlichen Beantwortung der kaiserlichen Einladung begnügen zu dürfen. Anfang Januar 1683 schickte er Otto von Schwerin den Jüngeren als außerordentlichen Gesandten an den Kaiserhof [268]), um dort für die notwendigen Rüstungen gegen den Türken und für den Frieden mit Frankreich zu werben. Letzterer sei im Augenblick dringend erforderlich, wenn man sich nicht der Gefahr eines Zweifrontenkrieges aussetzen wolle. Für den Fall eines Friedensabschlusses, der nach den jüngsten französischen Forderungen bis zum 31. 1. unter Dach und Fach sein mußte, erklärte sich der Brandenburger erneut zu einem Garantiebündnis und zu Abwehrmaßnahmen gegen jeden Friedensstörer, auch gegen Frankreich bereit. Es sei zu bedenken, daß es sich bei den deutsch-französischen Abmachungen nicht um einen dauernd bindenden Vertrag zu handeln brauche. „Die Periodi regnorum et publicarum wären bekannt, und könnte sich hiernächst vielleicht eine favorabeler Conjunktur für Deutschland dermaleins ereignen, wobei man auch alsdann das Tempo in Acht zu nehmen und das entzogene wiederum herbeizuführen Gelegenheit finden möchte." Man müsse vorerst nur den Rücken gegen den Türken frei bekommen. Nach Abschluß des Reiches mit Frankreich wolle auch Brandenburg den Kaiser in seinen Aktionen wider den Erbfeind im Osten unterstützen. Im Interesse des Reiches sei er sogar bereit, zunächst seine alten Satisfaktionsforderungen und Ansprüche auf Jägerndorf zurückzustellen, wenn sie nur eine prinzipielle Anerkennung durch den Kaiser erführen. Neu sind in dieser Instruktion die Ansprüche auf die schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau [269]), für die sich der Kurfürst mit einer entsprechenden Entschädigung begnügen wollte.

Die Mission Schwerins rief sofort in Paris Mißtrauen hervor, das noch durch brandenburgische Truppenverstärkungen an der schlesischen Grenze verschärft wurde. Die Sorge des französischen Hofes war nicht unbegründet. Dem Kurfürsten war es durchaus ernst mit dem Anerbieten einer Türkenhilfe, vorausgesetzt daß der Kaiser die französischen Friedensbedingungen anerkenne. Die geringste Annäherung des Brandenburgers an den Kaiser und seine Alliierten konnte aber schon zur Gefahr für Frankreich werden. Leopold I. hätte sicher alles daran gesetzt, — nun er der Freundschaft des Brandenburgers gewiß war — Frankreich bei der näch-

---

268) Rep. I Nr. 18 U. A. 21 S. 141 Instruktion für Schwerin 8./18. 1. s. Droysen, S. 744; Orlich II, S. 494. Konzept von Fuchs und Meinders. Diese Mission sowie eine Verstärkung des kurfürstl. Heeres verursachten bei dem französischen Diplomaten sofort großes Mißtrauen, das Friedrich Wilhelm mit allen Mitteln zu beschwören suchte.

269) Preuss hat in seiner Schrift „Das Erbe der schlesischen Piasten . . ." S. 13 ff nachgewiesen, daß diese Ansprüche erstmalig im Jahre 1683 auftauchten. Er widerlegt damit Droysen, nach dessen Ansicht sie bereits nach dem Aussterben der Piasten 1675 angemeldet wurden.

sten günstigen Gelegenheit die abgetretenen Gebiete wieder zu entreißen.

Nur in Wien schien man die Bedeutung der Mission Ottos von Schwerin nicht zu erkennen. Das brandenburgische Angebot entsprach in keiner Weise den Erwartungen der kaiserlichen Regierung. Hatte sie doch mit einem völligen Frontwechsel des Kurfürsten und mit seinem Beitritt in die Frankreich feindliche Association ohne die Vorbedingung des Friedensabschlusses gerechnet. An eine Anerkennung der Frankfurter Propositionen von Seiten des Kaisers war keinesfalls zu denken [270]). Für Leopold I., der ganz unter dem Einfluß des spanischen Gesandten stand, war noch immer allein das Interesse des Hauses Habsburg maßgebend. Und Spanien verlangte den Universalfrieden und drohte für den Fall eines deutsch-französischen Sonderabkommens mit seiner Annäherung an Ludwig XIV. Unter diesen Umständen war es für Brandenburg bedeutungslos, daß sich ein Teil der kaiserlichen Minister Schwerin gegenüber für baldigen Friedensschluß mit Frankreich aussprach [271]), denn keiner wagte es, seine Ansicht offen zu vertreten.

Da sich die Wiener Regierung in ihren Erwartungen so getäuscht sah, hatte sie kein Interesse mehr an einer schnellen Abwicklung der Verhandlungen, zumal sie sich von den Vorstellungen des holländischen Gesandten Amerongen in Berlin noch einen guten Erfolg versprach. Aber Schwerin ließ sich nicht hinhalten. Am 1. März übergab er ein Memorial [272]), in dem er getreu seiner Instruktion unter Aufzeichnung aller Schwächen des Reiches die Politik des unbedingten Friedens zu rechtfertigen suchte. Er ließ die Frage offen, wer für all das Unglück verantwortlich zu machen sei. Eindeutig zielen aber alle seine Vorwürfe auf die Person des Kaisers hin.

An einer sofortigen Beantwortung des Memorials war Leopold I. nichts gelegen. Glaubte er doch, daß die Zeit nur günstig für ihn wirken könne [273]). Erst auf Androhung seiner Abreise hin

---

270) Ein Memorial des kaiserl. Gesandten im Haag, wo die Alliierten über den Frieden berieten, zeigt deutlich, wie wenig man an einen Frieden dachte. Rep. I. Nr. 18. Memorial Camprichts.

271) Diese Minister wollten die französischen Propositionen annehmen „wenn dies Anbringen von Jemand so geschehen könnte, daß die Würde des Reiches nicht gefährdet werde; daß dies gegen die Alliierten und namentlich gegen Spanien verantwortet werden könnte; und endlich eine feste Sicherheit erlangt sei." Orlich S 498. U. A. 21, S. 147, Rel. Schwerins vom 15./25. 2. 83. Schwerin sagte ihnen sofort brandenburgische Unterstützung zu, mußte aber dieses Versprechen später zurücknehmen, da es vom Kurfürsten als Befehlsübertretung gerügt wurde.

272) U. A. 14, 2 S. 1052.

273) Der Kaiser sagte täglich: „Si pereundum, gloriose pereundum." Trotz des Aufbruchs der Türken von Adrianopel wurde die Lage noch immer optimistisch beurteilt, „daß die Gefahr zwar groß, aber Gottes Allmacht, der man sich in einer gerechten Sache billig zu getrösten, weit größer wäre. Daß die Türken ehe vor Wien und in der Nähe, Frankreich auch mitten im Reich gestanden, und darum doch nicht alles verloren gewesen. Daß man wider den Türken noch nie in solcher Verfassung und wider Frankreich mit solcher

wurde eine Konferenz mit Schwerin anberaumt. Wie zu erwarten bestanden die kaiserlichen Minister auf einem Universalfrieden. Sie baten noch einmal um brandenburgische Unterstützung, die ihnen aber abgeschlagen wurde [274]).

Alle Gegenvorstellungen Schwerins, der die brandenburgische Türkenhilfe allein vom deutsch-französischen Frieden abhängig machte, waren wirkungslos geblieben. Weitere Verhandlungen schienen aussichtslos, weshalb der Kurfürst den Abreisebefehl an seinen Gesandten ergehen ließ. Nach langem Hinhalten wurde Schwerin dann endlich die Abschiedsaudienz gewährt, in der sich der Gesandte noch einmal für Annahme der Frankfurter Propositionen aussprach. Der Kaiser versicherte ausdrücklich, dasselbe Ziel zu verfolgen wie der Brandenburger. Nur sei sein Weg ein anderer. Er lege aber den größten Wert auf die Freundschaft des Kurfürsten. Mit diesem Bescheid verließ Schwerin den Wiener Hof. Auch seine Mission war gescheitert.

Rückblickend auf die brandenburgischen Gesandtschaften an den Kaiserhof ist zu sagen, daß Friedrich Wilhelm dem Kaiser sehr entgegengekommen war. Voraussetzung blieb ihm jedoch immer unbedingte Annahme des französischen Friedensangebotes. In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage des Reiches war der Kurfürst bereit gewesen, die Erledigung seiner schlesischen Erbansprüche auf ungewisse Zeit zu vertagen, allerdings erst nach erfolgter Anerkennung. Veranlaßt wurde diese veränderte Haltung einmal durch seine ehrliche Sorge um den Bestand des Reiches und seiner eigenen Lande. Wußte doch jeder, wie die türkischen Heerscharen alles verwüsteten und ausplünderten. Das Gefühl der moralischen Verpflichtung, daß jeder sein Teil mit beitragen müsse zur Abwehr des Erbfeindes im Osten, war noch nicht geschwunden. Bei Friedrich Wilhelm haben aber auch realpolitische Erwägungen eine Rolle gespielt. Wenn er dem Kaiser seine eigenen Truppen zur Verfügung stellte, tat er das mit in der Absicht, dadurch ein kaiserliches Hilfegesuch an Schweden zu verhindern, das diesem Anlaß zur Truppenlandung in Norddeutschland gegeben hätte, ohne daß der Kurfürst es hätte hindern können, wenn er sich nicht vor aller Welt ins Unrecht setzen wollte. Dazu kam eine Verstimmung des

---

Alliance versehen gewesen als jetzt, daß auf allen Fall der Krieg wider den Türken mit einer Campagne getan, und der Friede, welchen Frankreich jetzt vorschlüge, allezeit zu erhalten. Daß Frankreich sich wohl bedenken werde, das Röm. Reich auch stante hac unione anzugreifen, geschweige wann E. Ch. Dl., von welcher aller übrigen Accession dependirte, mitzutreten sollten. Daß I. K. M. der habenden Leibes Erben halber Ihr Patrimonium nicht abandoniieren könnten." Rep. I. Nr. 18 Rel. Schwerins vof 4./14. 3. 83.

274) Wie man in der Hauptfrage auseinanderging, konnte auch wegen der Satisfaktionsforderungen des Kurfürsten keine Einigung erzielt werden. Die Ansprüche auf Jägerndorf wollte Leopold mit Geld abfinden, was der Kurfürst bereits Lamberg gegenüber abgelehnt hatte. Die Prätension auf die 3 schlesischen Herzogtümer wurde glatt abgewiesen. vgl. die schriftl. Resolution des Kaisers vom 8./18. 3. Londorp XI. S. 548. und Rep. I. Nr. 18. Relation Schwerins vom 8./18. 8. 83.

Kurfürsten über seinen französischen Verbündeten, der den brandenburgischen Eroberungsplänen im Norden nicht so entgegengekommen war, wie man in Berlin gehofft hatte [275]). Ein überzeugter Parteigänger Frankreichs war der Brandenburger nicht mehr. Als der erste Zorn über den Verrat von Nimwegen verraucht war, tauchte allmählich der Gedanke in ihm auf, die alten Beziehungen zum Kaiserhof wieder anzuknüpfen, sobald der deutsch-französische Friede vollzogen sei, der ihm im Interesse seines Staates sowie des Reiches dringend erforderlich schien. Das Entgegenkommen Brandenburgs sollte noch größer werden, als der Kurfürst, — durch die Haltung Frankreichs gezwungen — seine pommerschen Eroberungspläne ganz fallen ließ.

III. Abschnitt:

DIE REICHSPOLITIK DES GROSSEN KURFÜRSTEN VOM SOMMER 1683 BIS ZUM REGENSBURGER WAFFENSTILLSTAND 1684.

1. Schwankende politische Haltung des Kurfürsten im Sommer 1683.

a) Die brandenburgisch-französische Allianz vom 20./30. 4. 1683.

Nach dem Umschwung der schwedischen Politik hatte Friedrich Wilhelm von Brandenburg gemeinsam mit Dänemark alles daran gesetzt, seinen Verbündeten Frankreich von der Notwendigkeit einer Abwehr dieses gefährlichen Gegners im Norden zu überzeugen. Die Niederzwingung Schwedens lag jedoch nicht im französischen Interesse. Die Diplomaten Ludwigs XIV. waren deshalb immer überaus geschickt allen Anfragen ausgewichen und hatten sich zu keiner endgültigen Stellungnahme bereitfinden lassen. Ende 1682 trat jedoch plötzlich eine Veränderung in der außenpolitischen Lage ein. Ludwig XIV. hatte die Frankfurter Konferenz für den 1. Dezember 1682 gekündigt. Neue Gewaltmaßnahmen wurden dem Reich angedroht. Zu ihrer Durchführung war Frankreich auf die Freundschaft des Großen Kurfürsten angewiesen. Dieser hatte sich jedoch nur zu einer Anerkennung der Frankfurter Propositionen, aber nicht zu einer Förderung neuer Reunionen verpflichtet. Eine Billigung weiterer Gewaltmaßnahmen lag nicht im brandenburgischen Interesse. Der Kurfürst hatte deshalb bereits Einstellung weiterer Reunionen oder zum mindesten Schonung der friedlieben-

275) vgl. nächsten Abschnit s. S. 101.

den Stände verlangt[1]). Wenn die französische Regierung den Brandenburger weiterhin an ihre Politik fesseln wollte, mußte sie sich schon zu großen Zugeständnissen bereit finden lassen. Friedrich Wilhelm dachte, diese günstige politische Konstellation für seine Pläne, vor allem für seine Eroberungsabsichten im Norden, zu nutzen. Der Plan eines brandenburgisch-dänischen Angriffes auf das kaiserlich gesinnte Haus Braunschweig tauchte auf[2]). Spanheim, der brandenburgische Gesandte in Paris, erhielt erneut den Befehl, wegen der schwedischen Offensivpläne vorstellig zu werden[3]). Die letzten Abmachungen zwischen Schweden und dem Kaiser[4]), die einen schwedischen Truppentransport ins Reich vorsahen[5]), schienen dem Kurfürsten nicht ungefährlich, da die Vertragspartner beabsichtigten, durch eine derartige Aktion die franzosenfreundlichen Fürsten Norddeutschlands in Schach zu halten.

Ludwig XIV. wollte jedoch den schwedischen Offensivabsichten keinen Glauben schenken und wich allen brandenburgischen Vorstellungen, die ihn von der Notwendigkeit des Praevenire überzeugen sollten, aus. Der dauernden Ungewißheit überdrüssig, ließ Friedrich Wilhelm schließlich in aller Form in Paris anfragen:

1) „Wie I. Kön. M. in Dänemark und Wir uns zu betragen haben, wann Schweden einige Völker nacher Deutschland transportieren oder übersetzen wolle?

2) Wie man sich ferner gegen das fürstliche Haus Lüneburg, nachdem nunmehro derselben Engagement mit dem Kaiser, Schweden und dem Staat bekannt, betragen solle?“ [6])

Der französische Außenminister Colbert de Croissy wußte jedoch, selbst dieser kategorischen Fragestellung auszuweichen. Die Gefahr eines schwedischen Truppentransportes war in seinen Augen nur ein Hirngespinst des Kurfürsten. Er wollte sich deshalb auch nur zu einer Erklärung des Inhalts an Karl XI. bereit finden lassen, daß Frankreich einen Truppentransport nach Deutschland als Grund zum Kriege ansehen werde.

Diese neue ablehnende Haltung der französischen Regierung ist auf die veränderte Lage im Reich zurückzuführen. Ludwig XIV. hatte inzwischen von einem sofortigen Abbruch der Friedensverhandlungen abgesehen und die Entscheidung bis zum Februar hin-

---

1) U. A. 19 S. 447.

2) U. A. 19 S. 446 Kurf. an Spanheim 29. 9./9. 10. 82. In diesen Tagen erfolgte die Besetzung Grecsiels in Ostfriesland, wo sich die Interessengebiete beider Länder stark berührten.

3) Rep. XI, 89. Frankreich Fasc. 35 Kurf. an Spanheim, 3./13. 10.

4) v. 12./22. 10. 1682; Londorp XI, S. 442.

5) Dem Schwedenkönig wurden für 20 000 Mann Quartiere auf Reichsboden zugesichert. Die Unkosten des Unternehmens sollte der Schwede allein tragen. Kaiser Leopold wollte sich aber bei Spanien und den Generalstaaten um Subsidien bemühen. Rep. I Nr. 16 A und B Rel. Dietrichs und Krockows Februar—Winter 1682.

6) Rep. XI, 29 Frkr. Fasc. 35. U. A. 19, S. 452. Kurf. an Spanheim 25. 11./5. 12. 82.

ausgeschoben. Er war vorerst nicht mehr auf die unbedingte Unterstützung des Brandenburgers angewiesen. Die Enttäuschung des Kurfürsten muß außerordentlich gewesen sein. Er hatte allmählich erfahren müssen, daß Frankreich allein aus ihrer Freundschaft den Nutzen zog. In seiner Verbitterung wollte er auf jede Offensive im Norden verzichten. Er wies deshalb seinen Gesandten in Paris an, von seinen bisherigen Vorstellungen Abstand zu nehmen [7]). Wie aus einer brandenburgischen Denkschrift jener Tage [8]) hervorgeht, wurde sogar ein Kurswechsel erwogen. Der Verfasser, Fuchs, zog das Für und Wider der beiden großen Parteien in Erwägung, um sich dann zum Schluß für den Mittelweg und eine abwartende Stellung zu entscheiden, da seinem Kurfürsten auf diese Weise die französischen Subsidien und die dänische Freundschaft erhalten blieben. Eine derartige Politik sei bei dem Charakter des brandenburgisch-französischen Bündnisses leicht möglich, da man sich darin nur zur Friedenspolitik auf dem Fuß der Frankfurter Propositionen verpflichtet habe. Auch diese Denkschrift sah von einer offensiven Haltung Brandenburgs gegen Schweden ab und trat für ein Bündnis mit dem braunschweigischen Hause ein.

Die Berichte Rébénacs über die Stimmung am Berliner Hof [9]) gaben der französischen Regierung berechtigten Anlaß zur Sorge [10]). Um die Freundschaft des Kurfürsten, deren man zur Anerkennung der Reunionen bedurfte, nicht einzubüßen, sah sich der französische König gezwungen, wenigstens scheinbar gegen Schweden Stellung zu nehmen. Colbert de Croissy griff deshalb die alten brandenburgischen Offensivpläne im Norden auf und erklärte sich für den Fall einer schwedischen Landung zu gemeinsamen Operationen bereit [11]) [12]), die in einem neuen Vertrag genau festgelegt werden sollten.

Die französische Diplomatie hatte damit den rechten Weg ein-

---

7) „Bei so gestalteten Sachen und einer solchen Conduite des aldortigen Hofes wissen wir endlich nicht, worauf wir uns zu verlassen und wie wir uns in die Sache zu schicken. Zwar sein wir nicht gemeinet, von denen bekannten foederibus abzuweichen, und werden denselben unseres Orts ein Genüge leisten. Daß wir uns aber Frankreich zu gefallen fast aller Welt in die Augen stellen und ihnen bei jedermänniglich gleichsam das Wort sprechen sollten, dabei finden wir so wenig unsere Sicherheit als uns auch zugleich müglich und tunlich fallen will, solches länger zu continuieren." U. A. 19, S. 455. Kurf. an Spanheim 26. 12./6. 1. 83.

8) Sie ist undatiert. Ranke datiert: Ende 1682, Hirsch und Fehling dagegen Anfang 1683. Die Denkschrift scheint in den Tagen aufgesetzt worden zu sein, in denen der Kurfürst von einer Eroberungspolitik im Norden Abstand nahm (also Anfang Januar n. St.).

9) Das französische Vorgehen in Orange, dem zukünftigen Erbe seiner Kinder aus 1. Ehe, trug auch sein Teil zur Verstimmung des Kurfürsten bei.

10) Von Amerongen verbreitete Gerüchte eines Kurswechsels verschlimmerten die Lage noch.

11) Bereits Ende 1682 hatte er Spanheim einen derartigen Vorschlag gemacht. Rep. XI, 89 Frkr. Fasc. 35 Rel. Spanheims 25. 12. 82.

12) Fehling (S. 192) macht dem Kurfürsten den Vorwurf, diesen günstigsten Augenblick der Eroberung Pommerns verpaßt zu haben.

geschlagen. Friedrich Wilhelm ließ sofort alle Gerüchte eines beabsichtigten Frontwechsels dementieren. Das Bündnisangebot wurde freundlich aufgenommen. Schwierigkeiten ergaben sich nur bei den Bestimmungen über den Beitritt der braunschweigischen Häuser[13]), an dem Friedrich Wilhelm sehr viel lag, der hingegen von Rébénac abgelehnt wurde. Es war aber trotzdem mit einer baldigen Einigung zu rechnen. Infolge des französisch-dänischen Bündnisabschlusses, der für Dänemark zum 1. Juni Aktionssubsidien in Höhe von 600 000 Talern vorsah, gerieten die Verhandlungen jedoch plötzlich völlig unerwartet ins Stocken. Brandenburg hatte daraufhin sofort seine Forderungen in die Höhe geschraubt. Eine neue Weisung an Rébénac, die ihm Verschleppung der Verhandlungen empfahl, trug zur Erhöhung der Spannung bei. In Paris war wieder ein Umschwung eingetreten. Die Gefahr einer schwedischen Landung wurde mit einem Mal nicht mehr anerkannt. Auch war der französischen Regierung nichts an einem Vergleich mit dem Hause Braunschweig gelegen. Da Rébénac aber die brandenburgische Freundschaft nicht aufs Spiel setzen wollte, gab er schließlich in dieser grundlegenden Meinungsverschiedenheit nach und ließ sich zu einem Bündnisababschluß bereitfinden[14]), der den Wünschen des Kurfürsten gerecht wurde. Frankreich sollte sich in diesem Vertrag verpflichten, seinen brandenburgischen Verbündeten bei seinem Angriff auf Schweden, mit dem dieser der schwedischen Landung zuvorkommen wollte, zu unterstützen. Brandenburg sollten bereits vom 1. Mai ab Kriegssubsidien in Höhe von 300 000 Talern ausgezahlt werden. Von einem Angriff auf das braunschweigische Haus ist in diesem Abkommen nichts zu lesen. Rébénac hatte sich lediglich mit der Bestimmung begnügen müssen, daß man im Fall eines Angriffs von mehreren Seiten noch andere Maßnahmen treffen werde.

Einen ungleich offensiveren Charakter als dieser Vertrag trug das am gleichen Tage unter Rébénacs Mitarbeit geschlossene Concert[15]) zwischen Brandenburg, Dänemark und Frankreich, das der französische Gesandte aber nicht mitunterzeichnete. Während man sich im Reich auf eine Politik des Friedens festgelegt hatte[16]), sahen die Bestimmungen über den Norden den Krieg gegen Schweden und gegebenenfalls gegen Braunschweig vor, wenn es nicht gelingen sollte, das Welfenhaus auf die eigene Seite zu ziehen oder zum mindesten zur Neutralität zu bewegen. Bei Beendigung des Krieges wurde dem Brandenburger der Erwerb von ganz Vorpommern, Stralsund und Rügen zugesichert. Die Verbündeten wollten nicht eher Frieden schließen, bis die Schweden aus dem Reich vertrieben seien.

---

13) Über die Stellung Braunschweigs zu derartigen Offensivplänen s. Multhoff, S. 19 ff.

14) Vertrag v. 30. April 1683. Moerner, S. 439.

15) Moerner, S. 440.

16) Dieses Abkommen kann als weitere Ausführung des Vergleichs von Itzehoe angesehen werden.

Friedrich Wilhelm bemühte sich gleich nach dem Zustandekommen dieses Concerts, auch die Braunschweiger[17]) für diese Pläne zu gewinnen. Der Geheime Rat von Meinders[18]) wurde zu diesem Zweck an die Höfe der Herzöge geschickt. Er war zum Abschluß eines Bündnisses ermächtigt, dessen Vorbedingung Anerkennung der Frankfurter Propositionen sein sollte. Im übrigen hatte er die braunschweigische Stellungnahme im Fall einer schwedischen Landung zu sondieren. Die brandenburgischen Vorstellungen vermochten aber nicht, die Herzöge zu überzeugen. Das Bündnisangebot wurde abgelehnt, da es sich nicht mit ihrer und des Kaisers Ansicht über den Universalfrieden vereinbaren lasse. Für den zerrütteten Zustand des Reiches seien allein die mit Frankreich verbündeten Stände verantwortlich zu machen. Von ihrer Rückkehr zur deutschen Sache hinge die Rettung des Vaterlandes ab. Im Norden waren die Herzöge nur an der Erhaltung des Friedens interessiert[19]). An Offensivabsichten Schwedens glaubten sie nicht, da diese Macht nie mit einem Erfolg ihren gut aufgerüsteten Nachbarn gegenüber rechnen könnte. Sie erklärten sich aber trotzdem zur Unterstützung etwaiger defensiver brandenburgischer Abwehrmaßnahmen bereit. Diese grundlegend verschiedene politische Haltung Brandenburgs und Braunschweigs sollte weiter keine Folgen haben, da der Kurfürst von anderer Seite — nämlich von Frankreich — zur Aufgabe seiner Eroberungspläne im Norden gezwungen wurde.

Ludwig XIV. hatte das Concert, das Frankreich einseitig zugunsten Brandenburgs und Dänemarks festgelegt hatte — er sollte sich u. a. zum Truppenvormarsch an den Rhein und die Weser verpflichten, um die kriegslustige Partei, vor allem die Braunschweiger und die Generalstaaten von einer Unterstützung Schwedens zurückzuhalten — verworfen. Auch dem brandenburgisch-französischen Vertrag versagte er seine Anerkennung und verlangte eine Abänderung der Bestimmungen, die sich auf den schwedischen Truppentransport bezogen. Von einer erhöhten Subsidienzahlung ab 1. Mai könnte keine Rede sein. Der Kriegsfall sei erst gegeben, wenn der schwedische Truppentransport ins Reich vollzogen sei[20]). Die Ratifikation eines in diesem Sinne geänderten Vertrags, dem auch das Concert fehlte, wurde wiederum von Friedrich Wilhelm verweigert[21]). Enttäuscht über die Unzuverlässigkeit und Eigennützigkeit des französischen Königs gab er vorläufig den Plan einer Eroberung Pommerns auf[22]). Er hatte eingesehen, daß Frankreich ihn nie gegen Schweden unterstützen würde und nicht das geringste

17) Multhoff, S. 23.
18) U. A. 22. S. 178. Rel. v. Meinders 2./12. 5. 83.
19) Auch Sachsen war an der Ruhe im Norden gelegen. Rep. 41 Nr. 2 b. Konferenz zwischen dem sächs. Gesandten Bose und Fuchs 6./16. 6. 83.
20) Fehling, S. 216 ff. ist der Ansicht, daß Ludwig XIV. damit die Gelegenheit verpaßt habe, seine Herrschaft über ganz Europa auszudehnen. Vgl. dazu Platzhoff, H. Z. 121.
21) U. A. 19 S. 619; Kurf. an Meinders 24. 5./3. 6. 83.
22) U. A. 19 S. 471; Kurf. an Spanheim 22. 5./1. 6. 83.

Interesse an einer brandenburgischen Machterweiterung im Norden hatte. Nur in Augenblicken der Krisis war man ihm entgegengekommen. Seine Verbitterung war groß, hatte ihn doch hauptsächlich der Wunsch nach dem Erwerb Pommerns auf Frankreichs Seite getrieben. Aber trotz seiner Enttäuschung kam es in jenen Tagen nicht zum offiziellen Bruch mit Frankreich. Der Kurfürst rückte nur innerlich von Ludwig XIV. ab[23]).

Die Verzichtleistung des Kurfürsten auf Eroberungen im Norden sollte zum ersten Mal auf der Hamburger Konferenz, bei der Brandenburg, Dänemark, Braunschweig, Münster und Frankreich vertreten waren, deutlich werden. Der Anschluß Braunschweigs an das brandenburgisch-dänische Concert und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Kriegsplanes gegen Schweden war ursprünglich der Zweck dieser Zusammenkunft gewesen. Nach dem Umschwung der kurfürstlichen Politik im Norden mußte es die vornehmste Aufgabe ihres Vertreters sein[24]), die dänische Angriffslust einzudämmen. An einen Anschluß Braunschweigs an die Alliierten war unter diesen Umständen nicht zu denken. Der hannoversche Gesandte Grote, der die Uneinigkeit der Verbündeten geschickt ausnutzte, bestand auf einer bindenden Erklärung Frankreichs über sein beabsichtigtes Vorgehen im Reich, was Rébénac schroff zurückwies.

Schon nach wenigen Tagen ging diese Konferenz, die durch die veränderte politische Lage von vornherein zum Scheitern bestimmt war, sang- und klanglos auseinander. Die Annäherung Braunschweigs an Brandenburg und ein gemeinsamer Bündnisabschluß, zu dem bereits Meinders ermächtigt war, blieben der Mission des Lüneburgers von Heimburg nach Berlin überlassen. Aber auch die Berliner Beratungen[25]) führten zu keinem Ergebnis, trotzdem in der Politik des Nordens volle Übereinstimmung herrschte[26]). Die reichspolitischen Ansichten waren zu verschieden[27]). Während Braunschweig, als Anhänger der kaiserlichen Partei, einen Universalfrieden forderte, bestand der Kurfürst von Brandenburg trotz seiner großen Enttäuschung noch immer auf der unbedingten Annahme der Frankfurter Propositionen und hielt an seinem alten reichspolitischen Programm fest.

b) Der Türkeneinfall und seine Folgen. (Die Mission Anhalts.)

Ganz wirkungslos sollte aber die bittere Erfahrung, die der Kurfürst mit seinen pommerschen Eroberungsplänen hatte machen

23) Kurfürst an Spanheim 7./17. 7. 83. S. Beilage IV. S. 139.
24) U. S. 22 S. 186. Rel. Meinders. 1./11. 6. 83.
25) U. A. 22. S. 189 Protokoll der Verhandlungen vom 7./17. 6. 1683.
26) Ein Allianzvorschlag des Hannoveraners (U. A. 22 S. 190, Rep. XI Nr. 141 b) v. 10./20. 7. sah eine Bestätigung des Defensivbündnisses von 1681 und dessen Erweiterung durch die Herzöge von Celle und Wolfenbüttel vor. Das neue Bündnis sollte sich bewußt gegen Schweden richten.
27) Rep. XI Nr. 141 b. Rel. v. d. Busche 29. 7./8. 8. 1683.

müssen, nicht auf seine Politik bleiben, zumal Frankreich sich in keiner Weise bemühte, die alten, freundschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen. Die Androhung neuer Reunionen von Seiten Ludwigs XIV. trug dazu bei, die bestehende Kluft zu vertiefen. Friedrich Wilhelm war schon verschiedene Male bei Ludwig XIV. vorstellig geworden und hatte ihm angedroht, weiteren Gewaltmaßnahmen seinen Beistand zu verweigern. Ihr letzter Vertrag verpflichte ihn nur zur Garantie des französischen Besitzstandes vom Sommer 1681. Der französische König hatte diesen brandenburgischen Erklärungen weiter keine Bedeutung beigemessen. Um sich aber doch den Kurfürsten möglichst gefügig zu machen, wurde ihm spätere Rückgabe aller neu erfolgten Reunionen zugesichert. Ludwig erbot sich außerdem, allen seinen Anhängern, soweit sie Ansprüche an andere Reichsstände hätten, durch Austausch der neu reunierten Gebiete zu ihrem rechtmäßigen Besitz zu verhelfen[28]). Der Brandenburger stand diesen Angeboten äußerst skeptisch gegenüber[29]). Ein Zusammenschluß aller Friedliebenden zur gegenseitigen Hilfeleistung wurde von ihm glatt abgelehnt, da die Machtverhältnisse bei den einzelnen Fürsten zu verschieden seien[30]). Er schenkte den Absichten der französischen Regierung kein Vertrauen und führte ihr deshalb nochmals die Notwendigkeit einer Erhaltung des Friedens vor Augen[31]). Im April 1683 forderte er sogar eine offizielle Erklärung, daß Frankreich selbst bei Ausbruch eines offenen Konflikts im Norden von allen weiteren Reunionen Abstand nehmen wolle[32]), was aber von Colbert de Croissy abgelehnt wurde. Die französische Regierung könne sich nicht offiziell festlegen[33]). Sie wollte sich höchstens zu einer mündlichen, rein privaten Erklärung an den Brandenburger bereit finden lassen[34]).

Das reichspolitische Programm des Kurfürsten schien damit von zwei Seiten gefährdet, von der kaiserlichen Partei und von Ludwig XIV. Aber trotz dieser Erkenntnis glaubte der Kurfürst, den offenen Bruch mit Frankreich nicht verantworten zu können[35]), da dieser Schritt eine isolierte Stellung Brandenburgs oder bestenfalls einen ungünstigen Vertrag mit dem Kaiser und der kriegerischen Partei zur Folge haben müßte. Friedrich Wilhelm machte aber aus seiner Verstimmung kein Hehl. Er ließ verschiedentlich seine Geneigtheit zum Zusammenschluß mit dem Kaiser durchblicken.

---

28) Rep. XI 89 Frkr. Fasc. 35 Aufzeichnungen von Fuchs, 2./12. 11. 82.
29) U. A. 19 S. 450 Kurf. an Spanheim 11./21. 11. 82.
30) Rep. XI 89 Frkr. Fasc. 36 Kurf. an Spanheim 23. 1./2. 2.
31) Rep. XI 89 Frkr. Fasc. 36 Kurf. an Meinders 9./19. 2. 83.
32) Rep. XI 89 Frkr. Fasc. 36 Kurf. an Spanheim 11./21. 4.
33) Rep. XI 89, Frkr. Fasc. 36 Rel. Spanheim 27. 4./7. 5. 83.
34) Rep. XI 89, Frkr. Fasc. 36 Rel. Spanheim 11./21. 5. 83. Brandenburg wollte einen entsprechenden Artikel in die April-Allianz aufnehmen, was aber von Rébénac zurückgewiesen wurde. Vgl. Fehling, S. 159 ff.
35) Vgl. die Denkschrift Fuchs' U. A. 19 S. 457.

Leopold I. nutzte diese günstige Situation sofort aus. Sein Gesandter Lamberg wurde mit einem Bündnisprojekt nach Berlin geschickt. Zweck dieser Allianz sollte Erhaltung des Friedens auf dem Fuß der Schlüsse von Münster und Nimwegen sein. Alle bestehenden Verträge, die damit nicht in Einklang ständen, seien zu kündigen. Darüber hinaus verlangte der Kaiser vom Brandenburger nach Wiederherstellung der Ruhe im Osten ein offensives Vorgehen gegen seinen alten Verbündeten Frankreich[36]). Dieses Angebot wurde in Berlin überraschend gut aufgenommen. Rébénac und Meinders weilten in Hamburg, so daß ihre Gegenarbeit nicht zu fürchten war. Die Anerbietungen Lambergs waren aber so gering, daß es trotz der kaiserfreundlichen Stimmung in Berlin zu keinem Bündnisabschluß kommen sollte. Schwierigkeiten ergaben sich einmal durch die brandenburgischen Ansprüche auf Schlesien, die kaiserlicherseits nicht anerkannt wurden. Als Ersatz für die fortfallenden französischen Gelder verlangte der Kurfürst ferner eine jährliche Summe von 300 000 Reichstalern, von denen er trotz aller Einwände Lambergs, daß diese Summe die Zahlungsfähigkeit seiner Regierung weit übersteige, nicht abging. Die Lage der Kaiserlichen sollte noch schwieriger werden, als Meinders und Rébénac aus Hamburg zurückkehrten und mit ihrer Gegenaktion einsetzen konnten. Wieder einmal waren die brandenburgisch-kaiserlichen Bündnisverhandlungen gescheitert. Lamberg verließ den Berliner Hof, um aber schon bald in einer wichtigeren Angelegenheit, — nämlich wegen der Türkenabwehr — dorthin zurückzukehren.

Kara Mustapha war mit seinen Scharen in unaufhaltsamem Siegeslauf plündernd und brennend durch Ungarn gezogen, hatte wider Erwarten die Festung Raab liegen lassen, um sich direkt gegen Wien zu wenden. Die Sorglosigkeit des Kaisers hatte sich bitter gerächt. Hals über Kopf verließ Leopold die Hofburg und begab sich mit seiner Familie nach Passau. Die kaiserliche Armee allein konnte den Türken keinen wirksamen Widerstand leisten. Sie war auf die Unterstützung der mächtigsten deutschen Fürsten angewiesen. Auch an den Kurfürsten von Brandenburg erging ein Hilfegesuch des Kaisers. Lamberg erhielt den Auftrag, um 6000 Mann Türkenhilfe gegen jährliche Zahlung von 200 000 Reichstalern zu bitten, die diesem sofort zugestanden wurden. Friedrich Wilhelm ging sogar noch über das kaiserliche Gesuch hinaus und erbot sich zu einer doppelt so großen Hilfeleistung[37]) unter dem Kommando des kaisertreuen Derfflinger, an den bereits die nötigen Befehle ergangen waren. Als Entschädigung verlangte er 600 000 Reichstaler. Die Forderung eines vorherigen Friedensschlusses mit Frankreich, an der bisher alle kaiserlich-brandenburgischen Verhandlungen gescheitert waren, trat mit einem Mal zurück. Der Kurfürst ließ den Kaiser nur auf die Vorteile eines baldigen deutsch-französischen Friedens hinweisen.

36) U. A. 14,2 S. 1068 Anm. 1.
37) U. A. 14,2 S. 1073, Lamberg an den Kaiser 18. 7. 1683.

Was hatte dieses plötzliche Entgegenkommen des Brandenburgers veranlaßt? Die Nachrichten über die Lage der Stadt Wien hatten auch den Kurfürsten tief ergriffen. Eine ernste Sorge hatte sich seiner bemächtigt. Das Reich und seine eigenen Lande standen in Gefahr. In ehrlicher Begeisterung wollte auch er seinen Teil zur Abwehr des Islams, dieses Feindes der gesamten Christenheit, beitragen. Das kaiserliche Gesuch dünkte ihn viel zu gering. Wenn er seine Truppen überhaupt zur Verfügung stellte, dann sollte es auch in so erheblichem Maße sein, daß man ihm später den Ruhm des Befreiers Wiens nicht verweigern konnte.

Nur mit Mühe gelang es dem Fürsten von Anhalt, den Kurfürsten zu einer Herabminderung seines Angebotes auf 6000 Mann zu veranlassen. Von einer Subsidienforderung in Höhe von 300 000 Reichstalern ging Friedrich Wilhelm hingegen nicht ab. Nur gegen Zusicherung des Fürstentums Ostfriesland wollte er auf 100 000 Reichstaler verzichten. Bei einer Entschädigung von 200 000 Reichstalern war er gewillt, von einer Rückgabe Jägerndorfs abzusehen. Anhalt rechnete sogar mit einer Verzichtleistung Brandenburgs auf die drei schlesischen Herzogtümer. Zu einer endgültigen Entscheidung führten die Verhandlungen Lambergs nicht, trotzdem dieser alles daran gesetzt hatte, den Kurfürsten zu einer sofortigen Absendung seiner Truppen zu veranlassen. Überzeugt von der ungeheuren Wichtigkeit der Vorgänge vor Wien hatte nämlich Friedrich Wilhelm beschlossen, seinen Schwager, den Fürsten von Anhalt, in außerordentlicher Mission zum Kaiserhof nach Passau zu schicken, um dort das Angebot einer brandenburgischen Türkenhilfe und einer näheren Zusammensetzung zu erneuern. Allein die Wahl dieser kaisertreuen Persönlichkeit war charakteristisch für die Einstellung des Kurfürsten in jenen Tagen. Wußte er doch, daß Anhalt das größte Vertrauen am Kaiserhof genoß [38]).

Anhalt selbst hatte die Mission nur unter der Bedingung übernommen, daß der Inhalt derselben restlos mit seiner eigenen politischen Überzeugung vereinbar sei [39]). Die Instruktion war dementsprechend sehr entgegenkommend abgefaßt [40]), Friedrich Wilhelm ließ dem Kaiser eine Türkenhilfe in Höhe von 6000 Mann anbieten, die sich aus 4500 zu Fuß, 1000 zu Pferde und 500 Dragonern zusammensetzten sollte. Die Unkosten dieser Truppen wollte der Kurfürst selbst tragen. Gute Aufnahme und Marschverpflegung in kaiserlichen Landen setzte er als selbstverständlich voraus. Gleich den letzten Verhandlungen mit Lamberg fehlte auch der Weisung an Anhalt die schroffe Forderung einer unbedingten Annahme der Frank-

---

38) „Dat soo hy een ander als hem, heere Furst, daartoe emploeerde, by den Keyser noch seyne ministres geen geloef soude vinden, gelijck de experimentie hadde doen sien zedert een jaar herwaert's in 't afsenden van de Heeren Crockau ende Schwerin." Correspondentie Amerongen 20. 7. 83. S. 571.

39) U. A. 20 S. 776. Correspondentie Amerongen 20. 7. 83. S. 571.

40) Rep. I. Nr. 18 a, U. A. 21 S. 154 Instruktion vom 13./23. 7. 83.

furter Propositionen. Die Sorge des Kurfürsten um den Bestand der Westgrenze hatte zwar nicht nachgelassen. Sie mußte im Augenblick nur zurücktreten vor der Gefahr, die im Osten drohte. Friedrich Wilhelm ließ den Kaiser vor den kriegerischen Absichten Ludwigs XIV. warnen und ihm anraten, sich vorher Frankreichs zu vergewissern, damit dieses nicht das Reich im Rücken angreife [41]). Der Kurfürst hatte sogar neue kriegerische Verwicklungen im Westen in Erwägung gezogen. Für diesen Fall versprach er dem Kaiser: „daß, da nach Gottes Verhängnis ein neuer Krieg wider das Reich entstehen und selbiges mit einer auswärtigen Heeresmacht überzogen werden sollte, Wir alsdann gleich andern getreuen Ständen alles dasjenige mittun und vornehmen wollen, was zu Erhaltunge des Reiches und Abwendung der Gefahr gereichen kann und mag." Als Gegenleistung forderte er 200 000 Reichstaler und Überweisung Ostfrieslands sowie der Grafschaften Bentheim und Rietberg anstelle der dritten 100 000 Taler, von denen er andernfalls nicht abgehen wollte. Er ließ außerdem an die Zahlung der rückständigen spanischen Subsidien, die sich ebenfalls auf 300 000 Taler beliefen, gemahnen. Für den Fall der Zahlungsunfähigkeit behielt sich der Kurfürst Herabminderung seiner Türkenhilfe proportional den zurückgehaltenen Geldern vor. Wie bisher bestand er auf Rückgabe des Herzogtums Jägerndorf oder auf einer anderweitigen Entschädigung [42]). Seine Ansprüche auf die drei schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau wollte er hingegen zurückstellen, damit es nicht das Ansehen gewänne, als wollte Brandenburg aus dem Unglück des Reiches Vorteil ziehen. Für den Fall, daß man in allen diesen Punkten zur Einigung käme, war Anhalt zu Bündnisverhandlungen ermächtigt.

Die Anhaltsche Mission mußte sofort Mißtrauen und Sorge bei der französischen Partei in Berlin wachrufen. Rébénac ließ es zwar nicht an den nötigen Gegenvorstellungen fehlen, die aber nicht den erhofften Erfolg haben sollten. Die Stellung des französischen Gesandten war in jenen Tagen eine äußerst schwierige. Allenthalben versuchte man ihm entgegenzuarbeiten. Unterstützung fand er nur bei Meinders, der persönlich mit Anhalt verfeindeten Kurfürstin und seltsamerweise bei dem sonst kaiserlich gesinnten Geheimen Rat Fuchs, der dafür die schlimmsten Vorwürfe seines Herrn einstecken mußte [43]). Auf Veranlassung dieser beiden brandenburgischen Minister legte Rébénac in einer besonderen Schrift alle Gründe dar, die gegen eine Türkenhilfe sprachen. Dieselbe sollte Fuchs als Unterlage für seine Vorstellungen beim Kurfürsten dienen. Eindringlich erinnerte der französische Gesandte an den Frie-

41) Dieselbe Haltung nahm Friedr. Wilh. in einem Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen ein, der ihn ebenfalls um Türkenhilfe ersucht hatte.

42) Der Kurfürst forderte eine kaiserliche Vermittlung für Überweisung der sächsischen Ämter Querfurt, Jüterbog, Damm und Burg oder Stettins.

43) U. A. 20 S. 776 Rel. Rébénacs 21. 7. 83. Die Akten enthalten leider keine Erklärung für die Haltung von Fuchs.

den, dessen schleuniger Abschluß jetzt allein in den Händen des Brandenburgers läge. Er warnte davor, sich falschen Hoffnungen hinzugeben. Ludwig XIV. denke nicht daran, auch nur im Geringsten von seinen Friedensvorschlägen abzugehen. In diesem kritischen Augenblick benutzte Rébénac wieder einmal die pommersche Frage, um Friedrich Wilhelm seinem König zurückzuführen. Brandenburg sei der einzige Staat im Norden, der seine Lande von Truppen entblößen wolle, um sie nach Südosten zu werfen. Die natürliche Folge müsse ein Vorschreiten Schwedens in Norddeutschland sein, das dann nicht mehr aufzuhalten sei [44]).

Fuchs teilte alle diese Argumente seinem kurfürstlichen Herrn mit und versuchte, ihn zur Wendung zu veranlassen. Friedrich Wilhelm bedauerte daraufhin wohl seine Schärfe gegenüber Rébénac, und beteuerte in alter Weise seine Friedensabsichten [45]). Das Angebot einer Türkenhilfe, die er als Reichsfürst leisten müsse, sei aber mit seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber durchaus vereinbar. Er könne es nicht zurücknehmen, da Brandenburg selbst durch die heranwälzende türkische Heeresmasse bedroht sei. Sobald die Gefahr im Osten nachlasse, werde er aber einen Teil seiner Hilfstruppen zurückrufen. Er könne und wolle nicht glauben, daß der allerchristlichste König die brandenburgische Hilfeleistung wider die Türken nicht billige, da diese doch zum Wohl der gesamten abendländischen Christenheit geleistet werde [46]).

In diesem Antwortschreiben behauptete der Kurfürst mit einem Mal, daß der Friedensschluß mit Frankreich zu den Hauptpunkten der Anhaltschen Instruktion gehöre, was, wie wir sahen, keineswegs den Tatsachen entsprach. Der Fürst von Anhalt war inzwischen nach Passau abgereist, wo sich der Kaiser zur Zeit aufhielt. Die Abwesenheit Anhalts erleichterte die Gegenarbeit der französisch Gesinnten erheblich. So gelang es Fuchs, den Kurfürsten am 23. 7./ 2. 8., einen Tag nach der Beantwortung des Rébénacschen Schreibens, zu einer neuen Weisung [47]) an Anhalt zu veranlassen, in der er plötzlich wieder seine Türkenhilfe von der vorherigen Annahme des deutsch-französischen Friedens oder des gerade angebotenen Waffenstillstandes abhängig machte [48]). „Es käme jetzo darauf an,

44) U. A. 20 S. 779, O. Klopp, S. 547 f.; Rébénac an Fuchs 21. 7.

45) Que c était dans cette vue qu' elle voulait continuer ses offices pour la paix autant que jamais; que ce serait le premier et le principal point de l' instruction pour M. le prince d' Anhalt; qu'elle ferait tout son possible pour cela et satisferait ponctuellement à ce que les traités exigent d' elle; qu' elle souhaitait et espérait que l' Empereur y ferait due réflexion et qu' elle ne laisserait rien en arriere pour l' y porter par des Raisons et d' autres voies convenables".

46) U. A. 20 S. 781; Klopp S. 549; Fuchs an Rébénac 22. 7. 83.

47) U. A. 21 S. 155, Rep I Nr. 18 a Kurf. an Anhalt 23. 7./2. 8. 83. Bei der neuen Weisung handelt es sich um eine Nachschrift. Der Hauptteil des Briefes ist weder im Berliner noch im Zerbster Archiv vorhanden. Das Schreiben, das von Fuchs aufgezeichnet wurde, ist bereits im Konzept vom Kurfürsten unterzeichnet.

48) vgl. Correspondentie Amerongen, S. 575 vom 27. 7. 83.

ob man mit Frankreich auf die proponierte alternatio ante finem Augusti schließen sollte oder nicht“ [49]).

Dieser Befehl stand völlig im Widerspruch zu den politischen Wünschen Anhalts. Der Fürst nahm ihn deshalb nur äußerst widerstrebend zur Kenntnis. Sehr willkommen war ihm dagegen eine einen Tag später von Meinders entworfene Weisung [50]), die die Annahme der französischen Proposition mit keinem Wort erwähnte. Beunruhigt durch schlechte Nachrichten aus dem Osten ließ der Kurfürst Anhalt vom Stand seiner Marschvorbereitungen unterrichten. Binnen 3 Wochen würden 16—18 000 Mann an der schlesischen Grenze stehen. Anhalt sollte dafür Sorge tragen, daß der Kaiser ungesäumt die nötigen Befehle an seine Kommissare ergehen lasse, damit diese die brandenburgischen Truppen in Empfang nehmen und für ihren Marschproviant Vorkehrungen treffen könnten. Die Regimenter hätten bereits ihre Patente erhalten. Als Gegenleistung forderte der Kurfürst Zuweisung von Quartieren im Reich, Anerkennung der brandenburgischen Satisfaktion und des Rechts auf Jägerndorf.

Anhalt glaubte die Weisung vom 23. 7./2. 8. durch diese jüngste Ordre als überholt ansehen zu können [51]). Diese Auffassung wurde

---

49) „Würde nun solches geschehen und man uns dessen versichern, so sollte unsere Armee von 16—18 000 Mann, welche Wir das Rendez-vous bei Crossen assignirt, sofort zur Rettung I. K. M. Erblande marschiren und wann Unsere Kräfte es zuließen, wollten Wir selber Unser noch übriges Blut vor I. K. M. und das Reich mit Freuden aufopfern. Sollte man aber über Vermuten denenjenigen, so I. K. M. und des Reiches Ruin suchen, mehr Gehör geben als getreuem Patriotischem Rate und durch Ausschlagung der von Frankreich getanen Offerte, auch dessen Macht wider das Reich ziehen, so würden wir aus äußerster Not gezwungen werden, auf dergleichen klägliche Mittel bedacht zu sein, welche diejenige, so im Schiffbruche begriffen, zu ergreifen pflegen, da nämlich ein jeder in solcher fatalen Not sich und das seinige so gut er kann, zu salviren suchet.“ — Im gleichen Sinn hat der Kurfürst dann auch die Gesuche des Fürsten von Sachsen-Lauenburg und des Kurfürsten von Sachsen beantwortet Vgl. U. A. 19 S. 839—847.

50) Rep. I. Nr. 18 a, U. A. 21 S. 156 Anm. 1. Kurf. an Anhalt 24. 7./3. 8. 83. Vgl. Correspondentie Amerongen vom 31. 7. 83. S. 577.

51) Anhalt hatte in der ersteren den Einfluß des französischen Gesandten erkannt. Er schrieb deshalb nach Berlin: „Nun erinnere ich mich gar wohl, was mir Mr. Rébénac kurz vor meiner Abreise gesaget, auch nachgehendst eben derselbigen Formalien in seinem Brief an den H. Geh. Rat Fuchsen gebrauchet, daß es nur bei E. Ch. Dl. bestünden, den Frieden mit Frankreich innerhalb 8 Tagen zu verschaffen, wann sie dem Kaiser keine Hülfe schicken würden als nach den geschlossenen Frieden mit Frankreich, und also vermutlich ermelter Herr Rébénac dieses Passage in dem P. S. wird solicitiret und ausgebeten haben. — So werde ich solches billig bei den letzten Befehl müssen bewenden lassen, und mich an selben halten, bis daß E. Ch. Gn. mir pure und absolut befehlen, daß sie die Hülfe nicht ehender, bis das Werk mit Frankreich gänzlich adjustiert und abgetan worden schicken wollen, welches dann wie E. Ch. Gn. höchstvernünftig ermessen werden, der Stadt Wien ein sehr später Succurs werden dürfte und durch dieses Mittel Frankreich aufs eifrigste sich befleißgen werde, die bevorstehende Friedens oder Armistitii Tractaten aufzuhalten, damit E. Ch. Gn. genereuser und patriotischer Intent accroschiret und Wien darüber verloren gehen möchte.“ Rep. I. Nr. 18 a Rel. Anhalts vom 4./14. 8. 83.

dem Gesandten sehr leicht gemacht, da der letzten Weisung, die alle kurfürstlichen Gegenforderungen aufzählt, die Hauptbedingung der Propositionsannahme fehlte. Die Unklarheit ist auf die schwankende Haltung des Kurfürsten selbst zurückzuführen, der zunächst in ehrlicher Begeisterung alles vor der Türkenhilfe zurückgestellt hatte, um dann, als die erste Erregung abgeflaut war und der Einfluß Rébénacs sich wieder in vollem Maße geltend machen konnte[52]), sein altes Programm wieder aufzunehmen. Man mag es in Berlin wohl für überflüssig gehalten haben, noch einmal auf den Frieden mit Frankreich hinzuweisen. Anhalt hat es jedenfalls bewußt unterlassen, die letzten kurfürstlichen Schreiben genau zu interpretieren. Er hätte sonst sehen müssen, daß die jüngste Ordre hauptsächlich auf militär-technische Dinge einging und eine Ergänzung zu dem Befehl vom Tage zuvor bildete, der das Hauptgewicht auf die allgemeine politische Lage und die daraus erwachsenen Notwendigkeiten legte[53]). Der Vorwurf einer Instruktionsübertretung kann Anhalt nicht erspart bleiben. Er war von dem Stimmungsumschwung seines Herrn unterrichtet und hätte demselben Rechnung tragen müssen. Wenn dieses aber mit seiner eigenen politischen Überzeugung unvereinbar war, hätte er von seiner Mission zurücktreten müssen, was ihm jederzeit möglich gewesen wäre, da er Übereinstimmung der politischen Ansichten bei der Übernahme des Auftrages zur Bedingung gemacht hatte. Wenn Anhalt aber weiterhin am Kaiserhof blieb und im Namen des Kurfürsten getreu seiner ersten Instruktion verhandelte, dann machte er sich bewußt der Befehlsübertretung schuldig. Entschuldigt werden kann dieses Verhalten des Fürsten nur durch seinen ehrlichen Wunsch, eine Verständigung zwischen Wien und Berlin herbeizuführen. Die wechselnde Stimmung Friedrich Wilhelms ließ ihn hoffen, daß auch dieser bald wieder von der Notwendigkeit eines brandenburgisch-kaiserlichen Bündnisses überzeugt sein werde.

Am 6. August war Anhalt in Passau angekommen, wo ihn der Kaiser gleich in Audienz empfing[54]). Trotz der großen Gefahr, in der die kaiserliche Hauptstadt schwebte, ging Leopold I. in den Westfragen nicht von seiner alten Ansicht ab und bestand nach wie vor auf dem Abschluß eines Universalfriedens. Er hoffte den französischen Gegner unter Androhung kriegerischer Maßnahmen in Schach halten zu können. Die Aussicht auf einen brandenburgischen Frontwechsel hatte ihn noch in dieser Stellungnahme bestärkt.

Am folgenden Tage begannen die Verhandlungen Anhalts mit den kaiserlichen Räten, denen der Fürst instruktionsgemäß die Angebote und Forderungen des Kurfürsten von Brandenburg vortrug, wobei er nicht versäumte, auf die gefährliche Lage des Reiches hinzuweisen und den Frieden mit Frankreich anzuraten. Die kurfürst-

52) U. A. 20. S. 776. 789, Correspondentie Amerongen Juli 83 S. 565 ff.

53) Die Erkenntnis, daß es sich bei dem letzten Schreiben um eine Ergänzung zu dem vom Tage zuvor handelt, danke ich der Arbeit von Herrn Karl Marklof, Bonn.

54) Anhalt hielt sich bei seinem Vortrag genau an seine Instruktion.

lichen Bedingungen wurden in Wien freilich als sehr hoch empfunden. Die kaiserlichen Räte waren aber übereinstimmend der Ansicht[55]), daß man dem Kurfürsten sehr entgegenkommen müsse, wenn auch nicht mehr mit einem rechtzeitigen Eintreffen der brandenburgischen Truppen vor Wien gerechnet werden könne. Es sei auf jeden Fall alles zu vermeiden, was ihn wieder in Frankreichs Arme treiben könne. Entsprechend dem ersten kurfürstlichen Angebot an Lamberg wollten sie eine Türkenhilfe in Höhe von 12 000 Mann in Anspruch nehmen. Für die Marschverpflegung sollte der Kurfürst selbst aufkommen. Die Räte erkannten die Notwendigkeit des deutsch-französischen Friedens an und beriefen sich dabei auf die in diesem Sinne in Regensburg eingereichten Kommissionsdekrete, d. h. die kaiserliche Regierung wollte nach wie vor nur einem Universalfrieden ihre Zustimmung geben. Man rechnete in Wien fest damit, daß Frankreich von dem Augusttermin absehen werde. Die Angelegenheit sollte dann im Oktober anläßlich eines Besuchs Leopolds am Reichstage endgültig geregelt werden. „Auf allen Fall aber gereichet I. K. M. zu sonderbarer gnädigster Consolation, daß mehr hochgedachte S. Ch. D. vermög dero weltbekannter Generosität sich anerbieten, allen feindlichen Attentaten, so sich gegen das römischen Reich ereignen möchten, mit allen dero Kräften sich patriotisch zu widersetzen." Die kaiserlichen Räte waren zum Abschluß eines Bündnisses bereit. Als Vorbild sollte das durch Lamberg vorgetragene Projekt dienen. In Anbetracht seiner überaus schlechten finanziellen Lage könne der Kaiser freilich nur 100 000 Taler aufbringen; für dir restlichen 100 000 wollte er sich bei Hannover um Übertragung Ostfrieslands, Rietbergs und Bentheims verwenden. Die Jägerndorfsche Angelegenheit sollte erst nach Beendigung des Kriegs geregelt werden[56]). Die Ansprüche auf die drei schlesischen Herzogtümer wurden gänzlich abgelehnt.

Anhalt nahm sofort zu allen Punkten Stellung, die sich nicht mit seiner Instruktion vereinbaren ließen. Noch unter dem Eindruck der kaiserfreundlichen Stimmung in Berlin stehend, glaubte er aber trotz dieser großen Meinungsunterschiede, den Kaiserlichen Hoffnung auf einen gütlichen Vergleich machen zu können. Die besonders herzliche Aufnahme in Passau hatte ihn noch in dieser Annahme bestärkt. Hatte doch auch Leopold I. bereits die nötigen Befehle an das schlesische Oberamt ergehen lassen, damit dieses die brandenburgischen Truppen an der Grenze in Empfang nehme und mit den nötigen Lebensmitteln versehe. Anhalt und die Räte begannen sofort mit der Abfassung eines Bündnisentwurfs[57]), dem auf Wunsch des Kaisers das Lambergsche Allianzprojekt zugrunde gelegt wurde. Alle Vorstellungen Anhalts, daß verschiedene Punkte nicht mit seiner Instruktion in Einklang ständen, blieben wirkungs-

55) Rep. I. Nr. 18 a, U. A. 14, 2 S. 1082 f. Gutachten vom 8. 8. 83.
56) Die 4 sächs. Ämter sollte der Kurfürst vorerst mit eigenem Geld erwerben.
57) Rep. I Nr. 18 a, U. A. 21 S. 159 Res. Anhalts v. 4./14. 8. 1683.

los. Er kam gegen die kaiserlichen Minister nicht an. Die Grundlage dieser Defensivallianz [58]), die auf den gesamten Besitzstand des Kaisers und des Kurfürsten abgeschlossen werden sollte, sollten die Friedenschlüsse von Münster und Nimwegen bilden. Das heißt: die Vertragspartner verpflichteten sich, die Reunionen Frankreichs nicht anzuerkennen und für Rückerstattung der geraubten Gebiete Sorge zu tragen [59]). Nur ein allgemeiner Friede sollte ihre Zustimmung finden [60]). Alle bestehenden Bündnisse, die dieser Abmachung widersprachen, müßten gekündigt werden. Die folgenden Artikel enthielten genaue Ausführungsbestimmungen für den Kriegsfall [61]), denen sich besondere Abmachungen über die brandenburgische Türkenhilfe anschlossen. Am 8. September sollten sich die Truppen des Großen Kurfürsten in der Stärke von 12 000 Mann unter dem Oberbefehl Derfflingers zum Entsatz Wiens mit den Kaiserlichen vereinigen [62]). Wie der Bayer, sollte auch Friedrich Wilhelm selbst gegen billiges Entgelt für die Verpflegung seiner Mannschaften aufkommen. Als Gegenleistung sollte der Brandenburger 200 000 Taler jährlich erhalten, zahlbar aus der kaiserlichen Kasse, den Römermonaten und dem, was Leopold durch Unterstützung anderer Reichsstände einbringen zu können glaubte [63]). Im Fall eines Zweifrontenkrieges wurde dem Kurfürsten für seine rheinischen Besitzungen kaiserliche und spanische Unterstützung zugesichert [64]).

Am 9./19. 8. 1683 traf dieses Allianzprojekt mit den ersten Berichten Anhalts in Berlin ein, wo sie bereits voll Ungeduld erwartet wurden. Die Überraschung und Enttäuschung Friedrich Wilhelms, der inzwischen wieder ins französische Lager zurückgekehrt war, waren sehr groß. Sein Zorn ergoß sich über die Person Anhalts, dem er den Vorwurf machte, mit dieser Allianz seine Instruktion überschritten zu haben [65]). Er behauptete, daß das Bündnis den brandenburgischen Absichten in vier Punkten widerspreche, nämlich:

1. daß er darin den Nimweger Frieden anerkennen müsse, was er bisher immer abgelehnt habe;
2. daß die Allianz auf Rückerstattung aller Reunionen bestehe;
3. daß der Friede mit Frankreich universal sein müsse mit Einschluß der spanischen Niederlande;
4. daß er alle bestehenden Allianzen kündigen müsse, die mit dem kaiserlich-brandenburgischen Vertrag nicht in Einklang ständen [66]) [67]).

---

58) U. A. 14,2 S. 1091.
59) Art. 2; Sekretart. II.
60) Art. 3.
61) Art. 8—13.
62) Art. 13 und 19.
63) Art. 15—18.
64) Art. 20.
65) Correspondentie Amerongen S. 592. 21. August 1683.
66) „1. Dat hy, heere Churfürst, soude moeten approberen de Nimeegsche vreedenstractaten, 'tgeene deselve seyde nimmermeer te sullen konnen doen,

Dazu kämen die geringfügigen kaiserlichen Gegenleistungen. Der Kurfürst wollte nicht auf die drei schlesischen Herzogtümer verzichten. Die Subsidienzahlungen schienen ihm sogar nicht einmal genügend gesichert[68]).

Noch am gleichen Tage erging an die bereits nach Schlesien marschierenden Truppen der Befehl, ungesäumt in ihre alten Garnisonen zurückzukehren. Alle patriotischen Vorstellungen der kaiserlich Gesinnten waren vergeblich[69]). Auch nicht zur Stellung des halben Kontingents ließ sich Friedrich Wilhelm bewegen. In seiner Verbitterung wollte er willig den Vorwurf in Kauf nehmen, nicht am Entsatz Wiens beteiligt gewesen zu sein. Anhalt wurde angewiesen, die Verhandlungen einzustellen und sofort abzureisen, da das übersandte Bündnisprojekt für Brandenburg unannehmbar sei[70]). Wie der Fürst selbst betont habe, seien ja kaiserlicherseits keine Änderungen zu erwarten und damit alle weiteren Aussprachen hinfällig[71]). Die außenpolitische Lage, die Gefahr, die von Westen und Norden drohe, zwinge Brandenburg, die Truppen im eigenen Lande zu lassen, um nicht feindlichen Einfällen wehrlos ausgesetzt zu sein. Unter Hinweis auf sein Schreiben vom 23. 7./2. 8. wies Friedrich Wilhelm nochmals auf die Notwendigkeit einer deutsch-

---

doordiem die hem soo hooghschaedelijek waeren geweest. — 2. Dat de te makene alliantie tusschen den Keyser ende hem, heere Churfurst, soude moeten continueren, ter tijdt toe alles soude gerecupereet wesen, 'tgeene zedert den Nimeegschen vreede by Vranckrijck was genomen. — 3. Dat de vreede met Vranckrijck generaal sal moeten wesen ende insonderhey met inclusie von de Spaansche Nederlanden. — 4. Dat Syne C. F. Dt. soude renuntieren aan alle voorgaande alliantiën, dewelcke met dit tractaat eenigsins mochten stryden".

67) Amerongens Urteil darüber: „dan by deese ende geene van de welgeïntentioneerde ministers wel konnen remarqueren, dat di voorsz. misnoegen aldermeest ontstaar is uyt de gepretendeerde approbatie van den Nimeegschen vreeden, renuntiatie van de Fransche alliantie ende gemerckte standtvasticheyt van Syne Keyserlycke Majt. van geene separate tractaten met de Croon Vranckrijck tot exclusie van andere geallieerde te willen ingaan, vermits men hier absolut vermeyndt, dat den generalen vreeden, die voor d' Ongersche ende Oostenrijckse desastres soo difficil is geweest te obtineren, naa deselve t' eenemaal onuytwerckelijck is geworden." (Correspondentie Amerongen, S. 593).

68) vgl. die Begründung des Kurfürsten vom 14./24. 8. 83. und 24. 8./7. 9. U. A. 21, S. 163.

69) Fuchs behauptete plötzlich, sich gemeinsam mit Derfflinger für die Türkenhilfe verwandt zu haben. Correspondentie Amerongen v. 21. 8. S. 591 ff.

70) Rep. I Nr. 18 a U. A. 21, S. 161 Kurf. an Anhalt v. 9./19. 8. 1683. Bei diesem Befehl handelt es sich, wie aus der Ich-Form zu schließen ist, um eine unmittelbar im Kabinett diktierte Weisung des Kurfürsten, die Fuchs zu Papier brachte. Bereits das Konzept ist von Friedrich Wilhelm unterzeichnet; vgl. Meisners Aktenkunde.

71) Eine beigefügte von Fuchs verfaßte Widerlegung des Allianzentwurfes sollte Anhalt von der Unmöglichkeit der Annahme überzeugen. Dieselbe entspricht im großen und ganzen den Ausführungen Amerongens und geht nur auf Einzelheiten wie die Bündniserweiterung, den Zweifrontenkrieg, die brandenburgische Türkenhilfe, die Subsidien und die schlesische Angelegenheit näher ein.

französischen Einigung hin. Bei Annahme des französischen Friedensangebotes war er sogar erneut zum Bündnis mit dem Kaiser bereit[72]), das dann Lamberg in Berlin abschließen könne.

Mitte August waren die Weisungen im Besitze Anhalts[73]); der Fürst hielt sich aber nicht daran und blieb trotz des strikten Abreisebefehls weiterhin am Kaiserhof, da er fest überzeugt war, daß eine Verständigung im Reichsinteresse dringend erforderlich sei. Er maß den kurfürstlichen Beanstandungen keine allzu große Bedeutung bei und rechnete plötzlich mit einem Entgegenkommen des Kaisers und einer Abänderung des Projekts[74]).

Die brandenburgische Ablehnung des Vertragsentwurfs traf die kaiserlichen Räte ganz unerwartet. Sie hatten fest mit einer kurfürstlichen Ratifikation gerechnet. Erklären konnten sie sich diesen plötzlichen Umschwung des Kurfürsten nur als Wirkung französischer Bestechungsgelder oder als ein Mißverständnis, daß nämlich Friedrich Wilhelm von vornherein allein an ein Vorgehen gegen die Osmanen gedacht habe und sich nicht gegen Frankreich verpflichten wollte[75]). Trotz des ersten Mißerfolgs gaben die Kaiserlichen ihre Bemühungen um Brandenburg nicht auf. Für den 20./30. August wurde eine Konferenz mit Anhalt anberaumt, auf der die Abänderung des Projekts besprochen wurde[76]). Dieses Mal kamen die kaiserlichen Minister dem brandenburgischen Gesandten mehr entgegen. Sie nahmen Rücksicht auf die kurfürstlichen Beanstandungen und änderten ihnen entsprechend den Bündnisentwurf um, der auch in dieser Form die volle Zustimmung des Kaisers fand[77]).

Dem zweiten Allianzprojekt, das Anhalt im Oktober persönlich nach Berlin brachte, fehlten damit sämtliche Stellen, an denen Friedrich Wilhelm Anstoß genommen hatte. Alle Artikel waren gemäß den Fuchsschen Gegenremonstrationen umgeändert worden[78]). Das neue Bündnis sollte allein auf dem Westfälischen Frieden fußen[79]). Dieser Entwurf gelangte erst Anfang Dezember —

72) U. A. 21, S. 131; Kurf. an Anhalt 14./24. 8. (Fuchs). Diese Weisung ist im gleichen Stil wie die vom 9./19. 8. abgefaßt.

73) U. A. 21, S. 165, Rep. I Nr. 18 a Anhalt an Kurf. 14./21. 8. und 19./29. 8.

74) Den Vorwurf der Instruktionsübertretung wies Anhalt weit von sich und führte zu seiner Entschuldigung seine alten Relationen und Verhandlungsprotokolle an, die ihn vollkommen entlasten würden.

75) vgl. O. Klopp, S. 278, der nur die erste Erklärung anführt, aber die zweite völlig übersehen hat.

76) U. A. 14, 2, S. 1107 ff. Den neuen Bündnisentwurf s. U. A. 14, 2, S. 1091 ff. Vertrag in der 2. Spalte.

77) Dieser wurde in einer zweiten Sitzung auf Anhalts Wunsch noch einmal zugunsten Brandenburgs abgeändert.

78) U. A. 21, S. 161.

79) Gegen Stellung von 12 000 Mann wollte der Kaiser jährlich 200 000 Taler aus eigenen Mitteln und 100 000 aus den Römermonaten zahlen. Die Kurfürstin sollte außerdem bei der Ratifikation 300 000 Dukaten Gold erhalten. Die wichtigsten Bestimmungen waren in den vier Geheimartikeln enthalten, von denen zwei, nämlich die über die Reunionen und die Anerkennung eines allgemeinen Friedens dem ersten Projekt entnommen waren.

fast ein Vierteljahr nach dem Entsatz der Stadt Wien — in die Hand des Kurfürsten [80]).

Alle Vorstellungen des Fürsten von Anhalt sowie ein Schreiben des kaiserlichen Ministers von Königseck waren vergeblich. Der Kurfürst von Brandenburg ließ sich nicht von dem gefaßten Entschluß abbringen [81]) und lehnte auch den zweiten Entwurf ab. Die Folge eines derartig unzeitgemäßen Bündnisses müsse unweigerlich der Krieg mit Frankreich sein, der unter den augenblicklichen Verhältnissen den Ruin des Reiches bedeute. Auf die auswärtigen Mächte dürfe man sich keinesfalls verlassen. Die deutschen Fürsten seien aber allein nicht in der Lage, Frankreich erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen. Brandenburg, das im letzten Kriege genügend böse Erfahrungen gesammelt habe, werde sich aus einem solchen Konflikte ganz herauszuhalten wissen. Friedrich Wilhelm versprach sich nur von der Annahme der französischen Propositionen eine Rettung des Reiches. In diesem Sinne hätte er sich schon vor einem Monat beim Kaiser verwandt [82]). Sobald der Friede mit Frankreich abgeschlossen sei, wäre auch er zum Bündnis mit dem Kaiser und zu aktiver brandenburgischer Türkenhilfe bereit. Vorläufig hatte er sich damit begnügt, dem Polenkönig Johann Sobieski gemäß einer Übereinkunft [83]) einige Truppen [84]) zur Verfügung zu stellen, die aber zu spät an der Ostfront eintrafen, um am Entsatz Wiens teilnehmen zu können.

Die Mission Anhalts war ebenso gescheitert wie die Krockows und Schwerins. Es bestand aber dennoch ein grundlegender Unterschied zwischen diesen drei brandenburgischen Gesandtschaften. Während die beiden ersten durch die unüberbrückbaren Gegensätze in der politischen Anschauung von vornherein zum Scheitern bestimmt waren, schien doch die Anhaltsche Mission anfangs Aussicht auf Erfolg zu haben. Infolge seiner großen Enttäuschung, die er im Norden erlebt hatte und einer echten Sorge um die Südostgrenze war Friedrich Wilhelm im Juli 1683 aufrichtig zum Frontwechsel bereit gewesen. Sobald aber die erste Erregung verraucht war und wieder die nüchternen Erwägungen die Oberhand gewannen, die für einen unbedingten Frieden mit Frankreich sprachen, trat ein Rückfall in das alte politische System ein. Der persönliche Zustand des Kurfürsten, der in jenen Tagen körperlich sehr hinfällig und dementsprechend fremden Einflüssen leichter zugänglich war, hatte diesen neuen Umschwung sehr beschleunigt. Geschickt hatte es die französische Partei verstanden, sich dieses zunutze zu machen. Ihr kam außerdem noch die veränderte Haltung des Geheimen Rates von Fuchs zustatten, die in diesen kritischen Julitagen besondere Bedeutung hatte.

80) U. A. 21, S. 169, Rep. I Nr. 18 a Rel. Anhalts v. 24. 11./4. 12. 83.
81) U. A. 14, 2 S. 1129.
82) am 10./20. 11. 83 s. Londorp XI, S. 570.
83) v. 12./22. 7. 1683; Moerner, S. 447.
84) 1200 Mann.

Auch die kaiserliche Regierung, die immer in erster Linie das Interesse Habsburgs im Auge hatte, traf eine große Schuld an dem Nichtzustandekommen des Bündnisses. Kurzsichtig hatte sie die Lage am Berliner Hofe verkannt und dem Entgegenkommen des Kurfürsten zu große Bedeutung beigemessen. Die Äußerungen Anhalts hatten sie in diesem Glauben noch bestärkt. Man übersah dabei völlig, daß dieser politische Wechsel noch nicht richtig vollzogen war und die Annäherung an den Kaiser erst einer Festigung bedurfte. Mit ihren ersten unbedacht schroffen Bündnisforderungen hatte die kaiserliche Regierung die eben beginnende Freundschaft zerstört. Die Einwände Friedrich Wilhelms, daß die vorgeschlagene Allianz unannehmbar sei, bestanden von seinem Standpunkt aus zu Recht. Er glaubte sie ablehnen zu müssen, wenn er es nicht zum Kriege mit Frankreich kommen lassen wollte, der s. E. nicht im Reichsinteresse lag. Es dürfte verfehlt sein, dem Kurfürsten aus der Ablehnung der kaiserlichen Allianz den Vorwurf einer unpatriotischen Haltung zu machen. Friedrich Wilhelm selbst hat es überaus bedauert, an dem Ruhm der Befreiung Wiens keinen Anteil gehabt zu haben. Er war persönlich davon überzeugt, sein gut Teil zur Vermeidung eines französischen und schwedischen Einfalls ins Reich beigetragen zu haben, indem er die Stellung der brandenburgischen Türkenhilfe und die Annahme des kaiserlichen Bündnisangebotes von der Annahme der Frankfurter Propositionen abhängig gemacht hatte [85]). Es ist allerdings die Frage, ob diese Erwägung des Kurfürsten berechtigt war und sein Frontwechsel den Ausbruch eines europäischen Krieges veranlaßt hätte. Der Brandenburger glaubte jedenfalls den französischen Drohungen, die durch die neuen Gewaltmaßnahmen in den spanischen Niederlanden noch an Wahrscheinlichkeit gewannen.

Alle weiteren Versuche des Kaisers [86]), den Brandenburger auf seine Seite zu ziehen, mußten deshalb von vornherein scheitern. Im Februar 1684 wurde Lamberg nochmals an den Berliner Hof geschickt, um dort für den Universalfrieden zu werben. Den Vorstellungen des kaiserlichen Vertreters wollte der Kurfürst keinen Glauben schenken, da sie seiner Ansicht nach die Lage des Reiches viel zu optimistisch beurteilten. Er sah nach wie vor keine Möglichkeit, von Ludwig XIV. einen Universalfrieden und Milderung der Frankfurter Proposition zu erlangen. Ein Vermischen der deutschen Angelegenheiten mit den spanischen müßte unweigerlich ein Scheitern der deutsch-französischen Verhandlungen zur Folge haben, was der Kurfürst für unverantwortlich hielt. Von einem Reichsfriedens-

85) Wie echt seine Sorge um die Erhaltung des Friedens war, zeigen seine Weisungen an Anhalt.

86) Der Kaiser wollte die deutsch-französischen Differenzen endgültig auf einer Konferenz im Haag regeln, auf der all seine Alliierten vertreten waren.

87) vgl. U. A. 14, 2, S. 1131 Anm. 1, Rep. I Nr. 20 b. Kurf. an Lamberg. 9./19. 2. 84. Vortrag Lambergs v. 9./19. 4. 84. Antwort des Kurf. vom 14./24. 2. und 28. 2./7. 3. 84.

schluß im Haag wollte er nichts wissen [87]). Wie im August 1683 machte er auch jetzt seine Türkenhilfe und eine Defensivallianz von der Annahme des Stillstandsangebotes abhängig, da er einen erfolgreichen Zweifrontenkrieg für unmöglich hielt.

Alle Widerlegungen und weiteren Vorstellungen Lambergs waren wirkungslos [88]). Friedrich Wilhelm ging nicht von seinem Standpunkt ab. Ende März verließ der kaiserliche Gesandte den Berliner Hof in der festen Überzeugung, daß hier jede diplomatische Arbeit der Kriegspartei von vornherein vergeblich sein mußte [89]). Erklären konnte er sich diese Haltung nur durch ein brandenburgisch-französisches Defensivbündnis, das den Kurfürsten bei einem Nichtzustandekommen des Waffenstillstandes zur Unterstützung Ludwigs XIV. verpflichtete, womit er das Richtige traf.

Nach einer Zeit der schwankenden politischen Haltung bekannte sich der Brandenburger wieder zu seinem alten reichspolitischen Programm und verlangte die Einigung mit Frankreich.

2. Rückkehr zum alten reichspolitischen Programm. — Erneutes Eintreten für den Frieden.

a) Verhandlungen mit deutschen Fürsten.

Zur Erhaltung des Friedens mußte sich Friedrich Wilhelm zunächst einmal der friedlichen Absichten Frankreichs vergewissern. Durch die Ereignisse der letzten Monate waren die beiden Vertragspartner innerlich entfremdet. Ludwig XIV., der nach der Entsetzung Wiens beträchtlich an Ansehen im Reiche verloren hatte, war dabei, wie kaum je zuvor, auf die Freundschaft Brandenburgs angewiesen. Wieder benutzte der französische König die Aussicht auf norddeutsche Eroberungen als Lockmittel bei Friedrich Wilhelm. Er ließ ihm offiziell einen Angriff auf Braunschweig und Schweden anbieten [90]). Aber noch war die Enttäuschung über die Ablehnung des Concerts nicht vergessen. Der Kurfürst schenkte den französischen Versprechungen kein Vertrauen mehr und wollte sich im Norden weiterhin auf die Defensive beschränken. Trotz der Absage hatte Rébénac nicht locker gelassen und sich um eine neue brandenburgisch-französische Allianz bemüht, die genaue Abmachungen über

88) Rep. I Nr. 20 b Lambergs Widerlegungen des kurfürstlichen Entschlusses vom 8./18. 3. Der Kaiser wollte höchstens einen 5—8jähr. Stillstand anerkennen, hielt zudem diesen Augenblick für besonders günstig zu einer kriegerischen Auseinandersetzung, der auf die Dauer nicht auszuweichen sei.

89) Dieses Schicksal war in der Tat neuen Vorstellungen Anhalts beschieden (April 84), der dem Kurfürsten neue kaiserliche Bedingungen für den Waffenstillstand unterbreitete. Rep. I Nr. 20 b. Anhalt an den Kurf. 3. 4. 84. Antwort des Kurf. v. 5. 4. 84.

90) U. A. 20, S. 806 ff. Für die Verhandlungen vgl. Fehling, S. 251 ff.

einen Angriff auf Braunschweig enthalten sollte. Da auch der Kurfürst einem neuen Bündnis mit Frankreich nicht abgeneigt war — er hoffte auf diese Weise Frankreich noch eindeutiger in seiner Friedenspolitik dem Reich gegenüber festlegen zu können —, kam am 15./25. Oktober 1683 ein neuer Geheimvertrag zwischen Brandenburg und Frankreich zustande[91]), der alle früheren zur Erhaltung des Reichsfriedens geschlossenen Abmachungen bestätigte. Der Brandenburger hatte sich in diesem Bündnis verpflichten müssen, die braunschweigischen Herzöge für den Fall einer Truppenunterstützung der Frankreich feindlichen Partei von ihrem Vorhaben abzuhalten oder sie anzugreifen. Seine Friedenssubsidien wurden dafür auf 500 000 L. und die Kriegssubsidien auf 1 100 000 L. erhöht. Die Annahmefrist für das Waffenstillstandsangebot, der 30, 25 oder 20 Jahre währen sollte, wurde bis Ende Dezember verlängert. Bis zu diesem Termin wollte Frankreich keine weiteren Reunionen vornehmen.

Friedrich Wilhelm war es damit gelungen, Frankreich wenigstens für das Jahr 1683 an eine Friedenspolitik zu fesseln, während er zu keiner weiteren Unterstützung französischer Gewaltmaßnahmen verpflichtet war. Es galt nun, die am Reichstag ausschlaggebenden Fürsten in sein Lager zu ziehen, um mit ihnen gemeinsam einen Druck auf Leopold I. ausüben zu können. Wie wir im letzten Abschnitt sahen, hatte die Partei der Friedliebenden dank seiner Werbemissionen beträchtlich zugenommen. Ihr gehörten sämtliche westdeutsche Fürsten an. Aber noch fehlten die braunschweigischen Häuser und die Kurfürsten von Sachsen und Bayern, bei denen bisher alle Bemühungen vergeblich gewesen waren. Die größte Gefahr drohte der brandenburgischen Friedenspolitik jetzt von den Spannungen am Niederrhein und in Norddeutschland. Im Westen standen sich Kurköln und die Generalstaaten feindlich gegenüber. Im Gegensatz zu Frankreich war Friedrich Wilhelm in diesem Konflikt nur an Erhaltung der Ruhe interessiert. Er schickte deshalb zu Beginn des Jahres 1684 seinen Geheimen Rat von Fuchs nach Westfalen und an den Rhein. Diese Mission sollte in erster Linie der Erhaltung des Friedens dienen[92]), der bisher an dem Widerstand des Kaisers und Braunschweigs gescheitert war. Aufrechterhaltung der gegenseitigen guten Beziehungen zwischen Brandenburg und Kurköln wurde dem Gesandten selbstverständlich zur Pflicht ge-

---

91) Moerner, S. 450. Der Vertrag wurde später auf dieses Datum vom 15./25. 10. rückdatiert. Vgl. die Ausführungen bei Strich, S. 534, der die Abmachungen für sehr bedenklich hält.

92) Instruktion vom 18./28. 1. 84 U. A. 19, S. 866. Fuchs sollte mit Kurköln darüber beraten, wie der Kaiser und Braunschweig endlich von der Notwendigkeit des Friedens zu überzeugen seien und wie man Frankreich zur Milderung seines Friedensangebotes veranlassen könne. Es sollte auch schon über die Maßnahmen verhandelt werden, die nach Abschluß des Stillstands zur Erhaltung des Reiches und weiterer Reunionen zu ergreifen sein würden.

macht. Eine von Köln beantragte Offensivallianz[93]) lehnte der Brandenburger allerdings ab. Gegen eine Erneuerung ihres Defensivbündnisses, das durch den Beitritt Kurtriers eine Erweiterung erfahren sollte, hatte der Kurfürst dagegen nichts einzuwenden[94]).

Fuchs reiste auftragsgemäß über Hannover nach Neuhaus, an den Hof des Bischofs von Paderborn. Am 26. Juni 1683 war Bischof Ferdinand von Münster und Paderborn gestorben. Sein Nachfolger wurde in Paderborn Hermann Werner von Wolff-Metternich, um dessen Freundschaft Brandenburg sich erst bemühen mußte. Bischof Hermann Werner erklärte sich sofort bereit, sich der Friedenspolitik des Kurfürsten anschließen und das Bündnis seines Vorgängers anerkennen zu wollen[95]). Sein Vizekanzler würde in Kürze nach Köln reisen, um dort mit Fuchs einen neuen Accessionstraktat zu vollziehen. Eine Reise nach Münster blieb dem brandenburgischen Gesandten erspart, da dort der Kurfürst Maximilian Heinrich von Köln den Bischofsstuhl erhalten hatte. Fuchs begab sich deshalb sofort nach Köln, wo ihn der Kurfürst und Wilhelm Egon von Fürstenberg sehr entgegenkommend aufnahmen[96]). Sie waren beide von der Notwendigkeit der Stillstandsannahme überzeugt. Auch die vorgeschlagene Bündniserneuerung wurde von ihnen sehr begrüßt. Besonders der Bischof von Straßburg versprach sich von einer derartigen Friedensgarantie eine Hebung des kölnischen Ansehens im Reich, das durch die französisch orientierte Politik außerordentlich gelitten hatte.

Die Verhandlungen nahmen sofort ihren Anfang[97]). Zur Debatte stand ein von Fürstenberg entworfenes Allianzprojekt, das eine Vereinigung aller „Wohlintentionierten“[98]) zur Erhaltung des Friedens und für den Notfall gemeinsame Maßnahmen vorsah. Der Frieden schien jetzt mehr gefährdet denn je. Frankreich traf bereits Vorkehrungen zu neuen Gewaltmaßnahmen[99]). Zur Erleichterung der gegenseitigen Aussprachen legte Fuchs seinerseits in der zweiten Sitzung einen Entwurf für ein Bündnis zwischen Brandenburg, Köln und Dänemark vor, der im großen und ganzen die Zustim-

---

93) Kurköln hatte im Januar den Abt von Murbach und Lüders, Felix Egon zu Fürstenberg, mit einem derartigen Angebot nach Berlin geschickt. Über diese Mission war leider weiter kein Material vorhanden.

94) Die anderen Punkte der Instruktion behandeln gemeinsame brandenburgisch-kölnische Interessengebiete.

95) U. A. 19, S. 874 Rel. von Fuchs 31. 1./10. 2. 1684.

96) U. A. 19, S. 875 ff. Rel. von Fuchs 6./16. 2. und 8./18. 2. 84.

97) Die kölnischen Interessen wurden durch Schönheim und Dücker vertreten. Der Bischof von Straßburg nahm nicht regelmäßig teil.

98) Fürstenberg dachte an eine Versammlung aller Friedliebenden in Köln, die bewußt im Gegensatz zur Haager Konferenz stehen sollte. Dieser Plan wurde von Brandenburg verworfen.

99) Die französische Regierung war schon an Kurköln herangetreten und hatte für den Fall eines holländisch-französischen Krieges freien Durchzug und einige feste Plätze für ihre Truppen verlangt. Eine Neutralität Kölns gab es für Frankreich nicht. U. A. 19, S. 882 Rel. von Fuchs 15./25. 2. 1684.

mung der kölnischen Vertreter fand[100]). Von allen Bestimmungen, die den französisch-holländischen Konflikt berührten, wurde auf Wunsch des Brandenburgers Abstand genommen. Man kam verhältnismäßig schnell zur Einigung. Schwierigkeiten ergaben sich erst nach Hinzuziehung des dänischen Gesandten, der dem Bündnis eine offensiv gegen Braunschweig gerichtete Note aufdrücken wollte. Er gab aber schließlich nach. Am 16./26. Februar 1684 unterzeichneten die Vertreter Brandenburgs, Kölns und Dänemarks eine Defensivallianz[101]), die bis zum Abschluß des deutsch-französischen Friedens oder Waffenstillstands Gültigkeit haben sollte. Veranlaßt wurde diese neue Abmachung durch den Ausbruch des spanisch-französischen Krieges, der die Bestimmungen der Soester Defensivallianz überholt hatte. Auch dieser Vertrag, der im Grunde nur als ein Ausbau der Soester Abmachungen anzusehen ist, bezweckte die Erhaltung der Ruhe im Reiche, vornehmlich im niedersächsischen und westfälischen Kreise[102]). Dementsprechend verpflichteten sich die drei abschließenden Mächte, sich nicht in die spanisch-französischen Händel zu mischen und allenthalben für den Frieden zu werben. Jeder Unruhestifter in den beiden fraglichen Kreisen war gegebenenfalls mit Waffengewalt zurückzuweisen. Zur Erleichterung gemeinsamer Operationen sollten die Vertragspartner schon jetzt ein bestimmtes Truppenkontingent westlich der Weser aufstellen[103]). Dieser Vertrag konnte jederzeit durch den Beitritt anderer Kreismitglieder erweitert werden. Im übrigen wurde ausdrücklich der Soester Traktat anerkannt, der in einem besonderen Abkommen zwischen Brandenburg, Dänemark, Köln und den zwei neuen Bischöfen von Münster und Paderborn erneuert wurde[104]).

Dieses Bündnis, dem Friedrich Wilhelm sofort zustimmte[105]), muß als großer Erfolg der brandenburgischen Politik angesehen werden. Es war ihr gelungen, das agressive Dänemark und Köln, den unbedingten Parteigänger des jetzt angriffslustigen Ludwig XIV., im Sinne ihrer Friedenspolitik festzulegen. Der Allianz fehlten offensiv gegen Braunschweig und Holland gerichtete Bestim-

100) U. A. 19, S. 880 Anm. 1. Auch der Kurfürst von Brandenburg war mit diesem Projekt einverstanden.

101) Moerner, S. 453 und 734; vgl. Strich, S. 535.

102) Fehling, S. 270 ff. sieht diesen Vertrag als gegen Braunschweig gerichtet an. Dieselbe Ansicht vertritt Strich, S. 535: „Im Falle Schweden, Braunschweig-Lüneburg oder die Generalstaaten eingriffen, so waren eben Kurköln und Münster jetzt gleichfalls mit dem nordisch-französischen Bund auf Gedeih und Verderben verbunden". Die Bündnisverhandlungen sowie die kurfürstlichen Weisungen an Spanheim zeigen jedoch eindeutig, daß Friedrich Wilhelm nicht mehr das geringste Interesse an Verwicklungen im Norden hatte.

103) Für alle drei Mächte sind genaue Zahlen aufgeführt.

104) Moerner, S. 455; Renovation v. 16./26. 2.

105) Der Kurfürst betrachtete es lediglich als Erneuerung des Soester Traktats, was aber von Fuchs energisch bestritten wurde. Im Gegensatz zu der ersten Allianz erstrecke sich diese nämlich nicht nur auf die eigenen Besitzungen, sondern auf den gesamten niedersächsischen und westfälischen Kreis. U. A. 19, S. 886.

mungen, wie sie die beiden Vertragspartner in Vorschlag gebracht hatten. Diese Angelegenheit sollte erst in weiteren Verhandlungen geregelt werden. Es gelang dem brandenburgischen Vertreter aber auch da, den Offensivplänen des Fürstenbergers, der als getreuer Parteigänger Frankreichs an dem Ausbruch des holländischen Krieges interessiert war, erfolgreich entgegenzuarbeiten [106]).

Fuchs verließ den Hof des Kurfürsten Maximilian Heinrich von Köln, um sich nach Holland zu begeben [107]). Sein Nachfolger wurde von Kanitz, der als ordentlicher Gesandter die Verhandlungen im Sinne des Friedens zu Ende führen sollte [108]). Ihm blieb es auch überlassen, Trier zum Beitritt in das brandenburgisch-kölnische Bündnis zu bestimmen. In der letzten Zeit hatte sich die kriegerische Partei wieder eifrig um die Freundschaft dieses Kurfürsten bemüht. Eile tat not, wenn man dem Fürsten von Waldeck zuvorkommen wollte, der Johann Hugo von Orsbeck bereits Truppen zur Verfügung gestellt hatte, die zwischen Koblenz und Bonn Quartier beziehen sollten. Friedrich Wilhelm bevollmächtigte seinen Gesandten sofort [109]) zum Bündnisabschluß. In den Verhandlungen kam Kanitz den trierischen Forderungen sehr entgegen. So wurde das Bündnis zwischen Köln, Brandenburg und Trier rasch unterzeichnet. Johann Hugo von Orsbeck anerkannte damit den Soester Assoziationstraktat [110]) und schloß sich offiziell der friedliebenden Partei im Reich an. Er mußte sich allen kriegerischen Verwicklungen fernhalten. Die Vertragspartner verpflichteten sich dafür zur Truppenverstärkung der trierischen Festungen, sobald sie vom Kurfürsten beantragt wurde. Johann Hugo von Orsbeck wurde außerdem eine Befürwortung Triers bei Frankreich zugesichert, damit er im künftigen Kriege von weiteren Reunionen und Durchzügen verschont bleibe und als neutrale Macht behandelt werde [111]).

Trier sah sich sehr bald gezwungen, die zugesicherte Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Im Sommer 1684, der Zeit der Belagerung Luxemburgs rückten französische Truppen in trierisches Gebiet ein und forderten Schleifung der stadttrierischen Festungswerke [112]). Alle Vorstellungen des Kurfürsten waren vergeblich. Die französischen Soldaten rissen die Gräben und Befestigungswälle ein und sprengten die Türme an der Conzer Brücke. Die kurfürst-

106) Im Interesse der oranischen Erbschaft war dem Kurfürsten viel an den Generalstaaten gelegen.

107) Er sollte bei Oranien und den Generalstaaten für Annahme der französischen Friedensangebote werben. Fuchs kehrte aber im März noch einmal nach Köln zurück, um einige Änderungen an der Allianz vorzunehmen.

108) Rep. XI, 59, Kurköln Nr. 4 Instr. v. 25. 2./7. 3. 1684.

109) am 15./25. 2. 1684.

110) am 15. 4. 1684. Friedrich Wilhelm ratifizierte das Bündnis sofort, trotzdem er sich mehr davon erhofft hatte.

111) Rep. XI Kurtrier Nr. 264—267 a Vertrag zwischen Brandenburg, Kurköln und Kurtrier 15. 4. 84.

112) Rep. XI Kurtrier Nr. 264—267 a — Trier an Brandenburg 22. 5. 84.

liche Residenz Trier wurde zur offenen Stadt[113]). Vertragsgemäß verwandte sich Friedrich Wilhelm, der sich dadurch in seiner Friedenspolitik durch Frankreich bedroht sah, für Trier[114]) bei Ludwig, der daraufhin seine Truppen zurückziehen ließ[115]).

Die Unruheherde im Westen des Reichs waren damit beseitigt. Friedrich Wilhelm konnte hier mit einer vollen Unterstützung seiner Friedenspolitik rechnen. Der Fürstenberger hat zwar auch in den folgenden Monaten nicht nachgelassen, den Brandenburger zu Offensivmaßnahmen gegen die braunschweigischen Häuser anzustacheln. Es gelang aber der brandenburgischen Diplomatie, bei allen Konferenzen die Oberhand zu behalten und die Angriffslust Kurkölns entgegen dem französischen Interesse in Schranken zu halten[116]). Weit schwieriger lagen die Verhältnisse für Friedrich Wilhelm bei den braunschweigischen Häusern[117]), die er vor dem Überfall Kurkölns bewahrt hatte. Während des spanischen Krieges war dem Brandenburger im niedersächsischen Kreise nur an Erhaltung der Ruhe gelegen, da der Ausbruch offener Streitigkeiten zu leicht einen europäischen Krieg zur Folge haben konnte[118]). Die braunschweigischen Herzöge zur Annahme der französischen Proposition zu bewegen, war ein Hauptziel seiner Politik. Über anderthalb Jahre erstreckten sich die gegenseitigen Verhandlungen, die meistens durch den außerordentlichen Gesandten Hannovers von Grote[119]) und die brandenburgischen Räte Fuchs und Meinders geführt wurden. In dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens stimmten die beiden norddeutschen Häuser überein. Nur in den Mitteln, das Ziel zu erreichen, war man nach wie vor verschiedener Ansicht. Der Herzog von Hannover hoffte noch immer auf einen Universalfrieden[120]) und auf Milderung der französischen Bedingungen[121]). Lange Zeit wurde verhandelt, ohne daß man zu einer Einigung kam. Der Ungewißheit überdrüssig verlangte der Brandenburger schließlich eine offizielle Erklärung, daß auch Braunschweig von der unbedingten Notwendigkeit des Friedens überzeugt und zum Anschluß an die brandenburgische Politik bereit sei. Der braunschweigische Gesandte ließ sich aber trotz verschiedener Mahnungen des Kurfürsten[122]) zu keiner endgültigen Antwort bereitfinden, die

113) Rep. XI Kurtrier Nr. 264—267 a Trier an Brandenb. 6. 7. 84.
114) ebenda, Brandenburg an Trier, 30. 6. 84 und 5. 7. 84.
115) ebenda, Spanheim an den brandenb. Kurf. 12./22. 7. u. 21./31. 7. 84.
116) Rep. XI Kurköln 59 Nr. 4 Rel. v. Kanitz von April—Juli 84.
117) Multhoff, S. 41 ff.
118) Wir sahen bereits, daß er hier genau die entgegengesetzten Ziele wie Frankreich verfolgte; vgl. Fehling S. 280 ff.
119) Dieser weilte vom Dezember 83 bis Februar 84 am brandenburgischen Hof, um mit dem Kurfürsten gemeinsame Maßnahmen zu vereinbaren. Als ordentl. Gesandter Braunschweigs war Oberg akkreditiert. U. A. 22, S. 194 ff.
120) Rep. XI, Nr. 141 a Rel. v. d. Busche aus Hannover 29. 7./8. 8. 83.
121) Ihm lag vor allem an einer Schleifung der Kehler und Breisacher Befestigungen.
122) Vgl. U. A. 22, S. 197 ff. Fehling, S. 282 ff.

Brandenburg hätte befriedigen können. Braunschweig verlangte nach wie vor eine Abänderung der französischen Proposition [123]).

Eine Verstimmung des Kurfürsten war die Folge dieser Haltung. Er warnte noch einmal davor, das wichtige Abkommen mit Frankreich von einer Milderung der Bedingungen abhängig zu machen und forderte eine eindeutige Stellungnahme Braunschweigs am Reichstag und Kaiserhof zugunsten des Friedens. Gemeinsame Sicherheitsmaßnahmen für den Kriegsfall lehnte er ab [124]).

Mit diesem Bescheid verließ von Grote [125]) den Berliner Hof. Einige Tage später machte Fuchs [126]) auf seiner Reise nach Köln in Celle und Hannover Station, um die Braunschweiger von der Notwendigkeit eines schnellen Entschlusses im Sinne des unbedingten Friedens zu überzeugen [127]).

Die Ansichten der Herzöge hatten sich inzwischen erheblich zugunsten der brandenburgischen Politik geändert [128]). Fuchs hatte den Eindruck, daß diese Fürsten jetzt selbst die Vorteile einer deutsch-französischen Verständigung erkannt hätten und allenthalben in diesem Sinne arbeiten ließen. Sie wollten von der Forderung einer Milderung der Proposition Abstand nehmen. Es machte dem Gesandten aber noch immer Schwierigkeiten, die Herzöge zu einer Erklärung zu veranlassen, daß sie sich in keinen Krieg mischen und gemeinsam mit Brandenburg für Wiederherstellung des Friedens arbeiten wollten. Zu offiziellen Abmachungen kam es nicht, da die Braunschweiger ihre Entscheidung auf drei Wochen hinausschoben, um die Ergebnisse der Haager Konferenz abzuwarten und den Kaiser nicht vor den Kopf zu stoßen. Trotz dieser Verzögerung war den Lüneburgern in diesen Tagen viel an einem guten Einverständnis gelegen. Sie nahmen freiwillig den ersten Vertragsentwurf zurück und verfaßten einen zweiten, der der brandenburgischen Politik weit mehr entgegenkam [129]).

Ein plötzlicher Umschwung in der Stimmung der Herzöge verhinderte dann die in Aussicht gestellte Einigung [130]). Erst Ende März gaben die Herzöge dem Drängen des Brandenburgers nach und schickten von Grote nach Berlin, um endlich gemeinsame Maß-

---

123) U. A. 22, S. 201.
124) U. A. 22, S. 203 Antwort des Kurfürsten vom 17./27. 1. 84.
125) Ende Februar 1684.
126) Multhoff, S. 49 ff.
127) U. A. 19 S. 866 Instruktion für Fuchs 18./28. 1. 84.
128) U. A. 19, S. 870 ff. Rel. Fuchs v. 23. 1./2. 2.; 28. 1./7. 2./ 29. 1/8. 2. 1684.
129) Demnach wollten sich die braunschweigischen Herzöge zur Beförderung des deutsch-französischen Friedens verpflichten und sich durch keine Macht davon abbringen lassen. Um jeden Vorwurf eines zu plötzlichen Frontwechsels von sich fern zu halten, wollten sie jedoch zuerst nur eine gemäßigte Richtung vertreten und für die Milderung der Proposition werben. Zu gemeinsamen Maßnahmen im Kriegsfall fanden sie sich noch nicht bereit. U. A. 19, S. 872 ff. Anm. 1.
130) U. A. 22, S. 205 ff.

nahmen zu vereinbaren[131]). Die Fürsten erkannten die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes an, der sich aber höchstens über zwei bis drei Jahre erstrecken sollte. Bei Abschluß eines 20jährigen Armistitiums bestanden sie auf Abänderung der Proposition. Dieses Mal war von Grote zu positiven Bündnisvorschlägen ermächtigt, in denen man den Plänen des Kurfürsten sehr entgegenkam[132]). Braunschweig wollte den Waffenstillstand anerkennen und sich ohne Einwilligung des Reichstages in keine Kriegshändel einmischen, was in gleicher Weise von Köln und Dänemark verlangt wurde. Nur die Türkenhilfe sollte davon eine Ausnahme machen. Zur Sicherung des eigenen Besitzstandes sowie des niedersächsischen und westfälischen Kreises beantragte Hannover einen gegenseitigen Garantievertrag, in dem sich die beiden norddeutschen Fürsten zur Einsetzung ihrer gesamten Truppenmacht verpflichten sollten[133]). Erhaltung des Reiches, vornehmlich der beiden genannten Kreise, sollte das Hauptziel der Allianz sein, das der Hannoveraner durch eine entsprechende Erklärung Frankreichs, die die Neutralität der bewußten Gebiete anerkannte, zu erreichen hoffte. Zu einer Einigung kam es aber auch dieses Mal nicht, trotz gewisser Zugeständnisse von Seiten des Großen Kurfürsten[134]). Die politische Ausrichtung dieser norddeutschen Fürsten war zu verschieden. Während die Braunschweiger ihren Vertragsentwürfen das Interesse der Kriegspartei zugrunde legten, war es Friedrich Wilhelm nur um die Erhaltung des Friedens zu tun[135]). Infolge der Unnachgiebigkeit beider Regierungen wuchs die gegenseitige Spannung von Tag zu Tag. Friedrich Wilhelm konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihn der Hannoveraner nur hinhalten wollte. Er gab seinen Räten schließlich Vollmacht zu entsprechenden Verhandlungen mit den Gesandten der angriffslustigen Mächte Frankreich, Dänemark und Kurköln[136]), die sofort begonnen wurden. Das heißt mit anderen Worten: der Kurfürst gab plötzlich seine Friedenspolitik in Norddeutschland auf. Er hoffte die braunschweigischen Häuser durch Gewaltmaßnahmen zur Anerkennung des deutsch-französischen Friedens zwingen zu können. Wie groß muß seine Enttäuschung gewesen sein, wenn er sich plötzlich zu einer derartigen Politik herbeiließ, die seiner bisherigen Ausrichtung so völlig wdersprach[137]).

---

131) Multhoff, S. 56.
132) U. A. 22 S. 209 f.
133) Ein späterer Entwurf sah auch die Aufnahme Kölns und Dänemarks vor. U. A. 22, S. 218.
134) Es wurden verschiedene Bündnisentwürfe zwischen Hannover und Brandenburg ausgewechselt. U. A. 22, S. 211—219.
135) Aus diesem Grunde lehnte er den Garantievertrag ab.
136) Fehling, S. 292, U. A. 22, S. 221. Kurf. an. Meinders 28. 4. 84.
137) Diese neue Politik verfehlte bei den Braunschweigern ihre Wirkung nicht. Nach Verlauf einer Woche reichte Grote einen neuen Entwurf ein, der aber auch abgelehnt wurde. Ein Konflikt mit den alten Bundesgenossen wäre die Folge gewesen. Mitte Mai wurden die braunschweigisch-brandenburgischen Verhandlungen ganz abgebrochen. Grote verließ Berlin. U. A. 22, S. 225; Multhoff, S. 72 ff.

Die Gegner Braunschweigs hatten damit ihr Ziel erreicht. Am 20./30. Mai 1684 wurde zwischen Brandenburg, Köln und Dänemark ein neuer Vertrag abgeschlossen[138]), der gegen die braunschweigischen Fürsten gerichtet war. Die Verbündeten verpflichteten sich, ihre Truppen an den braunschweigischen Grenzen zusammenzuziehen. Die Herzöge sollten dann unter Anwendung dieses Druckmittels zu einer definitiven Stellung gezwungen werden[139]).

Praktische Bedeutung hatte dieses Abkommen nicht. Am 4. 6. 1684 hatten die Soldaten Ludwigs XIV. die spanische Festung Luxemburg eingenommen. Ende des Monats verglichen sich dann die Generalstaaten mit Frankreich. Die braunschweigische Politik sah sich plötzlich isoliert und war zum Anschluß an Brandenburg gezwungen[140]). Grote erschien wieder in Berlin, um den Kurfürsten von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Unbedingte Annahme des Waffenstillstandes und Abschluß einer gemeinsamen Defensivallianz, so lauteten seine Angebote, die die volle Billigung Friedrich Wilhelms fanden. Auf dieser Basis kam dann endlich am 2. August 1684 ein fünfjähriges Defensivbündnis zwischen Brandenburg und Braunschweig zustande[141]), in dem sich die Partner zur Förderung des Waffenstillstandes und späterer Friedensverhandlungen verpflichteten[142]).

Der Große Kurfürst hatte damit sein Ziel erreicht. Der Waffenstillstand schien endgültig gesichert, zumal auch Sachsen und Bayern ihre Unterstützung zugesagt hatten[143]). Auch bei ihnen hatten erst noch beträchtliche Schwierigkeiten überwunden werden müssen, die durch die Gegenarbeit der kaiserlichen Diplomaten sehr erhöht worden waren. Beide Kurfürsten hatten auf einer Milderung der französischen Vorschläge bestanden. Der Bayer hielt bis tief in den Juni hinein an seinen alten Forderungen auf Universalität des Friedens und vorherige Ausführung der Reichskriegsverfassung fest[144]), von denen der Friede abhängig gemacht werden müsse. Die gleiche Richtung verfolgte Johann Georg III., um den sich

---

138) Moerner, S. 459; über die vorhergehenden Verhandlungen s. U. A. 22, S. 221; U. A. 20, S. 893 ff.

139) Die drei Mächte verlangten eine offizielle Erklärung Braunschweigs, sich unbedingt ihrer Westpolitik anzuschließen. Sollte es aber dieser Aufforderung keine Folge leisten, würden in kurzer Zeit ihre schon marschbereit stehenden Truppen in braunschweigisches Gebiet einrücken. Vgl. Fehling S. 296 ff.

140) Multhoff, S. 87.

141) Moerner, S. 460.

142) Grundlage des deutsch-franz. Abkommens sollten die Frankfurter Propositionen bilden. Bei einem Nichtzustandekommen des Armistitiums mußten beide für Erhaltung des Reiches vor allem für die Westgrenze eintreten. Das Defensivabkommen sollte für alle Gebiete der beiden abschließenden Mächte Gültigkeit haben.

143) Für Sachsen vgl. U. A. 19, S. 848 ff.

144) Vgl. U. A. 19, S. 828 ff. Nähere Ausführungen bei Strich, S. 486 ff., der in Max Emanuel den Führer der patriotischen Partei im Reich sieht.

Friedrich Wilhelm besonders bemühte[145]). Er versprach sich nur von einem gemeinsamen Abschluß im Haag unter Einbeziehung Spaniens einen Erfolg[146]) und dachte sogar an eine aktive Unterstützung der spanischen Niederlande. Angesichts der Kapitulation Luxemburgs und der Wendung der braunschweigischen Politik mußte aber auch der Kurfürst von Sachsen die alten Pläne aufgeben und die Notwendigkeit des Waffenstillstandes anerkennen. Die einstimmige Annahme der französischen Proposition am deutschen Reichstag war damit gesichert.

b) Brandenburg und der Reichstag.
(Die Waffenstillstandsverhandlungen).

Ende Juli 1683 hatte Verjus den Reichstag von dem Waffenstillstandsangebot in Kenntnis gesetzt. Bis zum letzten Augusttage mußten sich die deutschen Stände entschieden haben. Es gab dabei für sie nur die Alternative: Stillstandsannahme oder Krieg.

Die Kurfürstenratssitzungen nahmen sofort ihren Anfang. Seinen Weisungen entsprechend[147]) äußerte sich der brandenburgische Vertreter für unbedingte Annahme des Waffenstillstands[148]), von der sein Herr bereits die Leistung einer Türkenhilfe abhängig gemacht hatte[149]). Schon wenige Tage später konnte Jena das Conclusum[150]) nach Berlin schicken, das sich für Annahme der französischen Bedingungen innerhalb der gesetzten Frist aussprach. Schwieriger lagen wieder einmal die Verhältnisse bei den fürstlichen Gesandten, die erst auf mehrere kurfürstliche Vorstellungen hin[151]) das Conclave aufsuchten. Sie ließen die verschiedensten Meinungen laut werden, die teilweise in ihrem gemeinsamen Schluß Aufnahme fanden[152]). Die Fürstlichen verlangten Inkrafttreten der Reichskriegsverfassung zur Abwehr der Türken und Beschleunigung der französischen Friedensverhandlungen. Wegen fehlender Instruktionen konnten sie jedoch noch nicht weiter auf die Bedingungen Ludwigs eingehen und baten deshalb um Verlängerung des Annahmetermins[153]).

145) Auf Wunsch des Brandenburgers kam Johann Georg III. im Oktober 1683 nach Berlin, wo u. a. über die deutsch-französischen Beziehungen beraten wurde.

146) Über die Haltung Sachsens s. Hassel und Vitzthum von Eckstädt, S. 82 ff.

147) U. A. 19, S. 770 Kurf. an Jena 21./31. 7. 84.

148) U. A. 19 S. 771 Rel. Jenas v. 3./13. 8. 83.

149) U. A. 19 S. 770 Anm. 3 Kurf. an Jena 24. 7./3. 8.; vgl. die Weisung an Anhalt vom Tage zuvor.

150) Londorp XI, S. 622.

151) Friedrich Wilhelm hatte schon mit einem gänzlichen Scheitern der Verhandlungen gerechnet und einen Zusammenschluß aller Wohlintentionierten erwogen. U. A. 19 S. 771 Kurf. an Jena 14./24. 8. 83.

152) Londorp XI, S. 623.

153) Rep. X Fasc. 46 b Rel. Jenas 17./27. 8. 83.

Nach langem Hin und Her kamen die beiden Reichstagskollegien endlich zu einer Einigung, der sich die Städte anschlossen [154]). Die Hauptschwierigkeit hatte sich bei der Quaestio an des Waffenstillstandes ergeben [155]), die jetzt vom gesamten Reichstag anerkannt wurde. Über die Ausführungsbestimmungen und die Gültigkeitsdauer sollte in Kürze verhandelt werden [156]).

Noch am gleichen Tage wurde Verjus von diesem Beschluß unterrichtet, der daraufhin dem Reichstag erklärte, daß er sich nur dann einen Nutzen davon verspräche, wenn binnen 6—10 Tagen auch die noch offen gelassenen Fragen geklärt würden. Mit einer weiteren Fristverlängerung dürfte wohl nicht gerechnet werden. Sei sein König bis dahin nicht im Besitze einer definitiven Entscheidung, würde er sich weitere agressive Maßnahmen im Westen des Reichs vorbehalten.

Trotz dieser Drohungen gerieten die Fürstenratsverhandlungen ins Stocken. Alle Mahnungen des Großen Kurfürsten, der bei einem Abbruch der Verhandlungen ernstlich um die Westgrenze, ja um den Bestand des Reiches fürchtete, blieben erfolglos [157]). Selbst die kaiserliche Anerkennung des letzten Reichsgutachtens [158]), die die Fürstlichen zur Bedingung gemacht hatten [159]), konnte keine Abhilfe schaffen, da es inzwischen zu neuen Zeremonialstreitigkeiten bei der Legitimierung des zum Vertreter des Prinzipal-Kommissars bestimmten Windischgrätz gekommen war [160]).

Das reichspolitische Programm des Großen Kurfürsten schien wieder einmal bedenklich gefährdet [161]). Es mußte jederzeit mit Wiederaufnahme der französischen Gewaltmaßnahmen gerechnet werden. Jena wurde deshalb angewiesen, am Reichstag noch einmal wegen der Notwendigkeit der Annahme des Waffenstillstands vorstellig zu werden [162]). Bei den deutsch-französischen Verhandlun-

154) Rep. X Fasc. 46 b, U. A. 19, S. 772 Rel. v. 24. 8./3. 9. 83; vgl. Londorp XI, S. 625.

155) Vgl. Londorp XI, S. 624; Rep. X, Fasc. 46 b Rel. Jenas v. 20./30. 8. 83.

156) Reichsgutachten v. 21. 8./1. 9. 83.

157) U. A. 19 S. 773, Rep. X Fasc. 46 b Kurf. an Jena 2./12. 9. 83.

158) Kais. Kommissionsdekret 9. 10. 83 Londorp XI, S. 627.

159) Rep. X Fasc. 46 b Rel. Jena v. 14./24. 9., Sonderrel. Jenas v. 2./12. 9. 1683.

160) Rep. X Fasc. 46 b Sonderrel. Jenas v. 7./17. 10. 1683. Am 31. 8. kam Windischgrätz in Vertretung des Prinzipalkommissars, des Bischofs von Eichstädt, nach Regensburg. Er war im Besitz einer besonderen Vollmacht zur Erreichung der Reichssicherheit mit Frankreich. Die Zeremonialstreitigkeiten ergaben sich durch Mißachtung der kurfürstlichen Sonderstellung. Friedrich Wilhelm trat in diesem Konflikt als eifriger Verfechter der kurfürstlichen Präeminenzien auf. Noch verwickelter wurde die Lage durch den Umstand, daß man den Grafen Windischgrätz nicht als kaiserlichen Vertreter anerkennen und dem Bischof gleichsetzen wollte. Die Kurfürstlichen gingen nicht von der Forderung ab, daß der Prinzipalkommissar ein Reichsfürst sein müsse. Man wollte vermeiden, daß Windischgrätz der Nachfolger des Bischofs würde. Im Januar einigte man sich endlich dahin, in den Schreiben jeden Kommissar besonders aufzuführen.

161) Rep. X Fasc. 46 b Kurf. an Jena 17./27. 11. 1683.

162) U. A. 19 S. 774 Kurf. an Jena 29. 9./9. 12. 83.

gen müßte sorgfältig darauf geachtet werden, daß sich Frankreich während des Stillstands kein neuer Vorwand zum Vorgehen gegen das Reich biete. Zur Verhütung aller weiteren Auseinandersetzungen riet der Brandenburger für die Dauer des Armistitiums zur Fortführung der deutsch-französischen Aussprachen, in denen u. a. auch über Maßnahmen beraten werden müsse, die die kriegslustige Partei in Schranken hielten. Der französische König müsse sich in diesem Abkommen zur Rückgabe aller nach dem 1. August 1681 reunierten Gebiete ausschließlich Straßburgs verpflichten. Anerkennung der Privilegien in den abgetretenen Orten und besonders Duldung des reformierten und lutherischen Bekenntnisses sollten die Voraussetzung der vorläufigen Einigung zwischen Frankreich und dem Reich bilden [163]).

Mitte Dezember unterrichtete Jena das Kurfürstenkollegium von den Mahnungen und Vorschlägen seines Herrn, wobei er sich fast wörtlich an den kurfürstlichen Befehl hielt [164]). Die Kurfürstlichen beschlossen daraufhin, sich beim Kaiser brieflich für Abschluß des Stillstandes zu verwenden [165]). Die kurfürstlichen Vorstellungen verfehlten jedoch vollständig ihren Zweck, da Leopold I. sich von seiner Forderung eines Universalfriedens nicht abbringen ließ [166]).

Ende Februar 1684 waren endlich alle Vertreter des Kaisers zu Verhandlungen mit Verjus ermächtigt. Die Vollmachten wurden ausgewechselt und die Aussprachen über den jüngsten Reichsschluß [167]) nahmen ihren Anfang [168]).

Am 23. 2./4. 3. 1684 überreichte dann Verjus ein neues Memorial seines Königs, in dem dieser sein Waffenstillstandsangebot erneuerte und dessen Gültigkeitsdauer von 30 auf 20 Jahre herabsetzen ließ [169]). Für Spanien sollte dasselbe gelten. Bis zum Abschluß behielt er sich jedoch weitere Maßnahmen an der Westgrenze des Reiches vor.

Im Kurfürstenkollegium einigte man sich sofort auf Annahme des 20jährigen Stillstandes [170]). Auf brandenburgischen Vorschlag hin legten die Gesandten außerdem Protest gegen jede unbefugte, fremde Einmischung in Reichsangelegenheiten ein, wie sie augen-

---

163) Wie aus Spanheims Berichten hervorgeht, hat der französische Außenminister gegen den Artikel, der Anerkennung der Privilegien forderte, sofort Protest eingelegt. Er lehnte auch eine Rückgabe der später reunierten Gebiete ab.

164) U. A. 19, S. 775 Anm. 1 Rel. Jenas v. 14./24. 12. 83. Vgl. das Votum bei Londorp XII, S. 65 f., dort trägt es das Datum vom 21./31. 1. 84.

165) Londorp XI, S. 639, U. A. 19, S. 775 Rel. v. 14./24. 1. 84.

166) Kais. Antwort vom 22. 1./1. 2. 84. Londorp XII, S. 66.

167) vom 21./31. 8. 83. Londorp XI, S. 605.

168) Dieselben wurden kaiserlicherseits meist vom Concommissarius Mey geführt.

169) Londorp XII, S. 69. Avaux hatte im Haag gleichzeitig dasselbe Angebot gemacht.

170) U. A. 19 S. 777 Rel. Jenas v. 14./24. 3. 84. Londorp XII, 76.

blicklich im Haag versucht wurde.[171]). Die deutsch-französischen Verhandlungen gehörten allein vor den Reichstag und dürften deshalb nicht aus Regensburg verlegt werden[172]).

Die Fürstlichen hatten ihre Beratungen noch nicht einmal in Angriff genommen[173]). Wieder einmal wurde man deshalb in Berlin unruhig. Der Kurfürst, der ernstlich um seine klevischen und westfälischen Besitzungen besorgt war[174]), ließ davor warnen, den Frieden für das Interesse des burgundischen Kreises zu opfern. Spanien habe schon allein durch seine eigenmächtige Kriegserklärung[175]) die Unterstützung des Reiches verwirkt. Man müsse vielmehr den König von Spanien als Mitglied des burgundischen Kreises von Reichs wegen an die Notwendigkeit einer friedlichen Einigung gemahnen. Da sich Frankreich weitere Maßnahmen vorbehalten hätte und sich erst nach Abschluß des endgültigen Friedens zur Rückgabe der später reunierten Gebiete bereitfinden wolle, könne der sofortige Abschluß dem burgundischen Kreise nur vorteilhaft sein[176]).

Die Belagerung Luxemburgs veranlaßte dann die Fürstlichen, endlich ins Conclave zu gehen und über die Fragen des Quomodo und Quamdiu des Waffenstillstands zu beraten[177]). Im Gegensatz zu den Kurfürstlichen fielen die Voten sehr verschieden aus. Teilweise wurde für den Universalfrieden und Feststellung des Punctus Securitatis gestimmt. Jena hielt sich auch in diesen Sitzungen an die Weisungen seines Kurfürsten und beantragte die Annahme eines zwanzigjährigen Waffenstillstandes, wobei genau auf Anerkennung der politischen und konfessionellen Rechte zu achten sei[178]). Trotz der Unstimmigkeiten über die Art der Vertragsbestimmungen kam man verhältnismäßig schnell zur Einigung. Das fürstliche Conclusum[179]) forderte ein allgemeines Armistitium unter Einschluß der zehn Reichskreise und sämtlicher Verbündeten des Reiches. Zur Sicherung des Abkommens sollte ein Reichsheer in Höhe von 40 oder 60 000 Mann aufgestellt werden. Es müsse außerdem alles versucht werden, damit Frankreich die Gewaltmaßnah-

171) Man wurde sogar in dieser Angelegenheit beim Kaiser, England und den Generalstaaten vorstellig (29. 4. 84). s. Londorp XII, S. 81.

172) Londorp XII, S. 79. Weitere Conclusa v. 22. 4. und 28. 5. Diese Vorstellungen gingen in erster Linie auf Brandenburg zurück.

173) Österreich bemühte sich sogar, durch die Vollmachtenfrage den Stillstand ganz zu verhindern.

174) U. A. 19 S. 778. Kurf. an Jena 8./18. 4. 84.

175) Der Große Kurfürst machte Spanien den Vorwurf, sich vorher nicht mit dem Reich und den Generalstaaten ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Er übersah dabei, daß der Krieg zwischen Frankreich und Spanien schon im Gange war, als sich Spanien zu diesem Schritt entschloß.

176) Wieviel Friedrich Wilhelm an schneller Regelung der deutsch-französischen Spannungen gelegen war, zeigt die Ablehnung eines Entlassungs- oder Urlaubsgesuchs von Jena.

177) Rep. X Fasc. 47 a Rel. Jenas und Sonderrelation v. 16./26. 5. 84.

178) s. die einzelnen Voten bei Londorp XII, S. 86.

179) vom 28. 5./7. 6. 84; Londorp XII, S. 87.

men im burgundischen Kreise, vor allem gegen Luxemburg einstellen ließe.

Dieser Beschluß war noch nicht im Besitze des Großen Kurfürsten, als dieser seine Reichstagsgesandtschaft bereits zu neuen Vorstellungen im Fürstenrat anwies[180]). Auch Brandenburg würde die Forderung nach Universalität anerkennen. Auf Frankreichs ausdrücklichen Wunsch hin könne der Frieden mit Spanien jedoch nur im Haag und nur durch ein besonderes Friedensinstrument geschlossen werden. Beschleunigung sei an beiden Orten geboten. Der Kurfürst erinnerte noch einmal daran, daß er beide Abmachungen garantieren werde. Nach der Waffenstillstandsannahme sei auch ihm viel an Beförderung der Reichskriegsverfassung gelegen, von der jedoch keinesfalls das Armistitium abhängig gemacht werden dürfe[182]).

Nach Abfassung des Fürstenratsconclusums, das nur zum Quomodo des Armistitiums Stellung nahm, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden höheren Reichskollegien. Die Kurfürstlichen nahmen Anstoß daran, daß sich die Fürstlichen noch nicht wie sie über die Gültigkeitsdauer geäußert hatten[182]). Magdeburg stellte sich in diesem Konflikt auf die Seite der Kurfürstlichen und stimmte für Einbeziehung des Quamdiu, damit endlich ein gemeinsames Reichsgutachten zustande kommen könne. Eine Einigung schien ausgeschlossen, da die Fürstlichen nicht eher den Wünschen der Kurfürstlichen nachkommen wollten, bis diese Universalität und Realgarantie[183]) des Armistitiums beraten hätten, was letztere jedoch ablehnten[184]).

Der Grund dieser Verzögerungen war aber weniger bei den Fürstlichen als bei dem Kaiser zu suchen. Trotz der gefährlichen Lage Luxemburgs erklärte sich Leopold I. nur zur Annahme eines 10jährigen Waffenstillstands bereit, in den zudem seine sämtlichen Alliierten im Norden und in Italien einbezogen werden sollten[185]).

Die Einnahme der Festung Luxemburg brachte dann plötzlich die große Wendung. Diese neue Niederlage der Frankreich feindlichen Partei überzeugte einen großen Teil der Kriegslustigen[186])

180) U. A. 19 S. 779 Kurf. an Jena 27. 5./6. 6. 84.

181) Das Votum wurde Mitte Juni im Fürstenrat verlesen. Rep. X Fasc. 47 a Rel. Jenas v. 13./23. 6. 84.

182) Rep. X Fasc. 47 a Rel. Jenas vom 30. 5./9. 6. 84.

183) Unter der Realgarantie verstanden die Fürstlichen eine militärische Verfassung von 15—16 000 Mann (Sonderrelation Jenas v. 26. 5./5. 6. 84).

184) Rep. X Fasc. 47 a Rel. Jenas v. 6./16. 6.; 13./23. 6. 84. Differenzen zwischen der französischen und kaiserlichen Gesandtschaft trugen auch noch ihr Teil zur Erhöhung der Spannungen bei. Der Kaiser nahm für sich allein das Recht in Anspruch von Reichs wegen mit Frankreich abzuschließen, während Verjus eine Teilnahme und Nennung der Reichsstände oder einiger Reichsvertreter forderte. Vgl. Memorial bei Londorp XII, S. 102 Verjus nahm Anstoß daran, nur von den österreichisch-kaiserlichen Ansichten in Kenntnis gesetzt zu werden. Die kaiserliche Widerlegung s. Londorp XII, S. 90.

185) Kais. Komm. Dekret 17./27. 7.; Londorp XII, S. 92; Pachner II, S. 484 f. Leopold forderte darin in erster Linie einen Entsatz für Luxemburg.

von der Unmöglichkeit eines aktiven Widerstandes. Selbst Kaiser Leopold äußerte sich mit einem Mal für schnelle Beförderung eines 10jährigen oder längeren Armistitiums, das freilich universal sein müsse[187]). Die fürstlichen Beratungen wurden sofort in Angriff genommen und die Gültigkeitsdauer des Armistitiums auf 20 Jahre festgelegt. Nur in den Fragen der Universalität und Realgarantie herrschte jetzt noch Unstimmigkeit zwischen den beiden Kollegien. Die Kurfürsten verlangten auf Jenas Vorschlag, daß Verjus zunächst von der Annahme der französischen Angebote in Kenntnis zu setzen sei. Erst dann könne über Einzelheiten, wie die Grenzziehung, die Universalität und Realgarantie, die auch sie gutheißen wollten, beraten werden[188]).

Der Kurfürst von Brandenburg, der sich vorher der Zustimmung Ludwigs XIV. vergewissert hatte, setzte sich eifrig für diese Forderung des Kurfürstenkollegiums ein[189]). Er ließ ausdrücklich darauf hinweisen, daß nach erfolgtem Waffenstillstand allen Aufnahmegesuchen fremder Stände stattzugeben sei. Auch ihm sei viel an der Realgarantie gelegen, die dem Kaiser dringend empfohlen werden müsse. Der Schutz der gravierten Stände müsse ihm zur Pflicht gemacht werden. Er könne durch die Aufstellung einer 40- oder 60 000 Mann starken Reichsarmee erleichtert werden.

Die Generalstaaten hatten sich inzwischen mit Frankreich geeinigt[190]). Dem Reich wurde nun ein Termin von 6 Wochen gesetzt, in welchem die Annahme des Armistitiums entschieden sein müsse. Eile war jetzt dringend geboten. Da die Kurfürstlichen bei ihrem Beschluß blieben, daß das Armistitium nur zwischen Frankreich und dem Reich geschlossen werde und die fremden Mächte nur in die Garantie aufgenommen werden könnten[191]), drohten die Verhandlungen wieder zu scheitern. Das Kurfürstenkollegium dachte bereits an ein Sonderabkommen mit Verjus.

Ein fürstlicher Vermittlungsversuch[192]), der nur noch eine ausdrückliche Erwähnung Spaniens, Schwedens und Italiens vorsah, wurde von den Kurfürstlichen glatt abgelehnt. Erst nach langen erneuten Verhandlungen, in denen die kaiserlichen Forderungen auf Universalität überwunden werden mußten, kam ein Reichsschluß zustande[193]), der den Waffenstillstand unter der Bedingung an-

186) u. a. Bayern, Braunschweig und Sachsen.

187) Londorp XII, S. 94 f.: Pachner II, S. 485; Kais. Komm. Dekr. vom 29. 6. und 20. 7. 84.

188) U. A. 19, S. 781, Rep. X Fasc. 47 b Rel. und Sonderrel. Jenas v. 4./14. 7. 84. Die Conclusa bei Londorp XII, S. 96.

189) Rep. X Fasc. 47 a Kurf. an Jena 9./19. 7. und 22. 7./1. 8. 84.

190) am 29. 6. 1684.

191) U. A. 19 S. 784, Rel. Jenas v. 11./21. 7.

192) Londorp XII, S. 99.

193) U. A. 19, S. 785, Rep. X Fasc. 47 b. Rel. v. 18./28. 7. Die Kaiserlichen und Fürstlichen bestanden in den ersten Aussprachen noch immer auf Einschluß Spaniens, Italiens und Schwedens. Das Conclusum siehe Londorp XII, S. 101. Reichsgutachten v. 26. 7. 84 s. Londorp XII, S. 102, Pachner II, S. 496.

nahm, daß sogleich über seine näheren Bestimmungen beraten werden müsse. Entgegen den kurfürstlichen Absichten sollten diese Abmachungen auch für Spanien gelten, woran Friedrich Wilhelm großen Anstoß nahm[194]).

In den letzten Julitagen, kurz vor Ablauf des gesetzten Termins, wurde Verjus dieser Entschluß mitgeteilt[195]). Auf den ausdrücklichen Wunsch des französischen Bevollmächtigten wurden die Reichstagsberatungen über die Fassung des Waffenstillstandsvertrags ungesäumt fortgesetzt. In Kürze hatte man sich über einen Entwurf geeinigt, der Verjus sofort übergeben wurde[196]).

Die Verhandlungen zwischen Verjus und den kaiserlichen Vertretern nahmen jedoch noch immer nicht ihren Anfang, da die Kaiserlichen auf einer vorherigen Regelung der zeremoniellen Differenzen bestanden[197]). Der dauernden Verzögerungen überdrüssig, setzte der französische König eine neue Frist von 5 Tagen. Sei dann die Entscheidung nicht gefallen, würden die französischen Truppen ins Reich einrücken[198]). Diese Drohung brachte die Kaiserlichen zur Besinnung. Die nächsten Tage waren restlos durch Verhandlungen ausgefüllt. Es mußten noch große Schwierigkeiten überwunden werden. Frankreich wollte die Spezialbedingungen des Reichs, die im großen und ganzen mit den brandenburgischen Vorstellungen übereinstimmten[199]), nicht anerkennen. Erst in letzter Minute nahm das Reich die französischen Forderungen an und ließ Verjus diesen Entschluß durch den Vertreter von Kurmainz mitteilen.

Am 5./15. 8., kurz vor Mitternacht, wurde zwischen Frankreich und dem Reich ein zwanzigjähriger Waffenstillstand abgeschlossen[200]). Seine Unterzeichnung, die noch verschoben werden mußte, erfolgte wegen neuer Differenzen erst am 8./18. 8. 1684[201]).

---

194) Rep. X Fasc. 47 b Kurf. an Jena 26. 7./5. 8. Er befürchtete deshalb neue Differenzen zwischen Frankreich und dem Reich.

195) Die Übermittlung nahm einige Tage in Anspruch, da vorher einige zeremonielle Ungenauigkeiten bereinigt werden mußten.

196) U. A. 19 S. 785, Rep. X Fasc. 47 b; Rel. Jenas v. 45. 7./4. 8.

197) Es handelte sich um den Gesandtencharakter Verjus' und Windischgrätz'.

198) Nach brandenburgischer Information beabsichtigte Ludwig XIV. vom Elsaß aus mit 20 000 Mann einzumarschieren. Kurf. an Jena 5./15. 8. 84.

199) U. A. 19 S. 775 Kurf. an Jena 29. 9./9. 12. 83. Es handelte sich um die Restitution der später reunierten Gebiete, die Anerkennung der Privilegien und konfessionelle Gleichberechtigung in den abgetretenen Teilen und die Nennung des burgundischen Kreises. Vgl. die Kais. Komm. Dekr. v. 15. 8., 16. 8.; Londorp XII, S. 125 ff.

200) U. A. 19 S. 787, Rep. X Fasc. 47 b Rel. und Sonderrel. Jenas v. 8./18. 8. 84. Mit Spanien, das den Kaiser zum Abschluß ermächtigt hatte, war Verjus schon zur Einigung gekommen.

201) U. A. 19 S. 788 Rep. X Fasc. 47 b Rel. v. 15./25. 8. 84.

AUSBLICK:

Die Bedeutung des Regensburger Waffenstillstands und der Umschwung in der Politik Brandenburgs.

Das Zustandekommen des Waffenstillstands hatte Ludwig XIV. in erster Linie dem Brandenburger zu danken, der bei den Reichstagsverhandlungen den Ausschlag gegeben hatte. Veranlaßt wurde diese Freundschaft anfangs durch die große Enttäuschung Friedrich Wilhelms über die Friedensschlüsse von Nimwegen und St. Germain und seine Hoffnung, an Frankreichs Seite endlich in den Besitz Vorpommerns zu gelangen. Die Bündnisse mit Ludwig XIV. sollten die brandenburgische Reichspolitik der nächsten Jahre bestimmen. Wir sahen, wie Friedrich Wilhelm bis zum Beginn der Frankfurter Konferenz überall als unbedingter Parteigänger der französischen Machtpolitik aufgetreten war. Die Freundschaft schien zu verschiedenen Malen durch Verstimmungen des Kurfürsten über das rücksichtslose Vorgehen der Reunionskammern gefährdet. Dank der überaus geschickten Diplomatie Rébénacs fand Friedrich Wilhelm aber immer wieder in das französische Lager zurück. Die französischen Friedensvorschläge und die Allianz vom Januar 1682 gaben der Reichspolitik des Großen Kurfürsten erst wieder bestimmte, fest umrissene Richtlinien, von denen er sich nicht abbringen ließ. Seinen Bündnisverpflichtungen gemäß setzte Friedrich Wilhelm sich seitdem am Reichstag, am Kaiserhof und bei allen deutschen Fürstenhöfen eifrig für den unbedingten Frieden mit Frankreich auf dem Fuß der Frankfurter Propositionen ein. Dieses Ziel, das am besten aus dem berühmten und berüchtigten Magdeburger Votum hervorgeht, verfolgten alle großen brandenburgischen Missionen der folgenden Jahre. Nichts ließ der Kurfürst unversucht, um die Gegenpropaganda des kriegslustigen Habsburg unschädlich zu machen. Diese Arbeit war freilich nicht leicht. Bei vielen deutschen Fürsten war der Abwehrwille gegen Frankreich erwacht, was die österreichische Politik geschickt auszunutzen wußte. Allmählich trug aber doch die brandenburgische Diplomatie am Reichstag den Sieg davon. Das Verdienst muß in erster Linie neben dem Kurfürsten selbst seinem Regensburger Vertreter, Gottfried von Jena, zugeschrieben werden, der aus Überzeugung für die brandenburgisch-französische Freundschaft eintrat. Ihm gelang es, eine große Anzahl unschlüssiger Fürsten für die friedliebende Partei zu gewinnen. Dem Brandenburger kam außerdem die immer bedrohlicher werdende Türkengefahr sehr zustatten, die er geschickt zugunsten einer deutsch-französischen Verständigung ausnutzte.

Während er für die Westgrenze den Frieden propagierte, arbeitete er im Norden auf den Ausbruch eines offenen Konfliktes mit Schweden hin, von dem er sich den Erwerb Vorpommerns versprach. Er versuchte die Franzosen zu einem offensiven Vorgehen gegen ihren ehemaligen Verbündeten Schweden anzustacheln, das sich inzwischen der kaiserlichen Front angeschlossen hatte. Frankreich

hatte aber an einer Erweiterung des brandenburgischen Staates keinerlei Interesse und verstand es, den Anfragen Friedrich Wilhelms auszuweichen. Zu einer endgültigen Ablehnung der brandenburgischen Pläne ließ es die französische Regierung jedoch nicht kommen, da sie zu sehr auf die brandenburgische Unterstützung im Reich angewiesen war. Erst die Unterzeichnungsverweigerung der brandenburgisch-französischen Allianz, die eine französische Unterstützung gegen Schweden vorsah, brachte Friedrich Wilhelm von Brandenburg zu der Überezugung, daß Frankreich nicht daran dachte, seine Absichten im Norden zu fördern. Von diesem Augenblick an hören wir nichts mehr von brandenburgischen Eroberungsplänen in Pommern.

Es ist verständlich, wenn diese Enttäuschung, die der Brandenburger wieder einmal durch einen seiner Verbündeten erleben mußte, eine Verstimmung, ja eine tiefe Verbitterung nach sich zog, die sich in einem größeren Entgegenkommen gegenüber dem Kaiserhof auswirkte. Friedrich Wilhelm wollte zeitweise von seiner früheren Bedingung einer Annahme des französischen Friedensangebotes absehen und bot dem Kaiser uneingeschränkte Türkenhilfe an. Die französische Partei hatte inzwischen nichts unversucht gelassen, den Kurfürsten wieder für ihr altes reichspolitisches Programm zurückzugewinnen. Mit Erfolg! Schon nach wenigen Tagen widerrief er seine großen Anerbietungen, die sich in keiner Weise mit dem brandenburgisch-französischen Bündnis von 1682 vereinbaren ließen. Friedrich Wilhelm trat wieder wie vorher für Erhaltung des Reichsfriedens ein. Durch seine rege diplomatische Arbeit wurde der Krieg im Westen vermieden. Die Erwartungen, die Frankreich in seine Bündnisse mit dem Kurfürsten gesetzt hatte, hatten sich damit erfüllt. Dank der brandenburgischen Freundschaft war es ihm gelungen, ohne große kriegerische Verwicklungen mit dem Reich das Elsaß einschließlich Straßburgs zu annektieren. Solange Friedrich Wilhelm nicht auf Seiten der kaiserlichen Partei stand, wagte diese nicht, gegen die Gewaltmaßnahmen Ludwigs XIV. vorzugehen.

Was hatte das Bündnis dagegen Brandenburg für Nutzen gebracht? Hatte der Kurfürst mit seinem Anschluß an Ludwig erreicht, was er sich davon versprochen hatte? Bei Abschluß des Regensburger Waffenstillstands war er von seinem Hauptziel, dem Erwerb Vorpommerns, weiter entfernt denn je. Frankreich hatte alle seine Erwartungen enttäuscht und nicht im geringsten daran gedacht, die brandenburgischen Interessen gegen Schweden zu fördern. Der Kurfürst war von der französischen Regierung ausgenutzt worden, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten. Sein Bündnis mit Ludwig XIV. hatte aber dem Ansehen des Brandenburgers sehr geschadet. Als Parteigänger Frankreichs, der französische Subsidien nahm, wurde ihm nicht mehr die Achtung entgegengebracht, die er als Sieger von Fehrbellin und Verbündeter des Kaisers genossen hatte. Es wurde dabei völlig übersehen, daß

Friedrich Wilhelm nach Ausbruch des Türkenkrieges das wahre Interesse des Reiches verfolgte, wenn er vor einem Zweifrontenkrieg warnte und für den Frieden mit Frankreich warb. Er war auch nie ein so unbedingter Anhänger Ludwigs XIV., daß er die Unrechtmäßigkeit der französischen Machtpolitik nicht erkannt hätte. Friedrich Wilhelm setzte sich für die betroffenen Stände ein und suchte ihr Los zu mildern. Er schreckte dabei auch vor einer Drohung Ludwigs XIV. nicht zurück. Das Schicksal seiner bedrängten Glaubensgenossen in den reunierten Gebieten lag ihm besonders am Herzen. Der Kurfürst, der sich selbst als Vorkämpfer der evangelischen Sache ansah, bemühte sich immer wieder, bei der Pariser Regierung eine Duldung und Anerkennung seines Glaubens durchzusetzen. Die Glaubensgegensätze sollten dann auch zum Bruch mit Frankreich führen, der nach den Enttäuschungen des Kurfürsten auf die Dauer unvermeidlich war. In Berlin war schon im Winter 1682/83, als die Diplomatie Ludwigs XIV. erstmalig nicht auf die nordischen Eroberungspläne einging, ein derartiger Schritt erwogen worden. Der Kurfürst hatte aber dann doch an dem französischen Bündnis festgehalten, da sein reichspolitischer Plan noch nicht verwirklicht war und bei seinem Frontwechsel der Ausbruch eines Krieges zu befürchten stand.

Mit dem Abschluß des Regensburger Waffenstillstands hatte Friedrich Wilhelm aber sein Ziel erreicht. Der Friede war erhalten.

Kaiser und Reich hatten die französischen Reunionen förmlich anerkannt und sie als rechtmäßig bestätigt. Die Verpflichtungen der brandenburgisch-französischen Verträge waren jetzt hinfällig geworden. Dem Großen Kurfürsten lag der Weg zu neuen Bündnissen und zu einer völlig anders ausgerichteten Politik offen. Ludwig XIV. andererseits war nicht mehr auf die brandenburgische Unterstützung im Reich angewiesen. Er konnte jetzt — ohne auf seinen Verbündeten Rücksicht nehmen zu müssen — seine innerpolitischen Maßnahmen gegen das reformierte Bekenntnis durchführen. Die berüchtigten Dragonaden nahmen ihren Anfang, die dann in der Aufhebung des Edikts von Nantes gipfelten.

Friedrich Wilhelm hatte diese Maßnahme nicht mehr überrascht. Die Nachrichten aus Paris über die Verfolgung der Hugenotten hatten in der letzten Zeit einen immer bedrohlicheren Charakter angenommen. Dazu kam der Umstand, daß der Kurfürst sich bei der Wiederaufnahme seiner pommerschen Eroberungspläne wieder einmal von der Unzuverlässigkeit seines französischen Alliierten hatte überzeugen müssen. Im Interesse der evangelischen Sache, die auch in England gefährdet war, hatte der Brandenburger daraufhin endgültig diesen Aggressivplan aufgegeben und sich sogar Schweden genähert. Das Potsdamer Edikt, das — im offenbaren Widerspruch zu den Verordnungen von Fontainebleau — den Hugenotten die brandenburgischen Lande öffnete, war dann nur die letzte Folgerung dieser Politik. Die brandenburgisch-französische Freundschaft, die Ludwig XIV. die ungestörte Durchführung sei-

ner Reunionen erheblich erleichtert hatte, fand damit offiziell ihr Ende. Brandenburg, das sich keine isolierte Stellung leisten konnte, mußte sich nach einem neuen Verbündeten umsehen, den es im Kaiser fand.

Nach Verständigung in der schlesischen Frage kam im Frühjahr 1686 ein Bündnis zustande. Dieser Frontwechsel in der großen Politik mußte auch der Reichspolitik des Großen Kurfürsten eine entscheidende Wendung geben. Friedrich Wilhelm trat jetzt wieder, wie vor dem Nimweger Frieden, am Reichstag als Anhänger des Kaisers auf, was schon bald zum Konflikt mit seinem dortigen Gesandten, Gottfried von Jena, führte, der nach wie vor ein Parteigänger Frankreichs blieb. Da er sich verschiedentlich Befehlsübertretungen zu Schulden kommen ließ, sah sich Friedrich Wilhelm schließlich zu einem Wechsel in seiner Regensburger Gesandtschaft gezwungen. Gottfried von Jena hatte mit Recht als der bedingungslose Verfechter der französisch eingestellten Politik Brandenburgs gegolten. Durch seine Abberufung zeigte der Große Kurfürst offensichtlich die grundlegende Wendung seiner Politik von der Ausrichtung auf Frankreich wieder auf Kaiser und Reich.

Beilage I.[1])

„J. Ch. Dl. begriffen die Sache für sich also, daß bey gegenwärtiger Conjunctur weder zu einer allgemeinen Verfassung zu gelangen noch auch dieselbe dem Reich nützlich und ersprießlich sein würde. Schwerlich, ja gar nicht, würde man dazu gelangen, Einmahl, daß Churfürsten, Fürsten und Stände durch den von J. K. M. gemachten frieden insgesamt nunmehro intimiret, dan, daß die an den Rhein aus furcht für die Frantzosen, und der Dingen, welche Kurz vorher geschehen, sich darzu keineswegs verstehen würden, ja nicht dürfften; drittens, daß die meisten Stände, durch den vorgewesenen Krieg, darauf erfolgten Frieden, und von Freund und Feind erlittenen exactionen und drangsalen nichts würden beygetragen oder damit aushalten können. Über dem, so würde zu so einer Verfassung nebst denen qartieren und Unterhalt, einer Generalität, einer Artiglorier, Munition und Magazinen nebst andern zum Kriege nötigen Dingen erfordert, welches alles, woher es zu nehmen, und damit zu continuiren, J. Ch. Dl. nicht sehen.

Es würden sich auch die Stände vollends dergestalt enervieren, daß sie in der Zeit der noth garnichts vermögen würden, andern hindernissen und inconvenientien, welche sich aus dem verschiedenen Interesse hierfür thun würden, zugeschweigen.

Nicht ersprießlich und nützlich würde auch dem Reich bey gegenwärtigem Zustande seyn, daß die allgemeine Verfassung nur in teliberation gebracht würde, dan nach dem J. K. M. sich auf dem Reichstage und sonsten beschweren, daß J. Kön. Mt. in Frankreich dem mit deroselben aufgerichteten Frieden zuwieder thäten, und demselben contravenirten, und nun solches alles J. Kön. Mt. in

1) Bescheid an Berlepsch s. S. 17.

Franckreich bekant, so würden Sie ohne Zweifel, wan man darauf auf J. K. M. begehren, zu einer Verfassung schreiten wolle, solches anders aufnehmen und weilen Sie in Vollkommener positur stünden, nicht warten, biss man mit des Reichs Verfassung fertig, sondern das praevenire spielen, und das Reiche ehe es einig, oder in Verfassung, vollends über einen Hauffen werfen und unter die füße bringen.

Bey dieser der Dinge Bewandtnis weren J. Ch. Dl. für sich der unvorgreiflichen Meinung, würden es auch J. K. M. als rathen, und dero gesandtschafft in Regensburg darauf instruiren, daß J. K. M. ihro gefallen lassen möchte, dasjenige, was Sie vermeinten, daß wieder Ihren Frieden (dann J. Ch. Dl. hatten diesen freilich nicht agnoscieret, sondern denselbigen wiedersprechen müssen) vorgenommen würde, für sich durch eine schickung bei Franckreich in der güte suchen zu lassen, wie weit es zu bringen, zumahlen J. K. M. selbst dafür gehalten, daß mit der größesten Macht nichts auszurichten, deshalb auch ihren Frieden gemacht."

Beilage II.

„Aber ein einziger Gesandter im Churfürstlichen Collegio hinderte anfangs mit specioser Vorstellung ein und anders, so dabei zu consideriren, diessen heilsamen schluß, und hintertrieb endlich denselben gar, Welches doch wan er ins werck gerichtet worden wehre, es itzo im Reich ein wenig besser stehen würde, und Wir zum wenigsten Strasburg nicht verlohren und in frembde gewalt sehen dorfften. Dieser Gesandte war der Churbrandenb. Herr von Jena, der alss er sich einmahl gegen mir selbst gerühmet, hiedurch denen Franzosen einen solchen Dienst geleistet, den Sie ihm nicht vergelten könten und als ich antwortete, es wehre aber dem Reich hiedurch eben so großer schade und nachtheil geschehen, lachelte er und sagte, warum die andern so albern gewesen, das Sie sich von ihm bereden und hindern lassen: und diesse rede hatte er gegen mir vor einigen jahren auff der reiß nach München [1]) geführt, die mir damals sehr zu gemüth gangen, und dem ich mich noch so wohl errinnere, als wenn es heut geschehen wehre" [2]).

Beilage III.

In einer Sonderrelation schildert Jena genau den Eindruck, den sein Vortrag bei den übrigen Gesandten hinterlassen hat [3]): „Chrfl. Dl. zu Brandenburg haben sich über Haupt zu 2400 Mann erbieten, und die Vota auf eine solche Art einrichten lassen, das nur niemand etwas dagegen spricht, sondern alle und jede stände damit wohl vergnügt seind und Viele es vor ein großes quantum schät-

1) Februar 1682.
2) Henniges, Comitiologia, Juli 1680.
3) Rep. X Fasc. 44 b; Sonderrelation v. 19./29. 8.

zen! und hat der Churbrandenburg. im discours unter anderem erwehnet, die Stände wehren vor dem mit dem 20. theil der Mannschafft, so sein gn. Herr beygetragen, wohl zufrieden gewesen, ob sich gleich damahln die länder in ungleich besserem Zustand befunden alss eben izo, da Sie dennoch 400 darüber offerierten. An Magdeburg und das es daher rühre, mag noch zur Zeit niemand gedencken, weil es Keiner erwehnte. Summa die Stände seind content, und gereicht S. Ch. Dl. zu Brandenburg abermahl zur Reputation, und giebt ungleich mehr esclat, als wan Sie mit ihrem Contingent, in den Kreyssen proportionabiliter concurrirten! Die in dem Ober Sächs., Niedersächs .und Westphäl. Kreissen möchten es wohl lieber anders sehen, allein der Churbrandenburgische hat sich nicht eben einlassen wollen, doch gesagt, S. Ch. Dl. könnten auf diese weisse, ganze eigene Regimenter zu Roß und zu Fuß als eines zu Pferd von 600 und 2 zu Fuß, eines von 900 Köpfen schicken, welche ungleich besser und nützlicher operiren würden, alss wan man die Regimenter von compagnien weisse unter die Kaiserl. Völcker gleichsam stecke: und das stände einem jeden Stand nicht nur frey, sondern wehre rühmlich, wan er das Churbr. exempel folge und ein ansehnliches quantum, seinem Vermögen nach dem Vaterland zu gut offeriere."

Beilage IV.

Kurfürst an Spanheim, den 7./17. 7. 1683 (Meinders).

Der Kurfürst bleibt bei seinen Intentionen bezüglich Frankreichs:

„Und ob Wir zwar aus denen Euch bekannten Ursachen zur würklichen Ruptur noch wider Schweden noch wider das Haus Lüneburg nicht schreiten können, so bleiben Wir doch im übrigen bei den mit Frankreich und Dänemark gemachten Defensiv-Bündnissen, werden auch in dem mit diesen beiden Kronen bishero cultivierten guten Vernehmen beständig und unveränderlich continuieren. Was aus Holland und andern Orten dawider für allerhand spargementen ausgebreitet und geschrieben worden, solches müssen Wir dahin gestellet sein lassen und können es nicht hindern, wollen aber nicht hoffen, daß darauf J. Kön. M. noch dero Ministris einige Reflexion gemachet, am wenigsten aber denselben der geringste Glaube zugestellet werden sollte. Unsere Änderung wovon man eine Zeithero so vielerlei spargiret, bestehet in nichts anders, als daß wir die vorgehabte Euch bekannte Action einstellen und die desfalls bereits genommene mesures nicht ohne Unsere höchste Ungelegenheit ändern müssen, welches nicht geschehen wäre, wann man dorten die allhier abgeredete und beliebte conditiones dem projectirten concert gemäß ratificiren und adimpliren wollen. Die weil man aber dabei angestanden und solches concert in vielen Punkten anders eingerichtet, so ist leicht zu ermessen, wem diese Änderung zu imputieren."

LEBENSLAUF

Am 29. März 1911 wurde ich, Margarete Werners, evangelischer Konfession und arischer Abstammung, als Tochter des Bankdirektors Hans Werners und seiner Ehefrau Emma geb. Beckmann in Gelsenkirchen geboren. Ich besuchte das städtische Lyzeum und Oberlyzeum in Düsseldorf, wo ich Ostern 1930 das Reifezeugnis erwarb. Ostern 1933 bestand ich in Bonn die Prüfung für das große Latinum.

Vom Mai 1931 bis Juli 1932 studierte ich Geschichte, Englisch und Geographie in München und anschließend vom November 1932 bis Juli 1936 in Bonn. Im W.S. 1934/35 war ich beurlaubt, um im Geheimen Preußischen Staatsarchiv zu Berlin das für meine Dissertation erforderliche Aktenmaterial durchzusehen, wobei mir die Herren Staatsarchivräte Dr. Hinrichs und Dr. Grieshammer liebenswürdigerweise behilflich waren. Ich bin ihnen zu besonderem Dank verpflichtet.

Vor allem danke ich aber Herrn Professor Dr. Max Braubach, der mich zu dieser Arbeit veranlaßte und mir stets mit seinem Rat hilfsbereit zur Seite stand.

Die mündliche Prüfung fand am 16. Dezember 1936 statt.